

Die approbierte Originalversion dieser
Dissertation ist in der Hauptbibliothek der
Technischen Universität Wien aufgestellt und
zugänglich.

<http://www.ub.tuwien.ac.at>



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
WIEN

Vienna University of Technology

The approved original version of this thesis is
available at the main library of the Vienna
University of Technology.

<http://www.ub.tuwien.ac.at/eng>

DISSERTATION

Building Bridges - Brückenschlag zwischen Internationaler Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit: Der Beitrag der Stadtentwicklungsplanung

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades einer Doktorin der
technischen Wissenschaften unter der Leitung von

Hon.Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Gerhard Schimak

Department für Raumplanung
Fachbereich Regionalplanung und Regionalentwicklung E280/7

eingereicht an der Technischen Universität Wien
Fakultät für Architektur und Raumplanung
von

Dipl.-Ing. Nina Svanda
Matrikelnummer: 9025441
Grosse Sperlgasse 31/1/36
1020 Wien

Wien, Mai 2013

KURZFASSUNG

Der Bedarf an Humanitärer Hilfe steigt aufgrund der wachsenden Zahl an Katastrophen – sowohl Naturkatastrophen, technologischen Katastrophen als auch bewaffneten Konflikten – weltweit. Vor dem Hintergrund tendenziell stagnierender Gesamtmittel für Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit kommt der Gestaltung des Übergangs zwischen Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit besondere Bedeutung zu.

Internationale Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit unterscheiden sich in erster Linie durch ihren Zeitrahmen; sie verfolgen jedoch auch unterschiedliche Zielsetzungen. Während Humanitäre Hilfe Opfern von Katastrophen kurzfristige Überlebenshilfe bereitstellt, verfolgt Entwicklungszusammenarbeit langfristige soziale, ökonomische und politische Ziele. In der Praxis findet zumeist kein geregelter Übergang zwischen diesen beiden Instrumenten statt, auch wenn die unterschiedlichen Akteure, Prinzipien, Strategien und Instrumente speziell in Langzeitkrisen immer wieder ineinander verschwimmen.

Katastrophen bieten auch die Chance für eine langfristige und nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen. Ziel der Humanitären Hilfe sowie insbesondere der Entwicklungszusammenarbeit sollte deshalb nicht sein, den Status quo ante wiederherzustellen, sondern Entwicklungsplanung zu betreiben. Diese sollte Perspektiven für eine bessere Zukunft beinhalten und Raum für nachhaltige Entwicklung erhalten. Dazu muss die Humanitäre Hilfe den Grundstein für eine sich selbst tragende Entwicklung legen, ihre Projekte müssen also eine prinzipielle Entwicklungsorientierung beinhalten. Darüber hinaus kann ein sinnvoller Wiederaufbau nur stattfinden, wenn die vielfältigen Projektaktivitäten der unterschiedlichen Organisationen koordiniert werden.

Welchen Beitrag kann nun die Stadtentwicklungsplanung leisten, um den Übergang zwischen Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit möglichst effizient zu gestalten?

Die Analyse und Gegenüberstellung der Stadtentwicklungsplanung der Post-Konflikt Gemeinde Suhareka im Kosovo nach dem Ende des Krieges im Jahr 1999 und ausgewählter Konzepte zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit hat folgende Strategieelemente für die Stadtentwicklungsplanung als Brückenglied zwischen Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit identifiziert:

- Nachhaltige Entwicklungsplanung / sektorübergreifender Ansatz
- Stärkung und Weiterentwicklung der Strukturen und Fähigkeiten zur Selbsthilfe
- Kooperation mit lokalen Partnerorganisationen
- Partizipation und Zielgruppenorientierung
- Längerfristige systematische Hilfe

Obwohl das Instrument Stadtentwicklungsplanung bzw. räumliche Entwicklungsplanung die Anforderungen, die an den Übergang von Humanitärer Hilfe zu langfristiger Entwicklungszusammenarbeit gestellt werden, vollinhaltlich erfüllt und weiters sehr gut zur Koordinierung von kurz- bis langfristigen Maßnahmen auf Basis einer langfristigen, sektorübergreifenden Strategie zur Gesamtentwicklung eines Raumes geeignet ist, ist es bisher kein integriertes Element von Wiederaufbauprogrammen. Ein Grund dafür liegt darin, dass örtliche Entwicklungskonzepte, Flächenwidmungspläne und in weiterer Folge Bebauungspläne mit meistens langwierigen Verfahren bei den einzelnen Planerstellungen zumeist aufeinander aufbauend und zeitlich nacheinander erstellt werden. Diese Vorgehensweise ist insbesondere in einer Post-Konflikt Situation mit einer starken Entwicklungsdynamik nicht zielführend, da die Pläne meist schon vor ihrem Inkrafttreten von der Realität weit überholt werden.

Für einen schnellen Einsatz von räumlichen Entwicklungskonzepten als planerische Entscheidungsgrundlage nach einer Katastrophe muss die räumliche Entwicklungsplanung rasch und strategisch erfolgen. Kurz- bis mittelfristig geht es nicht um die Erstellung von komplexen Planwerken, die alle sektoralen Planungsebenen flächendeckend erfassen, sondern um eine prozessorientierte, partizipative Planungsform. Der Einsatz von räumlichen Entwicklungsstrategien nach Katastrophen muss direkt nach der Katastrophe parallel zu den Soforthilfemaßnahmen beginnen, damit die räumliche Entwicklung frühzeitig strukturiert und Hilfsmaßnahmen koordiniert werden können.

Dazu ist die Entwicklung einer neuen Methode, der „Kick-Off Planung“ notwendig, deren Ziel es ist, kurzfristig eine grundlegende Steuerung der Stadtentwicklung zu ermöglichen. Die „Kick-Off Planung“ als räumliche Post-Katastrophen Strategie muss eine Schnittstelle zwischen der lokalen, der nationalen und der internationalen Ebene bilden und zwischen diesen drei Ebenen vermitteln. Weiters muss die räumliche Entwicklungsplanung nach Katastrophen kooperativ, transparent und – trotz ihrer kurzfristigen Einsatzmöglichkeit – langfristig ausgerichtet sein. Die „Kick-Off Planung“ braucht den „Mut zur Lücke“ auch ohne eine vollständige Bestandsaufnahme und -analyse der Grundlagendaten grundlegende Leitvorstellungen zur Entwicklung einer Gemeinde zu erstellen. Sie muss flexibel sein, um sich auf rasch ändernde Rahmenbedingungen wie beispielsweise ein dynamisches Siedlungswachstum oder überarbeitete gesetzliche Festlegungen einstellen zu können.

Die Umsetzung der „Kick-Off Planung“ erfolgt über zwei spezifisch für die räumliche Entwicklungsplanung nach Katastrophen entwickelte Instrumente. Zum einen sollen im Rahmen der räumlichen Entwicklungsplanung nach Katastrophen „vereinfachte räumliche Entwicklungskonzepte“, welche die grundlegende Siedlungsstruktur mit einer groben Zuordnung von Funktionen, Nutzungen und Dichten festlegen, ausgearbeitet werden. Das zweite Instrument ist ein „Leitfaden für die Erteilung von Baugenehmigungen“, der beispielsweise Richtlinien zur Form und Größe der Grundstücke oder zur Anordnung der baulichen Anlagen enthält. In Kombination bilden diese beiden Instrumente eine kurzfristig verfügbare Entscheidungsgrundlage für die Frage, wo und in welcher Form

Baugenehmigungen erteilt werden können. Im weiteren Planungsprozess sollen diese beiden Instrumente in die Ausarbeitung der langfristig ausgelegten räumlichen Planungsinstrumente gemäß den jeweiligen rechtlichen Standards einfließen.

Mit der Etablierung der „Kick-Off Planung“ als integriertem Element von Wiederaufbauprogrammen könnte nicht nur die Qualität von Wiederaufbauaktivitäten an sich verbessert werden, sondern durch die Verbindung von kurzfristig realisierbaren Katastrophenhilfemaßnahmen und Entwicklungsplanung mit einem mittel- bis langfristigen Zeithorizont der Brückenschlag zwischen Wiederaufbau und nachhaltiger Stadtentwicklung unterstützt werden.

ABSTRACT

The need for humanitarian aid rises worldwide due to the growing number of catastrophes – natural catastrophes, technical catastrophes as well as armed conflicts. As the total resources for emergency recovery and development cooperation tend to stagnate the transition between humanitarian aid and development cooperation gains great importance.

Primarily the difference between international humanitarian aid and long-term development cooperation lies in the time frame, but they are also pursuing different objectives. Humanitarian aid provides short-term survival relief for disaster victims. Development cooperation pursues long-term social, economic and political goals. In practice usually no orderly transition between these two instruments takes place, even though especially in long-term crises the different stakeholders, principles, strategies and instruments become blurred.

Catastrophes provide also the chance for a long-term and sustainable improvement of living conditions. Therefore humanitarian aid and especially development cooperation should not only aim at re-establishing the status quo ante but also provide development planning. This development planning should create long-term prospects for a better future and preserve space for sustainable development. For that purpose humanitarian aid has to lay the foundation for self-sustained development, the projects have to be development-oriented in principle. Furthermore meaningful reconstruction can only take place if the various project activities of different organisations are coordinated.

What contribution can urban planning provide to an efficient transition from humanitarian aid to development cooperation?

The analyses and comparisons of urban development of the post-conflict municipality Suhareka in Kosovo after the war in the year 1999 and selected concepts for linking humanitarian aid and development cooperation identified the following strategy elements for urban development as bridge between humanitarian aid and development cooperation:

- Sustainable development planning / cross-sectoral approach
- Strengthening and further development of structures and potentials for self-help
- Cooperation with local partner organisations
- Participation and target group orientation
- Long-term systematic help

Although urban development planning and spatial planning meet all the requirements laid down for the transition from humanitarian aid to development cooperation and are highly suitable for the coordination of short- and long-term activities on the basis of a long-term cross-sector perspective for the overall development of an area, they are so far no

integrated element in rebuilding programs. One reason is that in most cases development concepts, land use plans and urban regulatory plans undergoing lengthy planning procedures succeed another. This is especially in a post-conflict situation with strong growth dynamics not feasible because mostly the plans are already outdated when they come into force.

For a prompt use of spatial development concepts as a basis for planning decisions after a catastrophe spatial development planning has to be carried out quickly and strategically. In the short to medium term not the elaboration of complex plans covering all sectoral planning levels is necessary but a process-oriented, participatory form of planning. The use of spatial development strategies after a catastrophe has to start directly after the catastrophe paralleling the emergency aid so that the spatial development can be structured at an early stage and relief efforts can be coordinated.

For that purpose the development of a new method called „Kick-Off Planning“ aiming at the promotion of basic steering of the urban development in the short term is necessary. A spatial post catastrophe strategy has to provide an interface between the local, national and international level and connect these three levels. Furthermore spatial development planning after a catastrophe has to be cooperative, transparent and – in spite of its short-term use – follow a long-term perspective. “Kick-Off Planning” needs the courage to leave a gap open and elaborate general principles for the development of a municipality without a complete survey and analysis. It has to be flexible to adjust to rapidly changing conditions as for example the dynamic growth of settlements or revised legal requirements.

„Kick-Off Planning“ is implemented by means of two specific instruments developed for spatial development planning after catastrophes. On the one hand “simplified spatial development concepts” determining the basic settlement structure including the general allocation of functions, uses and densities shall be elaborated. The second instrument is a “guideline for granting building permissions” containing for example directives concerning form and size of building plots or the alignment of the construction. The combination of these two instruments provides a short-term basis for the decision where and in which form building permissions can be issued. In the further planning process these two instruments shall be used as an input for the elaboration of spatial planning instruments with a long-term strategy in accordance with the respective legal norms.

The establishment of “Kick-Off Planning” as an integrated element of reconstruction programs would significantly improve the quality of reconstruction activities. Furthermore with the connection of short-term disaster relief activities and development planning with a medium to long-term horizon the bridging of the gap between reconstruction and sustainable urban development can be supported.

Für Rosmarie und Charlotte

VORWORT

Am 4. März 2008 feierten der Bürgermeister und die Stadtplanungsabteilung von Suhareka gemeinsam mit einer Gruppe von kosovarischen und österreichischen Planern in ausgelassener Stimmung und mit fröhlicher Unterhaltung in gebrochenem Englisch, gemischt mit Albanisch und Deutsch, in einem kleinen Restaurant in Suhareka, die einstimmige Beschlussfassung des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan für Suhareka im Gemeinderat.

Stadtentwicklungsplanung in einem Land wie dem Kosovo, nach einem Krieg, dem eine langjährige Krise vorangegangen ist, ist viel mehr als die Pläne, die an diesem Tag beschlossen wurde. Diese beiden Pläne und vor allem ihr Erstellungsprozess bildeten einen wichtigen Schritt im Rahmen des Wiederaufbaus und der Unterstützung der Stadtentwicklungsplanung der Gemeinde Suhareka im Kosovo und waren das Ergebnis von langjährigen Bemühungen kosovarischer und österreichischer Politiker und Planer.

Das hat das „Projekt Stadtentwicklungsplanung Suhareka“, das ich sowohl in der Konzeption als auch in der Umsetzung inhaltlich und koordinierend begleitet habe, für mich so spannend gemacht, dass es zum Ausgangspunkt meiner Dissertation wurde. Ich wollte sowohl die Erfordernisse, die an Stadtentwicklungsplanung in dieser speziellen Situation gestellt werden, als auch die Möglichkeiten, die räumliche Entwicklungsplanung für ein „building back better“ nach einer Katastrophe bietet, näher erforschen.

Dabei wurde ich in den langen Jahren der Verfassung dieser Dissertation von vielen Menschen begleitet und inspiriert, denen ich an dieser Stelle ganz herzlich danken möchte. Mein besonderer Dank und meine Wertschätzung gelten meinem Doktorvater Prof. Dr. Gerhard Schimak für die positive und konstruktive Unterstützung meiner Dissertation, die richtigen Fragen zum richtigen Zeitpunkt und den Ausspruch: „Das hätten wir alles schon am Anfang des Projektes wissen müssen!“, der mir in der Endphase der Arbeit nochmals einen Motivationsschub verliehen hat. Er wird mir fachlich wie auch menschlich immer ein Vorbild sein. Prof. Dr. Andreas Voigt möchte ich für die wertvollen Hinweise in der finalen Phase der Dissertation danken.

Bei meinen Kolleginnen und Kollegen vom Fachbereich Region möchte ich mich für viele interessante Diskussionen bedanken, ebenso wie bei den Planungskollegen aus Pristina, die mich mit aktuellen Informationen aus dem Kosovo auf dem Laufenden gehalten und meine Ideen kritisch reflektiert haben. Der Gemeinde Suhareka, der Austrian Development Agency (ADA) sowie allen am „Projekt Stadtentwicklungsplanung Suhareka“

beteiligten kosovarischen und österreichischen Institutionen und Organisationen möchte ich für die kooperative Zusammenarbeit danken.

Meine Bewunderung gilt allen, die sich unermüdlich im Rahmen von Entwicklungsprojekten für andere einsetzen. Mit Sr. Rebekka Frick und Dr. Erich Link durfte ich zwei von ihnen näher kennen lernen, die Zusammenarbeit mit ihnen war mir Freude und Inspiration für meine weitere Arbeit.

Mein herzlichster Dank gilt meiner Familie, meiner Mutter, die mich in allem unterstützt hat und den Abschluss dieser Arbeit nun leider nicht mehr mit mir feiern kann, meinem Vater, der immer an mich glaubt, meinem Mann Michael und meinen Schwiegereltern für die unermüdliche Unterstützung und nicht zuletzt meiner Tochter Charlotte, deren Lachen das schönste Geschenk ist.

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG	17
2. ANSÄTZE UND INSTRUMENTE DER INTERNATIONALEN HUMANITÄREN HILFE UND DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT	23
2.1. HUMANITÄRE HILFE	24
2.1.1. Begriffsbestimmungen und Grundsätze	24
Katastrophe	24
Krise / Krisensituation	25
Complex Emergency	25
2.1.2. Ziele und Prinzipien der Humanitären Hilfe	26
Verhaltenskodex für die Internationale Bewegung vom Roten Kreuz und Roten Halbmond und nichtstaatliche Hilfsorganisationen in der Katastrophenhilfe	27
Sphere Standards	28
2.1.3. Phasen der Humanitären Hilfe	30
Katastrophenhilfe / Soforthilfe („disaster relief“)	31
Rehabilitation / Wiederherstellung („rehabilitation“)	32
Wiederaufbau („reconstruction“)	33
Katastrophenprävention („disaster prevention“)	34
Übergänge zwischen den Phasen der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit	34
2.2. ENTWICKLUNGSZUSSAMMENARBEIT	36
2.2.1. Begriffsbestimmungen und Grundsätze	36
Entwicklung	36
Entwicklungsländer / Dritte Welt	37
Entwicklungspolitik	38
Entwicklungshilfe / Entwicklungszusammenarbeit	39
Ostzusammenarbeit / Ostförderung / Osthilfe	39

2.2.2. Ziele und Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit	40
Änderung der Ziele und Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit in den letzten 60 Jahren	40
Aktuelle internationale Standards in der Entwicklungszusammenarbeit	44
<i>Die Millenium-Entwicklungsziele / Millenium Development Goals (MDGs)</i>	44
<i>Pariser Erklärung / Paris Declaration on Aid Effectiveness</i>	46
2.2.3. Ziele und Prinzipien der Ostzusammenarbeit	47
Die Entwicklung der internationalen Ostförderung	47
Die Ostförderung Österreichs	48
2.3. VERKNÜPFUNG VON HUMANITÄRER HILFE UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT	50
2.3.1. Das Kontinuum- und Kontiguumkonzept	51
Kontinuumkonzept	51
Kontiguumkonzept	52
2.3.2. Ansätze nachhaltiger Humanitärer Hilfe	53
2.3.3. Der Ansatz der entwicklungsorientierten Nothilfe (EON)	55
2.3.4. Das LRRD-Konzept („Linking Relief, Rehabilitation and Development – LRRD“)	58
2.4. EXKURS: ZIVIL-MILITÄRISCHE ZUSAMMENARBEIT IN DER INTERNATIONALEN HILFE	60
2.4.1. Veränderungen in der internationalen Hilfe und der Bedeutung des Einsatzes von Militärkräften	60
Veränderung der geopolitischen Situation als Grund für den Paradigmenwechsel	60
Friede und Entwicklung	61
2.4.2. Reaktionen der Akteure	61
Die Rolle der Vereinten Nationen	61
Die Rolle der NATO	62
Die Rolle der EU	63
2.4.3. Grundsätze zivil-militärischer Zusammenarbeit	63
Unterschiedliche Mandate von Hilfsorganisationen und Streitkräften	64
Internationale Richtlinien für die zivil-militärische Zusammenarbeit	65
<i>Richtlinien der UNO: „Oslo Guidelines“ (Oslo Richtlinien)</i>	66
<i>Guidelines On The Use of Military and Civil Defence Assets To Support United Nations Humanitarian Activities in Complex Emergencies (MCDA Richtlinien)</i>	66
<i>Richtlinien nicht-staatlicher Organisationen: „ICRC guidelines for civil-military cooperation“</i>	67

3. GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG DER SITUATION IM KOSOVO	68
3.1. HISTORISCHE SCHLÜSSELEREIGNISSE – DER KRIEG 1999 UND SEINE ENTSTEHUNG	68
3.1.1. Historische Leit-Mythen	68
Der Mythos des historischen Erstgeburtsrechtes	68
Die Schlacht auf dem Amselfeld	69
3.1.2. Kosovo unter Tito (1945–1980)	69
3.1.3. Kosovo nach Titos Tod (der Weg in Krise und Krieg)	70
Ibrahim Rugova und die Politik des passiven Widerstandes	71
Der Aufstieg der UCK	72
Die Verhandlungen von Rambouillet	73
3.1.4. Das Eingreifen der Internationalen (der Luftkrieg der NATO)	74
3.2. DIE SITUATION NACH DEM KRIEG 1999 (DIE NACHKRIEGSUNORDNUNG IN KOSOVA)	75
3.2.1. Internationale Organisationen und internationale Akteure (UNMIK-Verwaltung)	76
UNMIK (United Nations Interim Administration in Kosovo)	77
OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)	78
EU (Europäische Union)	79
KFOR (Kosovo Force)	80
3.2.2. Die Entwicklung der Statusfrage	81
Die Statusfrage in den Jahren 1999–2005	81
Der Ahtisaari-Plan	82
3.2.3. Die Ausrufung der Unabhängigkeit	83
3.2.4. EULEX	83
3.2.5. Das Ende der Supervision des Kosovo	85

4. DAS PROJEKT STADTENTWICKLUNGSPLANUNG SUHAREKA	86
4.1. DIE AUSGANGSLAGE IM KOSOVO UND IN SUHAREKA	87
4.1.1. Rechtliche Rahmenbedingungen und Planungen für die Stadtentwicklungsplanung	87
Rechtliche Grundlagen und Planungen unmittelbar nach Kriegsende 1999	87
<i>Das Gesetz für Raumplanung und -regulierung</i>	87
<i>Der Raumplan Kosovo</i>	88
<i>Regionale Raumpläne in der KSA Kosovo</i>	88
<i>Der generelle Stadtentwicklungsplan von Suva Reka 1986</i>	88
Neue Gesetzgebungen und Planungen nach der UN-Resolution 1244	90
<i>Das Raumplanungsgesetz „Law on Spatial Planning“</i>	90
<i>Die Ausführungsrichtlinien „Administrative Guidelines“</i>	92
<i>Raumentwicklungsplan für den Kosovo „Spatial Plan of Kosova – Spatial Development Strategy 2010–2020+“</i>	93
<i>Raumplanungsrelevante Gesetze</i>	94
4.1.2. Der Kosovo im Überblick	95
Lage im Raum	95
Demographie und Gesellschaft	96
Siedlungsentwicklung	97
Wirtschaft	97
<i>Landwirtschaft</i>	98
<i>Industrie und Gewerbe</i>	98
<i>Dienstleistungen</i>	99
Naturraum	99
4.1.3. Die Gemeinde und die Stadt Suhareka im Überblick	100
Lage im Raum	101
Geschichtliche Entwicklung	102
Demographie und Gesellschaft	102
Siedlungsentwicklung	104
<i>Städtebauliche Situation</i>	104
<i>Flächennutzung</i>	105
<i>Gefahrenzonen</i>	105
Technische Infrastruktur	106
<i>Verkehr</i>	106
<i>Elektrizität</i>	107
<i>Wasser</i>	107
<i>Abwasser</i>	108
<i>Abfall</i>	108

Soziale Infrastruktur	108
<i>Bildung und Ausbildung</i>	108
<i>Gesundheitswesen</i>	109
<i>Kultur, Sport und Freizeiteinrichtungen</i>	109
Wirtschaft	110
<i>Industrie und Gewerbe</i>	110
<i>Landwirtschaft</i>	111
Naturraum	112
<i>Naturräumliche Gegebenheiten</i>	112
<i>Bodengüte</i>	113
4.1.4. Kapazitäten und Strukturen der Stadtentwicklungsplanung in Suhareka	113
Kapazitäten der Gemeindeverwaltung und der Stadtplanung	113
<i>Administrative Strukturen der Gemeinde Suhareka – Stadt- und Gemeindeverwaltung</i>	113
<i>Struktur der Stadtplanungsabteilung</i>	115
<i>Ausstattung und Grundlagendaten für die Stadtentwicklungsplanung</i>	117
Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau durch internationale Organisationen	118
<i>UNDP: „Strengthening Municipal Capacities in Development Management and Service Provisions“ (LoGo-1)</i>	119
<i>„UN-Habitat Urban Planning and Management Programme in Kosovo“</i>	121
Stadtentwicklungsplanung in Suhareka seit 1999	122
<i>Nothilfeprojekte im Kontext Stadtentwicklungsplanung</i>	122
<i>Projekte der Stadtverwaltung im Bereich Stadtentwicklungsplanung und in relevanten Bereichen</i>	124
<i>Ein strategisches Hintergrunddokument zur Steuerung der Stadtentwicklung und Koordinierung der Hilfsmittel</i>	126
4.2. DIE ENTWICKLUNG DES PROJEKTS	128
4.2.1. Projekt „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“	
Durchführbarkeitsstudie	128
Projektziel und Projektablauf	128
<i>Fact Finding Mission I</i>	129
<i>Fact Finding Mission II</i>	129
<i>Projektbericht „Projekt „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie“</i>	130
Projektstrategie „Stadtentwicklungsprogramm Suva Reka / Kosovo“	131
Projektvorschlag „Stadtentwicklungsprogramm Suva Reka / Kosovo“	133

4.2.2. Von der Durchführbarkeitsstudie zum Projekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“	135
Studienprojekt „Development Concepts for Suva Reka“ – Die weitere Aufbereitung des Bodens in Suhareka	135
Die Suche nach einer Finanzierung	137
Startworkshop „Nachhaltige Stadtentwicklung in Suhareka / Kosovo“ – Das Projekt läuft wieder an	138
<i>Erstellung von Bauungsrichtlinien im Rahmen des Urban Development Plan</i>	139
<i>Datenmanagement, Datenverwaltung, Datennutzung</i>	140
4.2.3. Das Projekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“	140
Projektziel	140
Projektstruktur	142
<i>Komponente 1 – Schaffung und Analyse von Planungsgrundlagen</i>	142
<i>Komponente 2 und 3 – Erstellung eines Municipal Development Plan und eines Urban Development Plan</i>	143
<i>Komponente 4 – Kleinprojekt</i>	144
<i>Komponente 5 – GIS Training</i>	144
<i>Komponente 6 – Datenmanagementkonzept</i>	145
Projekttablauf – Zeitraster	145
Projektstrategie	147
<i>Aufbau von Institutionen</i>	148
<i>Kapazitätsaufbau und Human Resources Management</i>	149
<i>Gestaltung des Prozesses (Partizipation und Öffentlichkeitsarbeit)</i>	150
4.3. DIE UMSETZUNG VON AUSGEWÄHLTEN STRATEGISCHEN ELEMENTEN ZUR VERKNÜPFUNG VON HUMANITÄRER HILFE UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT IM RAHMEN DES PROJEKTES „MUNICIPALITY DEVELOPMENT PLAN AND URBAN DEVELOPMENT PLAN SUHAREKA / KOSOVA“	153
4.3.1. Nachhaltige Entwicklungsplanung / Sektorübergreifender Ansatz	155
Stadtentwicklungsplanung – ein integriertes Programm / Municipal Development Plan und Urban Development Plan Suhareka	155
<i>Bestandsaufnahme und Analyse</i>	156
<i>Planung</i>	157
4.3.2. Stärkung und Weiterentwicklung der Strukturen und Fähigkeiten zur Selbsthilfe	160
Ownership – das Projekt geht von der Gemeinde selbst aus	161
Aufbau von Institutionen – Unterstützung und Stärkung von Planungs- und Entscheidungsfindungsstrukturen	162

Kapazitätsaufbau – Weiterbildung im Bereich der Stadtentwicklungsplanung	165
<i>Bestandsaufnahme MDP und UDP</i>	165
<i>GIS Training</i>	166
<i>Datenmanagementkonzept</i>	167
4.3.3. Lokale Partnerorganisationen	168
Erstellung des MDP und des UDP in Kooperation mit einem lokalen Planungsbüro	169
Abstimmung mit regionalen und nationalen Behörden	170
<i>Treffen mit Ministerien</i>	170
<i>Genehmigung des MDP durch das Ministerium für Umwelt und Raumplanung</i>	171
4.3.4. Partizipation, Zielgruppenorientierung und Öffentlichkeitsarbeit	171
Integration der Bevölkerung in den Planungsprozess – Beteiligung von Zielgruppen an der Planung	172
Regelmäßige Information der Bevölkerung durch lokale und regionale Medien	173
<i>Pressekonferenzen – Zeitung, Radio und Fernsehen</i>	174
<i>Aussendungen und Aushänge der Gemeinde</i>	175
Öffentliche Präsentationen und Ausstellungen mit Möglichkeit zur Stellungnahme durch die Bevölkerung	175
Broschüre	177
Sichtbarmachung der Planung durch Kleinprojekte	177
4.3.5. Längerfristige systematische Hilfe	179
Implementierungsberatung	179
GIS Training	180
Datenmanagementkonzept	180
4.4. AUSBLICK	181
4.4.1. Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und dem Kosovo	181
ADA Projekt: „Integrated regional development in the municipality of Suhareke/Suva Reka in the sector of agriculture“	182
4.4.2. Stadtentwicklungsplanung im Kosovo und in Suhareka seit dem Jahr 2008	182
Stadtentwicklungsplanung im Kosovo	182
Der Municipal Development Plan und der Urban Development Plan bilden die Grundlage für weitere Aktivitäten der Gemeinde Suhareka	183
Die Implementierung des Stadtentwicklungskonzeptes	183
Lessons Learned	184

5. RÄUMLICHE ENTWICKLUNGSPLANUNG – EIN BEITRAG ZUM BRÜCKENSCHLAG ZWISCHEN HUMANITÄRER HILFE UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT: HERAUSFORDERUNGEN UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	186
5.1. HERAUSFORDERUNGEN BEIM BRÜCKENSCHLAG ZWISCHEN HUMANITÄRER HILFE UND LANGFRISTIGER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT	186
5.1.1. Grundlegende Problematik	186
5.1.2. Erfahrungen aus dem Projekt Stadtentwicklungsplanung Suhareka	189
5.2. „KICK-OFF PLANUNG“ – POST-KASTASTROPHEN STRATEGIE RÄUMLICHE ENTWICKLUNGSPLANUNG	191
5.2.1. Die „Kick-Off Planung“	194
5.2.2. Instrumente der „Kick-Off Planung“	196
Übergangsregelungen im kosovarischen Raumplanungsgesetz	196
Vereinfachte räumliche Entwicklungskonzepte	197
Leitfaden für die Erteilung von Baugenehmigungen	199
5.2.3. Planungsprozess „Kick-Off Planung“	201
Akteure der „Kick-Off Planung“	201
Planungsprozess und Kommunikation	205
5.2.4. Zeitplanung der „Kick-Off Planung“	206
5.2.5. Rechtliche Verbindlichkeit und Umsetzung der „Kick-Off Planung“	209
6. VERZEICHNISSE	212
6.1. ABBILDUNGSVERZEICHNIS	212
6.2. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	213
6.3. QUELLENVERZEICHNIS	217
6.3.1. Zitierte Literatur	217
6.3.2. Projektmaterial	228
6.3.3. Gesetze	231
6.3.4. Internetquellen	232

1. Einleitung

Internationale Humanitäre Hilfe und langfristige Entwicklungszusammenarbeit können nicht länger isoliert voneinander betrachtet werden. Die wachsenden Zahlen an Katastrophen – sowohl Naturkatastrophen, technologische Katastrophen als auch Kriege und bewaffnete Konflikte – sowie die tendenziell stagnierenden Gesamtmittel für Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit lassen die Gestaltung des Übergangs von kurzfristiger Humanitärer Hilfe zu langfristiger Entwicklungszusammenarbeit und die sich daraus ergebenden Herausforderungen und möglichen Synergien zu einer zentralen Fragestellung für die Arbeit des 21. Jahrhunderts werden. Die Frage, wie ein möglichst effizienter Einsatz der finanziellen Mittel und Ressourcen gewährleistet und maximale Unterstützung für die betroffene Bevölkerung geboten werden kann, wird aktuell sowohl in wissenschaftlichen Diskursen als auch in praktischen Ansätzen und Handlungsempfehlungen unterschiedlicher an dieser Schnittstelle tätigen Organisationen diskutiert.

Internationale Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit unterscheiden sich in erster Linie durch ihren Zeitrahmen; sie verfolgen jedoch auch unterschiedliche Zielsetzungen. Während Humanitäre Hilfe Opfern von Katastrophen kurzfristige Überlebenshilfe bereitstellt, verfolgt Entwicklungszusammenarbeit langfristige soziale, ökonomische und politische Ziele. Das macht den Übergang zwischen diesen beiden Instrumenten komplex, auch wenn die unterschiedlichen Akteure, Prinzipien, Strategien und Instrumente speziell in Langzeitkrisen immer wieder ineinander verschwimmen.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist die wissenschaftliche Reflexion der Umsetzung von Stadtentwicklungsstrategien im Rahmen des Wiederaufbaus und der Stadtentwicklungsplanung einer Post-Konflikt Gemeinde sowie des Spannungsfeldes zwischen theoretischen Konzepten und praktischer Umsetzung. Durch die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen in Form einer „Kick-Off Planung“ sollen die räumliche Entwicklungsplanung und die Stadtentwicklungsplanung künftig als ein Instrument für einen effizienteren Brückenschlag zwischen Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit und integrierter Bestandteil von Wiederaufbauprogrammen etabliert werden.

Herangehensweise

Die Relevanz der Koordination von Entwicklungsbemühungen in den einzelnen Phasen aber vor allem auch über die einzelnen Phasen der internationalen Hilfe hinaus ist mir in meiner langjährigen Tätigkeit in regionalen Entwicklungsprojekten und Stadtentwicklungsprojekten an der Schnittstelle zwischen Humanitärer Hilfe und langfristiger Entwicklungszusammenarbeit in Peru und im Kosovo bewusst geworden. Die Regionalentwicklungsprojekte in Peru wurden im Rahmen der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt, aufgrund von Naturkatastrophen nach El Nino Ereignissen ist jedoch auch immer wieder Humanitäre Hilfe zum Einsatz gekommen. Bei

der Stadtentwicklung im Kosovo waren die Projektaktivitäten in der Endphase der Humanitären Hilfe am Übergang zur langfristigen Entwicklungszusammenarbeit angesiedelt. Die Ausgangslage der Projekte war also unterschiedlich, die eingesetzten Instrumente zur Steuerung der Entwicklung waren jedoch ähnlich – regionale Entwicklungsplanung bzw. Stadtentwicklungsplanung.

Stadtentwicklungsplanung ist eigentlich ein klassisches Instrument der Raumplanung und Raumentwicklung, das die koordinierte Entwicklung einer Stadt, bzw. je nach Maßstabebene auch eines Stadtteiles oder einer Region zum Ziel hat. Gemäß der Definition im Handwörterbuch der Raumplanung ist sie um integriertes Handeln im sozialen, wirtschaftlichen und räumlichen Bereich bestrebt und entwickelt und verfolgt, unter Miteinbeziehung der verschiedenen Handlungsfelder einer Stadt oder Region, eine Planungsstrategie für eine langfristige Stadtentwicklung. Dieser integrierte Entwicklungsansatz deckt sich mit einer Vielzahl von Forderungen, die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit an Projekte gestellt werden.

Der Forschungsstand zu Beginn und im Laufe der Arbeit spiegelt die Aktualität der Thematik wider. Unzählige Institutionen und Organisationen beschäftigen sich sowohl auf theoretischer wie auch auf anwendungsorientierter Ebene mit der Schnittstelle zwischen Humanitärer Hilfe und langfristiger Entwicklungszusammenarbeit. In der Literatur finden sich unterschiedliche Ansätze und Konzepte zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, zumeist in Form von generellen Grundsätzen für unterschiedlichste Projekttypen, jedoch keine, die sich spezifisch mit Stadtentwicklungsprojekten beschäftigen.

Die Entscheidung, das Instrument der Stadtentwicklungsplanung anhand des Wiederaufbaus und der Stadtentwicklung einer Post-Konflikt Gemeinde zu untersuchen, ist aufgrund der Aktualität der Thematik gefallen. Entgegen den Hoffnungen der 1990er Jahre hat das Ende des Kalten Krieges 1989 nicht zu einer Reduktion der gewaltsamen Konflikte geführt; es kam jedoch zu einer Verlagerung der Art der Konflikte zu vorwiegend innerstaatlichen Konflikten, die zu 90 % Zivilisten betreffen und oftmals langjährige Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit zunichte machen. Darüber hinaus kann ich aufgrund meiner langjährigen Tätigkeit in diesem Bereich auf einen breiten Erfahrungsschatz, Kontakte und Materialien zurückgreifen. Dementsprechend habe ich eine empirische Forschungsausrichtung mit vorwiegend qualitativen Analysemethoden gewählt.

Zielsetzungen

Zentrales Anliegen der vorliegenden Arbeit ist es, die Umsetzung von Strategieelementen der Stadtentwicklungsplanung in einem ausgewählten Projekt an der Schnittstelle von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit vor dem Hintergrund unterschiedlicher Konzepte zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zu analysieren.

Ein wesentliches Ziel der Arbeit ist es, der Frage nachzugehen, inwieweit aus diesen Stadtentwicklungsprojekten eine Strategie zur Koordination von internationalen Hilfsanstrengungen in unterschiedlichen Hilfsphasen abgeleitet werden kann.

Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Abstimmung der Aktivitäten in den einzelnen Hilfsphasen und zur Verringerung der „Lücke“ zwischen Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit bilden den Abschluss der Arbeit. Dabei soll nicht der theoretische Diskurs weiter vertieft, sondern praktische Handlungsanweisungen aufgezeigt werden, die sich sowohl an Fördergeber (Gestaltung der Förderungslandschaft und Förderungspraxis) als auch an konkret vor Ort tätige Projektträger zur nachhaltigen Ausrichtung ihrer Aktivitäten richten. Dementsprechend wird die Methode der „Kick-Off Planung“ mit dem dazugehörigen Instrumentarium entwickelt. Damit soll räumliche Entwicklungsplanung als integrierter Bestandteil in Wiederaufbauprogrammen etabliert werden.

Methodik

Die analytisch ausgerichtete Arbeit stützt sich auf unterschiedliche Methoden zur Bearbeitung der Fragestellung, welchen Beitrag Stadtentwicklungsplanung beim Übergang zwischen kurzfristiger Humanitärer Hilfe und langfristiger Entwicklungszusammenarbeit leisten kann.

Den theoretischen Hintergrund der Arbeit bilden – ausgehend von der Aufarbeitung der Ansätze und Instrumente der Internationalen Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit – Konzepte und Ansätze zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit.

Basis der ersten Kapitel ist eine Literaturrecherche im Bereich der Primär- und Sekundärliteratur zur Thematik der Humanitären Hilfe, der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, der zivil-militärischen Zusammenarbeit, von Konzepten zur Verknüpfung der einzelnen Phasen sowie der geschichtlichen Entwicklung der Situation im Kosovo.

Um den Beitrag der Stadtentwicklungsplanung zum Brückenschlag zwischen internationaler Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit darzustellen, wurde die Stadtentwicklungsplanung der Stadtgemeinde Suhareka im Kosovo nach dem Krieg im Jahr 1999 als Fallstudie ausgewählt. Die Stadtentwicklungsprojekte werden detailliert beschrieben und ihre wesentlichen Projektelemente diskutiert. Im Grunde genommen werden die Stadtentwicklungsbestrebungen in und für Suhareka anhand der Fragestellungen „was, wie und warum gerade so“ etwas gemacht wurde, aufgerollt und Strategieelemente abgeleitet. In weiterer Folge werden die Strategieelemente des Fallbeispiels Stadtentwicklungsprojekte in Suhareka / Kosovo vor dem Hintergrund des theoretischen Diskurses zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit aufgearbeitet, um den möglichen Beitrag der Stadtentwicklungsplanung zur besseren Koordination in den einzelnen Phasen und zum

Brückenschlag zwischen Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit aufzuzeigen.

Zur Beschreibung der Fallstudie Stadtentwicklungsplanung in Suhareka werden in erster Linie Projektanträge und Projektberichte sowie die Pläne inklusive der textlichen Erläuterungen des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ inklusive der veröffentlichten Broschüre herangezogen. Ergänzt wird das Material – insbesondere zur Beschreibung der Ausgangslage in Suhareka sowie der weiteren Entwicklung in Suhareka nach Abschluss des Projektes – durch veröffentlichte Materialien von internationalen Organisationen sowie Ministerien und öffentlichen Stellen des Kosovo und nicht zuletzt Dokumente der Stadtgemeinde Suhareka.

Darüber hinaus stehen auch interne Protokolle und Aufzeichnungen zur Verfügung, die mit Erfahrungsberichten, Interviews und Diskussionen mit beteiligten Personen in Österreich und im Kosovo ergänzt werden. Eine Vielzahl an persönlichen Aufenthalten und Erfahrungen vor Ort in Suhareka über einen Projektzeitraum von mehr als drei Jahren und über den Abschluss des Projektes hinaus, sowie die Teilnahme an Projektworkshops in Suhareka, Pristina und Wien runden das Bild ab.

Ausgehend von den Erfahrungen aus den Projekten werden im letzten Abschnitt der Arbeit die Herausforderungen bei der Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit erläutert und Handlungsempfehlungen sowie eine „Kick-Off Planung“ als Post-Katastrophen Strategie räumliche Entwicklungsplanung für einen nachhaltigen Übergang zwischen den Hilfephasen und eine starke strategische Ausrichtung der Wiederaufbauphase erarbeitet.

Aufbau der Arbeit

Die Arbeit wird mit grundsätzlichen Überlegungen zu Zielen und Prinzipien der Humanitären Hilfe und Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit inklusive einem kurzen historischen Abriss von ihren Anfängen bis zum Status quo eingeleitet. Darauf folgend werden unterschiedliche theoretische und anwendungsorientierte Ansätze und Konzepte zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit vorgestellt. In einem Exkurs werden die Veränderungen in der internationalen Hilfe sowie die Rolle der zivil-militärischen Zusammenarbeit erläutert.

Die geschichtliche Entwicklung der Situation im Kosovo, insbesondere der Konflikt, seine Entstehung und die Post-Konflikt Situation werden ebenso wie Eckdaten zum Kosovo umrissen. Besonderes Augenmerk wird der Ausgangslage in der Stadt Suhareka gewidmet. Neben Ausführungen zu rechtlichen Rahmenbedingungen und Planungen sowie Grundlagendaten zur Stadtentwicklungsplanung wird vertiefend auf die Kapazitäten und Strukturen der Stadtentwicklungsplanung in Suhareka eingegangen.

Die Fallstudie erläutert deskriptiv die Bemühungen der Stadtgemeinde Suhareka im Bereich der Stadtentwicklungsplanung seit dem Jahr 2001, also dem beginnenden Übergang von Humanitärer Hilfe zu Entwicklungszusammenarbeit, bis zum Jahr 2009,

dem offiziellen Abschluss des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“. Bei der Erläuterung der Zielsetzungen und Projektelemente auf dem Weg zu einem Stadtentwicklungsplan wird besonderes Augenmerk auf die Identifizierung von Strategieelementen gerichtet.

Die Umsetzung dieser Strategieelemente wird anhand des konkreten Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ vor dem Hintergrund folgender Forderungen, abgeleitet aus Konzepten zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, analysiert:

- Nachhaltige Entwicklungsplanung / Sektorübergreifender Ansatz
- Stärkung und Weiterentwicklung der Strukturen und Fähigkeiten zur Selbsthilfe
- Kooperation mit lokalen Partnerorganisationen
- Partizipation und Zielgruppenorientierung
- Längerfristige systematische Hilfe

In einem Ausblick wird die weitere Entwicklung in der Stadtgemeinde Suhareka im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mit Österreich und der Stadtentwicklungsplanung kurz umrissen.

Den Abschluss der Arbeit bilden ein Überblick über die Herausforderungen beim Brückenschlag zwischen Humanitärer Hilfe und langfristiger Entwicklungszusammenarbeit basierend auf den Erfahrungen aus dem Projekt Stadtentwicklungsplanung Suhareka sowie Handlungsempfehlungen in Form einer „Kick-Off Planung“ als Post-Katastrophen Strategie räumliche Entwicklungsplanung.

Weiterer Forschungsbedarf

Im Rahmen der Handlungsempfehlungen der vorliegenden Dissertation wird die Methode der „Kick-Off Planung“ entwickelt, die als integrierter Bestandteil in Wiederaufbauprogrammen etabliert werden soll. Dazu werden zwei neue Instrumente der räumlichen Entwicklungsplanung und Stadtentwicklungsplanung nach Katastrophen vorgestellt: Das „vereinfachte räumliche Entwicklungskonzept“ und der „Leitfaden für die Erteilung von Baugenehmigungen“. Diese beiden Instrumente werden in ihren Grundzügen umrissen, ihre möglichen Inhalte exemplarisch aufgeführt und Überlegungen zu den Akteuren, dem Planungsprozess und der Kommunikation, der Zeitplanung und der Implementierung dargestellt.

Die weitere und vertiefende Ausformulierung dieser Instrumente sowie ihre praktische Erprobung stellen eine spannende Herausforderung für die weitere Forschung dar:

- Institutionalisierung der Akteure

Ein ganz wesentlicher Punkt ist die Frage, wie die „Kick-Off Planung“ in der Humanitären Hilfe, in Wiederaufbauprogrammen aber auch in der Entwicklungszusammenarbeit etabliert werden kann. Dabei kommt der Frage welche internationalen Akteure / Organisationen die Führungsrolle im Prozess der „Kick-Off Planung“ übernehmen können

große Bedeutung zu. Wer kann und soll den Planungsprozess zur Erstellung der Instrumente der räumlichen Entwicklungsplanung nach Katastrophen mit den lokalen Akteuren starten und begleiten sowie bei Bedarf die Umsetzung unterstützen? Können Akteure und Prozesse der „Kick-Off Planung“ institutionalisiert werden?

- Standardisierung der Instrumente

Es stellt sich natürlich auch die Frage, ob und inwieweit die Instrumente der „Kick-Off Planung“ standardisiert werden können, um eine raschere und möglicherweise kostengünstigere Einsatzmöglichkeit in Katastrophensituationen zu gewährleisten. Eine Möglichkeit dazu wäre die Erstellung von Checklisten, beispielsweise für die Inhalte des Weißplanes des „vereinfachten räumlichen Entwicklungskonzeptes“. Eine weitere Überlegung wäre, inwieweit die grundlegenden Richtlinien für die bauliche Entwicklung, also die erste Stufe des „Leitfadens für die Erteilung von Baugenehmigungen“ mit geringfügigen Adaptierungen an die jeweilige Situation nach der Katastrophe vor Ort generell angewendet werden können. Auch in Bezug auf die Prozessgestaltung könnten grundlegende Standards für den Ablauf des Prozesses, beispielsweise im Bereich Partizipation und Öffentlichkeitsarbeit, ausgearbeitet werden.

- Überleitung in rechtlich verbindliche Planungsinstrumente

Das „vereinfachte räumliche Entwicklungskonzept“ und der „Leitfaden für die Erteilung von Baugenehmigungen“ sollten die inhaltliche Grundlage für die Erstellung von räumlichen Entwicklungskonzepten sowie des Flächenwidmungs- und des Bebauungsplanes bilden. Dementsprechend wären auch weitere Überlegungen zur Überleitung der Instrumente der „Kick-Off Planung“ in Planungsinstrumente gemäß den geltenden Bau- und Raumordnungsgesetzen anzustellen.

Der Forschungsbedarf zu den oben angeführten Themen ist ein theoretischer, aber noch viel mehr ein empirischer. Die Instrumente der „Kick-Off Planung“, der räumlichen Entwicklungsplanung nach Katastrophen, müssen in Katastrophensituationen auf ihre Praxistauglichkeit überprüft und mit den gewonnenen praktischen Erfahrungen theoretisch weiterentwickelt werden.

2. Ansätze und Instrumente der Internationalen Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit

„Die Millenniumsentwicklungsziele (Acht Entwicklungsziele, die alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen und somit auch Österreich im Jahr 2000 formuliert haben und die bis 2015 gemeinsam erreicht werden sollen, um die weltweite Armut und deren Folgen zu bekämpfen, Anm. d. Verf.) können nur erreicht werden, wenn verhindert wird, dass Entwicklungsanstrengungen durch gewaltsame Konflikte zunichte gemacht werden. Daher müssen Elemente der Konfliktbearbeitung und der Friedensförderung Bestandteile der Not- und Übergangshilfe sein. Durch die Verknüpfung von Soforthilfe und Entwicklungsprogrammen werden direkte Beiträge zum ersten Ziel der Millenniumserklärung „Beseitigung der extremen Armut und des Hungers geleistet.“¹

Entgegen der Hoffnungen der 1990er Jahre hat das Ende des Kalten Krieges 1989 nicht zu einer Reduktion der gewaltsamen Konflikte geführt und es befinden sich immer noch mehr als zwei Drittel der ärmsten Länder in Konfliktregionen. Die Art der Konflikte hat sich jedoch von vorwiegend zwischen Staaten ausgetragenen gewaltsamen Auseinandersetzungen zu Bürgerkriegen, innerstaatlichen Konflikten in zerfallenden Staaten und globalen terroristischen Bedrohungen geändert. Innerstaatliche Konflikte betreffen zu 90 % Zivilisten und machen oftmals langjährige Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit zunichte.² Die entstehenden humanitären Krisen werden aufgrund ihrer Vielschichtigkeit als „complex emergencies“ bezeichnet.³ Konflikte, Mehrfachkrisen und schwierige Partner („fragile states“) stellen eine wachsende Herausforderung für die internationale Zusammenarbeit dar.⁴ Zum einen ist nach dem Zusammenbruch von staatlichen Strukturen eine sehr breit angelegte, abgestimmte Unterstützung notwendig, welche die Handlungsmöglichkeiten von einzelnen Gebern übersteigt. Zum anderen birgt eine politisch und militärisch instabile Lage ein massives Sicherheitsrisiko für Hilfsorganisationen. Die wiederkehrende Abfolge von „Ruhephasen“ und erneuter Gewalteskalation macht eine zeitliche und räumliche Trennung von kurzfristiger Nothilfe und langfristiger Entwicklungszusammenarbeit nahezu unmöglich. *„Internationale Hilfe operiert zunehmend in einem Klima der Unsicherheit und des Umbruchs.“⁵* In diesem Zusammenhang hat auch der Einsatz von internationalen

¹ BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (2005): Konzept für Maßnahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, S. 6

² Vgl.: BMEIA/ADA (2006): Friedenssicherung und Konfliktprävention, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien

³ Vgl.: BOSCHMANN Nina (2003): Wiederaufbauprogramme und „Complex Emergencies“, EZ-relevante Erfahrungen und Lessons learned, Hg: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn

⁴ Vgl.: BMEIA/ADA (2006): Friedenssicherung und Konfliktprävention, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien

⁵ BOSCHMANN Nina (2003): Wiederaufbauprogramme und „Complex Emergencies“, EZ-relevante Erfahrungen und Lessons learned, Hg: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn, S.4

Friedenstruppen und Übergangsverwaltungen unter Mandat der Vereinten Nationen an Bedeutung gewonnen.⁶

„Friede und Stabilität sind also Voraussetzungen für Entwicklung und Wohlstand, während umgekehrt Armutsminderung und die dauerhafte Verbesserung der Lebensverhältnisse einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von gewaltsamen Konflikten leisten.“⁷

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit den aktuellen Zielen und Prinzipien der Humanitären Hilfe und der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit sowie einem kurzem Überblick über die Entwicklung der Ziele und Prinzipien in den letzten 60 Jahren. In der Folge werden unterschiedliche theoretische sowie anwendungsorientierte Ansätze und Konzepte zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit vorgestellt. In einem Exkurs werden die Bedeutung des Einsatzes von Militärkräften in der internationalen Hilfe sowie Grundsätze zivil-militärischer Zusammenarbeit erläutert.

2.1. HUMANITÄRE HILFE

2.1.1. Begriffsbestimmungen und Grundsätze

Katastrophe

Die Leitlinie zur Internationalen Humanitären Hilfe der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit bezeichnet, basierend auf der Definition des österreichischen Normungsinstituts, eine Katastrophe als *„plötzlich eintretende Unterbrechung der Funktionsfähigkeit einer Gemeinschaft, verursacht durch Verluste an Menschenleben und/oder Vermögenswerten und/oder Infrastruktur einschließlich essentieller Dienstleistungen, welche die betroffene Gemeinschaft trotz koordinierter Ausnutzung aller lokal und regional verfügbaren Ressourcen aus eigener Kraft nicht mehr bewältigen kann“*.⁸

Katastrophen werden unterschieden nach:

- Kriegen, bewaffneten Konflikten, bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen und außergewöhnlichen sozialen Ereignissen („man-made disasters“)
- Naturkatastrophen („natural disasters“) inklusive sekundärer Katastrophen
- technologischen Katastrophen⁹

Einige internationale Organisationen, wie beispielsweise die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), nehmen noch eine Unterscheidung nach dem

⁶ Vgl.: BOSCHMANN Nina (2003): Wiederaufbauprogramme und „Complex Emergencies“, EZ-relevante Erfahrungen und Lessons learned, Hg: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn

⁷ BMEIA/ADA (2006): Friedenssicherung und Konfliktprevention, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien, S.6

⁸ BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien, S.5

⁹ Vgl.: BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien

Entstehungszeitraum in plötzlich auftretende („fast-onset“), allmählich entstehende („slow-onset“) und dauerhaft vorhandene („permanent“) Katastrophen vor.¹⁰

Eine Katastrophe ist eine sehr intensive Zeitspanne, die durch eine unmittelbare Bedrohung von Leben, Gesundheit und Eigentum und einer dementsprechenden Dringlichkeit von lebenserhaltenden Maßnahmen sowie einem gewissen Grad an Chaos gekennzeichnet ist.¹¹

Krise / Krisensituation

Im Gegensatz zur Katastrophe ist eine Krisensituation (Notsituation) eine weiter gefasste Phase unüblicher Lebensbedingungen, die durch einen Verlust der bislang gegebenen Steuerungsmöglichkeiten geprägt ist. Im politisch gesellschaftlichen Kontext handelt es sich dabei um eine Situation „in der die unmittelbare Gefahr einer gewaltsamen Eskalation von Konflikten besteht oder der Konflikt bereits zu einem Krieg geführt hat“.¹² Die Bewältigungsstrategien („coping strategies“) sind begrenzt und können oft nur durch ungewöhnliche Maßnahmen aufrechterhalten werden. Diese Begrenztheit der Problemlösungsmechanismen führt zu einer oft dauerhaften Verschlechterung der Entwicklungsperspektiven einer Gesellschaft und damit einhergehend zu einer erhöhten Verwundbarkeit, einer Vertiefung der Armut und einem erhöhten Konfliktrisiko bis hin zu sekundären Katastrophen.¹³

Complex Emergency

“Complex emergencies“ sind humanitäre Krisen, die aus Bürgerkriegen mit zumeist ökonomischen, politischen und ökologischen Ursachen hervorgehen und durch eine hohe Zahl ziviler Opfer (Tote, Flüchtlinge, Vertriebene) sowie Hunger, Gewalt und Vertreibung charakterisiert sind. Das Versagen des Staatsapparates verschärft die Situation darüber hinaus.¹⁴

Die Vereinten Nationen beschreiben “complex emergencies“ als „*multifaceted humanitarian crisis in a country, region or society where there is total or considerable breakdown of authority resulting from internal or external conflict and which requires a*

¹⁰ Vgl.: GTZ (Hg.) (2000): Technische Zusammenarbeit im Kontext von Krisen, Konflikten und Katastrophen - Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Glossar, Eschborn

¹¹ Vgl.: BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien

¹² GTZ (Hg.) (2000): Technische Zusammenarbeit im Kontext von Krisen, Konflikten und Katastrophen - Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Glossar, Eschborn, S.18

¹³ Vgl.: BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien und GTZ (Hg.) (2000): Technische Zusammenarbeit im Kontext von Krisen, Konflikten und Katastrophen - Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Glossar, Eschborn

¹⁴ Vgl.: GTZ (Hg.) (2000): Technische Zusammenarbeit im Kontext von Krisen, Konflikten und Katastrophen - Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Glossar, Eschborn

*multi-sectoral, international response that goes beyond the mandate or capacity of any single agency and/or the ongoing United Nations country programme*¹⁵.

2.1.2. Ziele und Prinzipien der Humanitären Hilfe

*„Humanitäre Hilfe ist kurzfristige Sofort- und Überlebenshilfe für Opfer von Naturkatastrophen und gewaltsamen Konflikten.“*¹⁶

Auch wenn keine international anerkannte, kodifizierte Definition von Humanitärer Hilfe vorliegt und die verschiedenen Akteure ihr Hauptaugenmerk auf unterschiedliche Aspekte setzen, kann die Kernidee der Humanitären Hilfe als *„...Überlebenshilfe in schweren Krisensituationen, in denen die normalerweise vorhandenen Mechanismen der Versorgung („coping mechanisms“) nicht mehr funktionieren und das Leben vieler Menschen akut bedroht ist“*¹⁷ beschrieben werden. Die unmittelbare Linderung des Leidens steht im Vordergrund.

In der Genfer Konvention wird die Humanitäre Hilfe indirekt definiert, indem von „humanitären unparteiischen Organisationen wie dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)“ gesprochen wird, die in Konfliktfällen ihre Dienste anbieten. Humanität und Unparteilichkeit werden als die zentralen Charakteristika der Humanitären Hilfe angeführt.¹⁸ Priorität der Humanitären Hilfe ist es *„...die heute bedrohten Menschen jetzt zu retten“*¹⁹. Die humanitäre Arbeit reagiert auf aktuelle Katastrophensituationen und ist primär auf das Hier und Jetzt konzentriert. Von ihrem zentralen Anliegen her ist sie weder Entwicklungshilfe noch Verteidigung der Menschenrechte.

Humanitäre Hilfe hat zum Ziel, während und nach dem Eintreten einer Krisensituation mit friedlichen Mitteln Menschleben zu schützen, Leiden zu lindern und die Würde der betroffenen Menschen zu wahren und sie zu unterstützen, bis wieder ein gewisser Grad an Normalität erreicht ist. Sie richtet sich an Opfer von Kriegen und Konflikten ebenso wie an Opfer von Naturkatastrophen und technologischen Katastrophen. Humanitäre Hilfe ist von den allgemein anerkannten – wenn auch nicht immer umgesetzten – Prinzipien der Humanität, der Unparteilichkeit, der Neutralität und der Unabhängigkeit geleitet.²⁰ Sie

¹⁵ UNITED NATIONS (2002): OCHA Orientation Handbook, New York, [http://www.reliefweb.int/rw/lib.nsf/db900sid/LGEL-5R8DWY/\\$file/ocha-orient-2002.pdf?openelement](http://www.reliefweb.int/rw/lib.nsf/db900sid/LGEL-5R8DWY/$file/ocha-orient-2002.pdf?openelement) (Stand: 8.7.2009), S.9

¹⁶ DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn, S.9

¹⁷ VON PILAR Ulrike (2007): Von Ärzten und Grenzen. Dilemmata der Humanitären Hilfe, in: Treptow Rainer (Hg.): Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe, Ernst Reinhardt Verlag, München, S.129

¹⁸ Vgl.: VON PILAR Ulrike (2007): Von Ärzten und Grenzen. Dilemmata der Humanitären Hilfe, in: Treptow Rainer (Hg.): Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe, Ernst Reinhardt Verlag, München

¹⁹ VON PILAR Ulrike (2007): Von Ärzten und Grenzen. Dilemmata der Humanitären Hilfe, in: Treptow Rainer (Hg.): Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe, Ernst Reinhardt Verlag, München, S.128

²⁰ Vgl.: VON PILAR Ulrike (2007): Von Ärzten und Grenzen. Dilemmata der Humanitären Hilfe, in: Treptow Rainer (Hg.): Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe, Ernst Reinhardt Verlag, München und BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien

verfolgt keine politischen Ziele, und auch die Ursache der Notlage spielt keine Rolle für die Hilfe.

Humanität bedeutet, dass die Rettung von Menschenleben und die Linderung von Leid, unter Wahrung der Würde aller Opfer, Vorrang hat. Der Grundsatz der Unparteilichkeit besagt, dass Hilfe ausschließlich aufgrund der Bedürftigkeit ohne Unterscheidung zwischen oder innerhalb von betroffenen Bevölkerungsgruppen geleistet wird. Im Sinne der Neutralität darf Humanitäre Hilfe in bewaffneten oder anderen Konflikten keine Partei bevorzugen. Die Unabhängigkeit wird gewahrt, wenn die humanitären Ziele unabhängig von politischen, militärischen oder anderen Zielen der Geber vor Ort verfolgt werden.²¹

Speziell in Krisen- und Konfliktsituationen sind insbesondere die Unparteilichkeit und Neutralität der Hilfsorganisationen eine notwendige Voraussetzung für den Zugang zu den Opfern auf allen Seiten des Konflikts.²² Unparteilichkeit bedeutet ein Diskriminierungsverbot – in akuten Notlagen gibt es keine „guten“ oder „bösen“ Opfer. Sie steht aber auch für die Proportionalität der Hilfe: die Hilfsmaßnahmen erfolgen gemäß der Bedürftigkeit, die Schwächsten und Gefährdetsten kommen also zuerst.²³ Diese Unparteilichkeit kann im Grunde genommen nur von regierungsunabhängigen, privaten Hilfsorganisationen gewährleistet werden.²⁴

Die Verpflichtung zur Einhaltung und Propagierung der humanitären Grundsätze ist in einer Vielzahl von Dokumenten festgehalten, wie beispielsweise dem „Verhaltenskodex für die Internationale Bewegung vom Roten Kreuz und Roten Halbmond und nichtstaatliche Hilfswerke in der Katastrophenhilfe“ oder dem „Europäischen Konsens über die Humanitäre Hilfe“.

Verhaltenskodex für die Internationale Bewegung vom Roten Kreuz und Roten Halbmond und nichtstaatliche Hilfsorganisationen in der Katastrophenhilfe

Eine Definition der humanitären Grundsätze ist im Verhaltenskodex der internationalen Rot-Kreuz-Gesellschaften und der regierungsunabhängigen Organisationen bezüglich Nothilfe („Code of Conduct for the International Red Cross and Red Crescent Movement and NGOs in Disaster Relief“) sowie in der Resolution 46/182 der Generalversammlung der Vereinten Nationen enthalten.²⁵

²¹ Vgl.: EUROPÄISCHE KOMMISSION: Europäischer Konsens über die Humanitäre Hilfe, Humanitäre Hilfe als Herausforderung, http://ec.europa.eu/echo/files/media/publications/consensus_de.pdf (Stand: 2.1.2009)

²² Vgl.: VENRO (2000): Humanitäre Hilfe von Staats wegen?, VENRO-Diskussionspapier, Bonn

²³ Vgl.: VON PILAR Ulrike (2007): Von Ärzten und Grenzen. Dilemmata der Humanitären Hilfe, in: Treptow Rainer (Hg.): Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe, Ernst Reinhardt Verlag, München

²⁴ Vgl.: VENRO (2000): Humanitäre Hilfe von Staats wegen?, VENRO-Diskussionspapier, Bonn

²⁵ Vgl.: SCADPLUS: Europäischer Konsens zur humanitären Hilfe, <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/r13008.htm> (Stand: 7.8.2008)

Der Verhaltenskodex, der 1994 von den Rot-Kreuz-Bewegungen initiiert wurde und dem sich viele namhafte Organisationen freiwillig verpflichtet haben, umfasst die folgenden zehn international anerkannten Leitprinzipien der Humanitären Hilfe:

- „1. *Der Humanitäre Imperativ geht vor.*
2. *Hilfe wird unterschiedslos ohne Ansehen der Rasse, religiöser Überzeugungen oder Staatsangehörigkeit der Empfänger geleistet.*
3. *Hilfe wird grundsätzlich nicht zur Förderung einzelner politischer oder religiöser Standpunkte verwendet.*
4. *Wir sind bestrebt, nicht als Instrument staatlicher Außenpolitik zu agieren.*
5. *Achtung von Kultur und Brauchtum der Zielgruppe.*
6. *Aufbau der Not- und Katastrophenhilfe auf lokalen Fähigkeiten.*
7. *Die Zielgruppe in die Organisation der Soforthilfe einbinden.*
8. *Soforthilfe muss Grundbedürfnisse abdecken und zugleich die Anfälligkeit für künftige Katastrophen verringern.*
9. *Sich nicht nur Zuwendungsgebern und Spendern, sondern auch Zielgruppen gegenüber verantwortlich fühlen.*
10. *Die Menschenwürde von Katastrophenopfern wird auch in der Öffentlichkeit und in der Werbung geachtet.“²⁶*

Sphere Standards

1997 wurde zur Entwicklung einheitlicher qualitativer Mindeststandards für die Humanitäre Hilfe ein internationaler Konsultationsprozess von Rot-Kreuz-Bewegungen und humanitären Organisationen gestartet. Ergebnis dieses Prozesses sind die von zahlreichen Geberorganisationen wie beispielsweise der Generaldirektion für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO) anerkannten Sphere-Standards. Auch bei im Rahmen der österreichischen Ost- und Entwicklungszusammenarbeit geförderten Hilfsmaßnahmen müssen die in der „Humanitarian Charta“ und den „Minimum Standards in Disaster Response“ festgelegten Mindeststandards erfüllt werden. Im Rahmen des Sphere Projekts wurde über die Entwicklung von Mindeststandards hinaus ein Handbuch zur Umsetzung und Messung von humanitären Maßnahmen entwickelt.²⁷

²⁶ DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn, S.30+31

²⁷ Vgl.: THE SPHERE PROJECT: Humanitarian Charta and Minimum Standards in Disaster Response, <http://www.sphereproject.org> (Stand: 13.4.2010)

Kernelemente des Sphere-Projekts sind:

- „die Humanitäre Charta, die fünf fundamentale Prinzipien des Internationalen Humanitären Völkerrechts, des Flüchtlingsschutzes sowie das Recht auf ein menschenwürdiges Leben zusammenfasst;
- sektorübergreifende Mindeststandards;
- technische Standards in vier Sektoren der Nothilfe;
- Code of Conduct.²⁸

Die acht sektorübergreifenden Mindeststandards sind prozessbezogen und für alle technischen Sektoren relevant. Sie umfassen die Partizipation der betroffenen Bevölkerung, die Einschätzung der Ausgangssituation (Bedarfsanalyse), eine entsprechende Reaktion und Planung der Hilfsmaßnahmen sowie eine Wirkungsbeobachtung. Mittels einer Evaluierung während oder nach der Hilfe sollen Verbesserungsmöglichkeiten für zukünftige Projekte festgestellt werden. Die Fähigkeiten und Kompetenzen sowie Verantwortlichkeiten des Personals sind wichtige Faktoren für die Qualität einer humanitären Maßnahme, weshalb Personalmanagement zu den Schüsselementen eines Hilfsprogramms zählt.

Für die vier Sektoren

1. Wasser, Abwasser und Hygiene („Water, Sanitation and Hygiene Promotion“)
 2. Nahrungsmittelhilfe und Ernährungssicherung („Food Security, Nutrition and Food Aid“)
 3. Notunterkünfte, Siedlungswesen und Haushaltsgüter („Shelter, Settlement, and non-food items“)
 4. Gesundheitsversorgung („Health services“)
- wurden auch technische Mindeststandards definiert.²⁹

Bei der Anwendung dieser Standards ist zu beachten, dass es sich dabei um Mindeststandards für die Nothilfe handelt, Maßnahmen der Rehabilitation sollten nach Möglichkeit über diese Standards hinausgehen. Die Standards sind projektspezifisch an den jeweiligen Kontext anzupassen.³⁰

„Eine wichtige Regel von humanitärer Hilfe in Katastrophen- und Krisensituationen ist die Grundregel „Do no harm“ (Konfliktsensitivität),...“³¹ Demnach sollen unbeabsichtigte Folgen und negative Auswirkungen von Humanitärer Hilfe, wie Konfliktverschärfung und Konfliktverlängerung bis hin zu potentieller Konfliktenstehung erkannt und vermieden werden.³²

²⁸ DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn, S.32

²⁹ Vgl.: THE SPHERE PROJECT: Humanitarian Charta and Minimum Standards in Disaster Response, <http://www.sphereproject.org> (Stand: 13.4.2010)

³⁰ Vgl.: DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn

³¹ BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien, S.14

³² Vgl.: BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien

2.1.3. Phasen der Humanitären Hilfe

Die Humanitäre Hilfe umfasst die gesamte Spanne einer Krisensituation, also den Zeitraum vom Eintreten einer Katastrophe bis zur Rückkehr zu normalen Lebensbedingungen.³³ „Im Sinne eines mehrstufigen Kontinuums zwischen kurzfristiger Katastrophenhilfe und längerfristiger Entwicklungszusammenarbeit umfassen Projekte der Humanitären Hilfe daher auch Aktivitäten der Rehabilitation, des Wiederaufbaus und der Katastrophenprävention.“³⁴

Dabei werden unterschiedliche aufeinander folgende Phasen mit verschiedenen Maßnahmen und Instrumenten unterschieden. Ebenso wie es keine allgemein gültige internationale Definition von Humanitärer Hilfe gibt, verwenden die unterschiedlichen Institutionen und Länder auch verschiedene Bezeichnungen und Abgrenzungen für die einzelnen Phasen. In weiterer Folge der Arbeit werden die Begrifflichkeiten gemäß der „Leitlinie Internationale humanitäre Hilfe der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit“ verwendet.

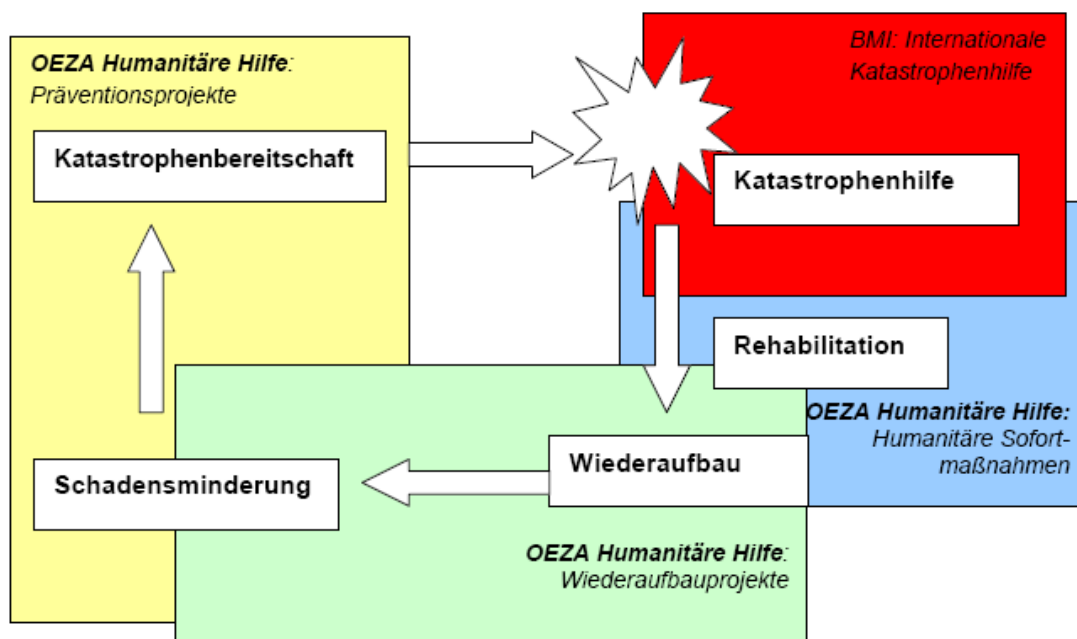
Die OEZA teilt die internationale Humanitäre Hilfe in vier Phasen: Katastrophenhilfe, Rehabilitation, Wiederaufbau und Schadensminderung/Katastrophenbereitschaft. Während die erste Phase, die Katastrophenhilfe, in erster Linie die Überlebenssicherung der Betroffenen umfasst, haben die folgenden drei Phasen – die Rehabilitation, der Wiederaufbau und die Katastrophenbereitschaft – die Wiederherstellung der Grundfunktionen und Lebensbedingungen sowie die Vorbereitung auf eine mögliche neuerliche Katastrophe zum Ziel.³⁵

³³ Vgl.: BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien

³⁴ BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien, S. 7

³⁵ Vgl.: BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien

Abbildung 1: Phasen und Definitionen der internationalen Humanitären Hilfe in der OEZA



Quelle: BMEIA/ADA (2007): *Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit*, Wien, S.16

Katastrophenhilfe / Soforthilfe („disaster relief“)

„Die globale Bezeichnung humanitäre Hilfe umfasst Begriffe wie Not-, Sofort-, Überlebens- und Katastrophenhilfe. Während die Termini Not- oder Katastrophenhilfe auf die Ursache verweisen, deutet die Bezeichnung Soforthilfe auf den Faktor Zeit und der Begriff Überlebenshilfe auf die Zielsetzung des Maßnahmenbereichs. Alle Begriffe implizieren eine unmittelbare, zeitlich begrenzte und schnell zu organisierende Unterstützung von Menschen in einer akuten Notlage, um deren Überleben zu sichern.“³⁶

Ziel der Katastrophenhilfe ist es, während bzw. unmittelbar nach dem Eintreten einer akuten Katastrophe das Überleben der betroffenen Bevölkerung zu gewährleisten und ihre Selbsthilfekapazitäten wiederherzustellen. Die Phase der Katastrophenhilfe umfasst somit die ersten Tage bis Wochen – bis hin zu Monaten – einer Krisensituation, in denen Überlebende identifiziert und lokalisiert werden und ihre Grundversorgung mit Nahrung, Unterkunft und medizinischer Versorgung sichergestellt wird.

³⁶ DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): *Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit*, Bonn, S.9

Die Aktivitäten lassen sich in drei Felder der Katastrophenhilfe zusammenfassen:

- Versorgung mit Trinkwasser und Nahrungsmitteln (Bereitstellung von Nostrationen)
- Medizinische Grundversorgung (medizinische Notfallhilfe)
- Schutzmaßnahmen
 - Suche und Rettung („search & rescue“),
 - Schutz vor Witterungseinwirkungen durch Kleidung, Decken und die Bereitstellung von temporären Notunterkünften inklusive sanitären Einrichtungen („shelter“),
 - Schutz im Sinn der Genfer Flüchtlingskonvention (Schutz der Flüchtlinge vor Angriffen und ein Mindestmaß an Rechtsschutz)³⁷

Abhängig von der Art der Katastrophe kommt auch technische Hilfe zum Einsatz, wie beispielsweise Pumpanlagen bei Überschwemmungen oder die Entsendung von Expertenteams.

Maßnahmen der Katastrophenhilfe sind auf ein rasches Eingreifen und kurzfristiges Engagement ausgelegt. Die weiteren Phasen der Humanitären Hilfe, die speziell mit Fortdauern der Krisensituation an Bedeutung gewinnen, sind stärker *„an den Prinzipien der Partizipation und der Unterstützung der Selbsthilfe orientiert“*³⁸.

Auf der Ebene der Europäischen Kommission ist die Generaldirektion Umwelt für Katastrophen- und Zivilschutz zuständig. In Österreich fällt die Koordinationsfunktion der Katastrophenhilfe im In- und im Ausland in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Inneres (BMI).³⁹

Zusammen mit der Phase der Rehabilitation soll mithilfe der Katastrophenhilfe zumindest der Status quo vor der Katastrophe wiederhergestellt werden.⁴⁰

Rehabilitation / Wiederherstellung („rehabilitation“)

Die Rehabilitation oder Wiederherstellung schließt an die Akutphase einer Katastrophe an. Aktivitäten und Projekte in der Phase der Rehabilitation haben in erster Linie die Wiederherstellung der Grundfunktionen und Lebensbedingungen in den betroffenen Regionen und Gemeinschaften zum Ziel („restoring livelihoods“).⁴¹ Schäden, die durch die Katastrophe entstanden sind, sollen mit einem Mix aus temporären und permanenten

³⁷ Vgl.: BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien und AKTION DEUTSCHLAND HILFT e.V.: Die Phasen der Humanitären Hilfe, http://www.aktion-deutschland-hilft.de/adh_artikel_14/schlaglichter_der_woche_237/was_meint_humanitaere_hilfe_328/3_phasen_der_humanitaeren_hilfe_6230.php (Stand: 2.1.2009)

³⁸ BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien, S.6

³⁹ Vgl.: BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien

⁴⁰ Vgl.: AKTION DEUTSCHLAND HILFT e.V.: Die Phasen der Humanitären Hilfe, http://www.aktion-deutschland-hilft.de/adh_artikel_14/schlaglichter_der_woche_237/was_meint_humanitaere_hilfe_328/3_phasen_der_humanitaeren_hilfe_6230.php (Stand: 2.1.2009)

⁴¹ Vgl.: BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien

Maßnahmen behoben werden.⁴² Gleichzeitig werden aber auch bereits gesellschaftliche Anpassungen an die durch die Katastrophe bedingten veränderten Rahmenbedingungen eingeleitet.⁴³ Man kann die Rehabilitation als einen „Spezialfall von allgemeiner Entwicklungsproblematik unter extrem schwierigen Bedingungen“⁴⁴ sehen, da die Konzipierung und Durchführung der Maßnahmen unter außergewöhnlichen Rahmenbedingungen erfolgt.

Im Gegensatz zur Entwicklungszusammenarbeit umfassen Rehabilitationsmaßnahmen keine tiefgreifenden Entwicklungskomponenten. Aufgrund des mittelfristigen Durchführungszeitraumes ist nur ein bedingter Beitrag zum Aufbau der Gesellschaft und zur Förderung von Selbsthilfestrukturen möglich.⁴⁵

Wiederaufbau („reconstruction“)

Die Phase des Wiederaufbaus umfasst alle Aktivitäten, „die auf eine permanente Rückkehr zu den Lebensbedingungen vor Eintreten der Katastrophe abzielen“⁴⁶. Die soziale und politische Stabilität soll wiederhergestellt und die Existenz der betroffenen Bevölkerungsgruppen mittelfristig gesichert werden.⁴⁷ Die Wiederaufbauphase verschränkt sich zeitlich immer stärker mit der Rehabilitationsphase, ist jedoch meist länger und erstreckt sich über mehrere Monate, manchmal aber auch Jahre. Die Übergänge sind oftmals fließend.⁴⁸ Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) definiert den Beginn der Phase des Wiederaufbaus „mit einem Ab- bzw. Umbau temporärer Strukturen, die nach der Katastrophe entstanden sind (z.B. Zeltlager, Feldspitäler, Feldküchen, behelfsmäßige Schulen, etc.)“⁴⁹.

Anders als die OEZA unterscheidet die deutsche Welthungerhilfe folgendermaßen zwischen Rehabilitation und Wiederaufbau: „Der Begriff „Wiederaufbau“ bezieht sich auf die Reparatur der materiellen Schäden, insbesondere der Infrastruktur, während Maßnahmen der „Rehabilitation“ der Wiederherstellung der physischen und psychischen

⁴² Vgl.: DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn und BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien

⁴³ Vgl.: BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien

⁴⁴ MATTHIES Volker (1995): Der Transformationsprozess vom Krieg zum Frieden – ein vernachlässigtes Forschungsfeld in: Matthies Volker (Hg.): Vom Krieg zum Frieden, Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung, Edition Temmen, Bremen, S.35

⁴⁵ Vgl.: DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn

⁴⁶ BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien, S.7

⁴⁷ Vgl.: DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn

⁴⁸ Vgl.: AKTION DEUTSCHLAND HILFT e.V.: Die Phasen der Humanitären Hilfe, http://www.aktion-deutschland-hilft.de/adh_artikel_14/schlaglichter_der_woche_237/was_meint_humanitaere_hilfe_328/3_phasen_der_humanitaeren_hilfe_6230.php (Stand: 2.1.2009)

⁴⁹ BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien, S.7

*Gesundheit der betroffenen Menschen und der Funktionsfähigkeit der Institutionen dienen.*⁵⁰

Ziel der Maßnahmen des Wiederaufbaus ist die Rückkehr zu stabilen Lebensumständen im institutionellen, gesellschaftlichen und kulturellen Sinn. Typische Wiederaufbaumaßnahmen sind die Wiederherstellung der technischen und sozialen Infrastruktur sowie der Bau von permanenten Unterkünften. Lokale Partner und Verantwortliche aus Politik und Gesellschaft sind in die Planung und Umsetzung der Maßnahmen aktiv miteingebunden.

Oftmals werden die Phasen der Rehabilitation und des Wiederaufbaus zur mittelfristigen Humanitären Hilfe zusammengefasst.⁵¹

Katastrophenprävention („disaster prevention“)

Projekte der Katastrophenprävention werden vor dem Eintreten einer möglichen Katastrophe umgesetzt. Sie umfassen einerseits Maßnahmen der Schadensminderung („disaster mitigation“) und Risikoreduktion und andererseits Maßnahmen der Katastrophenbereitschaft („disaster preparedness“).

Maßnahmen der Schadensminderung sollen dazu beitragen, die Wahrscheinlichkeit des Eintretens einer Katastrophe zu reduzieren bzw. im Idealfall die Katastrophe zu verhindern und den durch die mögliche Katastrophe entstehenden Schaden zu begrenzen. Sie reduzieren damit das Risiko und somit auch die Schadensanfälligkeit („vulnerability“) der betroffenen Gesellschaft.

Maßnahmen der Katastrophenbereitschaft bereiten eine Gesellschaft auf eine mögliche Katastrophe vor: Die Katastrophe soll die verschiedenen Akteure einer Gesellschaft nicht unvorbereitet treffen. Ihre Reaktionen sollen verbessert und ihre Selbsthilfekräfte gestärkt werden, damit Hilfsmaßnahmen in einer koordinierten Art und Weise ablaufen.⁵²

Übergänge zwischen den Phasen der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit

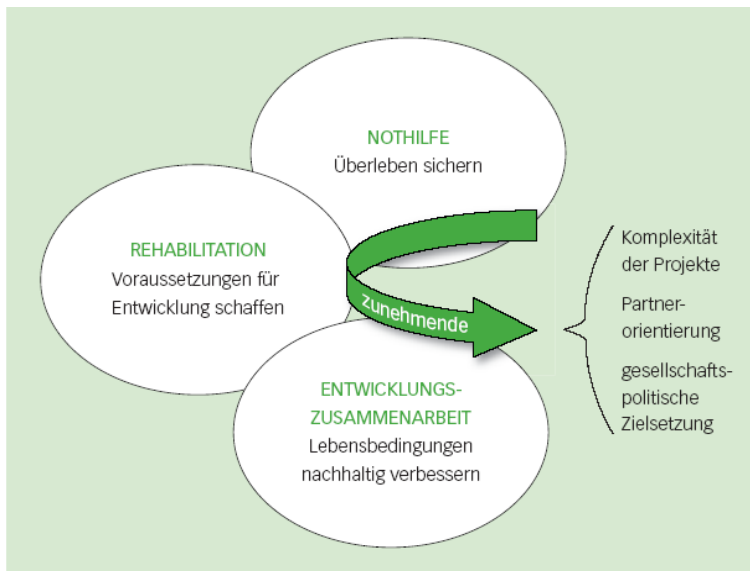
Die Übergänge zwischen Nothilfe und Rehabilitation/Wiederaufbau und zwischen Rehabilitation/Wiederaufbau und Entwicklungszusammenarbeit sind von der jeweiligen Ausweitung der gesellschaftspolitischen Zielsetzungen sowie einer Zunahme der Komplexität der Projekte geprägt.

⁵⁰ DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn, S.9

⁵¹ Vgl.: AKTION DEUTSCHLAND HILFT e.V.: Die Phasen der Humanitären Hilfe, http://www.aktion-deutschland-hilft.de/adh_artikel_14/schlaglichter_der_woche_237/was_meint_humanitaere_hilfe_328/3_phasen_der_humanitaeren_hilfe_6230.php (Stand: 2.1.2009)

⁵² Vgl.: BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien und GTZ (Hg.) (1998): Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Arbeitskonzept der GTZ, Eschborn

Abbildung 2: Übergang von der Nothilfe zur Entwicklungszusammenarbeit



Quelle: DEUTSCHE Welthungerhilfe (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn, S.13

Auch wenn diese Übergänge fließend sind, bzw. sich die Phasen zum Teil überschneiden, wurden Kriterien zur Bestimmung der Übergänge entwickelt. Der Übergang von der Nothilfe zum Wiederaufbau wird durch die sichergestellte Grundversorgung definiert: *„Rehabilitation und Wiederaufbau können dann beginnen, wenn die von der Katastrophe betroffenen Menschen anfangen, von der reinen Überlebenssicherung zu mittelfristigen Existenzplanungen überzugehen.“*⁵³

Als Kriterien dafür können die Stabilisierung der Ernährungslage und die Verbesserung der Sicherheitslage sowie die Rückkehr von Flüchtlingen und intern Vertriebenen herangezogen werden. Weitere Kriterien sind eine Neuorganisation von Gemeinden bzw. eine Reaktivierung des Gemeindelebens. Die landwirtschaftliche Produktion beginnt auf niedrigem Niveau wieder anzulaufen und Märkte und lokale Handelsnetze breiten sich über ehemalige Frontlinien hinweg aus. Für die Planung bedeutet dies, dass nunmehr Bedarfserhebungen durchgeführt werden können und die Planung von Aktivitäten, die über die unmittelbare Überlebenssicherung hinausgehen, möglich ist.

Der Zeitpunkt des Übergangs von der Rehabilitation/dem Wiederaufbau zur Entwicklungszusammenarbeit ist in der Praxis, speziell nach Mehrfachkrisen und Konflikten, nur sehr schwer einzuschätzen. Im Fall einer Naturkatastrophe kann die Nach-Katastrophenzeit am Status quo ante orientiert werden. Nach einem Konflikt oder einer „complex emergency“ kann dieser Status quo ante zumeist nicht als Kriterium herangezogen werden, da hier oftmals bereits über viele Jahre hinweg der Ausnahmezustand zur Regel geworden ist.

⁵³ DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn, S.13

Faktoren wie eine zufriedenstellende Sicherheitslage, ein gewisser Grad an Legitimität der Regierung, etablierte Grundlagen für ein Rechts- und Sicherheitssystem, die Arbeit von nationalen Institutionen und Regierungsstellen auch auf Provinz- und Distriktebene und das Erstarren des Sozialkapitals können jedoch hilfreich sein und begünstigen den Übergang. In dieser Phase entsprechen die landwirtschaftlichen Erträge wieder weitgehend den lokalen Potenzialen, und Produktion sowie Handel werden wieder aufgenommen. Damit ist auch eine soziale Mobilisierung der Bevölkerung zur Selbstorganisation und Leistung von freiwilligen Eigenbeiträgen wieder möglich.

In der Planung haben die klassischen „Nothilfeakteure“ ihre Arbeit beendet und mehrjährige Finanzierungsmöglichkeiten ermöglichen die Planung von mehrjährigen Projektphasen.⁵⁴

2.2. ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

2.2.1. Begriffsbestimmungen und Grundsätze

Entwicklung

Die Definition des Begriffes Entwicklung spiegelt einen Großteil der Entwicklungsproblematik wider. Nohlen stellt im Lexikon Dritte Welt fest, dass Entwicklung *„weder vorgegeben noch allgemein gültig definierbar noch wertneutral, sondern abhängig von Raum und Zeit sowie insbesondere von individuellen und kollektiven Wertvorstellungen“*⁵⁵ ist. Die Definition: *„Entwicklung ist all das, was zur Überwindung von Armut und der Strukturprobleme der Unterentwicklung beiträgt“*⁵⁶ bezeichnet Nuscheler nur als „Umschreibung des Begriffsinhaltes“. Walter Schicho und Barbara Nöst verstehen unter Entwicklung eine gerichtete Veränderung: *„die Entwicklung eines Gegenstandes (ein materielles Objekt, ein Produktionsprozess, eine soziale Struktur oder anderes) führt zu einer Veränderung dieses Gegenstandes und damit auch seiner Umwelt“*⁵⁷. In der Entwicklungszusammenarbeit ist Entwicklung jedoch nicht nur gerichtet, sondern vor allem auch gesteuert.

Unter der Maxime, dass Entwicklung von innen, aus den Menschen und Gesellschaften selbst kommen muss, bedeutet Entwicklung *„nicht im Passiv Entwickelt-Werden (etwa*

⁵⁴ Vgl.: DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn

⁵⁵ NOHLEN Dieter (Hg.) (2002): Lexikon Dritte Welt, vollständig überarbeitete Neuausgabe, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg, S. 227

⁵⁶ NUSCHELER Franz (2005): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn, 6.unveränderte Auflage, S. 225

⁵⁷ SCHICHO Walter, NÖST Barbara (2006): Entwicklungsdiskurs und Praxis der EZA: Konzepte, Akteure und Widersprüche in: Fialho Gomes Beau de Abreu, Maral-Hanak Irmi, Schicho Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit, Akteure, Handlungsmuster und Interessen, mandelbaum verlag, Wien, S. 46

durch Entwicklungshilfe), sondern im Aktiv Sich-Entwickeln durch das Auswickeln der eigenen Fähigkeiten, je besondere Problemlagen zu meistern⁵⁸.

Entwicklungsländer / Dritte Welt

Genauso wie für den Begriff Entwicklung existiert auch für den Begriff Entwicklungsländer, der sich im deutschsprachigen Raum seit Beginn der 1950er Jahre eingepreßt hat, keine einheitliche Definition.⁵⁹ Somit existiert auch keine weltweit anerkannte Liste der Entwicklungsländer. Als wirtschaftliche (ökonomische) Gemeinsamkeiten bei der überwiegenden Zahl der Entwicklungsländer werden zumeist ein geringes Pro-Kopf-Einkommen, eine niedrige Spar- und Investitionsquote, eine geringe Kapitalintensität und Produktivität der Arbeit, ein niedriger Ausbildungsstand und ein Vorherrschen des primären Wirtschaftssektors mit einer Beschäftigung eines überwiegenden Teils der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und einer Dominanz weniger Produkte des Primärsektors in der Produktionsstruktur angeführt. Zur Kennzeichnung des Grades der Unterentwicklung werden oftmals soziale Indikatoren wie die Kindersterblichkeitsquote und die Analphabetenrate herangezogen.⁶⁰

Das österreichische EZA-Gesetz orientiert sich bei der Auswahl der Entwicklungsländer an der vom Entwicklungshilfesausschuss (DAC) der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) erstellten Liste der Entwicklungshilfeempfänger.⁶¹ Diese Liste basiert auf dem Bruttonationaleinkommen pro Kopf gemäß Weltbank und wird alle drei Jahre überarbeitet. Die „am wenigsten entwickelten Länder“, die „Least Developed Countries“ (LDCs) nach der Definition der Vereinten Nationen, werden separat ausgewiesen. Die LDCs erhalten in der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen wesentlich günstigere Bedingungen als die übrigen Entwicklungsländer.⁶² Im entwicklungspolitischen Sprachgebrauch werden sie häufig als „Vierte Welt“ bezeichnet.⁶³

Die Entwicklungsländer können nicht mit dem Begriff „Dritte Welt“, der im Kern ein politischer Begriff ist, gleichgestellt werden.⁶⁴ Die Herkunft des Begriffs steht im Zusammenhang mit dem sich nach dem Zweiten Weltkrieg ausbreitenden Ost-West-Gegensatz zwischen den westlichen, demokratischen Industriestaaten, der sogenannten „Ersten Welt“, und den sozialistischen Industriestaaten des ehemaligen Sowjetblocks, der sogenannten „Zweiten Welt“. Anfänglich waren mit „Dritter Welt“ nur die afro-asiatischen Länder gemeint, die den „dritten Weg“ der Blockfreiheit zwischen Washington und

⁵⁸ NUSCHELER Franz (2005): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn, 6.unveränderte Auflage, S. 226

⁵⁹ Vgl.: IHNE Hartmut, WILHELM Jürgen (2006): Grundlagen der Entwicklungspolitik, in: Ihne Hartmut, Wilhelm Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, LIT Verlag, Hamburg

⁶⁰ Vgl.: LIEBMANN Andreas (1994): Handbuch der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Verlag Österreich, Edition Juristische Literatur, Wien

⁶¹ Vgl.: EZA-G Entwicklungszusammenarbeitsgesetz inklusive EZA-Gesetz-Novelle 2003

⁶² Vgl.: OECD: <http://www.oecd.org> (Stand: 30.8.2010)

⁶³ Vgl.: NOHLEN Dieter, NUSCHELER Franz (Hg.) (1993): Handbuch der Dritten Welt, Band 1, Grundprobleme, Theorien, Strategien, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn

⁶⁴ Vgl.: LIEBMANN Andreas (1994): Handbuch der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Verlag Österreich, Edition Juristische Literatur, Wien

Moskau gewählt haben, später fand eine Ausdehnung des Begriffs auf die Entwicklungsländer in Übersee statt.⁶⁵ Der Begriff „Dritte Welt“ wurde zum Synonym für die „Verdammten dieser Erde“, die an dem sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht teilhatten.⁶⁶

Es gibt sowohl Entwicklungsländer, die sich nicht zur Dritten Welt rechnen, als auch Dritte-Welt-Länder, die mittlerweile ein so hohes Pro-Kopf-Einkommen erreicht haben, dass sie von internationalen Entwicklungsagenturen nicht mehr als Entwicklungsländer klassifiziert werden. Die Dritte Welt im Sinne von gemeinsamen Strukturmerkmalen, Entwicklungsvoraussetzungen und einer ähnlichen Entwicklungsdynamik gibt es nicht und hat es wahrscheinlich nie gegeben. Ganz im Gegenteil bilden die Länder der Dritten Welt ein sehr heterogenes Gemisch mit einer unterschiedlichen sozio-ökonomischen Struktur, unterschiedlichen Größen und einem ungleichen Entwicklungsstand sowie einer ethnischen und kulturellen Vielfalt. Die Palette reicht von alten Nationalstaaten in Lateinamerika bis zu von den Kolonialmächten künstlich geschaffenen jungen Staaten in Afrika und großen Teilen Asiens mit einer verschiedenen innen- und außenpolitischen Orientierung. Nichtsdestotrotz ist der Begriff der Dritten Welt immer noch gebräuchlich, einerseits mangels besserer Alternativen, zum anderen auch weil er von den bezeichneten Ländern akzeptiert wird.⁶⁷

Entwicklungspolitik

Im Lexikon Dritte Welt definiert Nohlen Entwicklungspolitik wie folgt: *„Unter Entwicklungspolitik ist die Summe aller Mittel und Maßnahmen zu verstehen, die von Entwicklungsländern und Industrieländern eingesetzt und ergriffen werden, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer zu fördern, d.h. die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Entwicklungsländern zu verbessern.“*⁶⁸

Die österreichische Entwicklungspolitik verfolgt in erster Linie die Ziele:

- *„1. die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern durch Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, welche zu einem Prozess des nachhaltigen Wirtschaftens und des wirtschaftlichen Wachstums, verbunden mit strukturellem, institutionellem und sozialem Wandel führen soll,*
- *2. die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit, insbesondere durch die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und guter Regierungsführung, sowie*

⁶⁵ Vgl.: NOHLEN Dieter, NUSCHELER Franz (Hg.) (1993): Handbuch der Dritten Welt, Band 1, Grundprobleme, Theorien, Strategien, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn

⁶⁶ Vgl.: FISCHER Karin, HÖDL Gerald, PARNREITER Christoph (2007): Entwicklung – eine Karotte, viele Esel? in: Fischer Karin, Hödl Gerald, Maral-Hanak Irmi, Parnreiter Christoph (Hg): Entwicklung und Unterentwicklung, Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien

⁶⁷ Vgl.: NOHLEN Dieter, NUSCHELER Franz (Hg.) (1993): Handbuch der Dritten Welt, Band 1, Grundprobleme, Theorien, Strategien, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn und SANGMEISTER Hartmut (2009): Entwicklung und internationale Zusammenarbeit, Band 5 der Reihe Weltwirtschaft und internationale Zusammenarbeit, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

⁶⁸ NOHLEN Dieter (Hg.) (2002): Lexikon Dritte Welt, vollständig überarbeitete Neuauflage, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg, S. 235

- *3. die Erhaltung der Umwelt und den Schutz natürlicher Ressourcen als Basis für eine nachhaltige Entwicklung.*⁶⁹

Entwicklungspolitik ist also weit mehr als die Entwicklungszusammenarbeit, die in ihrem Rahmen geleistet wird, sie betrifft auch die Wirtschafts- und Außenpolitik gegenüber den Entwicklungsländern und in diesen.⁷⁰

Die Aktivitäten von sozialistischen bzw. kommunistischen Ländern werden in der Regel nicht als Entwicklungspolitik sondern als „Internationale Solidarität“ bezeichnet.⁷¹

Entwicklungshilfe / Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungshilfe bzw. Entwicklungszusammenarbeit sind Sammelbegriffe für entwicklungsbezogene Leistungen der Industrieländer an Entwicklungsländer zur Behebung von Entwicklungsproblemen. Sie umfassen sowohl staatliche Leistungen (öffentliche Entwicklungshilfe) als auch Leistungen von privaten Stellen (Kirche, Stiftungen, Vereine, Firmen, etc.). Dabei kann es sich um verschiedene Arten von Leistungen, wie finanzielle Hilfe (Kredite, Zuschüsse) oder Entsendung von Experten und Beratern, Fortbildung von Fachkräften oder die Durchführung von unterschiedlichsten Programmen und Projekten handeln. Man unterscheidet die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, also die direkte Zusammenarbeit zwischen zwei Staaten, auch wenn diese von privaten Stellen kommt, und die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit, die Beitragsleistungen an internationale Organisationen (Vereinte Nationen, Weltbank, etc.) zur Durchführung von Programmen in Entwicklungsländern umfasst.⁷² In den 1980er Jahren wurde der Begriff „Entwicklungshilfe“, als paternalistisch anmutend, weitgehend durch den Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“ ersetzt.⁷³

Ostzusammenarbeit / Ostförderung / Osthilfe

Mit dem Begriff „Osthilfe“ bzw. „Ostförderung“ werden Unterstützungsleistungen für die ehemaligen realsozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas (CEECs) und die Nachfolgestaaten der UdSSR (NIS) bezeichnet. Seit 1989 sollen diese Staaten im Rahmen der Osthilfe bei der Transformation ihrer wirtschaftlichen und politischen

⁶⁹ EZA-G Entwicklungszusammenarbeitsgesetz inklusive EZA-Gesetz-Novelle 2003, §1 Abs.3

⁷⁰ Vgl.: STUDIENKREIS FÜR TOURISMUS UND ENTWICKLUNG (Hg.) (2002): Entwicklung verstehen, Sympathie Magazin Nr. 52, Gotteswinter, München

⁷¹ Vgl.: BÜSCHEL Hubertus: Geschichte der Entwicklungspolitik, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, http://docupedia.de/zg/Geschichte_der_Entwicklungspolitik (Stand: 14.11.2012)

⁷² Vgl.: NOHLEN Dieter (Hg.) (2002): Lexikon Dritte Welt, vollständig überarbeitete Neuauflage, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg und STUDIENKREIS FÜR TOURISMUS UND ENTWICKLUNG (Hg.) (2002): Entwicklung verstehen, Sympathie Magazin Nr. 52, Gotteswinter, München

⁷³ Vgl.: HÖDL Gerald (2006): In der Endlosschleife. Leitmotive der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, in: Fialho Gomes Beau de Abreu, Maral-Hanak Irm, Schicho Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit, Akteure, Handlungsmuster und Interessen, mandelbaum verlag, Wien

Systeme unterstützt werden.⁷⁴ Österreich zählt im internationalen Kontext zu einem der wichtigsten Geberstaaten im Bereich der Osthilfe. Als Förderinstrumentarien werden sowohl Zuschüsse für Technische und Humanitäre Hilfe als auch Investitionsmaßnahmen sowie Kredite und Garantien zur Unterstützung österreichischer Direktinvestitionen und Exporte eingesetzt.⁷⁵

2.2.2. Ziele und Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungszusammenarbeit wurde und wird von einer Vielzahl von hehren Zielen geleitet. Es werden Verbesserungen in den unterschiedlichsten Bereichen angestrebt, beginnend bei menschlicher Entwicklung über Welthandel, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit bis hin zum Umweltschutz. Da ist es nicht verwunderlich, dass immer wieder vom „Scheitern“ der Entwicklungszusammenarbeit die Rede ist. Oftmals rührt dieses wohl auch von unrealistischen Vorgaben und zu weit gesteckten Zielen her.⁷⁶

Änderung der Ziele und Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit in den letzten 60 Jahren

Der Entwicklungsbegriff und damit auch die Ziele und Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit sind in einem stetigen Wandel begriffen und erfahren etwa alle 10 Jahre eine programmatische Neuorientierung.⁷⁷

Die internationale Entwicklungspolitik setzte mit dem Bericht der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1951 ein, der mit der Formel „Entwicklung = Wachstum“ das wirtschaftliche Wachstum in den Mittelpunkt des Entwicklungsbegriffes und entwicklungsstrategischer Überlegungen stellte.

Begründet auf dem mangelhaften Erfolg der rein technisch-ökonomisch bedingten Wachstumsstrategie sowohl im Bezug auf das wirtschaftliche Wachstum als auch insbesondere auf soziale Entwicklungsfortschritte, wurde in den 1960er Jahren die programmatische Forderung erhoben, wirtschaftliche Entwicklung mit sozialer Entwicklung zu verbinden. Entwicklung wurde nunmehr als „Wachstum und Wandel“ definiert. Der Wandel wurde sowohl als eine Veränderung in den Wertsystemen und Verhaltensweisen der Bevölkerung als auch als eine politisch-institutionelle Modernisierung der politischen und administrativen Systeme verstanden. Darüber hinaus

⁷⁴ Vgl.: OBROVSKY Michael, WENDLIK Jasmin (2003): Die öffentliche österreichische Osthilfe 2002, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Armutsbekämpfung – zur Umsetzung der Millennium Development Goals, Wien und LORETZ Andreas (2000): Die Osthilfe Österreichs im Jahr 1999, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Wien <http://www.oefse.at/publikationen/oepol.htm/oepol99.pdf> (Stand: 5.2.2007)

⁷⁵ Vgl.: LORETZ Andreas (2000): Die Osthilfe Österreichs im Jahr 1999, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Wien, <http://www.oefse.at/publikationen/oepol.htm/oepol99.pdf> (Stand: 5.2.2007)

⁷⁶ Vgl.: KLEIN Thomas (2007): Performance Management in der humanitären Hilfe und internationalen Entwicklungszusammenarbeit, ÖFSE Forum Nr. 33, Diplomarbeit, Wien

⁷⁷ Vgl.: HÖDL Gerald (2006): In der Endlosschleife. Leitmotive der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, in: Fialho Gomes Beau de Abreu, Maral-Hanak Irm, Schicho Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit, Akteure, Handlungsmuster und Interessen, mandelbaum verlag, Wien

betraf der Wandel aber auch Investitionen im sozialen Bereich (Ernährung, Gesundheit, Bildung etc.) und eine gerechtere Verteilung (Agrarreform, Einkommensverteilung).⁷⁸

Die 1970er Jahre waren von der entwicklungsstrategischen Thematisierung der Grundbedürfnisse geprägt. Die grundbedürfnisorientierte Entwicklungsstrategie („basic needs“) verfolgte in erster Linie das Ziel der *„Befriedigung der Grundbedürfnisse für die größtmögliche Zahl von Menschen innerhalb eines politisch akzeptablen Zeithorizontes“*⁷⁹. Leitidee war die Selbstverwirklichung des Menschen. Das körperliche, soziale und mentale Wohlbefinden in einer lebenswerten Umwelt wurde als Grundvoraussetzung für Selbstverantwortlichkeit („self-reliance“) und Partizipationsfähigkeit der Menschen angesehen. Die physischen und psychischen Voraussetzungen bildeten die Basis eines *„vielfdimensionalen an sozialen Werten und qualitativen Errungenschaften orientierten Entwicklungsbegriffes“*⁸⁰.

Diese grundbedürfnisorientierte Strategie wurde in den 1980er Jahren oftmals als internationale Armenpolitik abgewertet. Dabei haben sich gerade in diesem Zeitraum die Armutprobleme verschärft. Die Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hatte vor allem für die ärmsten Länder verheerende Folgen. Die 1980er Jahre werden auch als das „verlorene Jahrzehnt“ für die Entwicklungsländer bezeichnet. Das größte Entwicklungsproblem war die Verschuldungskrise, die viele Bemühungen der Entwicklungspolitik zunichte machte.⁸¹

Die Entwicklungspolitik der 1980er Jahre stand im Zeichen der Nachhaltigkeit und der Menschenrechte.⁸² Die ökologische Komponente trat noch stärker in den Vordergrund und auf Basis von verschiedenen alternativen Entwicklungsansätzen wie beispielsweise dem Ecodevelopment-Ansatz bildete sich das Konzept der nachhaltigen Entwicklung („sustainable development“) heraus. Unter nachhaltiger Entwicklung versteht man nach Definition des Brundtland-Berichts *„eine Entwicklung die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren eigenen Lebensstil zu wählen“*⁸³. Mit diesem Konzept wird auch Kritik an den früheren wachstumszentrierten

⁷⁸ Vgl.: NOHLEN Dieter (Hg.) (2002): Lexikon Dritte Welt, vollständig überarbeitete Neuauflage, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg

⁷⁹ NOHLEN Dieter (Hg.) (2002): Lexikon Dritte Welt, vollständig überarbeitete Neuauflage, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg, S. 343

⁸⁰ NOHLEN Dieter (Hg.) (2002): Lexikon Dritte Welt, vollständig überarbeitete Neuauflage, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg, S.228

⁸¹ Vgl.: NUSCHELER Franz (2005): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn, 6.unveränderte Auflage

⁸² Vgl.: HÖDL Gerald (2006): In der Endlosschleife. Leitmotive der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, in: Fialho Gomes Beau de Abreu, Maral-Hanak Irm, Schicho Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit, Akteure, Handlungsmuster und Interessen, mandelbaum verlag, Wien

⁸³ AACHENER STIFTUNG KATHY BEYS: Lexikon der Nachhaltigkeit, Brundtland Bericht 1987, http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/brundtland_report_563.htm (Stand: 6.11.2012)

Entwicklungsmodellen der Industrieländer und der Strategie der nachholenden Entwicklung in den Entwicklungsländern geübt.⁸⁴

Eine Wende in der Entwicklungszusammenarbeit wurde mit dem so genannten Brandt-Bericht der Nord-Süd-Kommission Anfang der 1980er Jahre eingeleitet. Im Brandt-Bericht (1980) wird der Begriff Entwicklung folgendermaßen erläutert: *„Entwicklung ist mehr als der Übergang von arm zu reich, von einer traditionellen Agrarwirtschaft zu einer komplexen Stadtgemeinschaft. Sie trägt in sich nicht nur die Idee des materiellen Wohlstands, sondern auch die von mehr menschlicher Würde, mehr Sicherheit, Gerechtigkeit und Gleichheit.“*⁸⁵ Mit dieser Definition, die bis heute Gültigkeit hat, werden die verschiedenen Dimensionen des Begriffes „Entwicklung“ angesprochen. Ein weiterer wesentlicher Faktor in dieser Betrachtungsweise ist, dass finanzielle Mittel und internationale Experten allein keine Entwicklung von außen herbeiführen können. Sie können nur Bemühungen um Entwicklung und die Beseitigung von Hindernissen unterstützen.⁸⁶ *„Jeder Mensch, jede Gemeinschaft kann sich nur selbst entwickeln. Niemand kann andere entwickeln.“*⁸⁷

Die 1990er Jahre waren entwicklungspolitisch das Jahrzehnt der Armut und der Armutsbekämpfung.⁸⁸ Die im Weltentwicklungsbericht 1990 der Weltbank zusammengefasste „Strategie der Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern“ basiert zum einen auf der *„Förderung der produktiven Nutzung der Arbeitskraft der Armen, die diesen ermöglichen soll, die durch Wachstum entstehenden Einkommensmöglichkeiten auch wahrzunehmen“* und zum anderen auf der *„Bereitstellung grundlegender sozialer Leistungen für die Armen, wie Grundversorgung im Gesundheitsbereich, Familienplanung, Ernährung und Grundschulbildung“*⁸⁹. Ergänzt wurde das Konzept durch kurzfristige soziale Kompensationsprogramme für verwundbare Gruppen.

Bis zum Jahr 1989 spielte auch die Blockbildung eine wichtige Rolle in der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit.⁹⁰ Der „Wettkampf der Systeme“, in dem sich die marktwirtschaftlich organisierten, pluralistischen Demokratien des Westens, die sogenannte „Erste Welt“, und die planwirtschaftlich organisierten, kommunistischen Volksdemokratien des Ostens, die sogenannte „Zweite Welt“, gegenüber standen, wurde

⁸⁴ Vgl.: NOHLEN Dieter (Hg.) (2002): Lexikon Dritte Welt, vollständig überarbeitete Neuauflage, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg

⁸⁵ AACHENER STIFTUNG KATHY BEYS: Lexikon der Nachhaltigkeit, Brandtland Bericht 1987, http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/brandtland_report_563.htm (Stand: 6.11.2012)

⁸⁶ Vgl.: STUDIENKREIS FÜR TOURISMUS UND ENTWICKLUNG (Hg.) (2002): Entwicklung verstehen, Sympathie Magazin Nr. 52, Gotteswinter, München

⁸⁷ STUDIENKREIS FÜR TOURISMUS UND ENTWICKLUNG (Hg.) (2002): Entwicklung verstehen, Sympathie Magazin Nr. 52, Gotteswinter, München, S.III

⁸⁸ Vgl.: HÖDL Gerald (2006): In der Endlosschleife. Leitmotive der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, in: Fialho Gomes Beau de Abreu, Maral-Hanak Irmis, Schicho Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit, Akteure, Handlungsmuster und Interessen, mandelbaum verlag, Wien

⁸⁹ NOHLEN Dieter (Hg.) (2002): Lexikon Dritte Welt, vollständig überarbeitete Neuauflage, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg, S. 69

⁹⁰ Vgl.: BÜSCHEL Hubertus: Geschichte der Entwicklungspolitik, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, http://docupedia.de/zg/Geschichte_der_Entwicklungspolitik (Stand: 14.11.2012)

nicht zuletzt in den Entwicklungsländern ausgetragen. Die Zweite Welt konkurrierte mit der Ersten Welt um Einfluss in der Dritten Welt. Für viele Entwicklungsländer war die rasche Industrialisierung der Ostblockländer in den 1950er und 1960er Jahren ein Vorbild zur Übernahme planwirtschaftlicher Ansätze. Im Gegenzug konzentrierte sich die Hilfe des Ostblocks auf Länder mit einem sozialistischen Entwicklungsmodell und einem außenpolitisch mit dem Ostblock sympathisierenden Kurs.⁹¹ Als Gegenkonzept zum sowjetischen Modell der nachholenden Industrialisierung wurde von den USA die Globalisierung des amerikanischen Weges als Strategie zu Überwindung der Armut propagiert und den peripheren Regionen Prosperität innerhalb des kapitalistischen Systems in Aussicht gestellt.⁹² Ein Teil der Entwicklungsländer, die im Lauf der Kolonialisierung bald die Mehrheit der Mitglieder in den Vereinten Nationen bildeten, arbeitete mit einem der beiden Blöcke eng zusammen, wohingegen andere die Rivalität der Blöcke mit einem Schaukelkurs auszunutzen versuchten.⁹³

Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges im Jahr 1989 kam es zu einer völligen Neuorientierung der internationalen Ordnung und einer positiven Stimmung bezüglich der Schaffung einer neuen Weltordnung. Es entstand Hoffnung auf einen Neubeginn der Entwicklungspolitik. *„Bislang vom Ost-West-Konflikt verursachte Entwicklungskosten sollten im Rahmen einer „Friedensdividende“ nun einer verbesserten Entwicklung zugute kommen.“*⁹⁴ Die politische Dimension von Entwicklung wurde deutlich gestärkt. Der Nachhaltigkeitsbegriff aus dem Brundtland-Bericht wurde um die Dimension von *„globaler menschlicher Sicherheit, also auch die politische, ökonomische, soziale, kulturelle und sicherheitspolitische“*⁹⁵ Sicherheit erweitert.

Mit dem Terroranschlag vom 11. September 2001 in New York wurde die sicherheitspolitische Komponente zum Fokus der internationalen Politik. *„Die Entwicklungspolitik ist im Begriff, ihre klassische Reserviertheit gegenüber sicherheits- und militärpolitischen Instrumenten aufzugeben.“*⁹⁶ Auch wenn es keinen direkten Zusammenhang zwischen Armut und Terrorismus gibt, sollte die Lösung des wachsenden Armutproblems wesentlich zur menschlichen Sicherheit beitragen.

⁹¹ Vgl.: DAUDERSTÄDT Michael (Hg.) (2002): EU-Osterweiterung und Entwicklungspolitik, Die „neuen“ Geberländer Polen, Tschechien, Ungarn, Friedrich-Ebert-Foundation, Bonn, http://ec.europa.eu/development/body/organisation/docs/eastern_enlargement_de.pdf (Stand: 24.8.2010)

⁹² Vgl.: FISCHER Karin, HÖDL Gerald, PARNREITER Christof (2003): 50 Jahre "Entwicklung": Ein uneingelöstes Versprechen, in: Fischer Karin, Hanak Irma, Parnreiter Christoph: Internationale Entwicklung, Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt a. M.

⁹³ Vgl.: ANDERSON Uwe (2005): Entwicklungspolitik unter veränderten Rahmenbedingungen in: Informationen zur politischen Bildung, Heft 286, http://www.bpb.de/publikationen/3VZ4QJ,0,Entwicklungspolitik_unter_veränderten_Rahmenbedingungen.html (Stand: 24.8.2010)

⁹⁴ IHNE Hartmut, WILHELM Jürgen (2006): Grundlagen der Entwicklungspolitik, in: Ihne Hartmut, Wilhelm Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, LIT Verlag, Hamburg, S.11

⁹⁵ IHNE Hartmut, WILHELM Jürgen (2006): Grundlagen der Entwicklungspolitik, in: Ihne Hartmut, Wilhelm Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, LIT Verlag, Hamburg, S.12

⁹⁶ IHNE Hartmut, WILHELM Jürgen (2006): Grundlagen der Entwicklungspolitik, in: Ihne Hartmut, Wilhelm Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, LIT Verlag, Hamburg, S.12

Aktuelle internationale Standards in der Entwicklungszusammenarbeit

Im September 2000 tagte die 55. Generalvollversammlung der UNO, der sogenannte Millenniums-Gipfel, in New York und setzte sich mit den wichtigsten Aufgaben im 21. Jahrhundert auseinander. Am 8. September verabschiedeten die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die Millenniums-Erklärung, einen grundlegenden Katalog für die Zielsetzungen aller Mitgliedsstaaten.⁹⁷

Mit der Annahme der Millenniums-Erklärung verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs „das Los der einen Milliarde Menschen, die zu wenig zum Überleben haben, zu verbessern“⁹⁸. Dazu wurden acht konkrete Ziele für die Entwicklung und die Beseitigung von Armut gesetzt, die bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollen.⁹⁹

„Wir sind überzeugt, dass die zentrale Herausforderung, vor der wir heute stehen, darin besteht, sicherzustellen, dass die Globalisierung zu einer positiven Kraft für alle Menschen der Welt wird. Denn wenngleich die Globalisierung uns große Chancen eröffnet, so sind doch die mit ihr einhergehenden Vorteile ebenso wie auch ihre Kosten gegenwärtig sehr ungleich verteilt.

Wir erkennen an, dass die Entwicklungs- und Übergangsländer besondere Schwierigkeiten überwinden müssen, um dieser zentralen Herausforderung zu begegnen...“¹⁰⁰

Die Millennium-Entwicklungsziele / Millennium Development Goals (MDGs)

Die Millenniums-Entwicklungsziele sind auf die Entwicklungen der 1990er Jahre zurückzuführen und greifen Kernforderungen von verschiedenen Weltkonferenzen und UN-Organisationen sowie der DAC-Strategie „Shaping the 21st Century: The Contribution of Development Co-operation“ aus dem Jahr 1996 auf. Somit basieren sie auf einem breiten Konsens von Industrie- und Entwicklungsländern.¹⁰¹

Die Millenniums-Entwicklungsziele setzen heute den internationalen Referenzrahmen für die Entwicklungszusammenarbeit, so auch für die österreichische Entwicklungspolitik.¹⁰²

⁹⁷ Vgl.: UNITED NATIONS: We can end poverty 2015, Millennium Development Goals, <http://www.un.org/millenniumgoals> (Stand: 14.11.2012)

⁹⁸ NIGGLI Peter (2008): Der Streit um die Entwicklungshilfe, Mehr tun – aber das Richtige!, Rotpunktverlag, Zürich, S.45

⁹⁹ Vgl.: NIGGLI Peter (2008): Der Streit um die Entwicklungshilfe, Mehr tun – aber das Richtige!, Rotpunktverlag, Zürich, und NUSCHELER Franz (2005): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn, 6.unveränderte Auflage

¹⁰⁰ VEREINTE NATIONEN (2000): Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen, (Punkt I Werte und Grundsätze, Abs. 5), S.6

¹⁰¹ Vgl.: NUSCHELER Franz (2005): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn, 6.unveränderte Auflage und OECD (1996): Shaping the 21st Century: The Contribution of Development Co-operation, <http://www.oecd.org/dataoecd/23/35/2508761.pdf> (Stand: 22.5.2009) und KLEIN Thomas (2007): Performance Management in der humanitären Hilfe und internationalen Entwicklungszusammenarbeit, ÖFSE Forum Nr. 33, Diplomarbeit, Wien

¹⁰² Vgl.: NIGGLI Peter (2008): Der Streit um die Entwicklungshilfe, Mehr tun – aber das Richtige!, Rotpunktverlag, Zürich und AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (Hg.) (2009): Unternehmenskonzept 2010

Die acht Millenniums-Entwicklungsziele:

- „1. *Extreme Armut und Hunger halbieren*
2. *Grundschulausbildung für alle Kinder sichern*
3. *Gleichstellung und Empowerment von Frauen*
4. *Kindersterblichkeit senken*
5. *Gesundheit von Müttern verbessern*
6. *HIV/AIDS, Malaria, Tuberkulose und andere weit verbreitete Krankheiten eindämmen*
7. *Ökologische Nachhaltigkeit sichern*
8. *Eine globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung schaffen*“¹⁰³

Die acht Millenniums-Entwicklungsziele untergliedern sich in 18 Teilziele, die Zielvorgaben zu ihrer Verwirklichung entsprechen, denen 48 Indikatoren zur Erfolgsmessung zugeordnet werden. Die meisten Ziele inkludieren quantitative und zeitliche Vorgaben – in der Regel das Jahr 2015 – für die Zielerreichung.¹⁰⁴

Ziel 1, die Halbierung der Armut, ist das wohl bekannteste Ziel. Erreicht werden soll dieses Ziel insbesondere durch Maßnahmen in den Zielen 2–7, die insbesondere Verbesserungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit betreffen. Mittels höherer öffentlicher Investitionen und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen und Kindern soll der Mangel an sozialer Infrastruktur, der zu einer Vertiefung der Armut beiträgt, reduziert werden.¹⁰⁵

Die Vereinten Nationen unterstützen das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele zum einen mit der Millenniums-Kampagne politisch, zum anderen durch eine Verpflichtung der UN-Organisationen zur Zusammenarbeit sowie ein länderspezifisches Monitoring der Fortschritte durch die Entwicklungsgruppe der Vereinten Nationen (UNDG).¹⁰⁶

Mit 8 „Oberzielen“ enthält die Millenniumsdeklaration nur wenige Ziele, die darüber hinaus politisch weitgehend unumstritten sind, da sich die meisten auf soziale Menschenrechte stützen.¹⁰⁷ Derzeit werden die Millenniums-Entwicklungsziele auf den unterschiedlichsten Ebenen und in diversen Kontexten des Entwicklungsdiskurses relativ stereotyp reproduziert. Dies weist auf eine weitgehend eindeutige Gebrauchsbedeutung des Begriffes Entwicklung hin. Diese breite Annahme der Millenniums-Entwicklungsziele und

¹⁰³ AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY – ADA: Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, Millenniumsziele, <http://www.entwicklung.at/entwicklungspolitik/international/millenniumsziele.html> (Stand: 7.11.2012)

¹⁰⁴ Vgl.: NUSCHELER Franz (2005): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn, 6.unveränderte Auflage und OECD (1996): Shaping the 21st Century: The Contribution of Development Co-operation, <http://www.oecd.org/dataoecd/23/35/2508761.pdf> (Stand: 22.5.2009) und KLEIN Thomas (2007): Performance Management in der humanitären Hilfe und internationalen Entwicklungszusammenarbeit, ÖFSE Forum Nr. 33, Diplomarbeit, Wien

¹⁰⁵ Vgl.: NIGGLI Peter (2008): Der Streit um die Entwicklungshilfe, Mehr tun – aber das Richtige!, Rotpunktverlag, Zürich

¹⁰⁶ Vgl.: NUSCHELER Franz (2005): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn, 6.unveränderte Auflage

¹⁰⁷ Vgl.: NIGGLI Peter (2008): Der Streit um die Entwicklungshilfe, Mehr tun – aber das Richtige!, Rotpunktverlag, Zürich

des davon abgeleiteten Entwicklungsbegriffes hängt wohl auch damit zusammen, dass diese Ziele von den mächtigen internationalen Gebern formuliert wurden und ihr Inhalt so allgemein und umfassend sind, dass alle Akteure sich darin finden können.¹⁰⁸ Trotz aller Kritik an den Millenniums-Entwicklungszielen „*bilden sie den ersten global konsolidierten, zeitgebundenen Zielkatalog der internationalen Entwicklungszusammenarbeit*“¹⁰⁹.

Pariser Erklärung / Paris Declaration on Aid Effectiveness

Mit der Pariser Erklärung, einem Konsenspapier zwischen OECD-Staaten, der Mehrheit der Empfängerländer und einigen NGOs und privaten Fonds, haben sich Geber- und Partnerländer im Jahr 2005 zur Erhöhung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit verpflichtet. Sie bildet den Versuch, „*einen internationalen Konsens über die Modalitäten der Abwicklung der EZA zu formulieren und dadurch die Ergebnisse der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu verbessern*“¹¹⁰.

Die Pariser Erklärung basiert auf folgenden fünf Grundsätzen:

- Eigenverantwortung („ownership“): Die Partnerländer setzen ihre Schwerpunkte in Entwicklungsstrategien und Entwicklungsplänen selbst fest.
- Partnerausrichtung („alignment“): Die Geberländer begründen ihre Unterstützung auf den Strategien und Systemen der Partnerländer.
- Harmonisierung („harmonisation“): Die Geberländer koordinieren ihre Aktivitäten.
- Ergebnisorientierung („managing for results“): Die Partner- und die Geberländer orientieren ihre Aktivitäten an den angestrebten Ergebnissen.
- Gegenseitige Rechenschaftslegung („mutual accountability“): Die Partner- und die Geberländer sind zur gegenseitigen Rechenschaftslegung verpflichtet.¹¹¹

Die Eigenverantwortung der Partnerländer bildet die Basis der Pariser Erklärung. Als Konsequenz daraus sollen die Geberländer ihre Hilfsprogramme an den Entwicklungsstrategien der Empfängerländer ausrichten und über ihre Institutionen abwickeln. Die nationalen Entwicklungsstrategien geben auch die Bereiche der Hilfe vor, wodurch die Notwendigkeit zur Koordination und Arbeitsteilung der verschiedenen Geber verstärkt wird.

Zur Erreichung dieser Vorgaben haben sich die Geberländer in der Pariser Erklärung verpflichtet, bis zum Jahr 2010 zwei Drittel der Hilfsleistungen in Form einer direkten Finanzierung der Staatshaushalte der Empfängerländer (Budget- und Sektorhilfe) umzusetzen. Damit soll die staatliche Handlungsfähigkeit der Empfängerländer gestärkt

¹⁰⁸ Vgl.: SCHICHO Walter, NÖST Barbara (2006): Entwicklungsdiskurs und Praxis der EZA: Konzepte, Akteure und Widersprüche in: Fialho Gomes Beau de Abreu, Maral-Hanak Irmí, Schicho Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit, Akteure, Handlungsmuster und Interessen, mandelbaum verlag, Wien

¹⁰⁹ KLEIN Thomas (2007): Performance Management in der humanitären Hilfe und internationalen Entwicklungszusammenarbeit, ÖFSE Forum Nr. 33, Diplomarbeit, Wien, S.47

¹¹⁰ SIX Clemens, LANGTHALER Margarita, OBROVSKY Michael (2007): Die Pariser Erklärung und ihre bisherige Umsetzung, (Ir-)Wege zu mehr Wirksamkeit in der EZA, OEFSE Working Paper Nr.17, http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/WP_Pariser_Erklaerung.pdf (Stand: 10.9.2010), S.5

¹¹¹ Vgl.: OECD (2007): 2006 Survey on Monitoring the Paris Declaration, Overview of the Results, Pre-publication copy und AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (Hg.) (2009): Unternehmenskonzept 2010

werden. Erfolge wie beispielsweise der Ausbau von Gesundheits- und Bildungssystemen durch Regierungen sind bereits sichtbar.¹¹² Österreich setzt die Pariser Erklärung im Rahmen eines Aktionsplanes um.¹¹³

Im Jahr 2007 wurde von der OECD ein Überprüfungsprozess zur Umsetzung der Pariser Erklärung initiiert. In einem Treffen aller Unterzeichner der Pariser Erklärung im Herbst 2008 in Accra, Ghana, wurde in der „Accra Agenda for Action“ eine erste Zwischenbilanz gezogen, die unter anderem eine weitere Stärkung der Eigenverantwortung der Partnerländer sowie den Ausbau der Ergebnisorientierung und der gegenseitigen Rechenschaftspflicht vorschlägt.¹¹⁴

2.2.3. Ziele und Prinzipien der Ostzusammenarbeit

Die Ostförderung bzw. Osthilfe der westlichen Industriestaaten unterscheidet sich durch ihre politischere Stoßrichtung und eigene Ziele und Intentionen von der klassischen EZA. Sie wurde nach dem Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 geschaffen um *„die Reformprozesse in den realsozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas zu stärken und die Entwicklung marktwirtschaftlicher und demokratischer Strukturen in diesen Ländern zu unterstützen“*¹¹⁵.

Die Entwicklung der internationalen Ostförderung

Im Juli 1989 boten die G7-Staaten im Rahmen des Gipfels in Paris den Ländern Ungarn und Polen Unterstützung in Bezug auf die Reformprozesse in diesen Ländern an. Nachdem die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten auch andere Geberstaaten zur Beteiligung aufgefordert hatten, wurde die Kommission der Europäischen Gemeinschaft mit der Koordinierung der Maßnahmen betraut, die das so genannte G24-Büro der damaligen OECD Mitgliedsländer als Koordinations- und Dokumentationsinstrument einrichtete.

In der Anfangsphase umfasste die internationale Osthilfe vorwiegend Finanzhilfe und humanitäre Maßnahmen, die Wirtschaftshilfe war an politische und wirtschaftliche Konditionalitäten gebunden. Zu den Partnerländern zählten bald auch die anderen mittel- und osteuropäischen Länder sowie, nach ihrer Unabhängigkeit 1991, die baltischen Staaten. Bis zum gewaltsamen Zerfall war auch Jugoslawien in den G24-Prozess integriert. 1992 wurde Slowenien als erster Nachfolgestaat wieder miteinbezogen. Mit Beschluss der internationalen Geberkonferenz in Tokio 1992 wurden auch Unterstützungsmaßnahmen für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion möglich.

¹¹² Vgl.: NIGGLI Peter (2008): Der Streit um die Entwicklungshilfe, Mehr tun – aber das Richtige!, Rotpunktverlag, Zürich

¹¹³ Vgl.: AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (Hg.) (2009): Unternehmenskonzept 2010

¹¹⁴ Vgl.: AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (Hg.) (2009): Unternehmenskonzept 2010 und NIGGLI Peter (2008): Der Streit um die Entwicklungshilfe, Mehr tun – aber das Richtige!, Rotpunktverlag, Zürich

¹¹⁵ LORETZ Andreas (2006): Die öffentliche Ostförderung Österreichs, in: Fialho Gomes Beau de Abreu, Maral-Hanak Irmi, Schicho Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit, Akteure, Handlungsmuster und Interessen, mandelbaum verlag, Wien, S.146

Der Entwicklungshilfesausschuss der OECD richtete eine eigene Projektdatenbank für die Ostförderung ein und 1993 wurde die Liste der Empfängerländer um den Teil II Transformationsländer ergänzt, um der besonderen wirtschaftlichen Situation und politischen Bedeutung dieser Länder gerecht zu werden.

Eine wesentliche Rolle in der internationalen Ostförderung kommt der EU zu. Insbesondere die Heranführung der Staaten Mittel- und Osteuropas, denen die EU auf dem Gipfel von Kopenhagen im Jahr 1993 die Mitgliedschaft in der Union in Aussicht stellte, an EU-Standards, wurde zu einem wichtigen Aspekt der EU-Ostförderung.¹¹⁶

Die Ostförderung Österreichs

Österreich hatte aufgrund seiner geopolitischen Lage und der unmittelbaren Nachbarschaft von Anfang an besonderes Interesse an der Entwicklung dieser Staaten. In der Sonderrichtlinie des Bundeskanzleramtes für die Gewährung von Förderungen in den Zentral- und Osteuropäischen Reformstaaten und den Neuen Unabhängigen Staaten aus dem Jahr 1994 wurden „die Unterstützung des wirtschaftlichen Transformationsprozesses und des Ausbaus pluralistisch demokratischer Strukturen sowie der Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte“¹¹⁷ als wichtigste Prinzipien der österreichischen Hilfe angeführt. Maßnahmen dazu waren neben dem Aufbau neuer öffentlicher Verwaltungsstrukturen unter anderem eine integrierte Regionalentwicklung unter besonderer Berücksichtigung sozialer und umweltpolitischer Aspekte sowie Infrastrukturverbesserungen.

Ein Grundsatz der österreichischen Osthilfe ist die Förderung von Maßnahmen, die bei privaten Investoren keine ausreichenden kommerziellen Interessen wecken. Im Lauf der Jahre wurde die inhaltliche und geographische Ausrichtung und Schwerpunktsetzung an den unterschiedlich erfolgreich verlaufenden Transformationsprozess in den einzelnen Staaten angepasst. Dementsprechend ist aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung mittlerweile ein Rückzug aus den unmittelbaren Nachbarländern Österreichs, die den anfänglichen Schwerpunkt der öffentlichen Osthilfe gebildet haben, erfolgt.¹¹⁸ Aktuelle Schwerpunktländer sind Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Moldau, Montenegro und Serbien.¹¹⁹

¹¹⁶ Vgl.: LORETZ Andreas (2006): Die öffentliche Ostförderung Österreichs, in: Fialho Gomes Beau de Abreu, Maral-Hanak Irm, Schicho Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit, Akteure, Handlungsmuster und Interessen, mandelbaum verlag, Wien

¹¹⁷ LORETZ Andreas (2000): Die Osthilfe Österreichs im Jahr 1999, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Wien, <http://www.oefse.at/publikationen/oeepol.htm/oeepol99.pdf> (Stand: 5.2.2007), S.47

¹¹⁸ Vgl.: LORETZ Andreas (2000): Die Osthilfe Österreichs im Jahr 1999, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Wien <http://www.oefse.at/publikationen/oeepol.htm/oeepol99.pdf> (Stand: 5.2.2007)

¹¹⁹ Vgl.: AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY – ADA: Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, Südosteuropa und Westbalkan, <http://www.entwicklung.at/laender-und-regionen/suedosteuropawestbalkan.html> (Stand: 5.8.2011)

Im Ostkonzept 2000/2001 (erstellt von der Abteilung VII/7 des damaligen BMAA) wurden folgende Zielsetzungen der österreichischen Osthilfe formuliert:

- Förderung der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung
- Demokratisierung und Friedenssicherung
- Armutsbekämpfung und sozialer Ausgleich¹²⁰

Die österreichische Ostzusammenarbeit konzentrierte sich bereits in den 1990er Jahren stark auf Themen wie Friedenssicherung, Konfliktprävention und Demokratisierung, die in den letzten zehn Jahren auch in der Entwicklungszusammenarbeit sehr wesentlich sind.¹²¹

Die Osthilfe unterscheidet sich also durch ihre besondere historische Entwicklung, ihre ursprünglich unterschiedliche Zielsetzung und ihre eigenen Strukturen von der Entwicklungszusammenarbeit und wird daher zumeist auch als eigener getrennter Bereich gesehen. In den letzten Jahren hat sich die Betonung der Unterschiede jedoch verringert und die Ostförderung wird immer stärker im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit betrachtet.¹²²

Die Osthilfe steht eindeutig im Kontext der europäischen Integration und Stabilität in Südosteuropa.¹²³ Insbesondere Konfliktlösung kann nur in einem regionalen Rahmen unter Berücksichtigung der besonderen lokalen Bedürfnisse gelingen. *„Der Stabilitätspakt für Südosteuropa ist der erste umfassende Versuch, mit Maßnahmen in vielen Bereichen – wie Katastrophenhilfe, Wiederaufbau, Infrastrukturförderung und Demokratisierungs und rule-of-law-Programmen – langfristig friedenssichernde Entwicklungshilfe zu betreiben.“*¹²⁴ Er ist ein Rahmenprozess zur Sicherstellung von Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wirtschaftswachstum sowie zur Koordinierung von Wiederaufbau und Wirtschaftshilfe in Südosteuropa, initiiert im Jahr 1999.¹²⁵ Die OEZA-Programmatik in Südosteuropa setzt wesentlich auf regionale Kooperationsansätze wie den Stabilitätspakt

¹²⁰ Vgl.: LORETZ Andreas (2000): Die Osthilfe Österreichs im Jahr 1999, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Wien, <http://www.oefse.at/publikationen/oeepol.htm/oeepol99.pdf> (Stand: 5.2.2007)

¹²¹ Vgl.: LORETZ Andreas (2006): Die öffentliche Ostförderung Österreichs, in: Fialho Gomes Beau de Abreu, Maral-Hanak Irm, Schicho Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit, Akteure, Handlungsmuster und Interessen, mandelbaum verlag, Wien

¹²² Vgl.: LORETZ Andreas (2004): Die öffentliche Ostförderung Österreichs 2003, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Entwicklung + Wirtschaft – Wirtschaft und Entwicklung, Wien, <http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/oeepol/oeepol2004.pdf> (Stand: 5.2.2007)

¹²³ Vgl.: LORETZ Andreas (2006): Die öffentliche Ostförderung Österreichs, in: Fialho Gomes Beau de Abreu, Maral-Hanak Irm, Schicho Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit, Akteure, Handlungsmuster und Interessen, mandelbaum verlag, Wien

¹²⁴ SCHOLDAN Bettina (2000): Die Auswirkungen der Kosovo/a-Flüchtlingskrise 1999 auf die österreichische EZA, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Wien, <http://www.oefse.at/publikationen/oeepol.htm/oeepol99.pdf> (Stand: 5.2.2007), S.60

¹²⁵ Vgl.: LORETZ Andreas (2000): Die Osthilfe Österreichs im Jahr 1999, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Wien, <http://www.oefse.at/publikationen/oeepol.htm/oeepol99.pdf> (Stand: 5.2.2007)

in Südosteuropa und versteht sich als Beitrag zu den Programmen und Zielen des Stabilitätspakts.¹²⁶

2.3. VERKNÜPFUNG VON HUMANITÄRER HILFE UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

*„Better development can reduce the need for emergency relief; better „relief“ can contribute to development and better „rehabilitation“ can ease the transition between the two“.*¹²⁷

In den letzten Jahrzehnten haben sich die Grenzen zwischen Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit immer mehr verwischt. In den 1970er und 1980er Jahren bestand noch eine weitgehende Arbeitsteilung zwischen Organisationen für Humanitäre Hilfe bzw. solchen für Entwicklungszusammenarbeit. Soforthilfe und Wiederaufbau hatten noch nicht den heutigen Stellenwert erreicht und Entwicklungspolitik war am Prinzip der Kontinuität orientiert: Im Notfall wird Humanitäre Hilfe geleistet, anschließend kann Entwicklungszusammenarbeit stattfinden. Heute übernehmen die Organisationen für Humanitäre Hilfe bzw. die Entwicklungszusammenarbeits-Organisationen, basierend auf der Erkenntnis, *„dass es zwischen den Bereichen keine scharfen Trennungen gibt“*¹²⁸ nunmehr oftmals auch Aufgaben aus anderen Phasen.¹²⁹

Diese Entwicklung steht auch im Zusammenhang damit, dass sich die Nothilfe bzw. die Humanitäre Hilfe bis in die 1990er Jahre fast ausschließlich mit der Überwindung von Naturkatastrophen beschäftigt haben. Insbesondere im Kontext der Behebung von Schäden, die durch bewaffnete Konflikte verursacht wurden, welche in den 1990er Jahren immer stärker ins Blickfeld von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit rückten, wurde deutlich, *„dass Rehabilitationsmaßnahmen nach bewaffneten Konflikten nicht nur eine wichtige humanitäre Aufgabe darstellen, sondern auch einen Beitrag zur Prävention künftiger Krisen leisten können“*¹³⁰. Die Erkenntnis, dass zwischen Katastrophen und ungelösten Entwicklungsproblemen ein Zusammenhang besteht, ist gewachsen, woraus sich die Notwendigkeit ableitet, Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit optimal aufeinander abzustimmen.¹³¹

Louis Michel, EU-Kommissar für Entwicklung und Humanitäre Hilfe, betont die Notwendigkeit einer Verknüpfung von Überlebenshilfe und Entwicklungszusammenarbeit: *„Gute Nothilfeprogramme leisten einen Beitrag zur Entwicklung und eine gute Entwicklungszusammenarbeit kann vor künftigen humanitären Notsituationen schützen.“*

¹²⁶ Vgl.: BMAA: Die österreichische Ostzusammenarbeit, Grundlagen, www.aussenministerium.at/oeza

¹²⁷ VENRO (1999): Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 8, Bonn, S.4

¹²⁸ DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn, S.15

¹²⁹ Vgl.: DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn

¹³⁰ DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn, S.5

¹³¹ Vgl.: DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn

*Die Kommission legt großen Wert auf die Verzahnung dieser Strategien, um Not und Leid zu lindern und die Hilfemaßnahmen so effizient wie möglich zu gestalten. Besonders heikel sind die Übergangsphasen im Anschluss an eine akute Krise, wenn die Lage oft noch instabil ist. Eine unzureichende Unterstützung kann dann die gesamte Krisenbewältigung gefährden. Deshalb sind ein integriertes Konzept und integrierte Maßnahmen so wichtig.*¹³²

2.3.1. Das Kontinuum- und Kontiguumkonzept

Die Verknüpfung von kurzfristiger Soforthilfe mit langfristigen Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit wird in Fachkreisen seit Ende der 1980er Jahre mit Begriffen wie „development relief“, „continuum“, „grey zone“, „humanitarian plus“ oder „contiguum“ diskutiert. Entwicklungsexperten forderten vor dem Hintergrund zunehmender Naturkatastrophen und Hungersnöte *„dass die Trennung von Not-, Aufbau- und Entwicklungshilfe überwunden werden muss“*¹³³.

Kontinuumkonzept

Aufgrund der steigenden Zahlen vorwiegend innerstaatlicher gewaltsamer Konflikte Ende der 1980er Jahre regten die Vereinten Nationen eine zeitlich aufeinander abfolgende Organisation von Maßnahmen der Humanitären Hilfe, des Wiederaufbaus und der „klassischen“ Entwicklungszusammenarbeit an. Sie prägten damit den Begriff des „relief – development – continuums“. Dieses Modell beschreibt den Verlauf bzw. die Abfolge der einzelnen Phasen, wobei davon ausgegangen wird, dass mit Beendigung der Soforthilfe der Wiederaufbau beginnt, dem dann die Entwicklungszusammenarbeit folgt. Wesentlich dabei ist, dass die jeweiligen Akteure mit Beendigung „ihrer“ Phase die Verantwortung an die Akteure der nächsten Phase weitergeben und die Phasen somit fließend ineinander übergehen.¹³⁴ Das Kontinuum ist also nicht nur als lineare Abfolge einzelner Phasen zu interpretieren, *„sondern als Forderung, diese möglichst nahtlos ineinander übergehen und in nachhaltige Entwicklungsprogramme münden zu lassen“*¹³⁵.

In der praktischen Umsetzung geht es vor allem auch darum, die Lücke in den Grauzonen zwischen den einzelnen Phasen, die auch durch die unterschiedlichen institutionellen Zuständigkeiten bedingt ist, zu schließen und *„von Anfang an bei den Projekten in der Humanitären Hilfe den konzeptionellen Grundstein für eine sich selbst tragende Entwicklung zu legen“*¹³⁶.

¹³² ECHO: Von der Nothilfe zur Entwicklung: Der Weg zu einem erfolgreichen Wiederaufbau nach Katastrophen, http://ec.europa.eu/echo/files/media/publications/LRRD_de.pdf (Stand: 8.4.2010)

¹³³ VENRO (2006): Linking relief, rehabilitation and development – Ansätze und Förderinstrumente zur Verbesserung des Übergangs von Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklungszusammenarbeit, S.3

¹³⁴ Vgl.: VENRO (2006): Linking relief, rehabilitation and development – Ansätze und Förderinstrumente zur Verbesserung des Übergangs von Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklungszusammenarbeit und VENRO (1999): Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 8, Bonn

¹³⁵ GTZ (Hg.) (1998): Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Arbeitskonzept der GTZ, Eschborn, S.21

¹³⁶ VENRO (1999): Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 8, Bonn, S.4

In der Leitlinie der Österreichischen Ost- und Entwicklungszusammenarbeit zur Internationalen humanitären Hilfe wird diese Forderung folgendermaßen aufgenommen: *„Humanitäre Hilfe befasst sich neben diesen Kernbereichen auch mit dem Erbringen anderer Leistungen, die der betroffenen Bevölkerung die Rückkehr zu einer normalen Lebensgrundlage erleichtern. Im Sinne eines mehrstufigen Kontinuums zwischen kurzfristiger Katastrophenhilfe und längerfristiger Entwicklungszusammenarbeit umfassen Projekte der Humanitären Hilfe daher auch Aktivitäten der Rehabilitation, des Wiederaufbaus und der Katastrophenprävention.“*¹³⁷

In der Realität finden Soforthilfe, Wiederaufbau und Entwicklungszusammenarbeit häufig parallel statt. Die drei Phasen koexistieren je nach Zeit, Ort und Zielgruppe mit unterschiedlichen Gewichtungen. Vor allem im Kontext von „complex emergencies“, wo eine baldige Rückkehr zur Normalität oftmals nicht möglich ist und die betroffenen Menschen für einen längeren Zeitraum von externer Hilfe abhängig sind, gehören kurz- und langfristige Hilfe zusammen.¹³⁸ Somit ist eine Trennung der einzelnen Phasen in der praktischen Arbeit de facto nicht möglich, es besteht also kein lineares Kontinuum von der Soforthilfe zur langfristigen Entwicklungszusammenarbeit.¹³⁹

Damit werden das Kontinuumsmodell und die Realisierbarkeit eines fließenden Überganges von Humanitärer Hilfe zu Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich in Frage gestellt. Ende der 1990er Jahre fand in der internationalen Diskussion ein Wechsel von der Kontinuums- zur Kontiguumsstrategie statt.

Kontiguumkonzept

Der Begriff des Kontiguums (lat.: Angrenzung) beschreibt die Verknüpfung von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen, die – im Gegensatz zum Kontinuum – nicht nacheinander sondern gleichzeitig und damit schon von Beginn an stattfinden. Mit dem Kontiguums-Ansatz werden also schon während der Befriedigung der akuten Bedürfnisse Strukturen zur Vorbeugung künftiger Krisen geschaffen und die Anfälligkeit der Betroffenen in Bezug auf neuerliche Notsituationen reduziert.¹⁴⁰ Aktivitäten der Soforthilfe und der Entwicklungszusammenarbeit sollen einander in einem Prozess, der sich in Form von Schleifen weiterentwickelt, gegenseitig ergänzen.¹⁴¹ Ziel ist es *„zum kontinuierlichen*

¹³⁷ BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien, S.7

¹³⁸ Vgl.: VENRO (2006): Linking relief, rehabilitation and development – Ansätze und Förderinstrumente zur Verbesserung des Übergangs von Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklungszusammenarbeit und VENRO (1999): Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 8, Bonn

¹³⁹ Vgl.: AKTION DEUTSCHLAND HILFT e.V.: Die Phasen der Humanitären Hilfe, http://www.aktion-deutschland-hilft.de/adh_artikel_14/schlaglichter_der_woche_237/was_meint_humanitaere_hilfe_328/3_phasen_der_humanitaeren_hilfe_6230.php (Stand: 2.1.2009)

¹⁴⁰ Vgl.: VENRO (2006): Linking relief, rehabilitation and development – Ansätze und Förderinstrumente zur Verbesserung des Übergangs von Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklungszusammenarbeit und VENRO (1999): Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 8, Bonn

¹⁴¹ Vgl.: BRAUNE SIBYLLE (2006): Schnittstellen zwischen humanitärer Hilfe und EZ, in: Förderungswerk für rückkehrende Fachkräfte der Entwicklungsdienste (Hg.): transfer Nr. 2/2006

*Zusammenspiel von Dringlichkeit und Entwicklung beizutragen*¹⁴². Die Maßnahmen sollten jeweils so geplant und umgesetzt werden, dass sie auch von Akteuren einer anderen Phase weitergeführt werden können. Ein wesentliches Ziel der Kontiguums-Strategie ist die *„Sicherstellung, dass die Soforthilfe nicht die bereits erreichten Fortschritte laufender Entwicklungshilfe zunichte macht“*¹⁴³

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departments für auswärtige Angelegenheiten der Schweiz beschreibt die Kontiguums-Strategie folgendermaßen:

*„Die Kontiguum-Strategie berücksichtigt die Tatsache, dass in einer Dynamik von Konflikten und Krisen unterschiedliche Bedürfnisse und Erwartungen nebeneinander koexistieren. Daraus folgt, dass die Not- und Wiederaufbauhilfe, die Entwicklungszusammenarbeit, die Friedensdiplomatie sowie die wirtschaftliche Hilfe nicht zeitlich genau abgesteckten und linearen Phasen entsprechen und dass sie daher gleichzeitig realisiert werden können, ja sogar müssen.“*¹⁴⁴

Wenn auch die Instrumente in allen Phasen weitgehend ähnliche sind, ist ihre Gewichtung in den einzelnen Phasen abhängig vom Grad der Überlebendssicherheit der Betroffenen. So muss beispielsweise in akuten Notsituationen in erster Linie das Überleben der Menschen durch die Verteilung von Hilfsgütern gesichert werden, während in der Phase des Wiederaufbaus Instrumente mit mittel- bis langfristigen Wirkungen, wie Beratungsdienste, an Bedeutung gewinnen. So logisch diese Erkenntnis klingt, so schwierig ist es oftmals, sie in der Praxis umzusetzen. Der Grund dafür liegt einerseits darin, dass die Art und der Umfang der Maßnahmen nicht nur an den Bedürfnissen der Betroffenen, sondern in vielen Fällen vor allem an den wirtschaftlichen, politischen und strategischen Interessen der unterschiedlichen Akteure orientiert sind. Darüber hinaus verfügen die Hilfsorganisationen häufig über bestimmte Mandate. Es ist jedoch auch zu beobachten, dass diese Abgrenzungen durch verstärkte Koordinierung überwunden werden.¹⁴⁵

2.3.2. Ansätze nachhaltiger Humanitärer Hilfe

In Zusammenarbeit von Nord- und Süd-NGOs wurden verschiedene Ansätze entwickelt, um im Rahmen der Humanitären Hilfe den Grundstein für langfristige Entwicklungsprozesse zu legen. Ein wichtiger Faktor dabei ist die Stärkung lokaler

¹⁴² DIREKTION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT (DEZA) (2004): Humanitäre Hilfe der Schweiz in der Region der Grossen Seen, Fact Sheet, S.1, http://www.deza.admin.ch/ressources/resource_de_24246.pdf (Stand: 11.2.2009)

¹⁴³ AKTION DEUTSCHLAND HILFT e.V.: Die Phasen der Humanitären Hilfe, http://www.aktion-deutschland-hilft.de/adh_artikel_14/schlaglichter_der_woche_237/was_meint_humanitaere_hilfe_328/3_phasen_der_humanitaeren_hilfe_6230.php (Stand: 2.1.2009)

¹⁴⁴ DIREKTION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT (DEZA) (2004): Humanitäre Hilfe der Schweiz in der Region der Grossen Seen, Fact Sheet, S.1, http://www.deza.admin.ch/ressources/resource_de_24246.pdf (Stand: 11.2.2009)

¹⁴⁵ Vgl.: DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn

Strukturen. „Der wichtigste Akteur ist die betroffene Bevölkerung. Sie ist nicht nur Nutznießer der Hilfsmaßnahmen, die entsprechend ihrer Fähigkeiten als Arbeitskräfte eingesetzt werden, sondern spielt als Akteur ihrer eigenen Entwicklung die zentrale Rolle.“¹⁴⁶ Die Betroffenen sind die ersten, die nach einer Naturkatastrophe oder einem Konflikt beginnen ihre Lebenswelt wieder aufzubauen. Diese Selbsthilfestrukturen, die in vielen Ländern existieren, werden häufig vernachlässigt, obwohl die Beteiligung der Bevölkerung an der Planung und Ausführung der Maßnahmen wesentlich für den nachhaltigen Erfolg der Hilfe ist.¹⁴⁷ Dabei gilt es jedoch zu beachten, dass eine nachhaltige Ausrichtung der Humanitären Hilfe nicht in allen Not- und Krisensituationen gleichermaßen möglich ist.

Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe hat eine zeitliche und eine konzeptionelle Komponente. Die zeitliche Abfolge und der Übergang der unterschiedlichen Hilfsmaßnahmen und ihrer Phasen, das „relief-development-continuum“ wurden bereits in Kapitel 2.3.1. ausgeführt. Die konzeptionelle Komponente bezieht sich auf die Integration von Maßnahmen, die eine Perspektive für eine weitere Entwicklung ermöglichen, also auf eine Entwicklungsorientierung hinzielen, auch wenn sich die Rahmenbedingungen der Humanitären Hilfe grundlegend von denen der Entwicklungszusammenarbeit unterscheiden.¹⁴⁸

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) formuliert folgende Wege zu nachhaltiger Humanitärer Hilfe:

- „Eine prinzipielle Entwicklungsorientierung als Grundstein für einen längerfristigen Entwicklungsprozess;
- die Förderung bzw. Bewahrung der Selbstorganisation der betroffenen Bevölkerung;
- die Stabilisierung lokaler Ökonomien und lokaler Strukturen;
- die Förderung von Partizipation der Bevölkerung an politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen;
- die langfristige Reduzierung der Anfälligkeit potentiell betroffener Bevölkerung („vulnerability“) für Krisen und Katastrophen.“¹⁴⁹

Als Beitrag zur Erfüllung dieser Ansprüche wurden aus der langjährigen Erfahrung von Humanitären Hilfsorganisationen Kriterien und Instrumente einer nachhaltigen Humanitären Hilfe, wie Zivilgesellschaftliche Kooperation und Partnerorientierung, Partizipation und Zielgruppenorientierung, Katastrophenvorbeugung und disaster preparedness und Krisenprävention und Qualifizierung und Evaluierung abgeleitet.¹⁵⁰

Auch wenn eine scharfe Trennung zwischen Soforthilfe und Entwicklungszusammenarbeit dem Prinzip der Nachhaltigkeit entgegensteht, gibt es doch Bereiche und Situationen, in

¹⁴⁶ DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn, S.15

¹⁴⁷ Vgl.: DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn

¹⁴⁸ Vgl.: VENRO (1999): Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 8, Bonn

¹⁴⁹ VENRO (1999): Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 8, Bonn, S.6

¹⁵⁰ Vgl.: VENRO (1999): Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 8, Bonn

denen eine Verbindung dieser Maßnahmenebenen nicht sinnvoll bzw. nicht möglich ist. „Ansätze zur Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe sind dort kaum oder überhaupt nicht möglich, wo Konflikte aus politischem Kalkül geschürt, aus wirtschaftlichen Interessen oder unter Einfluss von Großmächten geführt werden und für deren Beendigung nur politische Lösungen in Frage kommen.“¹⁵¹ Dies ist insbesondere in Kriegs- und Krisensituationen immer wieder der Fall, wie beispielsweise bei den Massenvertreibungen aus dem Kosovo im Jahr 1999, wo innerhalb kürzester Zeit das Überleben und die Unterbringung von Zehntausenden Menschen gesichert werden mussten.

2.3.3. Der Ansatz der entwicklungsorientierten Nothilfe (EON)

Das Konzept der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe wurde von der deutschen Entwicklungspolitik entwickelt, um im Kontext der zunehmenden Krisen, Konflikte und Naturkatastrophen schnell, flexibel und wirksam handeln zu können.

Das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beschreibt Entwicklungsorientierte Nothilfe als „Maßnahmen, die nicht mehr reine Überlebenshilfe sind, aber auch nicht den strengen Kriterien der Nachhaltigkeit genügen müssen. Solche Maßnahmen sind in der Regel kurzfristig (3 bis 15 Monate), knüpfen an vorausgegangene Humanitäre Hilfe an und fügen sich in ein international abgestimmtes Gesamtkonzept der Katastrophenhilfe ein. Sie zeigen schon strukturelle Wirkungen, sollen zu längerfristigen Programmen hinführen und größere Folgeschäden der Katastrophe vermeiden“¹⁵².

In der Praxis werden in vielen Krisengebieten Projekte der kurzfristigen Nothilfe und der langfristig ausgerichteten Entwicklungszusammenarbeit parallel umgesetzt.¹⁵³ Im Rahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe soll ein fließender Übergang von Humanitärer Soforthilfe zur längerfristig orientierten Entwicklungszusammenarbeit ermöglicht werden. Sie verfolgt die Strategie, kurz- und langfristige Maßnahmen miteinander zu verbinden. Den von der Not betroffenen Menschen soll möglichst effektiv und schnell geholfen werden, also ein unmittelbarer Beitrag zur Überlebenssicherung gefährdeter Zielgruppen geleistet werden. Darüber hinaus wird aber auch gleichzeitig „Entwicklung“ eingeleitet, also erste Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung nach der akuten Krise geschaffen. Aufgrund der Komplexität von Notsituationen sind zumeist auch flankierende Maßnahmen, wie beispielsweise konstruktive Konfliktbearbeitung und Friedensförderung bei Konflikten und Krisen, erforderlich.

Die entwicklungsorientierte Nothilfe setzt also in durch Katastrophen, Krisen oder Konflikten geprägten Sondersituationen an und kann insbesondere auch in fragilen Staaten wichtige Beiträge leisten. In einem ersten Schritt wird zunächst mit sichtbaren und schnell wirksamen Hilfsmaßnahmen wie Nahrungsmittellieferungen oder dem Wiederaufbau von Infrastruktur auf den akuten Bedarf reagiert und das Überleben der von

¹⁵¹ VENRO (1999): Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 8, Bonn, S.5

¹⁵² GTZ (Hg.) (1998): Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Arbeitskonzept der GTZ, Eschborn, S.15

¹⁵³ Vgl.: GTZ (Hg.) (1998): Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Arbeitskonzept der GTZ, Eschborn

der Notsituation betroffenen Menschen kurzfristig gesichert. Damit kann noch keine Stabilisierung der Lebensgrundlagen erreicht werden, die über die Beseitigung der akuten Mängel hinausgeht. Jedoch wird *„die Sicherung des Überlebens (...) als Ausgangspunkt für einen anschließenden Prozess der nachhaltigen Entwicklung betrachtet“*¹⁵⁴. Die entwicklungsorientierte Nothilfe folgt also einer mittelfristigen Perspektive. Die Projektlaufzeiten liegen zwischen 6 Monaten und 3 Jahren und erstrecken sich auf den *„Zeitraum von Beginn der Notsituation bis zum Einsetzen der auf strukturelle Wirkungen angelegten Entwicklungszusammenarbeit“*¹⁵⁵. Die entwicklungsorientierte Nothilfe möchte die langfristige Entwicklungszusammenarbeit nicht ersetzen, sondern im Kontext eines „Gesamtansatzes“ Grundlagen für spätere Maßnahmen und Interventionen schaffen.

Das BMZ sieht die entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe als *„ein bedarfsorientiertes Instrument für Sondermaßnahmen im Kontext von Krisen, Konflikten und Naturkatastrophen“*¹⁵⁶. Damit umfasst sie das gesamte Spektrum entwicklungspolitischer Themenfelder. Aufgrund der Komplexität vieler Notsituationen sind die Projekte insbesondere in Nachkriegssituationen typischerweise übersektoral angelegt. Dem „Kernproblem“ der Notsituation entsprechend, wird ein geeigneter und in der Übergangsphase umsetzbarer Maßnahmentyp gewählt und krisen- bzw. katastrophenpräventive, flankierende Maßnahmen miteinbezogen. Bei Krisen und Konflikten bedeutet dies, nicht nur die Folgen zu lindern, sondern auch einen ersten Beitrag zum Abbau der strukturellen Ursachen der Konflikte zu leisten. Da Entwicklung und Frieden untrennbar miteinander verbunden sind, soll einem Wiederaufflammen des Konflikts durch Maßnahmen zur Konfliktbearbeitung und Friedensförderung entgegengewirkt werden. Weiters müssen mögliche Wechselwirkungen zwischen Konflikt und Maßnahme berücksichtigt und die Vorhaben nach dem „Do-no-harm Prinzip“ konfliktensibel ausgerichtet werden.

Die Zielsetzung sollte realistisch, nicht zu ehrgeizig und an den Förderungszeitraum von 6 Monaten bis zu 3 Jahren angepasst sein. Die Ziele müssen dem Aspekt der Nachhaltigkeit folgen, Optionen für nachfolgende Entwicklungsprojekte sind rechtzeitig zu beachten. Die entwicklungspolitischen Themen der Sicherstellung der Ernährung, der Schaffung oder Wiederherstellung einer sozialen und infrastrukturellen Mindestversorgung, insbesondere in den Bereichen Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, soziale Dienste, Unterkunft und Transport, der Stärkung der Selbsthilfekräfte und der Hilfe für Flüchtlinge haben eine herausragende Bedeutung für die entwicklungsorientierte Nothilfe.

¹⁵⁴ BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (2005): Konzept für Maßnahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, Bonn, <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/konzepte/Konzept136.pdf> (Stand: 3.2.2009) S. 6

¹⁵⁵ BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (2005): Konzept für Maßnahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, Bonn, <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/konzepte/Konzept136.pdf> (Stand: 3.2.2009) S. 4

¹⁵⁶ BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (2005): Konzept für Maßnahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, Bonn, <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/konzepte/Konzept136.pdf> (Stand: 3.2.2009) S. 8

Der Grundsatz der Partizipation der Zielgruppen ist wesentlich für die Nachhaltigkeit von Projekten. Auch in der entwicklungsorientierten Nothilfe *„sind partizipative Methoden erforderlich, um die betroffenen Menschen in ihren Rechten zu stärken und sie an den Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen. Durch die Einbeziehung werden ihre Selbsthilfekräfte gestärkt“*¹⁵⁷. Auch wenn die Partizipation an der Planung und Durchführung von Maßnahmen vor dem Hintergrund des Zeitdrucks in Notlagen und der oftmals unzureichenden Rahmenbedingungen häufig zu einer besonderen Herausforderung wird, leistet ein Beteiligungsprozess einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung von Identifikation und der Vorbeugung von Abhängigkeiten.¹⁵⁸ Auch physische Wiederaufbaumaßnahmen zur sozialen und infrastrukturellen Grundversorgung mit Basisgesundheitsseinrichtungen, Schulen, Wohnraum, Produktionsstätten und Straßen sind zumeist nur mit einer breiten Beteiligung der Bevölkerung und einer gleichzeitigen Förderung der sozialen und administrativen Strukturen erfolgreich.¹⁵⁹

Speziell in Nachkriegszeiten sind die sozialen Strukturen und die traditionellen Strategien der Krisenbewältigung („coping strategies“) oftmals schwer geschädigt.¹⁶⁰ In Konfliktsituationen und fragilen Staaten ist das Vertrauen der Bevölkerung in öffentliche Institutionen meist gering und Kernbereiche der staatlichen Verantwortung werden von Organisationen der Zivilgesellschaft übernommen. Um den Aufbau von funktionierenden, demokratisch legitimierten, öffentlichen Institutionen zu fördern, erfolgt eine Stärkung dezentraler Kompetenzen und Kapazitäten.

Die Dauer der entwicklungsorientierten Nothilfe ist durch den Zeitraum der Auswirkungen der Katastrophe oder des bewaffneten Konfliktes auf die Projektgestaltung definiert.

Kriterien dafür sind:

- *„Die Selbsthilfe- und Organisationsfähigkeit der Zielgruppe ist eingeschränkt (Versorgungslage, Ressourcen, Fähigkeiten).*
- *Kriegs- und Gewaltopfer, Flüchtlinge und Vertriebene, Ex-Kombattanten und Opfer von Katastrophen sind primäre Zielgruppen.*
- *Die Funktionsfähigkeit der Zivilgesellschaft ist sehr eingeschränkt. Die physische und soziale Infrastruktur können noch nicht oder nur begrenzt genutzt werden.*
- *Verwaltungsstrukturen sind nicht oder nur bedingt funktionsfähig und werden in vielen Bereichen durch internationale Organisationen ersetzt.*
- *Internationale Organisationen konzentrieren sich auf Nothilfe. Die Präsenz internationaler Friedenstruppen ist für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit notwendig.*

¹⁵⁷ BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (2005): Konzept für Maßnahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, Bonn, <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/konzepte/Konzept136.pdf> (Stand: 3.2.2009) S. 9

¹⁵⁸ Vgl.: GTZ (Hg.) (1998): Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Arbeitskonzept der GTZ, Eschborn

¹⁵⁹ Vgl.: BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (2005): Konzept für Maßnahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, Bonn, <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/konzepte/Konzept136.pdf> (Stand: 3.2.2009)

¹⁶⁰ Vgl.: GTZ (Hg.) (1998): Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Arbeitskonzept der GTZ, Eschborn

- *Die Bewegungs- und Kommunikationsmöglichkeiten des Personals sind nicht oder nur eingeschränkt gewährleistet.*
- *Marodierende Banden oder regionale Teilkonflikte beeinträchtigen die Sicherheit.*
- *Minen beeinflussen die Projektarbeit.*
- *Die Sicherheitslage behindert die soziale und wirtschaftliche Entfaltung der Bevölkerung oder einzelner Bevölkerungsgruppen.*¹⁶¹

2.3.4. Das LRRD-Konzept („Linking Relief, Rehabilitation and Development – LRRD“)

Die Diskussion über die Schwierigkeiten bei der sinnvollen Verknüpfung der Phasen der Humanitären Hilfe hat 1996 in dem Bericht „Linking relief, rehabilitation and development (LRRD) der EU-Kommission an das Europäische Parlament gemündet. In weiterer Folge wurde dieser Titel als Begriff für die notwendige Verbindung der einzelnen Hilfephasen eingesetzt. Mit dem Konzept der LRRD sollen die Soforthilfe und der Wiederaufbau nach Katastrophen mit der Entwicklungszusammenarbeit verbunden und die Lücken in den Grauzonen zwischen diesen Phasen geschlossen werden.¹⁶² „LRRD soll den Grundstein für eine sich selbst tragende, nachhaltige Entwicklung legen, Anfälligkeit für Katastrophen verringern, Katastrophenfolgen mildern und Menschen zur Selbsthilfe in Katastrophensituationen befähigen.“¹⁶³ Mit der Mitteilung der Kommission vom 23.04.2001 zur Verknüpfung von Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung wurde das LRRD Konzept von der Kommission angenommen.

Die Europäische Kommission beschreibt das LRRD-Konzept zusammenfassend als *„schrittweise Ablösung der Sofort- und Nothilfe durch Rehabilitationsprogramme, mit dem Ziel, die wirtschaftliche und soziale Lage zu stabilisieren und den Übergang zur mittel- und langfristig angelegten Entwicklungszusammenarbeit zu erleichtern. LRRD soll in erster Linie neue Krisen verhindern und die Wirksamkeit der Hilfeleistungen optimieren“*¹⁶⁴.

Als Kriterien für LRRD Projekte gelten:

- *„die Maßnahmen tragen zur Katastrophenvorsorge/Risikominimierung („risk reduction“) bei;*
- *beim Wiederaufbau wird nicht nur die Wiederherstellung des Status quo ante und die Förderung der vorhandenen Potenziale, sondern eine qualitative und nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der Betroffenen angestrebt;*

¹⁶¹ GTZ (Hg.) (1998): Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Arbeitskonzept der GTZ, Eschborn, S.18

¹⁶² Vgl.: AKTION DEUTSCHLAND HILFT e.V.: Die Phasen der Humanitären Hilfe, http://www.aktion-deutschland-hilft.de/adh_artikel_14/schlaglichter_der_woche_237/was_meint_humanitaere_hilfe_328/3_phasen_der_humanitaeren_hilfe_6230.php (Stand: 2.1.2009)

¹⁶³ AKTION DEUTSCHLAND HILFT e.V.: Die Phasen der Humanitären Hilfe, http://www.aktion-deutschland-hilft.de/adh_artikel_14/schlaglichter_der_woche_237/was_meint_humanitaere_hilfe_328/3_phasen_der_humanitaeren_hilfe_6230.php (Stand: 2.1.2009)

¹⁶⁴ ECHO: Von der Nothilfe zur Entwicklung: Der Weg zu einem erfolgreichen Wiederaufbau nach Katastrophen, http://ec.europa.eu/echo/files/media/publications/LRRD_de.pdf, S.1 (Stand: 8.4.2010)

- *die Durchführung und Begleitung der verschiedenen Projektphasen wird nicht unter verschiedenen Akteuren aufgeteilt, sondern liegt in einer Hand; sofern es nicht möglich sein sollte, die verschiedenen Projektphasen durch eine Organisation umzusetzen, wird die Koordination und Zusammenarbeit mit anderen, komplementär arbeitenden Organisationen angestrebt;*
- *die Zielgruppen sind von Anfang an der Planung der Projektmaßnahmen beteiligt;*
- *Strukturen und Fähigkeiten zur Selbsthilfe werden bei der Soforthilfe und dem Wiederaufbau einbezogen, gestärkt und weiterentwickelt;*
- *die Hilfe erfolgt – wenn möglich – über lokale Partnerorganisationen, zu deren Vernetzung durch die Projekte beigetragen wird;*
- *es werden keine isolierten Einzelmaßnahmen (z.B. Wiederaufbau von Wohnhäusern) gefördert, sondern integrierte Programme, die umfassende Verbesserungen der Lebensbedingungen zum Ziel haben.*¹⁶⁵

Es müssen also schon während der Phase der Soforthilfe, die in erster Linie der Abdeckung der lebensnotwendigen Grundbedürfnisse dient, Maßnahmen getroffen werden, um die in Not geratenen Menschen auf künftige Krisen und Katastrophen vorzubereiten und ihnen längerfristige Entwicklungsperspektiven zu erschließen. Der idealtypische Ablauf bei Anwendung des LRRD-Konzeptes setzt sich aus folgenden Schritten zusammen:

1. Menschenleben retten
2. die Selbstversorgung der Betroffenen wieder gewährleisten
3. die allgemeinen Lebensbedingungen durch Entwicklung der Wirtschaft verbessern um die Folgen möglicher künftiger Katastrophen abzumildern

Die Generaldirektion für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO) sieht in dem LRRD Konzept ein wesentliches Element bzw. eine wichtige Ausstiegsstrategie, um humanitäre Hilfsmaßnahmen auch wieder zu beenden.¹⁶⁶

Die Verbindung von Nothilfe und Entwicklungshilfe ist in der Praxis oft nur schwer umzusetzen. Zudem folgt der Übergang meist keiner klaren Zeitfolge und die einzelnen Phasen überschneiden sich je nach Region und Zielgruppe. Wenn die Nothilfe von Anfang an bei den Überlebensstrategien der Betroffenen und der Zurückgewinnung ihrer Lebensgrundlage ansetzt, sind die Erfolgsaussichten für einen Übergang besser. Ein Problem bei der Umsetzung des LRRD-Konzeptes ist das eingeschränkte Mandat bzw. die Spezialisierung vieler Hilfsorganisationen, die sich nicht auf alle notwendigen Aufgabenbereiche erstreckt. Zudem sind die Mittel für Humanitäre Hilfe oftmals

¹⁶⁵ VENRO (2006): Linking relief, rehabilitation and development – Ansätze und Förderinstrumente zur Verbesserung des Übergangs von Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklungszusammenarbeit, VENRO Arbeitspapier Nr. 17, Bonn, S.6

¹⁶⁶ Vgl.: ECHO: Von der Nothilfe zur Entwicklung: Der Weg zu einem erfolgreichen Wiederaufbau nach Katastrophen, http://ec.europa.eu/echo/files/media/publications/LRRD_de.pdf (Stand: 8.4.2010)

zweckgebunden, wodurch einer Verwendung für weiterführende langfristige Maßnahmen nicht möglich ist.¹⁶⁷

2.4. EXKURS: ZIVIL-MILITÄRISCHE ZUSAMMENARBEIT IN DER INTERNATIONALEN HILFE

2.4.1. Veränderungen in der internationalen Hilfe und der Bedeutung des Einsatzes von Militärkräften

In den letzten 15 Jahren sind international eingesetzte Militärkräfte, die sowohl militärische als auch zivile Aufgaben abdecken, zu einem bedeutenden Akteur bei Hilfseinsätzen geworden.

Frieden und Entwicklung zu fördern sind das gemeinsame Ziel von Entwicklungszusammenarbeit und militärischen Aktivitäten im Rahmen von Hilfseinsätzen. Nichtsdestotrotz unterscheiden sich das Vorgehen und die Handlungsprinzipien von zivilen und militärischen Akteuren vor Ort.¹⁶⁸

Veränderung der geopolitischen Situation als Grund für den Paradigmenwechsel

Mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich das geopolitische Umfeld sowohl für die entwicklungspolitischen als auch für die sicherheitspolitischen Akteure geändert.¹⁶⁹ Der sicherheitspolitische Paradigmenwechsel hat für die militärischen Einsatzkräfte von der Verteidigung des eigenen Territoriums zur Beteiligung an Einsätzen des internationalen Krisenmanagements geführt.¹⁷⁰ Vor dem Hintergrund einer wachsenden Anzahl von internen Konflikten und so genannten „schwachen“ Staaten („fragile“ oder „failed states“) und dem Entstehen neuer internationaler Bedrohungen wie dem Terrorismus sowie der Loslösung von einem, auf der Wahrung militärischer Gleichgewichte beruhenden, realistischen Sicherheitsverständnisses hat sich der erweiterte Sicherheitsbegriff der „human security“ entwickelt. Der Begriff der „human security“ umfasst nicht nur die materielle Sicherheit, sondern auch die ökonomische, ökologische und soziale Sicherheit, wie die Achtung der Menschenrechte und die Etablierung von Rechtsstaatlichkeit.¹⁷¹ Multilaterale Kooperationen wurden verstärkt.

¹⁶⁷ Vgl.: DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE E.V.: LRRD, <http://www.welthungerhilfe.de/1415.html> (Stand: 1.7.2008)

¹⁶⁸ Vgl.: KLOKE-LESCH Adolf, Von OPPELN-BRONIKOWSKI Constanze (2006): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und militärische Intervention in: Ihne Hartmut, Wilhelm Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, LIT Verlag, Hamburg

¹⁶⁹ Vgl.: KLOKE-LESCH Adolf, Von OPPELN-BRONIKOWSKI Constanze (2006): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und militärische Intervention in: Ihne Hartmut, Wilhelm Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, LIT Verlag, Hamburg,

¹⁷⁰ Vgl.: BUNDESMINISTERIUM FÜR LANDESVERTEIDIGUNG UND SPORT: Bundesheer 2010, Bericht der Bundesheerreformkommission, http://www.bmlv.gv.at/facts/management_2010/pdf/endbericht.pdf (Stand: 15.2.2013)

¹⁷¹ Vgl.: KLOKE-LESCH Adolf, Von OPPELN-BRONIKOWSKI Constanze (2006): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und militärische Intervention in: Ihne Hartmut, Wilhelm Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, LIT Verlag, Hamburg,

Friede und Entwicklung

In der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen wird die Wichtigkeit von Frieden für die Entwicklung betont und verdeutlicht, dass Entwicklung und Frieden untrennbar miteinander verbunden sind. Die rund 150 Staats- und Regierungschefs bekennen sich dazu *„den Vereinten Nationen in der Wahrung des Friedens und der Sicherheit zu größerer Wirksamkeit zu verhelfen, indem wir ihnen die Mittel und Werkzeuge an die Hand geben, die sie für die Konfliktverhütung, die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, die Friedenssicherung, die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit und den Wiederaufbau benötigen“*¹⁷². Eine Schlüsselthese des Berichts des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zur UN-Reform aus dem Jahr 2005 ist: *„Keine Entwicklung ohne Sicherheit – keine Sicherheit ohne Entwicklung“*¹⁷³.

Speziell bei Gewaltkonflikten oder lang anhaltenden Krisen in Post-Konflikt Regionen („protracted crisis“) ist oftmals auch der Einsatz von militärischen Mitteln zur Prävention und dem Management von Krisen notwendig. Mit der Verhinderung oder Beendigung der gewaltsamen Austragung von Konflikten werden Voraussetzungen zur Begegnung der Konfliktursachen mit zivilen entwicklungspolitischen Mitteln geschaffen. Militärische Mittel allein führen jedoch nicht zu einem dauerhaften Frieden. *„Eine langfristige Stabilisierung ist nur durch einen „entwickelten“ Frieden möglich, der mehr ist als eine Abwesenheit von Gewalt.“*¹⁷⁴

2.4.2. Reaktionen der Akteure

Die Rolle der Vereinten Nationen

Nach dem Ende des Kalten Krieges war in den Friedensmissionen der Vereinten Nationen ihre politische, militärische, humanitäre und entwicklungspolitische Kompetenz zunehmend gleichzeitig gefragt. Dementsprechend wurden die Operationen der Vereinten Nationen immer größer und komplexer.¹⁷⁵ Im April 2009 unterhielt die UNO 16 Peacekeeping-Missionen.¹⁷⁶

¹⁷² VEREINTE NATIONEN (2000): Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen, S.8

¹⁷³ KLOKE-LESCH Adolf, Von OPPELN-BRONIKOWSKI Constanze (2006): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und militärische Intervention in: Ihne Hartmut, Wilhelm Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, LIT Verlag, Hamburg, S.126

¹⁷⁴ KLOKE-LESCH Adolf, Von OPPELN-BRONIKOWSKI Constanze (2006): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und militärische Intervention in: Ihne Hartmut, Wilhelm Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, LIT Verlag, Hamburg, S.126

¹⁷⁵ Vgl.: BRENNER Brigitte (2008): Zivil-militärische Zusammenarbeit: Probleme und Perspektiven für humanitäre Hilfe und EZA, in: Freudenschuß-Reichl Irene, Bayer Kurt (Hg.): Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, Manz, Wien

¹⁷⁶ Vgl.: UNITED NATIONS: List of Peacekeeping Operations, <http://www.un.org/Depts/dpko/list/list.pdf> (Stand: 8.4.2009)

Rück- und Fehlschläge in den 1990er Jahren führten zu der *„Erkenntnis, dass der Stabilisierungsauftrag mit der militärischen Kurzintervention nicht zu Ende ist“*¹⁷⁷. Militärische Interventionen können nur im Rahmen einer integrierten außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Gesamtstrategie erfolgreich sein. Ein erfolgreicher internationaler Militäreinsatz muss den Aufbau dauerhafter ziviler Strukturen einleiten und die Fähigkeit zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung von Staat und Gesellschaft stärken. Dementsprechend zeigen die aktuell vom Sicherheitsrat mandatierten Operationen eine enge Verzahnung von zivilen entwicklungspolitischen und militärischen Aspekten, sie sind multidimensional. Oft ist auch eine Differenzierung zwischen friedenserhaltenden und friedensschaffenden Operationen nicht möglich. In den so genannten „hybriden Operationen“ oder „6 ½ Operationen“ werden Elemente des „peace enforcement“, „peacekeeping“ und „peacebuilding“ kombiniert.¹⁷⁸

Mit den „Integrierten Missionen“ hat die UNO ein neues Organisationskonzept für multifunktionale Einsätze erlassen. Ein zentrales Problem der integrierten Missionen ist, *„wie bei einer zunehmenden Verschmelzung von zivilen und militärischen Strukturen humanitäre und entwicklungspolitische Anliegen gleichberechtigt mit militärischen Überlegungen verhandelt werden können.“*¹⁷⁹

Die Rolle der NATO

Auch die North Atlantic Treaty Organization (NATO) engagiert sich seit den 1990er Jahren zunehmend im Bereich der Friedenseinsätze wie beispielsweise im Rahmen von Schutztruppen wie der Kosovo Forces (KFOR) im Kosovo. Auf Grundlage des im April 1999 verabschiedeten neuen „Strategischen Konzeptes“ der NATO kann diese „out-of-area“ Krisenmanagement betreiben und sich zu Kampfeinsätzen selbst mandatieren. Humanitäre Interventionen werden in diesem Konzept explizit als Aufgabe der NATO benannt. Im Frühjahr 1999 wurde das „Strategische Konzept“ im Rahmen der unilateralen Intervention der NATO im Kosovo Konflikt angewendet.

Im Jahr 2000 entwickelte die NATO unter dem Begriff „Civil-Military Cooperation“ (CIMIC) ein neues Konzept der Zusammenarbeit von militärischen Dienststellen mit zivilen Behörden, Institutionen und Einrichtungen, also der *„Kooperation und Koordination zwischen NATO und allen zivilen Akteuren“*¹⁸⁰. CIMIC ist eine einsatzbegleitende zivile Unterstützungsmaßnahme für militärische Operationen, deren Hauptzweck die „force

¹⁷⁷ KLOKE-LESCH Adolf, Von OPPELN-BRONIKOWSKI Constanze (2006): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und militärische Intervention in: Ihne Hartmut, Wilhelm Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, LIT Verlag, Hamburg, S. 129

¹⁷⁸ Vgl.: KLOKE-LESCH Adolf, Von OPPELN-BRONIKOWSKI Constanze (2006): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und militärische Intervention in: Ihne Hartmut, Wilhelm Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, LIT Verlag, Hamburg

¹⁷⁹ BRENNER Brigitte (2008): Zivil-militärische Zusammenarbeit: Probleme und Perspektiven für humanitäre Hilfe und EZA, in: Freudenschuß-Reichl Irene, Bayer Kurt (Hg.): Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, Manz, Wien, S.271

¹⁸⁰ KLOKE-LESCH Adolf, Von OPPELN-BRONIKOWSKI Constanze (2006): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und militärische Intervention in: Ihne Hartmut, Wilhelm Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, LIT Verlag, Hamburg, S.133

protection“, also „*die Unterstützung der Truppe durch Schaffung bestmöglicher Beziehungen und Bedingungen im Auslandseinsatz*“¹⁸¹ ist. Die Übernahme von zivilen Aufgaben ist somit eine vertrauensbildende Maßnahme zur Stärkung der Akzeptanz und Unterstützung für die militärische Operation und kein primäres Ziel. Im Gegensatz zu ziviler Not- und Entwicklungshilfe, deren Ansatz in erster Linie bedarfs- und entwicklungsorientiert ist, dient das CIMIC-Engagement dem strategischen Schutz der militärischen Truppen.

Die Rolle der EU

Die EU vereint bei Interventionen im Ausland ziviles und militärisches Krisenmanagement unter dem Schlagwort des „integrierten Ansatzes“. Damit können auf europäischer Ebene zivile Einheiten wie humanitäre Helfer aber auch Polizei und Justizbeamte gemeinsam mit militärischen Truppen im Rahmen einer Reihe von Gemeinschaftsinstrumenten aktiv werden. Der Tätigkeitsbereich umfasst über den Zeitraum der aktiven Krise hinaus auch Post-Krisensituationen sowie Situationen vor einem Krisenausbruch.

Die durchgängige Koordination der europäischen Akteure gestaltet sich jedoch schwierig, da sie nicht nur in verschiedenen europäischen Stellen sondern auch in unterschiedlichen Säulen angesiedelt sind. So fällt beispielsweise die Humanitäre Hilfe primär in den Aufgabenbereich von ECHO, das zur 1. Säule, dem supranationalen Bereich gehört, während militärische Einsätze in der 2. Säule der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) geplant und durchgeführt werden. Zur Verbesserung der zivil-militärischen Koordinierung (CMCO) wurde eine eigene interne Koordinierungsstruktur geschaffen.¹⁸²

2.4.3. Grundsätze zivil-militärischer Zusammenarbeit

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Ausweitung der Engagements nationaler und multinationaler Streitkräfte im Bereich der Humanitären Hilfe haben die Berührungspunkte zwischen den traditionellen, privaten, politisch unabhängigen humanitären Hilfsorganisationen und den Humanitäre Hilfe leistenden Streitkräften zugenommen.

¹⁸¹ VENRO (2003): Streitkräfte als humanitäre Helfer? Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen und Streitkräften in der humanitären Hilfe, VENRO Positionspapier, Bonn, S.8

¹⁸² Vgl.: BRENNER Brigitte (2008): Zivil-militärische Zusammenarbeit: Probleme und Perspektiven für humanitäre Hilfe und EZA, in: Freudenschuß-Reichl Irene, Bayer Kurt (Hg.): Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, Manz, Wien und ÖSTERREICHISCHE EU-PLATTFORM ENTWICKLUNGSPOLITISCHER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN (HG.) (2007): EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen – Die EZA der Europäischen Gemeinschaft Institutionen – Strukturen – Prozesse, Wien, http://www.eduhi.at/dl/eu_eza_verstehen.pdf (Stand: 11.2.2013)

„Entwicklungszusammenarbeit und militärische Aktivitäten, z.B. im Rahmen von friedenserhaltenden Einsätzen, haben in der Regel das gemeinsame Ziel, Frieden und Sicherheit zu fördern.“¹⁸³

Aus Sicht des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen ist *„die Frage, ob und wie Hilfsorganisationen und Streitkräfte kooperieren können, weniger ein praktisches, sondern vielmehr ein politisches Problem“¹⁸⁴*. Dementsprechend ist eine möglichst genaue Definition der politischen Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen und Streitkräften notwendig.

Unterschiedliche Mandate von Hilfsorganisationen und Streitkräften

„Der Staat ist in erster Linie zuständig für die Einhaltung des völkerrechtlichen Rahmens, während die Verantwortung für die Durchführung von Hilfsmaßnahmen bei den humanitären Hilfsorganisationen liegt. Aufgabe von Streitkräften in Friedensmissionen ist es, Sicherheit und Ordnung zu garantieren bzw. wiederherzustellen.“¹⁸⁵ Tatsache ist jedoch, dass die internationale Staatengemeinschaft die Kernfunktion, den Schutz der Zivilbevölkerung, in vielen politischen Konflikten der letzten Jahre nur unzulänglich oder gar nicht erfüllen konnte.¹⁸⁶

„Es besteht ein weitgehender internationaler Konsens, dass militärische Interventionen bei Vorliegen einer massiven Verletzung der staatlichen Schutzverpflichtung gegenüber der eigenen Bevölkerung (hohe Zahl von Todesopfern, Verdrängung oder Bedrohung ethnischer Gruppen, Genozid) als legitim gelten können, wenn sie in richtiger Absicht, mit multilateraler Beteiligung, unter VN-Mandat und als letztes Mittel erfolgen sowie verhältnismäßig und aussichtsreich gestaltet werden.“¹⁸⁷

Das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beschreibt das Verhältnis von entwicklungspolitischen und militärischen Antworten auf die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen folgendermaßen: *„Militärisches Eingreifen ist immer die letzte Wahl. Krisenprävention mit zivilen Mitteln kann nie früh genug beginnen. Entwicklungspolitik mit ihrem langfristigen, nachhaltigen und strukturbildenden Ansatz hat hier besondere Möglichkeiten und einen spezifischen*

¹⁸³ KLOKE-LESCH Adolf, Von OPPELN-BRONIKOWSKI Constanze (2006): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und militärische Intervention in: Ihne Hartmut, Wilhelm Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, LIT Verlag, Hamburg, S.132

¹⁸⁴ VENRO (2003): Streitkräfte als humanitäre Helfer? Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen und Streitkräften in der humanitären Hilfe, VENRO Positionspapier, Bonn, S.2

¹⁸⁵ VENRO (2003): Streitkräfte als humanitäre Helfer? Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen und Streitkräften in der humanitären Hilfe, VENRO Positionspapier, Bonn, S.15

¹⁸⁶ Vgl.: VENRO (2003): Streitkräfte als humanitäre Helfer? Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen und Streitkräften in der humanitären Hilfe, VENRO Positionspapier, Bonn

¹⁸⁷ BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG, Referat: „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ (Hg.) (2004): Zum Verhältnis von entwicklungspolitischen und militärischen Antworten auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen – Ein Diskussionspapier des BMZ, <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/diskurs/diskurs001.pdf> (Stand: 3.2.2009), S.10 und KLOKE-LESCH Adolf, Von OPPELN-BRONIKOWSKI Constanze (2006): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und militärische Intervention in: Ihne Hartmut, Wilhelm Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, LIT Verlag, Hamburg, S.134-135

*Auftrag.*¹⁸⁸ Auf der anderen Seite wird aber auch festgehalten: „Je schwieriger die Rahmenbedingungen sind, umso mehr ist die Entwicklungspolitik auf die kohärente Begleitung durch andere Instrumente angewiesen.“¹⁸⁹

Im Inland hat der Einsatz von Militärkräften in der Katastrophenhilfe in den meisten Ländern, wie auch in Österreich, eine lange Tradition. Durch das Militär geleistete Humanitäre Hilfe im Ausland ist jedoch insbesondere bei komplexeren Einsätzen umstritten.¹⁹⁰ Insbesondere bei politischen Konflikten ist eine klare Verteilung der Aufgaben und Rollen der Hilfsorganisationen und Streitkräfte wesentlich.¹⁹¹

Internationale Richtlinien für die zivil-militärische Zusammenarbeit

Brigitte Brenner geht in ihrem Artikel „Zivil-militärische Zusammenarbeit: Probleme und Perspektiven für humanitäre Hilfe und EZA“ von folgenden Grundannahmen für die Zusammenarbeit von humanitären bzw. entwicklungspolitischen Akteuren und militärischen Einheiten aus:

- Basierend auf dem Grundsatz der Bedürfnis-Orientiertheit („needs-driven“) der Humanitären Hilfe, können in bestimmten Situationen – insbesondere im Katastrophenfall, aber auch in komplexen Krisen – auch internationale Militärkräfte sinnvolle Hilfe leisten.
- Alle Aktivitäten von Militärkräften sind im Kontext des politischen Auftrages zu sehen, da sie per definitionem politisch beauftragt sind. Im Gegensatz dazu zählen Unparteilichkeit und Unabhängigkeit zu den wesentlichen Grundsätzen der Arbeitsweise humanitärer Organisationen.
- Mit der Einhaltung der internationalen Richtlinien für die zivil-militärische Zusammenarbeit soll eine sinnvolle wechselseitige Ergänzung der internationalen Hilfskräfte gewährleistet werden.¹⁹²

¹⁸⁸ BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG, Referat: „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ (Hg.) (2004): Zum Verhältnis von entwicklungspolitischen und militärischen Antworten auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen – Ein Diskussionspapier des BMZ, <http://www.bmz.de/de/service/infoteh/fach/diskurs/diskurs001.pdf> (Stand: 3.2.2009), S.6

¹⁸⁹ BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG, Referat: „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ (Hg.) (2004): Zum Verhältnis von entwicklungspolitischen und militärischen Antworten auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen – Ein Diskussionspapier des BMZ, <http://www.bmz.de/de/service/infoteh/fach/diskurs/diskurs001.pdf> (Stand: 3.2.2009), S.10

¹⁹⁰ Vgl.: BRENNER Brigitte (2008): Zivil-militärische Zusammenarbeit: Probleme und Perspektiven für humanitäre Hilfe und EZA, in: Freudenschuß-Reichl Irene, Bayer Kurt (Hg.): Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, Manz, Wien

¹⁹¹ Vgl.: VENRO (2003): Streitkräfte als humanitäre Helfer? Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen und Streitkräften in der humanitären Hilfe, VENRO Positionspapier, Bonn

¹⁹² Vgl.: BRENNER Brigitte (2008): Zivil-militärische Zusammenarbeit: Probleme und Perspektiven für humanitäre Hilfe und EZA, in: Freudenschuß-Reichl Irene, Bayer Kurt (Hg.): Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, Manz, Wien

Richtlinien der UNO: „Oslo Guidelines“ (Oslo Richtlinien)

Das „Office for the Coordination of Humanitarian Affairs“ (OCHA) hat mit den „Oslo Guidelines“ im Jahr 1994 ein nicht bindendes Dokument für UN-Organisationen zur zivilmilitärischen Zusammenarbeit in technischen und Naturkatastrophen veröffentlicht, das im Juni 2001 um den Bereich der „complex emergencies“ ergänzt wurde.¹⁹³ Im Herbst 2006 wurden diese Richtlinien („Guidelines On The Use of Foreign Military and Civil Defence Assets In Disaster Relief“), die den Einsatz militärischer Mittel in der internationalen Katastrophenhilfe regeln, in Oslo erneut angenommen. Grundregel ist, „dass der Einsatz nur auf Anforderung einer zivilen Behörde oder einer UN-Organisation erfolgen darf und jeweils nur, wenn die zivilen und/oder humanitären Ressourcen ansonsten ungenügend sind“¹⁹⁴. Es gilt also das Prinzip der Subsidiarität der militärischen Akteure.¹⁹⁵

Folgende drei Prinzipien sollen für die zivil-militärische Zusammenarbeit angewendet werden:

- „Komplementarität, d.h. das Militär wird nur dann tätig, wenn die Kapazitäten der zivilen Organisationen nicht ausreichen;
- *Zivile Kontrolle: Wenn militärische Kapazitäten in den VN-Friedensmissionen eingesetzt werden, müssen sie unter ziviler Kontrolle stehen;*
- *Kosten: Das Militär stellt seine Kapazitäten grundsätzlich kostenlos zur Verfügung.*¹⁹⁶

Des Weiteren werden eine Trennung von militärischen Aktivitäten und UN-Aktivitäten in der Humanitären Hilfe sowie der ehestmögliche Rückzug des Militärs aus der Humanitären Hilfe gefordert.

Guidelines On The Use of Military and Civil Defence Assets To Support United Nations Humanitarian Activities in Complex Emergencies (MCDA Richtlinien)

In den „Guidelines On The Use of Military and Civil Defence Assets To Support United Nations Humanitarian Activities in Complex Emergencies“ vom März 2003 wird die Notwendigkeit der zivilen Koordination und der Komplementarität ebenfalls festgehalten. Weiters soll eine „klare Unterscheidung zwischen den normalen Funktionen und Rollen

¹⁹³ Vgl.: VENRO (2003): Streitkräfte als humanitäre Helfer? Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen und Streitkräften in der humanitären Hilfe, VENRO Positionspapier und UNITED NATIONS: Guidelines On The Use of Foreign Military and Civil Defence Assets In Disaster Relief – „Oslo Guidelines“ Updated November 2006 (Revision 1.1 November 2007), www.ochaonline.un.org (Stand: 16.4.2009)

¹⁹⁴ BRENNER Brigitte (2008): Zivil-militärische Zusammenarbeit: Probleme und Perspektiven für humanitäre Hilfe und EZA, in: Freudenschuß-Reichl Irene, Bayer Kurt (Hg.): Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, Manz, Wien, S.277

¹⁹⁵ Vgl.: GLOBALE VERANTWORTUNG, ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ENTWICKLUNG UND HUMANITÄRE HILFE (2009): Zivil-militärische Beziehungen (ZMB), Hintergrundpapier, http://www.globaleverantwortung.at/images/doku/aggv_hintergrund_zmb_211009.pdf (Stand: 4.6.2010)

¹⁹⁶ VENRO (2003): Streitkräfte als humanitäre Helfer? Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen und Streitkräften in der humanitären Hilfe, VENRO Positionspapier, Bonn, S.17

der humanitären und der militärischen Akteure¹⁹⁷ bewahrt werden. Streitkräfte dürfen nur unter genau definierten Bedingungen direkt in eine humanitäre Aktion involviert werden, da sie per se keine humanitären Akteure, die den Prinzipien der Neutralität und Unparteilichkeit entsprechen, sein können.¹⁹⁸

Auch die EU, die finanziell stärkste Regionalorganisation, stützt sich auf die oben genannten Richtlinien der UNO.

Richtlinien nicht-staatlicher Organisationen: „ICRC guidelines for civil-military cooperation“
In den „ICRC guidelines for civil-military cooperation“ des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes finden sich folgende Grundsätze:

- *„Das IKRK ist nicht in der Konfliktlösung tätig und humanitäre Aktivitäten dürfen nicht militärischen Zielsetzungen untergeordnet sein;*
- *Aufgabe der Streitkräfte ist der Bereich der Sicherheit und Konfliktlösung;*
- *Das IKRK muss seine Unabhängigkeit bewahren, während es gleichzeitig großen Wert auf die Abstimmung auf allen Ebenen mit den Streitkräften legt.“¹⁹⁹*

¹⁹⁷ BRENNER Brigitte (2008): Zivil-militärische Zusammenarbeit: Probleme und Perspektiven für humanitäre Hilfe und EZA, in: Freudenschuß-Reichl Irene, Bayer Kurt (Hg.): Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, Manz, Wien, S.277

¹⁹⁸ Vgl.: GLOBALE VERANTWORTUNG, ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ENTWICKLUNG UND HUMANITÄRE HILFE (2009): Zivil-militärische Beziehungen (ZMB), Hintergrundpapier, http://www.globaleverantwortung.at/images/doku/aggv_hintergrund_zmb_211009.pdf (Stand: 4.6.2010)

¹⁹⁹ VENRO (2003): Streitkräfte als humanitäre Helfer? Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen und Streitkräften in der humanitären Hilfe, VENRO Positionspapier, Bonn, S.17

3. Geschichtliche Entwicklung der Situation im Kosovo

Das Kapitel „Geschichtliche Entwicklung der Situation im Kosovo“ beschäftigt sich überblicksmäßig mit der geschichtlichen und politischen Situation im Kosovo in den Jahren vor und nach dem Krieg 1999. Mit einer kurzen Erläuterung der Kriegseignisse des Jahres 1999 und von Schlüsselereignissen aus der jüngeren Geschichte, die zur Entstehung dieses Krieges beigetragen haben, soll das Verständnis sowohl der Kriegsgeschehnisse als auch der gesellschaftspolitischen Situation, welche die Ausgangsbasis für die nachfolgenden Hilfsaktivitäten gebildet hat, erweitert werden. Der zweite Teil des Kapitels widmet sich der „Nachkriegsunordnung“ im Kosovo und erläutert sowohl die Aktivitäten der internationalen Staatengemeinschaft als auch die Entwicklung der Statusfrage und die Ausrufung der Unabhängigkeit des Kosovo.

3.1. HISTORISCHE SCHLÜSSELEREIGNISSE – DER KRIEG 1999 UND SEINE ENTSTEHUNG

3.1.1. Historische Leit-Mythen

Die Wurzeln des Konflikts zwischen Serben und Albanern im Kosovo reichen weit in die Vergangenheit zurück, auch wenn die Ursachen in der jüngeren Geschichte zu finden sind. Die Geschichte des Kosovo ist geprägt von einer Vielzahl von historischen Leit-Mythen, die sich verhängnisvoll auf die jüngste Zeitgeschichte ausgewirkt haben.²⁰⁰

Der Mythos des historischen Erstgeburtsrechtes

Einer dieser Mythen ist jener des „historischen Erstgeburtsrechtes“, wonach sowohl Serben als auch Albaner Besitzansprüche an das Territorium stellen, weil sie „zuerst da waren“.

Die Albaner sehen sich als direkte Nachfahren der Illyrer, während für die Serben der Kosovo, der das Zentrum des mittelalterlichen serbischen Großreiches bildete, die „Wiege des Serbentums“ darstellt. Die Frage ob, Serben oder Albaner früher im Kosovo siedelten, kann nicht eindeutig beantwortet werden, da sie zum einen von der unterschiedlichen Interpretation historischer Quellen abhängig ist und sich zum anderen nationale und ethnische Identitäten im Laufe der Zeit und abhängig von den vielfachen Einflüssen der Region, in der sie sich befinden, verändern. Darüber hinaus sollte beachtet werden, dass die Chronologie der historischen Besiedlung keine Relevanz für die aktuelle politische Situation haben kann und daraus keine Ansprüche in der Gegenwart geltend gemacht werden können.²⁰¹

²⁰⁰ Vgl.: RÜB Matthias (1999): Kosovo, Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa, Deutscher Taschenbuch Verlag, München

²⁰¹ Vgl.: RÜB Matthias (1999): Kosovo, Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa, Deutscher Taschenbuch Verlag, München und NOEL Malcolm (1998): Kosovo, a Short History, Edition 2002, Pan Books, London und SCHLEICHER Elisabeth (2010): The International Engagement in Kosovo – Achieving Positive Peace?, Dissertation Universität Wien

Die Schlacht auf dem Amselfeld

Ein zentraler politischer Mythos für die Serben ist die Schlacht auf dem Amselfeld, wo – gemäß dem Mythos – serbische Heere den Kampf für das christliche Abendland und gegen das islamische Morgenland gekämpft haben. Historikern zufolge wurde die Schlacht gegen die Osmanen von einer christlichen Allianz aus überwiegend serbischen Heeren gemeinsam mit bosnischen und albanischen Heeren geschlagen. Die Schlacht am 28. Juni 1389 am Amselfeld (albanisch Fushë Kosovë, serbisch Kosovo Polje) bei Pristina war ein Wendepunkt für das serbische Großreich des Mittelalters. Der serbische Fürst Lazar wurde von dem türkischen Sultan Murad I. geschlagen und Serbien wurde den Osmanen tributpflichtig.²⁰² Die orthodoxe Kirche hat den Fürsten Lazar, der in dem Kampf gefangen und hingerichtet wurde, sofort heiliggesprochen und gleichzeitig den Mord an Sultan Murad I. zu einer christlichen Märtyrertat erhoben. Das dürfte wesentlich zur Bildung des serbischen Mythos beigetragen haben.²⁰³ Der Stellenwert der Schlacht auf dem Amselfeld für die Serben kann nicht allein an den direkten politischen Konsequenzen gemessen werden. „*The story of the battle of Kosovo has become a totem or talisman of Serbian identity, so that this event has a status unlike that of anything else in the history of the Serbs.*“²⁰⁴

3.1.2. Kosovo unter Tito (1945–1980)

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Jugoslawien eine kommunistische Föderation, die Föderative Volksrepublik Jugoslawien und Marschall Josip Broz Tito der erste Ministerpräsident der Republik. Die jugoslawische Verfassung des Jahres 1946 etablierte eine Föderation aus den sechs Teilrepubliken Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien mit jeweils eigenen Verfassungen. Die Vojvodina und der Kosovo (Kosovo und Metochien) wurden zu autonomen Regionen in der Teilrepublik Serbien.²⁰⁵ In der jugoslawischen Verfassung aus dem Jahr 1963 wurde der Kosovo zur autonomen Provinz erhoben. In Wahrheit wurde die Autonomie jedoch reduziert, da die Verfassung festhielt, dass die Provinzen Kosovo und Vojvodina auf Basis einer Entscheidung der serbischen Versammlung gegründet wurden.²⁰⁶

Mit der Verfassung aus dem Jahr 1974 wurde ein Höhepunkt der Autonomie erreicht, die beiden autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina wurden den sechs Teilrepubliken weitgehend gleichgestellt. Der Kosovo verfügte nun über eine eigene Verfassung und

²⁰² Vgl.: RÜB Matthias (1999): Kosovo, Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa, Deutscher Taschenbuch Verlag, München und NOEL Malcolm (1998): Kosovo, a Short History, Edition 2002, Pan Books, London und HOFBAUER Hannes (2008): Experiment Kosovo – Die Rückkehr des Kolonialismus, Promedia Verlag, Wien

²⁰³ Vgl.: HOFBAUER Hannes (2008): Experiment Kosovo – Die Rückkehr des Kolonialismus, Promedia Verlag, Wien

²⁰⁴ NOEL Malcolm (1998): Kosovo, a Short History, Edition 2002, Pan Books, London, S.58

²⁰⁵ Vgl.: PICHLER Robert (2008): Serben und Albaner im 20. Jahrhundert, in: Chiari Bernhard, Kesselring Agilolf (Hg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn und NOEL Malcolm (1998): Kosovo, a Short History, Edition 2002, Pan Books, London und HOFBAUER Hannes (2008): Experiment Kosovo – Die Rückkehr des Kolonialismus, Promedia Verlag, Wien

²⁰⁶ Vgl.: NOEL Malcolm (1998): Kosovo, a Short History, Edition 2002, Pan Books, London

Gesetzgebungs- und Budgethoheit. Im Unterschied zu den Republiken hatten die Provinzen kein Sezessionsrecht, das ihnen die Möglichkeit gegeben hätte, sich von Serbien loszulösen und einen souveränen Staat zu bilden. Die albanische Bevölkerung der Provinz Kosovo nützte die Chance zum Aufschwung der albanischen Gesellschaft. Die Gründung der zweisprachigen Universität Pristina ermöglichte zunehmende Bildungsmöglichkeiten der albanischen Bevölkerung, ihren Karrieremöglichkeiten waren jedoch ökonomische und politische Grenzen gesetzt.²⁰⁷ *„Die brisante Mischung aus guter Ausbildung und schlechten Zukunftschancen führte zu gesellschaftlicher Unzufriedenheit.“*²⁰⁸

Tito-Jugoslawien bedeutete für den Kosovo ein beträchtliches Maß an Selbstverwaltung. Die jugoslawische Verfassung aus dem Jahr 1974 ermöglichte eine substantielle Autonomie, einen *„irgendwo zwischen dem einer autonomen Provinz und einem Mitgliedstaat der Föderation liegenden Status“*²⁰⁹ und politische Emanzipation der Kosovo-Albaner.

In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht war der Kosovo jedoch weiterhin durch eine relative Unterentwicklung gegenüber den anderen Republiken, einen deutlich weniger erfolgreichen Modernisierungsprozess durch das jugoslawische System und starke traditionelle Gesellschaftsstrukturen mit einer hohen Analphabeten- und Geburtenrate geprägt. Darüber hinaus bestand eine starke gesellschaftliche und kulturelle Polarisierung zwischen Kosovo-Serben und Kosovo-Albanern, bedingt durch serbische Dominanz bzw. Repression. Auch in dieser Phase kam es zu keiner Normalisierung der Beziehung der Kosovo-Albaner zum jugoslawischen Staat.²¹⁰

3.1.3. Kosovo nach Titos Tod (der Weg in Krise und Krieg)

Mit Titos Tod im Mai 1980 verschlechterte sich die politische, wirtschaftliche und soziale Situation im Kosovo. Die wachsende Unzufriedenheit der Kosovo-Albaner drückte sich in Demonstrationen, Petitionen und Streiks aus.²¹¹ Die Studentendemonstrationen im Jahr 1981, die ursprünglich bessere Bedingungen für die Universitäten zum Ziel hatten, weiteten sich mit Parolen wie „Kosovo den Kosovaren“ und „Kosova Republika“ zu einem Aufstand für einen Republikstatus des Kosovo auf. Diese Demonstrationen werden als politischer Wendepunkt der Ära Jugoslawien angesehen. Die Aufstände wurden blutig

²⁰⁷ Vgl.: PICHLER Robert (2008): Serben und Albaner im 20. Jahrhundert, in: Chiari Bernhard, Kesselring Agilolf (Hg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn und HOFBAUER Hannes (2008): Experiment Kosovo – Die Rückkehr des Kolonialismus, Promedia Verlag, Wien

²⁰⁸ HOFBAUER Hannes (2008): Experiment Kosovo – Die Rückkehr des Kolonialismus, Promedia Verlag, Wien, S.62

²⁰⁹ CHOMSKY Noam (2006): Der neue militärische Humanismus, Lektionen aus dem Kosovo, edition 8, Zürich, S.40

²¹⁰ Vgl.: KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien

²¹¹ Vgl.: CHOMSKY Noam (2006): Der neue militärische Humanismus, Lektionen aus dem Kosovo, edition 8, Zürich und KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien

niedergeschlagen und der Ausnahmezustand über den Kosovo verhängt, der mit Unterbrechungen bis 1999 anhielt.²¹²

Die nationalen Auseinandersetzungen erhielten auf serbischer wie auch auf albanischer Seite immer wieder neuen politischen Zündstoff und wurden durch die wirtschaftlich schlechten Zeiten verstärkt.²¹³ Mit dem Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften aus dem Jahr 1986, das als eine zentrale Forderung das Ende der Diskriminierung des serbischen Volkes enthielt und der 600-Jahrfeier der Schlacht auf dem Amselfeld im Jahr 1989 wurde der Kosovo-Mythos in Serbien wieder ins Zentrum der öffentlichen Diskussion gerückt.²¹⁴ Slobodan Milosevic nutzte den serbischen Nationalismus um die Führung Serbiens zu übernehmen. Im Jahr 1989 wurde er zum Präsidenten der jugoslawischen Teilrepublik Serbien.²¹⁵

Am 28. März 1989 wurde mit einer Änderung der Verfassung, die am 28. September desselben Jahres in Kraft trat, die Autonomie des Kosovo und der Vojvodina aufgehoben. Damit wurde die direkte Kontrolle Serbiens über den Kosovo und die Vojvodina wiederhergestellt.²¹⁶ Im Juli 1990 wurde Vertretern des kosovarisch-albanischen Parlaments, nach der Erklärung der Unabhängigkeit der Provinz von Serbien, der Zutritt zum Parlament verweigert, womit die gemeinsame Verwaltung endgültig aufgehoben war.²¹⁷ Die Rechte der kosovo-albanischen Bevölkerung z.B. im Bildungswesen wurden massiv beschnitten und Kosovo-Albaner aus Verwaltung und Schulwesen entlassen.²¹⁸

„Die Zuspitzung der Situation im Kosovo erreichte ihren Höhepunkt mit der Aufhebung der Autonomie im Jahr 1989 und der als Antwort darauf verfolgten Strategie des gewaltlosen Widerstandes mit der Bildung des Schattenstaates durch die Kosovo-Albaner in den 1990er Jahren.“²¹⁹

Ibrahim Rugova und die Politik des passiven Widerstandes

Unter der Führung von Ibrahim Rugova, der in den Untergrundwahlen vom 24. Mai 1992 zum Präsidenten der selbstausgerufenen „Republik Kosova“ der Kosovo-Albaner gewählt wurde und der LDK (Demokratische Liga des Kosovo), der führenden politischen Kraft der

²¹² Vgl.: HOFBAUER Hannes (2008): Experiment Kosovo – Die Rückkehr des Kolonialismus, Promedia Verlag, Wien und SCHLEICHER Elisabeth (2010): The International Engagement in Kosovo – Achieving Positive Peace?, Dissertation Universität Wien

²¹³ Vgl.: HOFBAUER Hannes (2008): Experiment Kosovo – Die Rückkehr des Kolonialismus, Promedia Verlag, Wien

²¹⁴ Vgl.: SUNDHAUSSEN Holm (2008): Der serbische Kosovo-Mythos, in: Chiari Bernhard, Kesselring Agilolf (Hg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn

²¹⁵ Vgl.: SCHLEICHER Elisabeth (2010): The International Engagement in Kosovo – Achieving Positive Peace?, Dissertation Universität Wien

²¹⁶ Vgl.: HOFBAUER Hannes (2008): Experiment Kosovo – Die Rückkehr des Kolonialismus, Promedia Verlag, Wien und CHOMSKY Noam (2006): Der neue militärische Humanismus, Lektionen aus dem Kosovo, edition 8, Zürich

²¹⁷ Vgl.: HOFBAUER Hannes (2008): Experiment Kosovo – Die Rückkehr des Kolonialismus, Promedia Verlag

²¹⁸ Vgl.: STEINVORTH Ulrich (2004): Zur Legitimität der Kosovo Intervention, in: Meggle Georg (Hrsg.): Humanitäre Interventionsethik, Was lehrt uns der Kosovo-Krieg, mentis Verlag GmbH, Paderborn

²¹⁹ KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien, S.16

Kosovo-Albaner, wurde der Aufbau einer parallelen Zivilgesellschaft mit einer lokalen kosovo-albanischen Verwaltung, einem Bildungs- und Gesundheitssystem und Medien und Verlagen vorangetrieben. „*All diese Strukturen basierten weiterhin auf traditionellen gesellschaftlichen Mustern und Identitätsformen, geprägt durch die große Bedeutung der familiären Bezüge und der Clanstrukturen und ein informelles Beziehungs- und Verantwortungsnetz, das die Entwicklung eines demokratischen Bewusstseins hemmte.*“²²⁰ Ibrahim Rugova stand für eine Politik des gewaltfreien Widerstandes, die aus drei Grundsätzen bestand: Der erste Grundsatz war die Vermeidung eines blutigen Aufstandes der Kosovo-Albaner, vielmehr wurde als zweiten Grundsatz versucht das Kosovo-Problem zu internationalisieren. Politischer und wirtschaftlicher Druck der Westmächte und der Staatengemeinschaft auf Serbien sollte Zugeständnisse für die Kosovo-Albaner erreichen. Der dritte Grundsatz hat den serbischen Institutionen die demokratische Legitimität systematisch abgesprochen, Wahlen sollten boykottiert werden.²²¹ Zu Beginn stieß Rugovas Politik des passiven Widerstandes auf breite Unterstützung der kosovo-albanischen Bevölkerung, das änderte sich jedoch als sich über Jahre keine Ergebnisse zeigten.²²²

Der Aufstieg der UCK

Nach dem Dayton Abkommen, einer Waffenstillstandsvereinbarung und neuen Staatsordnung für Bosnien-Herzegowina, in Kraft gesetzt am 14. Dezember 1995 in Paris,²²³ „*das Bosnien Frieden brachte, das Kosovo aber nicht einmal erwähnte*“²²⁴ und somit sowohl die Repressionen des Milosevic Regimes gegen die kosovo-albanische Mehrheitsbevölkerung als auch den Versuch eines friedlichen zivilisierten Protests der Kosovo-Albaner ignorierte, begann der Aufstieg der UCK, der Kosovarischen Befreiungsarmee, die sich zum bewaffneten Kampf für die staatliche Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien bekannte.²²⁵ Im Jahr 1997 trat die UCK erstmals in der Öffentlichkeit auf. Anfang des Jahres 1998 erreichten die Guerillaoperationen bereits größere Dimensionen und es kam es zu den ersten großen Massakern.²²⁶ „*Im Frühsommer 1998*

²²⁰ KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien, S.17

²²¹ Vgl.: RÜB Matthias (1999): Kosovo, Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa, Deutscher Taschenbuch Verlag, München

²²² Vgl.: SCHLEICHER Elisabeth (2010): The International Engagement in Kosovo – Achieving Positive Peace?, Dissertation Universität Wien

²²³ Vgl.: BIERMANN Rafael (2008): Der Weg in Krise und Krieg (1989-1998); in Chiari Bernhard, Kesselring Agilolf (Hg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn

²²⁴ STEINVORTH Ulrich (2004): Zur Legitimität der Kosovo Intervention, in: Meggle Georg (Hrsg.):

Humanitäre Interventionsethik, Was lehrt uns der Kosovo-Krieg, mentis Verlag GmbH, Paderborn, S.20

²²⁵ Vgl.: CHOMSKY Noam (2006): Der neue militärische Humanismus, Lektionen aus dem Kosovo, edition 8, Zürich

²²⁶ Vgl.: RÜB Matthias (1999): Kosovo, Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa, Deutscher Taschenbuch Verlag, München

*hieß es, die UCK kontrolliere 40 Prozent des Territoriums des Kosovo, habe mehr als 10 000 Kämpfer ständig unter Waffen und könne weitere 20 000 sofort mobilisieren.*²²⁷

Die zunehmende Brutalität mit der serbische Sicherheitskräfte seit dem Jahr 1998 gegen die UCK und die kosovo-albanische Bevölkerung vorgingen und die Vertreibung von Zigtausend Kosovo-Albanern veranlassten die Internationale Gemeinschaft dem Kosovo wieder Aufmerksamkeit zu schenken.²²⁸ Die UN-Resolutionen 1160 und 1199 vom 31. März und vom 23. September 1998 verurteilten unter anderem *„the use of excessive force by Serbian police forces against civilians and peaceful demonstrators in Kosovo, as well as all acts of terrorism by the Kosovo Liberation Army or any other group or individual and all external support for terrorist activity in Kosovo, including finance, arms and training*²²⁹.

Nach einem Ultimatum der NATO mit einer Androhung von Luftschlägen wurde im Oktober 1998 von dem US-Gesandten Richard Holbrooke ein Abkommen zur Beilegung des Konfliktes zwischen Kosovo-Albanern und Kosovo-Serben im Kosovo mit Milosevic ausverhandelt. Kernpunkte des Milosevic Holbrooke-Abkommens waren die UN-Resolutionen Nr. 1160 und Nr. 1199 und deren Forderungen nach Waffenstillstand, Abzug der Militärs und Paramilitärs, Flüchtlingsrückkehr und Wahlen unter der Überwachung von OSZE Beobachtern.²³⁰ Der Waffenstillstand wurde nicht eingehalten.²³¹ *„Im Dezember kontrollierte die Guerilla die Berge, die Serben die asphaltierten Straßen und die Hauptstadt Pristina.*²³² Trotz der Stationierung von etwa 1.500 OSZE Beobachtern im Kosovo eskalierte die Krise weiter und die Situation verschlechterte sich signifikant.²³³

Die Verhandlungen von Rambouillet

Im Februar 1999 wurden unter der Federführung der USA, Frankreichs und Großbritanniens (unter der Mitwirkung von Russland, Deutschland und Italien)

²²⁷ RÜB Matthias (1999): Kosovo, Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa, Deutscher Taschenbuch Verlag, München, S.81

²²⁸ Vgl.: LEHMANN Kai (2008): Der Luftkrieg der NATO und die deutsche Beteiligung am Einmarsch in das Kosovo 1999, in Chiari Bernhard, Kesselring Agilolf (Hg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn

²²⁹ S/RES/1160 (1998) Security Council Resolution 1160 (1998) on the letters from the United Kingdom (S/1998/223) and the United States (S/1998/272), Adopted by the Security Council at its 3868th meeting, on 31 March 1998, S.1

²³⁰ Vgl.: LUTZ Dieter (2003): Moral statt Recht, Gefühl statt Gewissheit, Täuschung statt Wahrheit, Der Kosovo Krieg – Manipulation der NATO und strategische Meisterleistung der UCK in: Beestermüller Gerhard (Hg.) Die humanitäre Intervention – Imperativ der Menschenrechtsidee? Rechtsethische Reflexionen am Beispiel des Kosovo-Krieges, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart und CHOMSKY Noam (2006): Der neue militärische Humanismus, Lektionen aus dem Kosovo, edition 8, Zürich

²³¹ Vgl.: CHOMSKY Noam (2006): Der neue militärische Humanismus, Lektionen aus dem Kosovo, edition 8, Zürich

²³² STEINVORTH Ulrich (2004): Zur Legitimität der Kosovo Intervention, in: Meggle Georg (Hrsg.): Humanitäre Interventionsethik, Was lehrt uns der Kosovo-Krieg, mentis Verlag GmbH, Paderborn, S.21

²³³ Vgl.: HOFBAUER Hannes (2008): Experiment Kosovo – Die Rückkehr des Kolonialismus, Promedia Verlag, Wien und SCHLEICHER Elisabeth (2010): The International Engagement in Kosovo – Achieving Positive Peace?, Dissertation Universität Wien

Verhandlungen zur friedlichen Beilegung der Krise zwischen Kosovo-Albanern und Kosovo-Serben in Rambouillet nahe Paris organisiert. Der Vorschlag der internationalen Gemeinschaft enthielt eine Auflösung der UCK und einen Rückzug der serbischen Truppen, sowie die Stationierung der KFOR (Kosovo Force) unter Schirmherrschaft der NATO für 3 Jahre. Der Kosovo sollte zwar weiterhin der Bundesrepublik Jugoslawien angehören, jedoch sollte eine Provinzregierung gewählt und den Gemeinden ein Höchstmaß an Selbstverwaltung zugestanden werden. Es konnte keine Übereinstimmung erzielt werden. Nach einer Unterbrechung wurden die Verhandlungen von 15.–18. März 1999 in Paris fortgesetzt, das Abkommen wurde jedoch nur von der kosovo-albanischen Delegation unterschrieben.²³⁴

3.1.4. Das Eingreifen der Internationalen (der Luftkrieg der NATO)

Am 24. März 1999 begann die NATO ihren Luftkrieg auf militärische und strategische Ziele in Serbien und Montenegro. Das Hauptziel der NATO war die Vertreibung der kosovo-albanischen Bevölkerung durch die Serben aus dem Kosovo zu beenden und Milosevic zu Verhandlungen zu einer friedlichen Lösung für den Kosovo zu bringen.

Zunächst intensivierte Serbien jedoch die Vertreibung der Kosovo-Albaner. Mehr als eine Million Menschen befand sich auf der Flucht, die humanitäre Katastrophe verstärkte sich. In den Flüchtlingslagern in Mazedonien und Albanien unterstützten die NATO-Truppen die Hilfsorganisationen in ihren Bemühungen, die humanitäre Lage der Flüchtlinge zu verbessern. Ab dem 10. April 1999 steigerte die NATO ihre Lufteinsätze massiv, ab Ende April wurden wichtige Führungs- und Infrastruktureinrichtungen im unmittelbaren Umfeld von Milosevic zerstört. Mit der Verhängung eines Ölembargos gegen Jugoslawien signalisierte die EU die Unterstützung der NATO. Im Mai lag der Schwerpunkt der Angriffe bei Versorgungseinrichtungen und Versorgungswegen sowie den Bodentruppen im Kosovo. Die Strategie lautete phasenweise Erhöhung des militärischen Drucks auf Milosevic sowie politische Verhandlungen.²³⁵

Am 9. Juni 1999, nach 78 Tagen, kapitulierte Milosevic und akzeptierte den Rückzug der serbischen Streit- und Sicherheitskräfte aus dem Kosovo sowie den Einmarsch der KFOR (Kosovo Force).²³⁶ „*Ein Kriegsziel – die Kapitulation Belgrads und der Rückzug aller*

²³⁴ Vgl.: RATHFELDER Erich (2010): Kosovo – Geschichte eines Konflikts, edition suhrkamp, Berlin und LEHMANN Kai (2008): Der Luftkrieg der NATO und die deutsche Beteiligung am Einmarsch in das Kosovo 1999, in Chiari Bernhard, Kesselring Agilolf (Hg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn und SCHLEICHER Elisabeth (2010): The International Engagement in Kosovo – Achieving Positive Peace?, Dissertation Universität Wien

²³⁵ Vgl.: LEHMANN Kai (2008): Der Luftkrieg der NATO und die deutsche Beteiligung am Einmarsch in das Kosovo 1999, in Chiari Bernhard, Kesselring Agilolf (Hg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn

²³⁶ Vgl.: LUTZ Dieter (2003): Moral statt Recht, Gefühl statt Gewissheit, Täuschung statt Wahrheit, Der Kosovo Krieg – Manipulation der NATO und strategische Meisterleistung der UCK in: Beestermüller Gerhard (Hg.) Die humanitäre Intervention – Imperativ der Menschenrechtsidee? Rechtsethische Reflexionen am Beispiel des Kosovo-Krieges, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart und SCHLEICHER Elisabeth (2010): The International Engagement in Kosovo – Achieving Positive Peace?, Dissertation Universität Wien

*serbisch-jugoslawischen Streitkräfte aus dem Kosovo – war erreicht. Ein anderes – die Verhinderung einer humanitären Katastrophe – wurde verfehlt.*²³⁷

3.2. DIE SITUATION NACH DEM KRIEG 1999 (DIE NACHKRIEGSUNORDNUNG IN KOSOVA)

Am 3. Juni 1999 stimmten Milosevic und das serbische Parlament dem Friedensplan der G-8 (Gruppe der Acht) der eine Präsenz der Vereinten Nationen und eine internationale Friedenstruppe im Kosovo vorsah, zu. Der Abschluss des Abkommens von Kumanovo beendete am 9. Juni 1999 offiziell den Krieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien.²³⁸

Am 10. Juni 1999 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Kosovo Resolution 1244, die den Generalsekretär der UNO ermächtigte *„mit Hilfe der zuständigen internationalen Organisationen eine internationale zivile Präsenz im Kosovo einzurichten, um eine Übergangsverwaltung für das Kosovo bereitzustellen, unter der die Bevölkerung des Kosovo substanzielle Autonomie innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien genießen kann und die für eine Übergangszeit die Verwaltung wahrnehmen und gleichzeitig vorläufige demokratische Selbstverwaltungsinstitutionen schaffen und deren Entwicklung überwachen wird, um die Bedingungen für ein friedliches und normales Leben für alle Einwohner des Kosovo sicherzustellen*²³⁹.

Die internationale Friedenstruppe KFOR, die durch die UN-Sicherheitsratsresolution 1244 geschaffene Kosovo Protection Force, rückte am 12. Juni 1999 mit 50.000 Personen in den Kosovo ein. Jugoslawische Truppen und serbische Sicherheitskräfte mussten den Kosovo verlassen, der Rückzug der Truppen war am 20. Juni vollständig.²⁴⁰

Der Kosovo wurde unter eine Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen gestellt.²⁴¹ Im Rahmen der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen war *„UNHCR für die humanitäre Versorgung (im Juni 2000 beendet) und für Schutzfragen verantwortlich; die UN für die zivile Übergangsverwaltung; die OSZE für den Aufbau von Institutionen sowie für die Demokratisierung und Menschenrechte. Die EU ist für den wirtschaftlichen Aufbau zuständig. Die KFOR sollte für Sicherheit und Stabilität sorgen und somit die Rückkehr der Flüchtlinge und IDPs (Internally Displaced Persons, Anm. d. Verf.) gewährleisten.*²⁴²

²³⁷ RÜB Matthias (1999): Kosovo, Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa, Deutscher Taschenbuch Verlag, München, Einleitung

²³⁸ Vgl.: RÜB Matthias (1999): Kosovo, Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa, Deutscher Taschenbuch Verlag, München

²³⁹ S/RES/1244 (1999) Friedensplan für das Kosovo, vom 10. Juni 1999, Pkt.10

²⁴⁰ Vgl.: RÜB Matthias (1999): Kosovo, Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa, Deutscher Taschenbuch Verlag, München und SCHLEICHER Elisabeth (2010): The International Engagement in Kosovo – Achieving Positive Peace?, Dissertation Universität Wien

²⁴¹ Vgl.: RÜB Matthias (1999): Kosovo, Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa, Deutscher Taschenbuch Verlag, München

²⁴² SCHOLDAN Bettina (2000): Die Auswirkungen der Kosovo/a-Flüchtlingskrise 1999 auf die österreichische EZA, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Wien, <http://www.oefse.at/publikationen/oeepol.htm/oeepol99.pdf> (Stand: 5.2.2007), S.66

Der Zeitraum vom Abzug der serbischen Truppen bis zur Ankunft der UNMIK war ausreichend, um in den Gemeinden UCK-nahe Personen fest zu verankern, obwohl das Abkommen über die Entmilitarisierung der UCK durchgeführt wurde. Diese Parallelstrukturen konnten erst mit der Erklärung über die Gemeinsame Interimsverwaltung vom 15. Dezember 1999 aufgelöst werden, manche Funktionäre konnten erst im Frühjahr 2000 aus ihren Positionen entfernt werden.²⁴³

3.2.1. Internationale Organisationen und internationale Akteure (UNMIK-Verwaltung)

Der Einsatz und das Engagement der internationalen Gemeinschaft im Kosovo zeigten eine neue Intensität der Intervention der internationalen Staatengemeinschaft, die ihren Niederschlag sowohl in einem enormen Mitteleinsatz als auch in einem hohen Grad an Kooperation und Koordination der einzelnen im Kosovo tätigen Organisationen fand.²⁴⁴ *„Der Prozess des Wiederaufbaus, die Schaffung eines modernen demokratischen Systems und einer leistungsfähigen Wirtschaft im Kosovo kann als erster systematischer Versuch der UNO gesehen werden, einen Prozess der Friedensherstellung zu einem Prozess von Nation- and State-building auszuweiten.“*²⁴⁵

Das internationale Engagement erreichte im Jahr 2000 seinen Höhepunkt. In diesem Jahr befanden sich mehr als 100.000 Angehörige von internationalen Organisationen und NGOs im Kosovo, davon ca. 50.000 Soldaten der KFOR Truppen. Die internationale Hilfsleistung für den Kosovo war in den Jahren 1999–2001 mit 814 USD pro Kopf und Jahr weit höher als für andere Nachkriegsgesellschaften.²⁴⁶

Die UNMIK setzte in Zusammenarbeit mit NATO/KFOR, der OSZE und der EU (zum ersten Mal in diesem Ausmaß) das Prinzip der „Interlocking Institutions“, ein einander ergänzendes, ineinandergreifendes und zusammenwirkendes System von Institutionen um, das heißt, *„dass sich aus dem Mandat der Sicherheitsrats-Resolution 1244 in der Praxis unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte für die internationale Verwaltung im Kosovo herauskristallisiert haben, die von einzelnen internationalen Organisationen bzw. von mehreren gleichzeitig wahrgenommen werden.“*²⁴⁷

²⁴³ Vgl.: SCHOLDAN Bettina (2000): Die Auswirkungen der Kosovo/a-Flüchtlingskrise 1999 auf die österreichische EZA, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Wien, <http://www.oefse.at/publikationen/oeepol.htm/oeepol99.pdf> (Stand: 5.2.2007)

²⁴⁴ Vgl.: KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien

²⁴⁵ KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien, S.21

²⁴⁶ Vgl.: KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien

²⁴⁷ KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien, S.22

UNMIK (United Nations Interim Administration in Kosovo)

Die Sicherheitsratsresolution 1244 (UNSCR 1244) vom 10. Juni 1999 bildete die völkerrechtliche Basis für die Einrichtung einer zivilen Übergangsverwaltung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, um „die Bedingungen für eine „substantielle Autonomie“ des „Volkes des Kosovo“ und für eine demokratische Selbstverwaltung der Kosovaren zu schaffen.“²⁴⁸ Das Mandat galt für eine anfängliche Laufzeit von 12 Monaten, verlängerte sich jedoch automatisch, wenn es keinen anderen Beschluss des Sicherheitsrates gab.²⁴⁹

Zu den Hauptaufgaben der internationalen zivilen Präsenz zählte die Förderung der Herstellung einer substantiellen Autonomie und Selbstverwaltung, die insbesondere auch den Aufbau und die Entwicklung von lokalen Institutionen des Kosovo und die schrittweise Übertragung der UNMIK Kompetenzen auf die kosovarischen Organe umfasste. Weitere wesentliche Aufgaben waren die Förderung des politischen Prozesses und die Aufrechterhaltung der zivilen öffentlichen Ordnung. Die Unterstützung der Humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe – bis zum Jahr 2001 und in Abstimmung mit den anderen internationalen Hilfsorganisationen – sowie die Gewährleistung der sicheren und freien Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in den Kosovo waren speziell in der Phase unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen von großer Bedeutung. Hand in Hand damit waren auch der Wiederaufbau der grundlegenden Infrastruktur sowie der sonstige wirtschaftliche und soziale Wiederaufbau wichtige Elemente.²⁵⁰

An der Spitze der UNMIK stand der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen. Die UNMIK bestand aus vier Komponenten, genannt Säulen („Pillars“), denen unterschiedliche Schwerpunktsetzungen zugeordnet waren und die von unterschiedlichen Organisationen geleitet wurden:

²⁴⁸ KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien, S.22

²⁴⁹ Vgl.: S/RES/1244 (1999) Security Council Resolution 1244 (1999) on the situation relating Kosovo, Adopted by the Security Council at its 4011th meeting, on 10 June 1999

²⁵⁰ Vgl.: S/RES/1244 (1999) Security Council Resolution 1244 (1999) on the situation relating Kosovo, Adopted by the Security Council at its 4011th meeting, on 10 June 1999

Abbildung 3: Die vier Säulen („Pillars“) der UNMIK-Verwaltung

Pillar	Aufgabengebiet	Leitung
I	Justiz und Polizei	UNMIK
	bis Mai 2001: Humanitäre Aufgaben	UNHCR
II	Zivile Verwaltung	UNMIK
III	Demokratisierung, Aufbau und Stärkung von Institutionen („Institution Building“)	OSZE
IV	Wiederaufbau und wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen	EU

Quelle: ROSSBACHER Dina (2008): *Die Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) und die Rechtsstaatsmission EULEX der Europäischen Union*, in: Chiari Bernhard, Kesselring Agilolf (Hg.): *Wegweiser zur Geschichte Kosovo*, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, S.96

Während die Säulen I und II direkt von der UNMIK geleitet wurden, erfolgte die Organisation und Leitung die Säule III durch die OSZE und die der Säule IV durch die EU, jeweils in Koordination mit der UNMIK.²⁵¹

Die UN-Mission hatte also Befugnisse aus allen drei Gewalten (Judikative, Exekutive und Legislative)²⁵² und deckte das gesamte Spektrum einer staatlichen Verwaltung ab. In Struktur und Umfang ihrer Aufgaben wies die UN-Mission im Kosovo eine substantiell neue Qualität auf. Im Rahmen der UNMIK wurde der Versuch unternommen, die Friedenskonsolidierung und Rekonstruktion der Gesellschaft „zu einem Prozess des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aufbaus eines neuen Gemeinwesens aufzubauen.“²⁵³ Diese „multidimensionale Friedenssicherungsoperation“ gehörte einer neuen, vierten Generation von Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen an.

OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)

Die OSZE Mission im Kosovo (OMIK) war für die Säule III der UNMIK Struktur, also für die Demokratisierung und den Aufbau und die Stärkung von Institutionen („Institution Building“) zuständig. Ihr Mandat wurde mit dem Beschluss des Ständigen Rates der OSZE Nr. 305 vom 1. Juli 1999 eingerichtet. Auch für die OSZE bedeutete der Einsatz im

²⁵¹ Vgl.: ROSSBACHER Dina (2008): *Die Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) und die Rechtsstaatsmission EULEX der Europäischen Union*, in: Chiari Bernhard, Kesselring Agilolf (Hg.): *Wegweiser zur Geschichte Kosovo*, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn

²⁵² Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): *Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“* Durchführbarkeitsstudie

²⁵³ KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): *Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?*, LIT Verlag, Wien, S.22

Kosovo eine organisatorische Weiterentwicklung der OSZE-Missionen, da sie erstmals ein integraler Teil einer von der UNO geleiteten Operation war.²⁵⁴

EU (Europäische Union)

Im Rahmen der UNMIK Struktur wurde die EU mit der Leitung der Säule IV beauftragt und trug somit die Verantwortung für den Wiederaufbau und die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen der internationalen Gemeinschaft.²⁵⁵ Das Mandat leitete sich unmittelbar aus der Sicherheitsratsresolution 1244 ab, wo insbesondere im Punkt 17 die Aufgabe der EU zur Unterstützung der „*wirtschaftlichen Entwicklung und Stabilisierung der von der Kosovo-Krise betroffenen Region*“²⁵⁶ angeführt wurde.

Die Taskforce der EU-Kommission für den Wiederaufbau des Kosovo (European Commission Task Force for Kosovo – EC TAFKO) wurde im Juni 1999, unmittelbar nach Kriegsende eingerichtet und übernahm die Verwaltung der Gelder für Nothilfeprojekte. In der ersten Phase nach Kriegsende – 2001 wurden die Aktivitäten im Kosovo weitgehend reduziert – war auch ECHO (European Humanitarian Aid Office), zuständig für Nothilfe und Humanitäre Hilfe im Kosovo tätig. Im Jahr 2000 wurde die EAR (European Agency for Reconstruction) zur Verwaltung der wichtigsten EU-Hilfsprogramme in Serbien-Montenegro und Mazedonien gegründet. In der Phase vom Kriegsende 1999 bis Ende des Jahres 2003 war die EU mit etwa 1,6 Milliarden Euro der größte Geldgeber in der EU, wobei ab 2001 die gesamte finanzielle Hilfeleistung der EU abnahm. Ein Großteil wurde aus Mitteln von ECHO und der EAR geleistet. Schwerpunktmäßig wurden vor allem der Energiebereich, der Wohnungssektor und Unternehmensförderungen unterstützt.²⁵⁷

Die Wiederaufbaumaßnahmen im Bereich der Basisinfrastruktur – wie beispielsweise der Bau von Straßen und Schulen und der Bau von Häusern für rückkehrende Flüchtlinge – waren sehr erfolgreich. Der wirtschaftliche Wiederaufbau war im Vergleich dazu ungleich schwieriger und erwies sich aufgrund der vorherrschenden Situation der Unterentwicklung und weiterhin bestehender Mängel in der technischen Infrastruktur – insbesondere der Elektrizität – und des problematischen Privatisierungsprozesses als fast unlösbare Aufgabe.²⁵⁸

²⁵⁴ Vgl.: KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien

²⁵⁵ Vgl.: KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien, und KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2008): Der Kosovo nach der Unabhängigkeit, Hehre Ziele, enttäuschte Hoffnungen und die Rolle der internationalen Gemeinschaft, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin

²⁵⁶ S/RES/1244 (1999) Security Council Resolution 1244 (1999) on the situation relating Kosovo, Adopted by the Security Council at its 4011th meeting, on 10 June 1999, Pkt.17

²⁵⁷ Vgl.: KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien

²⁵⁸ Vgl.: KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2008): Der Kosovo nach der Unabhängigkeit, Hehre Ziele, enttäuschte Hoffnungen und die Rolle der internationalen Gemeinschaft, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin

Eine der wesentlichsten Aufgaben der EU war die Heranführung des Kosovo an die EU.²⁵⁹ Hier war die EU aufgrund der ungeklärten Statusfrage des Kosovo in den ersten Jahren nur eingeschränkt handlungsfähig und auch der SAP (Stabilisation and Association Process) Tracking Mechanism (STM) als technokratisch-formaler Integrationsmechanismus brachte nicht den gewünschten Erfolg „... sodass sich im Lauf der Zeit die Vision eines Beitritts zur EU zu einer politischen Zukunftsverheißung gewandelt hat, an die sowohl von der Bevölkerung als auch von den Politikern unrealistische Erwartungen und Forderungen geknüpft werden.“²⁶⁰

KFOR (Kosovo Force)

Das Mandat der KFOR Truppen im Rahmen der Sicherheitsratsresolution 1244 umfasste in erster Linie die Schaffung eines sicheren Umfeldes zur sicheren Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen, zur Etablierung der Übergangsverwaltung und zur Bereitstellung von Humanitärer Hilfe.

Zu Beginn des Einsatzes Mitte Juni 1999 waren die Verhinderung neuer kriegerischer Auseinandersetzungen, die Sicherung des Waffenstillstandes, die Sicherstellung des Abzugs der bewaffneten Kräfte der Bundesrepublik Jugoslawien, die Entmilitarisierung der UCK und die Überwachung der Minenräumung zur Schaffung eines sicheren Umfeldes Hauptaufgaben der KFOR. Mit der Einrichtung von Verbindungsbüros sollte der Kontakt zu anderen internationalen Organisationen, zu NGOs und zur Bevölkerung hergestellt werden.

Im Laufe der Zeit war durch die Stabilisierung der Sicherheitssituation eine zunehmende Ausweitung des Auftrages auf zivile Aufgaben im Rahmen der Civil Military Cooperation (CIMIC) möglich.²⁶¹

Durch die Kooperation von militärischen Einheiten mit zivilen Organisationen sollten militärische Handlungen mit dem zivilen Umfeld in Einklang gebracht werden, da militärische Mittel allein oft nicht zur Krisenbewältigung ausreichen, um die betroffene Region dauerhaft stabil zu halten. Damit wurde auch die Sicherheit der eingesetzten Soldaten erhöht und ihre Arbeit erleichtert.²⁶²

Das eigentliche strategische Ziel von friedensunterstützenden Einsätzen ist die Schaffung eines dauerhaft friedlichen Zustandes. Sie dienen dazu, einen bewaffneten Konflikt unmittelbar einzudämmen, einen Ausbruch zu verhindern und Waffenstillstands- und Friedensabkommen zu überwachen. Militärische Kräfte sind in einem gewaltdominierten Einsatzszenario auch immer mit Problemstellungen aus zivilen Notsituationen konfrontiert,

²⁵⁹ Vgl.: KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien

²⁶⁰ KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2008): Der Kosovo nach der Unabhängigkeit, Hehre Ziele, enttäuschte Hoffnungen und die Rolle der internationalen Gemeinschaft, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin, S.17

²⁶¹ Vgl.: KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien

²⁶² Vgl.: BUNDESMINISTERIUM FÜR LANDESVERTEIDIGUNG UND SPORT: CIMIC (civil-military cooperation): Hilfe aus Österreich, <http://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=2710> (Stand: 7.8.2007)

die nicht den eigentlichen militärischen Aufgaben entsprechen. Zur Wahrnehmung, Moderation bzw. Bewältigung dieser zivilen Probleme benötigen die militärischen Kräfte Unterstützung im Rahmen Humanitärer und entwicklungsbezogener Hilfe.

CIMIC ist eine wichtige militärische Unterstützungsfunktion. Darüber hinaus leistet CIMIC durch die Schaffung von akzeptierten und annehmbaren Lebensbedingungen für die Bevölkerung aber auch wesentliche „Hilfe zur Selbsthilfe“. Neben der Sorge für ein sicheres Einsatzumfeld gilt es auch, das Eskalationspotenzial der Bevölkerung mithilfe einer Reaktion auf die dringende Notsituation einzudämmen und die sozialen und humanitären Lebensbedingungen auf ein entsprechendes Niveau zu bringen.²⁶³ Dabei unterliegen die CIMIC-Kräfte dem Grundsatz strikter Neutralität, es darf also in einer Krisenregion keine der Konfliktparteien bevorzugt werden. Durch die Bereitstellung von Personal, Material und technischen Geräten soll ein möglichst rasches eigenverantwortliches Handeln der betroffenen Region ermöglicht werden.²⁶⁴ Mit der dauerhaften Entschärfung der Konflikthintergründe soll die Voraussetzung für einen Ausstieg aus friedensunterstützenden Einsätzen geschaffen werden.

Aus Sicht des österreichischen Bundesheers ermöglicht eine Bündelung von friedensunterstützenden Einsätzen des österreichischen Militärs und Hilfeleistungen im Rahmen der staatlichen Humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit eine Erhöhung des Nutzens und eine frühzeitigere Beendigung von Militäreinsätzen.²⁶⁵

3.2.2. Die Entwicklung der Statusfrage

Die Statusfrage in den Jahren 1999–2005

Die UN-Resolution 1244 vom 12. Juni 1999 hat die Lösung der Statusfrage des Kosovo aufgeschoben, da sie die Entwicklung einer substantziellen Autonomie des Kosovo innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien festlegte.²⁶⁶

Im April 2002 brachte der damalige Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Michael Steiner mit der Formulierung der „Standards before Status“ Strategie Bewegung in die Statusfrage. In dem Konzept, das ohne Beteiligung der Kosovaren ausgearbeitet wurde, wurden acht prioritäre Standards der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung als Voraussetzung für die Verhandlung der Statusfrage definiert. Trotz der Erarbeitung eines Implementierungsplanes, des „Kosovo Standards Implementation Plan“, der im März 2004 der Öffentlichkeit präsentiert wurde, implementierte die kosovarische Regierung die definierten Standards nur ansatzweise.

Die Ausschreitungen im März 2004, die schwersten Kämpfe zwischen Serben und Albanern seit dem Ende des Krieges 1999, zeigten, dass die gesellschaftliche

²⁶³ Vgl.: BMLV, Resümeeprotokoll: Kosovo: Zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC), vom 12.12.2001

²⁶⁴ Vgl.: BUNDESMINISTERIUM FÜR LANDESVERTEIDIGUNG UND SPORT: CIMIC (civil-military cooperation): Hilfe aus Österreich, <http://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=2710> (Stand: 7.8.2007)

²⁶⁵ Vgl.: BMLV, Resümeeprotokoll: Kosovo: Zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC), vom 12.12.2001

²⁶⁶ Vgl.: DZIHIC Vedran, KRAMER Helmut (2008): Der Kosovo nach der Unabhängigkeit, Hehre Ziele, enttäuschte Hoffnungen und die Rolle der internationalen Gemeinschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Entwicklung im Kosovo in wichtigen Bereichen stagnierte und die Ungeduld der Kosovo-Albaner stieg. Soren Jessen-Petersen, der im August 2004 das Amt des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen übernahm, vertrat mit der Strategie „Standards and Status“ die Meinung, dass die Statusfrage nicht weiterhin hinausgezögert werden sollte. Die Standards sollten ehest möglich erfüllt werden und die Statusverhandlungen in einem absehbaren Zeitraum beginnen.²⁶⁷

Der Ahtisaari-Plan

Der von UN-Generalsekretär Kofi Annan eingesetzte Sonderbeauftragte Kai Eide berichtete im Oktober 2005 zur Situation im Kosovo, dass mit einem Aufschub der Klärung der Statusfrage nichts außer weiterer Instabilität zu erreichen wäre. Der politische Prozess der Statusverhandlungen sollte gestartet werden, auch wenn die Standards noch nicht vollständig umgesetzt waren.²⁶⁸

Martti Ahtisaari, der frühere finnische Präsident, wurde vom UN-Generalsekretär und vom UN-Sicherheitsrat als Gesandter für den künftigen Status eingesetzt, sein Stellvertreter wurde der österreichische Diplomat Albert Rohan. Im Februar 2006 nahm Ahtisaaris Verhandlungsteam die direkten Verhandlungen zwischen Kosovo-Albanern und Serben auf, bis Februar 2007 konnte jedoch keine Einigung in den wesentlichen Punkten erzielt werden. Am 2. Februar 2007 präsentierte Ahtisaari seinen Bericht mit dem Titel „Comprehensive Proposal for Kosovo Status Settlement“, der eine breite Palette an Regelungen für eine entwicklungsfähige, nachhaltige und stabile Zukunft des Kosovo beinhaltete. Der Ahtisaari-Plan beabsichtigte eine bedingte Unabhängigkeit des Kosovo, die es der kosovarischen Regierung ermöglichen sollte, Mitgliedschaften bei internationalen Organisationen und internationale Verträge abzuschließen sowie eigene bewaffnete Sicherheitstruppen einzurichten. Eine Beschränkung der Souveränität war durch einen internationalen Repräsentanten mit weitgehenden Vollmachten der internationalen Gemeinschaft, der gemeinsam mit der EU-Mission EULEX die UNMIK ablösen sollte, gegeben.

Die Statusverhandlungen wurden am 10. März beendet und am 26. März 2007 wurde der Bericht dem UN-Sicherheitsrat übergeben. Die Verabschiedung des Ahtisaari-Plans im UN-Sicherheitsrat wurde jedoch von Russland und China blockiert. Als letzter Versuch wurde eine Troika aus Vertretern der USA, von Russland und der EU mit weiteren

²⁶⁷ Vgl.: DZIHIC Vedran, KRAMER Helmut (2008): Der Kosovo nach der Unabhängigkeit, Hehre Ziele, enttäuschte Hoffnungen und die Rolle der internationalen Gemeinschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin und SCHLEICHER Elisabeth (2010): The International Engagement in Kosovo – Achieving Positive Peace?, Dissertation Universität Wien und KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien

²⁶⁸ Vgl.: DZIHIC Vedran, KRAMER Helmut (2008): Der Kosovo nach der Unabhängigkeit, Hehre Ziele, enttäuschte Hoffnungen und die Rolle der internationalen Gemeinschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin und SCHLEICHER Elisabeth (2010): The International Engagement in Kosovo – Achieving Positive Peace?, Dissertation Universität Wien und KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien

Verhandlungen beauftragt, die im Dezember 2007 ohne eine Lösung der Statusfrage zu Ende gingen.²⁶⁹

3.2.3. Die Ausrufung der Unabhängigkeit

Zwei Monate später, am 17. Februar 2008 erklärte das Parlament in Pristina – unterstützt durch die USA und die Mehrheit der EU-Staaten – den Kosovo für unabhängig. In der Unabhängigkeitserklärung verpflichtete sich die kosovarische Regierung zur raschen Umsetzung des Ahtisaari-Plans und zur Entwicklung des Kosovo als multiethnisches, stabiles, demokratisches staatliches Gebilde. Von den USA und den meisten Staaten der EU wurde die Unabhängigkeit des Kosovo relativ rasch anerkannt. Serbien lehnte – unterstützt von Russland – die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo ab und im Mai 2008 wurde im serbischen Norden und den serbischen Enklaven des Kosovo parallel zu den Parlamentswahlen in Serbien gewählt. Am 15. Juni 2008 trat die Verfassung der Republik Kosovo in Kraft. 2009 wurde der Kosovo in die Weltbank und in den Internationalen Währungsfonds aufgenommen. Im Juli 2010 urteilte der Internationale Gerichtshof in Den Haag, dass die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo von Serbien nicht gegen das Völkerrecht verstößt.²⁷⁰ Mit März 2013 haben 99 der 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, davon 22 der 27 Mitgliedsstaaten der EU sowie die USA, den Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt.²⁷¹

3.2.4. EULEX

Gemäß den Plänen der internationalen Gemeinschaft sollte der UNMIK-Mission nach der Erklärung der Unabhängigkeit des Kosovo eine internationale von der EU gestellte Mission folgen, wie auch im Ahtisaari-Plan enthalten.

Die Entscheidung über die Einrichtung der EULEX-Mission (European Union Rule of Law Mission in Kosovo) durch den Rat der Europäischen Union erfolgte am 16. Februar 2008, einen Tag vor der Erklärung der Unabhängigkeit des Kosovo. Ziel der Rechtsstaatsmission EULEX, das als größte zivile Mission in der Geschichte der EU konzipiert war, war die Unterstützung des Kosovo beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen, insbesondere bei der Stärkung der Kapazitäten in den Bereichen Polizei, Gerichtsbarkeit und Zoll. Nach einer Aufbauphase von 120 Tagen nach der

²⁶⁹ Vgl.: DZIHIC Vedran, KRAMER Helmut (2008): Der Kosovo nach der Unabhängigkeit, Hehre Ziele, enttäuschte Hoffnungen und die Rolle der internationalen Gemeinschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin und SCHLEICHER Elisabeth (2010): The International Engagement in Kosovo – Achieving Positive Peace?, Dissertation Universität Wien und UNOSEK: United Nations Office of the Special Envoy for Kosovo, The Comprehensive proposal for Kosovo Status Settlement, <http://www.unosek.org/unosek/statusproposal.html> (Stand: 28.7.2011)

²⁷⁰ Vgl.: DZIHIC Vedran, KRAMER Helmut (2008): Der Kosovo nach der Unabhängigkeit, Hehre Ziele, enttäuschte Hoffnungen und die Rolle der internationalen Gemeinschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin und SCHLEICHER Elisabeth (2010): The International Engagement in Kosovo – Achieving Positive Peace?, Dissertation Universität Wien

²⁷¹ Vgl.: BEQIRAJ Valdet: Liste der Staaten, die Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt haben (Updated), <http://kosova.org/post/Staaten-die-Kosovo-als-unabhaengigen-Staat-anerkannt-haben.aspx> (Stand: 14.5.2013)

Unabhängigkeitserklärung, also am 15. Juni 2008, hätte EULEX UNMIK weitgehend ersetzen sollen.²⁷²

Serbien lehnte die Ablösung von UNMIK durch EULEX, die auf Grundlage der Unabhängigkeit des Kosovo und dessen neuer Verfassung operieren würde, vehement ab. Legal war die Nachfolge von UNMIK durch EULEX nur durch ein neues Mandat des UN-Sicherheitsrates möglich, das durch die Unterstützung Russlands für Serbien jedoch nicht zustande kam.

Verhandlungen der UN mit Serbien und dem Kosovo im Mai und Juni 2008 hatten die Ausarbeitung eines status-neutralen Übergangsmodells als Kompromisslösung zum Ziel. Demnach sollten UNMIK und EULEX über einen Zeitraum parallel tätig sein: Die UNMIK weiterhin auf Grundlage der UN-Resolution 1244 und EULEX sollte vor allem Aufgaben im Bereich „Rule of Law“ übernehmen. Obwohl auch in nachfolgenden Verhandlungen keine Einigung bezüglich der Umstrukturierung der internationalen Präsenz im Kosovo erzielt werden konnte, wurde in einer stillschweigenden Übereinkunft der USA, der EU-Staaten und der UN-Vertreter mit dem Abbau der UNMIK begonnen (Operationalisierungsphase von EULEX).

Im Herbst 2008 konnte Serbien seine Vorstellung einer statusneutralen EU-Mission parallel zu einer reduzierten UNMIK-Präsenz durchsetzen. Der sogenannte Sechs-Punkte-Plan, der im November 2008 vom UN-Generalsekretär präsentiert wurde, sah eine statusneutrale Rolle von EULEX sowie eine Verlängerung der Gültigkeit der UN-Resolution 1244 vor. Weiters ging mit dem Sechs-Punkte-Plan der Schutz der Rechte der Kosovo-Serben in den Bereichen Polizei, Zoll, Justiz, Transport, Infrastruktur, Grenzen der serbischen Gemeinden und serbisch-orthodoxe Heiligtümer an die serbische Regierung über. Die kosovarische Regierung, die in diesen Entscheidungsprozess nicht miteinbezogen wurde, sah in dem Plan eine De-facto Teilung des Landes und einen Angriff auf die neue Verfassung.

Die EULEX-Mission begann offiziell am 9. Dezember 2008, am 6. April 2009 erreichte sie ihre volle operationale Stärke, die EU entsandte fast 3.000 MitarbeiterInnen. Gleichzeitig

²⁷² Vgl.: DZIHIC Vedran, KRAMER Helmut (2008): Der Kosovo nach der Unabhängigkeit, Hehre Ziele, enttäuschte Hoffnungen und die Rolle der internationalen Gemeinschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin und SCHLEICHER Elisabeth (2010): The International Engagement in Kosovo – Achieving Positive Peace?, Dissertation Universität Wien und DZIHIC Vedran, KRAMER Helmut (2009): Der unabhängige Kosovo im Herbst 2009 - kann die EULEX-Mission ihre Aufgaben erfüllen?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin und ROSSBACHER Dina (2008): Die Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) und die Rechtsstaatsmission EULEX der Europäischen Union, in: Chiari Bernhard, Kesselring Agilolf (Hg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn

wurde das UNMIK-Personal von mehreren Tausend auf einige Hundert Angehörige reduziert.²⁷³

3.2.5. Das Ende der Supervision des Kosovo

Am 2. Juli 2012 beschloss der Internationale Lenkungsrat für den Kosovo das Ende der internationalen Überwachung der Unabhängigkeit des Kosovo. Damit hat der Kosovo de facto die völlige Souveränität erreicht.

Der Internationale Lenkungsrat bestehend aus 25 Staaten, welche die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt haben und unterstützen, darunter EU-Länder wie Österreich, aber auch die USA und die Türkei, bevollmächtigte mit diesem Beschluss die kosovarische Regierung, die notwendigen Gesetzesänderungen zur Beendigung der überwachten Unabhängigkeit, wie sie im Ahtisaari-Plan vorgesehen war, durchzuführen. Mit dem Ende Überwachung am 10. September 2012 wurde auch das Internationale Zivilbüro (ICO), das in Pristina die Implementierung des Ahtisaari-Planes für den Lenkungsrat gesteuert hat, geschlossen.

Die internationale Gemeinschaft bleibt jedoch mit den KFOR-Truppen zur Gewährleistung der Sicherheit und der EU-Rechtsstaatsmission EULEX weiterhin im Kosovo präsent.²⁷⁴

²⁷³ Vgl.: DZIHIC Vedran, KRAMER Helmut (2008): Der Kosovo nach der Unabhängigkeit, Hehre Ziele, enttäuschte Hoffnungen und die Rolle der internationalen Gemeinschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin und SCHLEICHER Elisabeth (2010): The International Engagement in Kosovo – Achieving Positive Peace?, Dissertation Universität Wien und DZIHIC Vedran, KRAMER Helmut (2009): Der unabhängige Kosovo im Herbst 2009 - kann die EULEX-Mission ihre Aufgaben erfüllen?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin und AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2012): Kosovo Länderinformation – November 2012, Wien

²⁷⁴ Vgl.: DERSTANDARD.AT: Supervision des Kosovo beendet, <http://derstandard.at/1339639584653/Volle-Souveraenitaet-Supervision-des-Kosovo-beendet> (Stand: 3.7.2012) und „DIE PRESSE“ DIGITAL GMBH & CO KG: Kosovo: Parlament feiert "vollständige Unabhängigkeit", http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/1288670/Kosovo_Parlament-feiert-vollstaendige-Unabhaengigkeit (Stand: 8.10.2012) und SPIEGEL ONLINE GMBH: Historische Entscheidung: Kosovo erhält volle Souveränität, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/entscheidung-kosovo-erhaelt-volle-souveraenitaet-a-842148.html> (Stand: 11.10.2012) und AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2012): Kosovo Länderinformation – November 2012, Wien

4. Das Projekt Stadtentwicklungsplanung Suhareka

Im Jahr 1999 sowie im Winter 1999/2000 konzentrierten sich die Hilfsprogramme im Kosovo auf Nothilfe mit dem Schwerpunkt auf Lebensmitteln, medizinischer Hilfe und dem Wiederaufbau von zerstörten Häusern. Im ersten Winter nach dem Krieg trugen die koordinierten Bemühungen der internationalen Organisationen dazu bei Unterkünfte für 750.000 Menschen zu schaffen und nahezu eine Million Kosovaren mit Nahrungsmittelhilfe zu versorgen. Der Grundbedarf konnte weitgehend gedeckt werden und es wurde verhindert, dass Menschen an Kälte, Epidemien oder Hunger starben. Im Frühjahr 2000 wurden die meisten Nothilfeprogramme beendet und Wiederaufbaumaßnahmen und Entwicklungsprojekte traten an ihre Stelle. Die Gemeinden konnten sich nun auf längerfristige Ziele wie den Wiederaufbau, Sicherheit, Entwicklung oder Governance konzentrieren.²⁷⁵

Das folgende Kapitel beschreibt die Bemühungen der Gemeinde Suhareka, einen Stadtentwicklungsplan als strategisches Hintergrunddokument zur Steuerung der Stadtentwicklung und Koordinierung der Hilfsmittel zu erstellen.

Dazu wird – nach einem Überblick über die Ausgangslage im Kosovo und in Suhareka inklusive der rechtlichen Rahmenbedingungen für Planungen und den Kapazitäten und Strukturen der Stadtentwicklungsplanung in Suhareka – die Entwicklung des Projektes „Stadtentwicklungsplanung Suhareka“ von der Durchführbarkeitsstudie, die im Jahr 2001 begonnen wurde, bis zur Erstellung des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan (entsprechend einem Bezirks- und Stadtentwicklungsplan), die im Jahr 2008 beschlossen wurden, dokumentiert.

Der zweite Teil dieses Kapitels widmet sich der Analyse, welchen möglichen Beitrag Stadtentwicklungsplanung zum Brückenschlag zwischen internationaler Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit leisten kann. Dafür werden wesentliche strategische Elemente aus den Konzepten zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit extrahiert und ihre Umsetzung im Rahmen des Projektes „Municipal Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ analysiert. In einem Ausblick wird die weitere Entwicklung der Gemeinde Suhareka dargestellt.

²⁷⁵ Vgl.: SCHOLDAN B. (2000): Die Auswirkungen der Kosovo/a-Flüchtlingskrise 1999 auf die österreichische EZA, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Wien und RELIEFWEB: UNMIK Transition Information Sheet: March 2000, <http://reliefweb.int/node/63349> (Stand: 29.5.2012)

4.1. DIE AUSGANGSLAGE IM KOSOVO UND IN SUHAREKA

4.1.1. Rechtliche Rahmenbedingungen und Planungen für die Stadtentwicklungsplanung

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Stadtentwicklungsplanung im Kosovo haben sich seit Beendigung des Krieges 1999 stark gewandelt. In den Jahren 2001/2002, dem Zeitraum der Durchführbarkeitsstudie „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“, bildeten noch vorwiegend Gesetze, die vor der Aufhebung des Autonomiestatus im Jahr 1989 erlassen wurden und nach Beendigung des Krieges 1999 erneut Rechtsgültigkeit erlangten, die Grundlage für die Stadtentwicklungsplanung. Die nach der Aufhebung der Autonomie 1989 bis zum Ende des Krieges 1999 zentralistisch vom serbischen Parlament in Belgrad getroffenen rechtlichen Festlegungen sind mit Beendigung des Krieges außer Kraft getreten. In den Jahren nach 1999 wurden eine Reihe von raumordnungsrelevanten „Regulations“ der UNMIK Übergangsverwaltung und entsprechenden Umsetzungsrichtlinien des Ministeriums für Umwelt und Raumplanung des Kosovo erlassen, die den gesetzlichen Rahmen für das Projekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ definierten.

Rechtliche Grundlagen und Planungen unmittelbar nach Kriegsende 1999

Gesetze, die bis zur Aufhebung der Autonomie im Jahr 1989 vom kosovarischen Parlament erlassen wurden sowie jugoslawische Gesetze aus diesem Zeitraum, erlangten nach Beendigung des Krieges 1999 wieder Rechtsgültigkeit, sofern sie nicht völkerrechtlichen Bedingungen widersprachen.

Aus der Vielzahl an Raumordnungs- und Baugesetzen sowie Plänen werden das Gesetz für Raumplanung und -regulierung No. 02/ 89, das Gesetz für Raumplanung Kosovo No. 37/ 71, der Raumplan Kosovo (gültig bis zum Jahr 2000) No. 56/ 78, Regionale Raumpläne in der KSA Kosovo No. 13/ 74 und der Generelle Stadtentwicklungsplan von Suva Reka 1986 aufgrund ihrer besonderen Relevanz für die Stadtentwicklungsplanung in Suhareka herausgegriffen und kurz dargestellt.

Das Gesetz für Raumplanung und -regulierung

Das Gesetz für Raumplanung und -regulierung, das im Jahr 1989 veröffentlicht wurde, war die Grundlage für die Raumplanung und Raumregulierung (vergleichbar mit dem österreichischen Begriff der Raumordnung) des Kosovo nach Kriegsende 1999. Es definierte die drei räumlichen Ebenen der Raumplanung im Kosovo, nämlich die Provinz, die Region und die Gemeinde und enthielt allgemeine Grundbestimmungen und Regelungen zur Raumplanung und Raumregulierung, sowie Festlegungen für Kontrollen und Sanktionen. Die Hierarchie der Planungsinstrumente war, ebenso wie z.B. in Österreich, klar geregelt. So durften beispielsweise regionale Raumpläne übergeordneten Planungen für die Provinz Kosovo nicht widersprechen. Kommunale Planungen hatten die Ziele und Maßnahmen der Pläne auf Provinzebene sowie auf regionaler Ebene zu übernehmen.

Das Gesetz für Raumplanung und -regulierung ersetzte das vorher gültige Gesetz für Raumplanung Kosovo, das die gesetzliche Basis für den Raumplan Kosovo (siehe unten) gebildet hatte.²⁷⁶

Der Raumplan Kosovo

Der Raumplan Kosovo, der im Jahr 1975 erstellt wurde und bis zum Jahr 2000 konzipiert war, bildete nach seiner Beschlussfassung im Jahr 1978 bis zur Erstellung des „Kosova Spatial Plan 2005–2015“ gemeinsam mit dem Gesetz für Raumplanung und -regulierung die Basis für die Raumplanung im Kosovo nach Kriegsende 1999.

Der Raumplan Kosovo entsprach einem strategischen Entwicklungskonzept für den gesamten Kosovo mit einem bemerkenswert langen Planungshorizont von 25 Jahren. Neben Grundentwicklungszielen umfasste er eine allgemeine Konzeption für die wirtschaftlich-gesellschaftliche Entwicklung der KSA Kosovo sowie Festlegungen zur Raumentwicklung und Entwicklungsziele nach Raumeinheiten. Des Weiteren wurden strategische Voraussetzungen, Maßnahmen und primäre Aufgaben für die Umsetzung angeführt.²⁷⁷

Regionale Raumpläne in der KSA Kosovo

Auf regionaler Ebene wurden für alle drei Regionen der Provinz Kosovo – nämlich Kosovo, Morava und Flachland von Dugagjin, wo sich die Gemeinde Suhareka befindet – Regionale Raumpläne erstellt. Diese Regionalen Raumpläne wurden jedoch nie rechtskräftig bzw. angewendet.²⁷⁸

Der generelle Stadtentwicklungsplan von Suva Reka 1986

In der Gemeinde Suhareka bildete der „Generelle Stadtentwicklungsplan von Suva Reka 1986“ nach Kriegsende 1999 die Grundlage für die Stadtplanung. Der Plan wurde im Jahr 1986 mit einem Planungshorizont bis zum Jahr 2000 erstellt und behielt auch nach Kriegsende noch seine Gültigkeit, da die im Jahr 1997 erstellte Neufassung aufgrund des Ausbruchs des Krieges nie rechtskräftig wurde.

Der Stadtentwicklungsplan 1986 gliederte sich in fünf Teile:

Teil 1: Genereller Stadtentwicklungsplan Suva Reka – Flächenwidmungsplan (M 1:2.500)

Teil 2: Genereller Stadtentwicklungsplan Suva Reka – räumliche Entwicklung

Pläne: Flächenwidmungsplan (Bestand 1985; M 1:2.500)

Flächenwidmungsplan (Planung, M 1:2.500)

Verkehrs- und Regulierungsplan (Planung, M 1:2.500)

Zonenplan (Planung, M 1:2.500)

²⁷⁶ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

²⁷⁷ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

²⁷⁸ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

Teil 3: Genereller Stadtentwicklungsplan Suva Reka – Infrastruktur - Strom

Teil 4: Genereller Stadtentwicklungsplan Suva Reka – Infrastruktur - Wasser

Teil 5: Genereller Stadtentwicklungsplan Suva Reka – Evaluierung

Die ersten beiden Teile des Stadtentwicklungsplanes beinhalteten den Flächenwidmungsplan sowie das Leitbild für die räumliche Entwicklung von Suhareka. Das Leitbild umfasste neben der regionalen Charakteristik der Stadt Suhareka eine Bewertung von Erweiterungsflächen, die Konzeption für die Flächenwidmung, Planungen zur räumlichen Entwicklung und Festlegungen zum Schutz und der Erhaltung des Landes. Bei der Konzeption der Flächenwidmung wurde zwischen Verkehr, Wohnzone, Arbeitszone, Grün-, Sport- und Erholungsflächen, öffentlichen Bereichen und Objekten, anderen Flächen und Objekten und öffentlichen Verwaltungsgebäuden unterschieden. Die Planungen zur räumlichen Entwicklung beinhalteten den Flächenwidmungsplan, der neben der Flächenwidmung auch Festlegungen zu Bauhöhen und Baudichten enthielt. Weitere Planungen zur räumlichen Entwicklung waren Baulandregulierungspläne, städtebaulich-technische Kriterien für das Bauen und die Rekonstruktion der Stadt, Schutzmaßnahmen für elementare Katastrophen, Richtlinien und Bedingungen für die Ausarbeitung von „Detailstädtebaulichen Plänen“, Richtlinien und Bedingungen für die Sicherung und Entwicklung des Lebens, der Arbeit und der Natur, Richtlinien und Bedingungen für die Regulierung und Nutzung des Baulandes und Regulierungsbestimmungen für die Entwicklung des Landes.

Der Infrastrukturtel des Generellen Stadtentwicklungsplanes, die Teile 3 und 4, standen der Gemeinde Suhareka nicht zur Verfügung, da die Gemeinde zum Zeitpunkt der Ausarbeitung nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügte, um das beauftragte Unternehmen für die Planerstellung zu bezahlen.

Im Teil 5 fand eine Evaluierung des Generellen Stadtentwicklungsplanes statt. Die Evaluierung dieses Planes fiel durchgehend positiv aus, wobei hier kritisch anzumerken ist, dass die Evaluierung nur wenige Monate nach der Fertigstellung des Stadtentwicklungsplanes vom gleichen Unternehmen, das den Stadtentwicklungsplan erstellt hatte, durchgeführt wurde.²⁷⁹

Der Stadtentwicklungsplan wurde seit 1986 sehr oft geändert, wodurch die Richtlinien nicht durchgängig waren.²⁸⁰ Er bildete damit keine geeignete Entscheidungsgrundlage für die Stadtplanung in Suhareka.

²⁷⁹ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

²⁸⁰ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung Municipality Suhareka am 26.4.2002

Neue Gesetzgebungen und Planungen nach der UN-Resolution 1244

Seit der Beendigung des Krieges im Jahr 1999 wurde damit begonnen, die Gesetzgebung des Kosovo auf völlig neuen Grundlagen aufzubauen.

Mit dem Inkrafttreten der UN-Resolution 1244 im Juni 1999 galten im Kosovo grundlegend drei verschiedene Gesetzestypen:

- die UNMIK-Regelungen (Regulations),
- die Gesetze und Verordnungen der nationalen Institutionen, also der kosovarischen Regierung und des Parlaments,
- sowie jenes Recht, das am 22. März 1989, dem Tag mit dem die Unabhängigkeit Kosovos innerhalb des ehemaligen Jugoslawien endete, im Kosovo in Kraft war.

Die UNMIK-Regelungen gingen grundsätzlich jeder anderen Bestimmung vor. Vom kosovarischen Parlament beschlossene Gesetze waren erst nach Unterzeichnung durch die UNMIK bzw. den Speziellen Repräsentanten des UN Generalsekretärs gültig.²⁸¹ Mit der im Februar 2008 begonnenen Umsetzung des Ahtisaari-Planes wurden die gesetzgeberischen Kompetenzen von der UNMIK an die kosovarischen Behörden übergeben.

Die in Folge überblicksmäßig kurz erläuterten Gesetze stellen einen Auszug mit besonderem Stadtentwicklungsplanungsbezug aus der bestehenden und sich ständig erweiternden Gesetzgebung dar.

Das Raumplanungsgesetz „Law on Spatial Planning“

Am 10. September 2003 wurde mit der UNMIK Regulation No.2003/30 „on the Promulgation of the Law adopted by the Assembly of Kosovo on Spatial Planning“ ein neues Raumplanungsgesetz als Grundlage für die Raumplanung im Kosovo erlassen. Im November 2008 wurde mit der „Amending Law on Spatial Planning“ No. 2003/14 die erste Gesetzesnovelle zum Raumplanungsgesetz herausgegeben. Beim Raumplanungsgesetz handelt es sich um ein Rahmengesetz auf europäischem Standard, das die wesentlichen Grundzüge der Raumplanung regelt. Im ersten Teil, den allgemeinen Bestimmungen, werden Prinzipien und Grundsätze für die Raumplanung und Raumordnung beschrieben, Planungsbegriffe definiert und der Geltungsraum abgesteckt. Der zweite Abschnitt legt Instanzen und Planungsträger fest und der dritte Abschnitt beschreibt die unterschiedlichen Planungsinstrumente und Plandokumente. Die Abschnitte vier und fünf behandeln die Aufgaben der Aufsichtsbehörde und Übergangs- und Schlussbestimmungen.²⁸²

Es wird zwischen nationalen und kommunalen Planungsinstrumenten und Plandokumenten unterschieden. Auf nationaler Ebene gibt es einerseits den Spatial Plan of Kosovo, also den Raumentwicklungsplan für den gesamten Kosovo, und andererseits

²⁸¹ Vgl.: MATTERN Rainer (2006): Kosovo: Sicherheit und Gerechtigkeit für die Minderheiten, Effektivität von Sicherheitsorganen und Justiz, Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern

²⁸² Vgl.: UNMIK/REG/2003/30 Regulation No. 2003/30 on the Promulgation of the Law adopted by the Assembly of Kosovo on Spatial Planning

Raumentwicklungspläne für besondere Bereiche, Spatial Plans for Special Areas, wie beispielsweise Nationalparks. In den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden fallen Municipal Development Plans (Entwicklungspläne für die Großgemeinden), Urban Development Plans (Stadtentwicklungspläne) und Urban Regulatory Plans (Bebauungspläne). Für die einzelnen Planungsinstrumente werden Geltungsräume, Zuständigkeiten, Planungsabläufe, grundlegende Prinzipien und der jeweilige inhaltliche Rahmen festgelegt. Hervorzuheben ist, dass der Partizipation mit dem Artikel 19 ein eigener Paragraph gewidmet wird, in dem die Mindestanforderungen für die Information und die Möglichkeiten der Stellungnahme durch die betroffene Bevölkerung beschrieben werden. Auch die Implementierung der Plandokumente – speziell in Bezug auf zukünftige Bautätigkeit – wird ausführlich erläutert.²⁸³

In Artikel 13 (Municipal Development Plan) und Artikel 14 (Urban Development Plan) sieht das Raumplanungsgesetz vor, dass die jeweilige Gemeinde für die Ausarbeitung des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan zuständig ist. Der Municipal Development Plan umfasst das gesamte Gemeindegebiet und enthält auch Siedlungsentwicklungskonzepte für städtische Bereiche und Dörfer. Der Urban Development Plan konzentriert sich mit detaillierteren Aussagen auf die städtischen Bereiche. Beide Pläne bestehen jeweils aus textlichen und planlichen Festlegungen (räumliches Leitbild) und bilden ein strategisches Konzept zur mittel- bis langfristigen Entwicklung der jeweiligen Gemeinde bzw. Stadt, das auf mindestens fünf Jahre ausgelegt ist. Basierend auf einer Bestandsaufnahme und Analyse legen sie Ziele und Maßnahmen sowie Umsetzungsstrategien für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde bzw. der Stadt fest. Leitprinzipien sollen eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung, good governance und die wirtschaftliche, soziale, ökologische und kulturelle Entwicklung sein.

Sowohl im Artikel 13 (Prozedere für den Municipal Development Plan) als auch im Artikel 19 (Öffentliche Begutachtung und Beteiligung) wird ein grober Rahmen für die Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung gesetzt, der die Einbeziehung der Bewohner in den Planungsprozess fördern soll. Kommentare aus der öffentlichen Auflage sind jedenfalls mit einer Begründung zu ihrer Einarbeitung oder Zurückweisung in die Planung aufzunehmen.

Der Urban Development Plan ist mit der Beschlussfassung in der Gemeindeversammlung rechtsgültig. Der Municipal Development Plan bedarf nach der Beschlussfassung in der Gemeindeversammlung der Genehmigung durch das zuständige Ministerium, das die Einhaltung der Vorgaben aus dem Raumentwicklungsplan für den Kosovo prüft.²⁸⁴

²⁸³ Vgl.: UNMIK/REG/2003/30 Regulation No. 2003/30 on the Promulgation of the Law adopted by the Assembly of Kosovo on Spatial Planning

²⁸⁴ Vgl.: UNMIK/REG/2003/30 Regulation No. 2003/30 on the Promulgation of the Law adopted by the Assembly of Kosovo on Spatial Planning und Law No. 03/L-106 2008 Amending Law on Spatial Planning No. 2003/14

Die Ausführungsrichtlinien „Administrative Guidelines“

Detailregelungen zu den Inhalten der Pläne erfolgen jeweils in „Administrative Guidelines“ des kosovarischen Ministeriums für Umwelt und Raumplanung. Für den Spatial Plan of Kosovo, den Municipal Development Plan und den Urban Development Plan werden hier die Mindestanforderungen an Bestandsaufnahme und Analyse, Leitbild, Prinzipien und Ziele und das Rahmenkonzept für die räumliche Entwicklung angeführt. Zur Umsetzung des Planes sind Strategien und Maßnahmen für die Implementierung auszuarbeiten. Die „Implementation Provisions“ enthalten die rechtsverbindlichen Festlegungen der Planung und entsprechen beispielsweise dem Verordnungsteil eines österreichischen Flächenwidmungsplanes.²⁸⁵

Gemäß der “Administrative Guideline on the Implementation of the Law on Spatial Planning on the main elements of the Municipal Spatial Development Plan (No. 33, Pro.No. 29/03)” und der “Administrative Guideline on the Implementation of the Law on Spatial Planning on the main elements of the Urban Development Plan (No. 34, Pro.No. 30/03)” setzen sich diese beiden Pläne aus den folgenden Hauptinhalten zusammen:

- Bestandsaufnahme und Analyse
- Leitbild, Ziele und Maßnahmen
- Räumliches Entwicklungskonzept
- Aussagen zur zukünftigen Entwicklung für folgende Sachbereiche:
 - Wirtschaftliche Entwicklung, Naherholung, Tourismus, Handel
 - Infrastruktur – öffentlicher Verkehr, Telekommunikation
 - Bevölkerungsentwicklung, Wohnbau, Siedlungsstruktur, soziale Infrastruktur, kulturelles Erbe
 - Umwelt (Natur- und Landschaftsschutz)
- Aussagen zu bestehenden und geplanten Siedlungsgebieten
- Aussagen zu bestehenden Planungen und Projekten
- Aussagen zu sozio-ökonomischen Auswirkungen und Umweltauswirkungen
- Umsetzungsstrategien und Maßnahmen zur Erreichung der formulierten Ziele des räumlichen Entwicklungskonzeptes
- Umsetzungsbestimmungen:
 - Richtlinien für die Erstellung von Urban Regulatory Plans und anderen Plänen
 - Festlegung der wesentlichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Gemeinden (Flächennutzung)²⁸⁶

²⁸⁵ Vgl.: No. 29 Prot. 25/03 Administrative Guideline on the Implementation of the Law on Spatial Planning on the main elements composing the content of the Spatial Plan of Kosova und No. 33 Pro. No. 29/03 Administrative Guideline on the Implementation of the Law on Spatial Planning on the main elements of the Municipal Spatial Development Plan und No. 34 Pro. No. 30/03 Administrative Guideline on the Implementation of the Law on Spatial Planning on the main elements of the Urban Development Plan

²⁸⁶ Vgl.: No. 33 Pro. No. 29/03 Administrative Guideline on the Implementation of the Law on Spatial Planning on the main elements of the Municipal Spatial Development Plan und No. 34 Pro. No. 30/03 Administrative Guideline on the Implementation of the Law on Spatial Planning on the main elements of the Urban Development Plan

Raumentwicklungsplan für den Kosovo „Spatial Plan of Kosova – Spatial Development Strategy 2010–2020+“

Der Raumentwicklungsplan für den Kosovo („Spatial Plan of Kosova – Spatial Development Strategy 2010–2020+“, Endversion Oktober 2009) hat es sich zum Ziel gesetzt, die gemeinsamen Interessen der kosovarischen Bevölkerung insbesondere im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung des Schutzes natürlicher Ressourcen und des kulturellen Erbes zu unterstützen.

Aufbauend auf der Vision für den Kosovo

- *„Country integrated in the European Union;*
- *Kosovo with sustainable socio-economic development, infrastructure and modern technology, education opportunities for all and qualified labour force capacity;*
- *A Kosovo with a preserved environment, natural and cultural heritage of its region and neighbouring region;*
- *Open society that promotes diversity and exchange of ideas and respects the rights of all communities.“²⁸⁷*

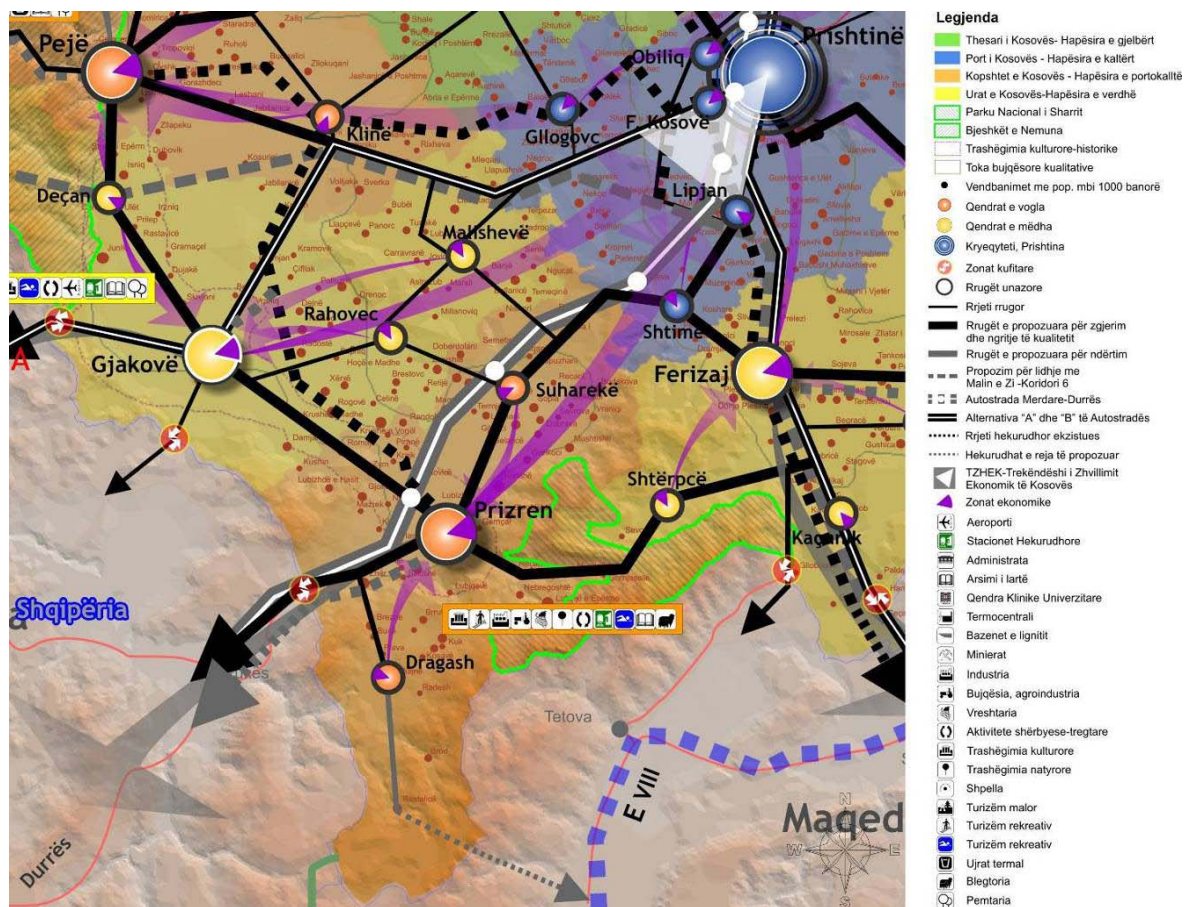
konzipiert er eine Gesamtentwicklungsstrategie für den Kosovo und ihre räumlichen Auswirkungen auf der nationalen, kommunalen und städtischen Ebene. Der Plan dient als Richtlinie, um die Potenziale der einzelnen Regionen sowie die Leitfunktionen der größeren und mittleren Städte zu identifizieren.

Im Rahmen der räumlichen Entwicklungsstrategie liegt die Gemeinde Suhareka im Bereich der „Gardens of Kosova“, deren Leitfunktionen speziell die Landwirtschaft und – aufbauend auf dem kulturellen Zentrum Prizren – der Kulturtourismus sind. *“Developed area of cultural tourism, agro-industrial and commercial place in Prizren where the roots of the ancient tradition, as modern economic center with local responsible government, private business activities and local economic development through the use of natural and human resources.“²⁸⁸*

²⁸⁷ MINISTRY OF ENVIRONMENT AND SPATIAL PLANNING (2009): Spatial Plan of Kosova – Spatial Development Strategy 2010-2020+, prepared from: The Institute of Spatial Planning in collaboration with other sectors in Government of Kosova, Pristina, S.117

²⁸⁸ MINISTRY OF ENVIRONMENT AND SPATIAL PLANNING (2009): Spatial Plan of Kosova – Spatial Development Strategy 2010-2020+, prepared from: The Institute of Spatial Planning in collaboration with other sectors in Government of Kosova, Pristina, S.145

Abbildung 4: The Gardens of Kosova (the Orange Area) – cultural, tourism, agricultural industry, light and trade industry – Prizren



Quelle: MINISTRY OF ENVIRONMENT AND SPATIAL PLANNING (2009): *Spatial Plan of Kosova – Spatial Development Strategy 2010-2020+*, prepared from: *The Institute of Spatial Planning in collaboration with other sectors in Government of Kosova, Pristina, S.143*

Des Weiteren soll der „Spatial Plan of Kosova“ eine Entscheidungsgrundlage für öffentliche und private Investitionen bilden und eine ausgewogene Entwicklung zwischen entwickelten und unterentwickelten Gebieten ermöglichen. Er stellt generelle Prinzipien zur „good practice“ in der Raumplanung auf und ist eine wichtige Basis für die Erstellung von Plänen auf kommunaler Ebene wie beispielsweise Municipal und Urban Development Plans, wobei er hier keinen limitierenden sondern einen unterstützenden Charakter einnimmt und Nutzungskonflikte minimieren will. Im Rahmen des aufsichtsbehördlichen Genehmigungsverfahrens des Municipal Development Plans wird die Übereinstimmung des Plans mit den räumlichen Zielsetzungen des Raumentwicklungsplanes für den Kosovo überprüft.

Raumplanungsrelevante Gesetze

Darüber hinaus besteht eine wachsende Vielzahl an raumplanungsrelevanten Gesetzen aus den unterschiedlichsten Bereichen wie beispielsweise Kataster, Eigentum, landwirtschaftliche Flächen, Straßen und vieles mehr sowie Baugesetzen.

4.1.2. Der Kosovo im Überblick

Lage im Raum

Der Kosovo umfasst eine Fläche von 10.887 km² und liegt am Balkan im Südosten Europas. Im Südwesten grenzt Albanien an den Kosovo, im Südosten an Mazedonien, im Nordosten an Serbien und im Nordwesten an Montenegro. Der Kosovo verfügt über keinen Zugang zum Meer. Die Hauptstadt des Kosovo ist Pristina.²⁸⁹

Abbildung 5: Kosovo



Quelle: UNITED NATIONS: Kosovo Region, <http://www.un.org/Depts/Cartographic/map/profile/kosovo.pdf> (Stand: 15.2.2013)

²⁸⁹ Vgl.: BEQIRAJ Valdet: Wo liegt Kosovo überhaupt?, <http://kosova.org/maps/region/index.asp> (Stand: 29.7.2009) und KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2011): Kosovo in Figures 2010, esk.rks-gov.net/.../942-kosovo-in-figures-2010 (Stand: 16.3.2012)

Demographie und Gesellschaft

Im Jahr 2011 wurde mit internationaler Unterstützung die erste groß angelegte seriöse Volkszählung seit 30 Jahren im Kosovo durchgeführt. Damit stehen nach der Auswertung der Volkszählung wieder aktuelle Zahlen zu Bevölkerung und Haushalten zur Verfügung, die letzten verlässlichen Zahlen stammten aus dem Jahr 1981.

Der Kosovo hat gemäß der Volkszählung 2011 1.739.825 Einwohner. Ein charakteristisches Merkmal des Kosovo ist die große durchschnittliche Haushaltsgröße mit 5,9 Personen, wobei hier die Bandbreite je nach Gemeinde von 4,06 bis 9,77 Personen reicht. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt 175 Einwohner/km².²⁹⁰

Mit einem natürlichen Bevölkerungswachstum von 13 ‰ pro Jahr zählt die kosovarische Bevölkerung zu den am schnellsten wachsenden Bevölkerungen. Dabei wird die langsam sinkende Geburtenrate durch eine schnell sinkende Sterberate kompensiert.²⁹¹ Die kosovarische Gesellschaft ist mit einem Anteil von 28 % der Einwohner in der Altersgruppe von 0–14 Jahren eine der jüngsten in Europa. Nur 6,7 % der Bevölkerung sind 65 Jahre oder älter.²⁹²

Der Kosovo ist eine multiethnische Gesellschaft. Die Mehrheit der Bevölkerung besteht aus Kosovo-Albanern, nach Schätzung des „Statistical Office of Kosovo“ aus dem Jahr 2011 beträgt ihr Anteil an der Bevölkerung 92 %. Die restlichen 8 % entfallen auf Serben sowie andere ethnischen Gruppen wie Bosniaken, Roma, Ashkali, Ägypter, Türken und Gorani.²⁹³

Der Lebensstandard im Kosovo liegt weit unter den europäischen Standards. Das Bruttoinlandsprodukt per Kopf lag im Jahr 2009 bei 1.795 Euro, durchschnittliche monatliche Pensionen betragen etwa 45 Euro. Etwa 45 % der Einwohner leben unter der Armutsgrenze von 2 USD pro Tag und von diesen ca. 14 % mit 1 USD pro Tag in absoluter Armut.

Die sozialen Disparitäten zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen und die Unterschiede zwischen Stadt und Land haben sich in den letzten Jahren verstärkt. Am

²⁹⁰ Vgl.: REKOS 2011 (2011): Population and Housing Census in Kosovo – Preliminary Results – June 2011, <http://esk.rks-gov.net/rekos2011/repository/docs/REKOS/LEAFLET/ALB/FINAL.pdf> (Stand: 27.3.2012) und KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2012): Kosovo Population and Housing Census 2011, Final Results, Main Data, http://esk.rks-gov.net/rekos2011/repository/docs/Final%20Results_ENG.pdf (Stand: 18.10.2012)

²⁹¹ Vgl.: MINISTRY OF ENVIRONMENT AND SPATIAL PLANNING, INSTITUTE FOR SPATIAL PLANNING (2004): Kosovo Profile, Kosovo Spatial Development

²⁹² Vgl.: KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2011): Kosovo in Figures 2010, esk.rks-gov.net/.../942-kosovo-in-figures-2010 (Stand: 16.3.2012) und KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2012): Kosovo Population and Housing Census 2011, Final Results, Main Data, http://esk.rks-gov.net/rekos2011/repository/docs/Final%20Results_ENG.pdf (Stand: 18.10.2012)

²⁹³ Vgl.: KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2011): Kosovo in Figures 2010, esk.rks-gov.net/.../942-kosovo-in-figures-2010 (Stand: 16.3.2012) und FEDERAL MINISTRY FOR EUROPEAN AND INTERNATIONAL AFFAIRS – AUSTRIAN DEVELOPMENT COOPERATION AND COOPERATION WITH EASTERN EUROPE (Hg.) (2008): Kosovo Country Programme 2008-2011, Vienna und KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2012): Kosovo Population and Housing Census 2011, Final Results, Main Data, http://esk.rks-gov.net/rekos2011/repository/docs/Final%20Results_ENG.pdf (Stand: 18.10.2012)

größten ist die Armut in den ländlichen Gebieten, wo etwa 60 % der Bevölkerung leben, der Großteil von ihnen als Subsistenzbauern mit landwirtschaftlichen Flächen zwischen 0,5 und 2 ha. Nahezu die Hälfte der ländlichen Bevölkerung hat keine Trinkwasserversorgung. Dies führt zu einem starken Braindrain und Wanderungsbewegungen von den ländlichen Gebieten in die Städte bzw. ins Ausland. Sozial benachteiligt sind insbesondere Frauen und Jugendliche sowie ethnische Minderheiten, speziell Roma, Ashkali und Ägypter.²⁹⁴

Im Gegensatz zu den Serben südlich des Flusses Ibar, die sich zunehmend in den politischen Prozess integrieren, bleibt der Nordkosovo auch weiterhin ein Konfliktherd. Die in diesem Gebiet in unmittelbarer Nachbarschaft zu Serbien ansässige serbische Mehrheitsbevölkerung sieht keine Veranlassung zur Kooperation mit der Regierung in Pristina.²⁹⁵

Siedlungsentwicklung

Die Wohnbebauung des Kosovo besteht zu 94 % aus Einfamilien- und zu 6 % aus Mehrfamilienhäusern. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Einwohner liegt unter 20 m² – im Vergleich dazu lag sie in Österreich im Jahr 2010 bei 43,3 m². Die Nachfrage nach Wohnraum ist speziell in den städtischen Bereichen durch Zuzug aus dem ländlichen Raum, die Rückkehr von Flüchtlingen und die Präsenz von internationalen Organisationen höher als das Angebot und der Druck zur Siedlungserweiterung insbesondere im privaten Sektor dementsprechend hoch. Sozialer Wohnbau findet bis auf einige Pilotprojekte kaum statt. Die starke Bautätigkeit erfolgt weitgehend unreguliert und ohne Baugenehmigungen, was zu starker Zersiedelung führt.²⁹⁶

Wirtschaft

Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Jahr 2008 war nicht das Allheilmittel für die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme, auf das die Kosovo-Albaner gehofft haben.

Der Kosovo ringt auch noch nach dem Jahr 2008 mit der schwierigen Wirtschaftslage und ist mit den Herausforderungen der wirtschaftlichen Transformation von einem sozialistischen Wirtschaftssystem zu einer funktionierenden Marktwirtschaft konfrontiert. Die Wirtschaft des Kosovo leidet unter massiven strukturellen Problemen und die

²⁹⁴ Vgl.: KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2011): Kosovo in Figures 2010, esk.rks-gov.net/.../942-kosovo-in-figures-2010 (Stand: 16.3.2012) und AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2011): Länderinformation Kosovo Juni 2011, Wien und FEDERAL MINISTRY FOR EUROPEAN AND INTERNATIONAL AFFAIRS – AUSTRIAN DEVELOPMENT COOPERATION AND COOPERATION WITH EASTERN EUROPE (Hg.) (2008): Kosovo Country Programme 2008-2011, Vienna

²⁹⁵ Vgl.: AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2011): Länderinformation Kosovo Juni 2011, Wien

²⁹⁶ Vgl.: MINISTRY OF ENVIRONMENT AND SPATIAL PLANNING, INSTITUTE FOR SPATIAL PLANNING (2004): Kosovo Profile, Kosovo Spatial Development und STATISTIK AUSTRIA (2011): Wohnen – Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus, Jahresdurchschnitt 2010 und VÖCKLER Kai (2008): Prishtina is Everywhere – Turbo-Urbanismus als Resultat einer Krise, Parthas Verlag, Berlin

Produktivität ist relativ gering.²⁹⁷ Dementsprechend ist auch die Außenhandelsbilanz im Jahr 2011 stark negativ. Zu den wichtigsten Exportgütern des Kosovo zählen mit etwa 63 % Basis-Metalle und mit etwa 11 % mineralische Produkte. Es werden also vor allem unverarbeitete Rohstoffprodukte exportiert.²⁹⁸ Die Bergbauindustrie hat eine lange Tradition im Kosovo und bietet mit den bestehenden Bodenschätzen wie Blei und Zink sowie Braunkohle auch ein Potenzial für die Zukunft.

Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre war zu einem Gutteil auf Geldüberweisungen von Kosovaren aus dem Ausland sowie auf internationale Hilfsmittel zurückzuführen. Die öffentlichen Ausgaben, die vorwiegend durch eine relativ hohe Besteuerung finanziert werden, sind für die Aufrechterhaltung der bestehenden Infrastruktur nicht ausreichend, insbesondere im Bereich Stromversorgung ist die Situation immer noch prekär.²⁹⁹

Landwirtschaft

Der Hauptzweig der kosovarischen Wirtschaft ist die Landwirtschaft, etwa 60 % der Bevölkerung sind hier vorwiegend im Bereich der Subsistenzlandwirtschaft beschäftigt. Mit ca. 5.800 km² ist etwas mehr als die Hälfte der Gesamtfläche des Kosovo landwirtschaftliche Nutzfläche. Trotz des fruchtbaren Bodens und des guten Klimas werden 70 % der landwirtschaftlichen Güter zur Deckung des Bedarfs im Kosovo importiert. Ein großes Potenzial für die wirtschaftliche Entwicklung des Kosovo wird in der Qualitätssteigerung in der Landwirtschaft sowie der weiterverarbeitenden Lebensmittelindustrie gesehen.³⁰⁰

Industrie und Gewerbe

Im Bereich Industrie und Gewerbe ist ein starker Trend zur Deindustrialisierung zu erkennen. Die kosovarische Industrie war vorwiegend in der Metallverarbeitung, in der chemischen Industrie und in der Erzeugung von Plastik und Gummiprodukten etabliert.

²⁹⁷ Vgl.: KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2011): Kosovo in Figures 2010, esk.rks-gov.net/.../942-kosovo-in-figures-2010 (Stand: 16.3.2012) und AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2011): Länderinformation Kosovo Juni 2011, Wien und FEDERAL MINISTRY FOR EUROPEAN AND INTERNATIONAL AFFAIRS – AUSTRIAN DEVELOPMENT COOPERATION AND COOPERATION WITH EASTERN EUROPE (Hg.) (2008): Kosovo Country Programme 2008-2011, Vienna

²⁹⁸ Vgl.: KOSOVA-AKTUELL: Kosova aktuell, <http://kosova-aktuell.de> (Stand: 15.3.2012)

²⁹⁹ Vgl.: KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2011): Kosovo in Figures 2010, esk.rks-gov.net/.../942-kosovo-in-figures-2010 (Stand: 16.3.2012) und AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2011): Länderinformation Kosovo Juni 2011, Wien und FEDERAL MINISTRY FOR EUROPEAN AND INTERNATIONAL AFFAIRS – AUSTRIAN DEVELOPMENT COOPERATION AND COOPERATION WITH EASTERN EUROPE (Hg.) (2008): Kosovo Country Programme 2008-2011, Vienna

³⁰⁰ Vgl.: KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2011): Kosovo in Figures 2010, esk.rks-gov.net/.../942-kosovo-in-figures-2010 (Stand: 16.3.2012) und AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2011): Länderinformation Kosovo Juni 2011, Wien und FEDERAL MINISTRY FOR EUROPEAN AND INTERNATIONAL AFFAIRS – AUSTRIAN DEVELOPMENT COOPERATION AND COOPERATION WITH EASTERN EUROPE (Hg.) (2008): Kosovo Country Programme 2008–2011, Vienna

Dienstleistungen

Der Dienstleistungssektor hat einen starken Fokus auf den Handel. Der Handel zählt zu den wichtigsten ökonomischen Faktoren und Arbeitgebern im Kosovo und soll sich bei einer Steigerung der lokalen Produktion zukünftig noch ausweiten.

Der Tourismussektor ist – bis auch wenige Ressorts speziell im Bereich Wintertourismus – noch weitgehend unentwickelt. Das landschaftliche Potenzial des Kosovo würde eine gute Basis für den Ausbau des Tourismus auf vorwiegend regionaler Ebene bilden.

Die Arbeitslosenrate beträgt etwa 45 %, wobei vor allem Frauen, Jugendliche und die Bevölkerung in ländlichen Gebieten stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Eine große Zahl der Bevölkerung ist im informellen Sektor tätig.³⁰¹

Die Energieversorgung ist ein wesentliches Problem für die Entwicklung des Kosovo. Ohne eine adäquate Stromversorgung ist keine entsprechende wirtschaftliche Entwicklung möglich. Mehr als 10 Jahre nach Ende des Krieges ist der Kosovo noch immer von Stromabschaltung betroffen, obwohl der Kosovo die fünftgrößten nachgewiesenen Braunkohlereserven der Welt sowie Potenzial im Bereich Wasserkraft besitzt. Die Probleme bei der Energieversorgung reichen von der inadäquaten Instandhaltung des Energieversorgungssystems über Probleme bei der Rechnungslegung und des Geldeinganges bis zu einem schwachen Management. Die Lösung des infrastrukturellen Schlüsselproblems der Energieversorgung bedarf noch großer Anstrengungen und Investitionen.³⁰² Korruption und organisierte Kriminalität sind weitere Hemmfaktoren für die Entwicklung des Kosovo.³⁰³

Naturraum

Die Landschaft des Kosovo ist durch hohe Berge – 53 % der Fläche der Landesfläche sind gebirgig – und zwei große Ebenen, die Dukagjin Ebene und die Kosovo Ebene, charakterisiert. Im Süden des Landes liegt der Gebirgskamm der „Sharr Mountains“ mit über 2.500 m hohen Gipfeln, im Westen an der Grenze zu Albanien die „Albanischen Alpen“ und im Nordosten die „Kopaonik Mountains“.

³⁰¹ Vgl.: KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2011): Kosovo in Figures 2010, esk.rks-gov.net/.../942-kosovo-in-figures-2010 (Stand: 16.3.2012) und AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2011): Länderinformation Kosovo Juni 2011, Wien und FEDERAL MINISTRY FOR EUROPEAN AND INTERNATIONAL AFFAIRS – AUSTRIAN DEVELOPMENT COOPERATION AND COOPERATION WITH EASTERN EUROPE (Hg.) (2008): Kosovo Country Programme 2008-2011, Vienna und KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2012): Kosovo Population and Housing Census 2011, Final Results, Main Data, http://esk.rks-gov.net/rekos2011/repository/docs/Final%20Results_ENG.pdf (Stand: 18.10.2012)

³⁰² FEDERAL MINISTRY FOR EUROPEAN AND INTERNATIONAL AFFAIRS – AUSTRIAN DEVELOPMENT COOPERATION AND COOPERATION WITH EASTERN EUROPE (Hg.) (2008): Kosovo Country Programme 2008-2011, Vienna und SCHLEICHER Elisabeth (2010): The International Engagement in Kosovo – Achieving Positive Peace?, Dissertation Universität Wien

³⁰³ Vgl.: KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2011): Kosovo in Figures 2010, esk.rks-gov.net/.../942-kosovo-in-figures-2010 (Stand: 16.3.2012) und AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2011): Länderinformation Kosovo Juni 2011, Wien und FEDERAL MINISTRY FOR EUROPEAN AND INTERNATIONAL AFFAIRS – AUSTRIAN DEVELOPMENT COOPERATION AND COOPERATION WITH EASTERN EUROPE (Hg.) (2008): Kosovo Country Programme 2008-2011, Vienna

Der Kosovo liegt in der Zone des gemäßigten kontinentalen Klimas mit Temperaturen von -20 Grad Celsius im Winter und +35 Grad Celsius im Sommer.³⁰⁴

4.1.3. Die Gemeinde und die Stadt Suhareka im Überblick

Die Kriegereignisse des Jahres 1999 hatten die Beschädigung und Zerstörung zahlreicher Gebäude in der Stadt Suhareka zur Folge, die alte städtebauliche Struktur war jedoch noch intakt. In den Dörfern der Gemeinde Suhareka waren die Zerstörungen massiver, hier waren etwa 5/6 der Häuser schwer beschädigt.

Nach dem Ende des Luftkrieges der NATO konzentrierte sich die Stadtverwaltung in erster Linie auf das Katastrophenmanagement. Für den massiven Wiederaufbau bzw. Neubau waren weder adäquate Planungsunterlagen noch ein städtebauliches Konzept vorhanden. Es fehlten Grundlegendaten, wie etwa ein Kataster. Der bestehende Kataster aus dem Jahr 1956 war nur analog vorhanden und hatte den tatsächlichen Gebäudebestand nur unzureichend und die bestehende Flächennutzung gar nicht erfasst. Statistische Daten und Grundlagen zu raumplanerisch relevanten Sachbereichen wie Verkehr, Grünraum, soziale und technische Infrastruktur, etc. fehlten oder waren nur für Teilbereiche und in ungenügender Qualität verfügbar.

Es gab zwar einen rechtskräftigen Stadtentwicklungsplan aus dem Jahr 1986, dessen Richtlinien aufgrund oftmaliger Änderungen jedoch keine Durchgängigkeit boten und der damit keine geeignete Entscheidungsgrundlage für die Stadtplanung in Suhareka darstellte. Somit wurde die Standortwahl für Bauprojekte für öffentliche Zwecke zumeist mehr durch Spenderorganisationen als durch fachlich städtebauliche Kriterien beeinflusst. Generell wurde nur ein geringer Teil der Neubauten mit einer Baubewilligung errichtet. Dies resultierte in einer massiven Ausdehnung der Stadt an den Siedlungsändern und insbesondere entlang der Ausfallstraßen. Diese Stadterweiterungen erfolgten überwiegend ohne einen Ausbau der – ohnehin schon in sehr schlechtem Zustand befindlichen – technischen Infrastruktur. So waren die Neubauten zumeist nur über Schotterstraßen erschlossen, verfügten über keinen Anschluss an das Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsnetz und meist nur über einen provisorischen, nicht genehmigten, Anschluss an das Stromnetz.

Im Rahmen des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ wurde in den Jahren 2006/2007 eine umfassende Bestandsaufnahme und Analyse zur Schaffung adäquater Planungsgrundlagen durchgeführt. Aktuelle statistische Daten fehlten zu diesem Zeitpunkt noch immer weitgehend. Aus diesem Grund wurde bestehendes Datenmaterial, wie die „Local Development Agenda“, welche von der Stadtverwaltung gemeinsam mit der UNMIK-Verwaltung erstellt wurde oder die „Municipal Profiles“ der OSZE vom Projektteam mit unterschiedlichen Erhebungsmethoden von Luftbildauswertungen über Fragebogenauswertungen bis zu Interviews ergänzt und detailliert. (vgl. Kapitel 4.3.2., Abschnitt Capacity Building –

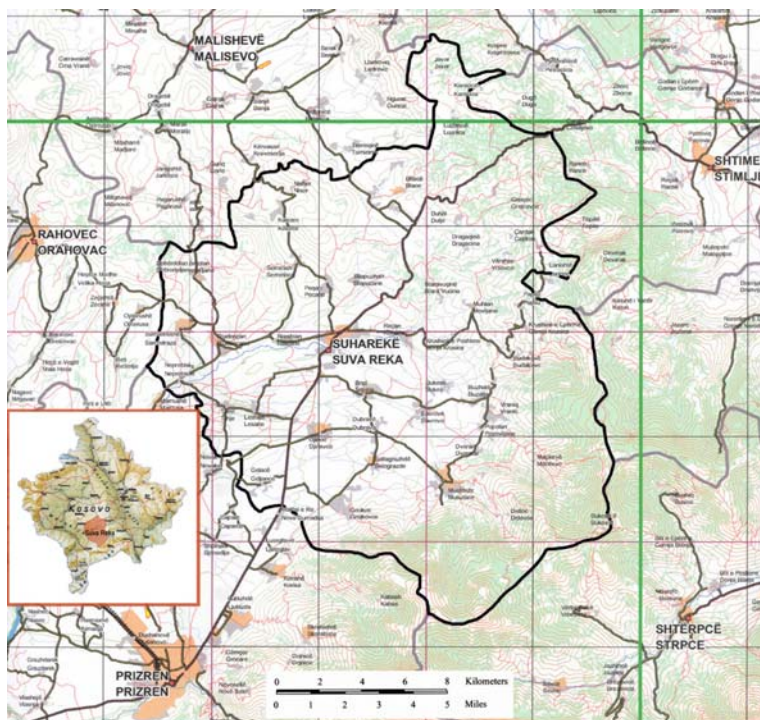
³⁰⁴ Vgl.: MINISTRY OF ENVIRONMENT AND SPATIAL PLANNING, INSTITUTE FOR SPATIAL PLANNING (2004): Kosovo Profile, Kosovo Spatial Development

Weiterbildung im Bereich der Stadtentwicklungsplanung und Kapitel 4.3.1., Abschnitt Stadtentwicklungsplanung – ein integriertes Programm / Municipal Development Plan und Urban Development Plan Suhareka)

Lage im Raum

Die Gemeinde Suhareka liegt im südlichen Teil des Kosovo in einer strategisch günstigen Position an der Verbindungsstraße von der 57 km nordöstlich gelegenen kosovarischen Hauptstadt Pristina nach Albanien. Das regionale Zentrum Prizren befindet sich 18 km südwestlich von Suhareka.³⁰⁵ Suhareka grenzt an die Gemeinden Prizren (Südwesten), Shterpce (Süden), Ferizaj (Westen), Shtimje (Osten), Lipjan (Nordosten), Malisheve (Norden) und Rahovec (Westen).³⁰⁶ Die Stadt liegt auf einer Höhe von 400 m, die Gemeinde auf durchschnittlich 455 m über dem Meeresspiegel.³⁰⁷

Abbildung 6: Die Lage der Gemeinde Suhareka



Quelle: OCHA Humanitarian Community Information Centre (2001): Kosovo Encyclopedia II, CD-Rom Version

³⁰⁵ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

³⁰⁶ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

³⁰⁷ Vgl.: MINISTRY OF ENVIRONMENT AND SPATIAL PLANNING, THE INSTITUTE OF SPATIAL PLANNING, THE MUNICIPAL ASSEMBLY – SUHAREKA (2005): Municipality of Suhareka, Spatial Analysis

Geschichtliche Entwicklung

Archäologische Funde haben gezeigt, dass das Gebiet der Gemeinde Suhareka bereits im Neolithikum besiedelt war. Weitere Funde in Shiroko im Süden der Stadt Suhareka und in dem Dorf Nishor im Norden des Gemeindegebietes belegen eine Besiedelung durch Illyrer.

1384 wurde der Name Suva Reka im Siegel des Zaren Dushan, der das Kloster Shen Arhangjeje gegründet hat, erstmals urkundlich erwähnt. Mitte des 17. Jhdts. schien Suhareka in den Aufzeichnungen des türkischen Geografen Haxhi Kallfa auf. Unter der türkischen Herrschaft spielte Suhareka eine wichtige Rolle. Suhareka war ein „bajrak“, eine politische Verwaltungseinheit, und bestand aus insgesamt 42 Dörfern bzw. Siedlungen. Im 19. Jhd. wurde es durch sein stetiges Wachstum zu einem eigenständigen „kadillek“ einem Gerichtsbezirk. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen entwickelte sich Suhareka zu einer „qyteze“ (übersetzt: „kleine Stadt“) und zentrale Einrichtungen wie beispielsweise Post, Handelsgeschäfte und Schulen wurden gegründet.³⁰⁸

Die Gemeindegrenzen haben sich im Laufe der Zeit mehrmals geändert und Dörfer wurden ein- bzw. ausgegliedert. Seit dem Kriegsende 1999 besteht die Gemeinde Suhareka aus 40 Dörfern sowie der Stadt Suhareka.³⁰⁹

Demographie und Gesellschaft

Vor Ausbruch des Konfliktes im Jahr 1999 hatte die Gemeinde Suhareka etwa 80.000 Einwohner, davon grob geschätzt 700 Serben und eine Handvoll Roma. Etwa die Hälfte der Serben lebte in der Stadt Suhareka, die restlichen in Mushitist/Musitist und den umliegenden Dörfern Leshan/Lesane, Reqan/Reqane, Sopja/Sopina und Movlane/Movlane.³¹⁰

Im Jahr 2000 lebten laut Schätzung des statistischen Amtes für den Kosovo 81.311 Einwohner in der Gemeinde Suhareka. Mit 15.000 Einwohnern wohnte knapp ein Fünftel der Personen in der Stadt Suhareka.³¹¹ Serben wohnten 2001 keine in der Gemeinde Suhareka, jedoch waren etwa 35 Roma-Familien in der Stadt Suhareka und in den Dörfern Gelac/Geljance, Trnje/Trnje und Leshan/Lesane geblieben.³¹² Diese Angaben beruhen auf Stichproben und Schätzungen, die erste Volkszählung nach dem Krieg wurde erst im Jahr 2011 durchgeführt.

³⁰⁸ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

³⁰⁹ Vgl.: UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002-2004

³¹⁰ Vgl.: OSCE (2001): Municipal Profile: Suhareke/Suva Reka

³¹¹ Vgl.: UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002-2004

³¹² Vgl.: OSCE (2001): Municipal Profile: Suhareke/Suva Reka

Im Rahmen dieser Volkszählung wurden im Jahr 2011 59.722 Einwohner in der Gemeinde Suhareka gezählt. Davon sind 99 % Albaner, die größte Minderheit stellen die Ashkali mit insgesamt 493 Einwohnern in der Gemeinde dar.³¹³

Die Gemeinde ist durch ein starkes natürliches Bevölkerungswachstum mit hohen Geburtenraten und niedrigen Sterberaten charakterisiert, Anfang der 2000er Jahre lag die Geburtenrate bei 30 ‰ und die Sterberate bei 6 ‰. Nichtsdestotrotz lag die Kindersterblichkeit mit 45 ‰ bei den höchsten in Europa.³¹⁴ Der Altersdurchschnitt ist extrem niedrig, gemäß den Ergebnissen aus der Volkszählung im Jahr 2011 sind 57 % der Bevölkerung von Suhareka unter 30 Jahre alt. 9.145 Familien mit einer durchschnittlichen Familiengröße von 5,7 Familienmitgliedern leben in der Gemeinde Suhareka. Die Familien haben einen hohen Anteil an schulpflichtigen Kindern, was dazu führt, dass in den Schulen oft in zwei oder drei Schichten unterrichtet werden muss. Diese junge Bevölkerungsstruktur bedeutet zwar einerseits ein enormes Arbeitskräftepotenzial, auf der anderen Seite ist die Arbeitslosenrate mit 46 % sehr hoch.³¹⁵ Etwa 80 % der Einwohner zählen zur ländlichen Bevölkerung, deren primäre Einkommensquelle in der Landwirtschaft liegt. Aufgrund der ärmlichen Lebensverhältnisse in den Dörfern wanderten viele Dorfbewohner vor allem aus den Bergdörfern in größere Städte oder ins Ausland ab. Schätzungen zufolge lebten Anfang der 2000er Jahre etwa 5.000 Einwohner der Gemeinde im Ausland und hier speziell in Westeuropa und unterstützten ihre Familien mit Geldüberweisungen.³¹⁶

Im Rahmen der Bestandsaufnahme zum Municipal Development Plan und zum Urban Development Plan Suhareka wurde für die Stadt Suhareka eine Fragebogenerhebung durchgeführt, die insgesamt etwa 10.000 Einwohner in der Stadt Suhareka im Jahr 2006 ergab. In der Bestandsanalyse zum Urban Development Plan wurde für die Stadt Suhareka ein weiteres Bevölkerungswachstum durch weiterhin hohe Geburtenraten und Wanderungsgewinne prognostiziert. Gemäß der Bevölkerungsprognose für den Urban Development Plan wurde die Einwohnerzahl für das Jahr 2017 auf etwa 12.500 bis 15.000 geschätzt.³¹⁷

³¹³ Vgl.: KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2012): Kosovo Population and Housing Census 2011, Final Results, Main Data, http://esk.rks-gov.net/rekos2011/repository/docs/Final%20Results_ENG.pdf (Stand: 18.10.2012)

³¹⁴ Vgl.: UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002-2004

³¹⁵ Vgl.: KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2012): Kosovo Population and Housing Census 2011, Final Results, Main Data, http://esk.rks-gov.net/rekos2011/repository/docs/Final%20Results_ENG.pdf (Stand: 18.10.2012)

³¹⁶ Vgl.: UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002-2004

³¹⁷ Vgl.: SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Urban Development Plan 2008-2018 (Suhareka)

Siedlungsentwicklung

Städtebauliche Situation

Im Rahmen der Kriegseignisse des Jahres 1999 wurden in der Gemeinde Suhareka 5/6 der Häuser (9.895 der vor dem Krieg 1999 bestehenden 11.855 Häuser) schwer beschädigt. Davon wurden 3.508 Häuser der UNHCR Kategorie V (totale Zerstörung des Gebäudes) zugewiesen. Ein Großteil der Häuser fiel in die Kategorien III (über 30 % des Daches zerstört, starke Feuer- und Kugelbeschädigung, Böden müssen erneuert werden, Fenster und Türen sowie alle Wasserleitungen/elektrische Kabel sind komplett zerstört) & IV (bis zu 30 % des Daches zerstört, leichte Feuer- und Kugelschäden). Obwohl nach Beendigung des Krieges 1999 viele Häuser mit Hilfe von internationalen Organisationen oder Gemeinschaftsförderungen wieder aufgebaut wurden, war die Situation im Jahr 2002 noch immer bedenklich, da sehr viele Familien kein eigenes Heim hatten.³¹⁸

Im Gegensatz zur Gemeinde Suhareka war die Stadt Suhareka in den Kriegseignissen 1999 weitgehend von starken Zerstörungen verschont geblieben. Das Siedlungsbild der Stadt Suhareka ist im Wesentlichen von freistehenden Einfamilienhäusern mit umzäunten Privatgärten geprägt. Nur entlang der Hauptstraße findet man eine geschlossene städtebauliche Situation mit überwiegend mehrgeschossiger Bebauung. Am Hauptplatz bestehen Kaffeehäuser entlang einer Grünanlage. Die Moschee und ein auf der gegenüberliegenden Seite der Straße errichtetes großes Einkaufszentrum bilden das Tor zum Hauptplatz aus nördlicher Richtung. Daran anschließend Richtung Norden sind öffentliche Einrichtungen wie die Kommunalverwaltung, das Gericht und die Post angesiedelt. Die Stadteinfahrt aus Richtung Pristina kommend wird von dispers angelegten Neubauten gebildet. Im südlichen Teil der Hauptstraße befinden sich die sozialen Einrichtungen wie Schulen, die Polyklinik, Apotheken sowie ein Jugend- und Kulturzentrum. Die südliche Stadtausfahrt Richtung Prizren ist durch die Anlagen der IGK Balkanwerke industriell dominiert.³¹⁹

Siedlungserweiterungen haben in den letzten Jahren überwiegend an den beiden Ausfallstraßen Suhareka – Studencane und Suhareka – Recane stattgefunden. Hier befinden sich die meisten Neubauten. Ebenso ist entlang der Hauptstraße eine starke Bautätigkeit zu verzeichnen.³²⁰

³¹⁸ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

³¹⁹ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie und SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Urban Development Plan 2008-2018 (Suhareka)

³²⁰ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie und SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Urban Development Plan 2008-2018 (Suhareka)

Abbildung 7: Neues Siedlungsgebiet an der Ausfallstraße Suhareka-Recane



Quelle: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie, S.24

Flächennutzung

Die Gemeindefläche von Suhareka beträgt laut dem statistischen Amt des Kosovo 361 km², das entspricht rd. 3,3 % der Gesamtfläche des Kosovo. Davon sind 15.074 ha oder 41,7 % Waldflächen, 19.373 ha oder 53,7 % landwirtschaftliche Flächen und 1.652 ha oder 4,6 % andere Flächen.³²¹

Gemäß der Bestandsaufnahme zum Urban Development Plan umfasst das Bauland in der Stadt Suhareka 225,2 ha, Sonderflächen (wie Friedhöfe, Camp „Casablanca“, Steinbruch, etc.) 43,2 ha, Verkehrsflächen 40,3 ha und Grünland 1728,3 ha. Der überwiegende Teil des Baulandes ist mit 171,5 ha für Wohnzwecke vorgesehen, 41,1 ha entfallen auf Gewerbe und Industrie und 12,6 ha auf Bauland für öffentliche Zwecke.³²²

Die Bevölkerungsdichte wird mit 242,5 Einwohnern pro km² im Jahr 2003 angenommen.³²³

Gefahrenzonen

Der Fluss Suhareka, der das Stadtzentrum durchquert, führt jeden Herbst Hochwasser. Aufgrund baulicher Maßnahmen (harte Verbauung), kommt es jedoch nur alle 30–40

³²¹ Vgl.: MINISTRY OF ENVIRONMENT AND SPATIAL PLANNING, THE INSTITUTE OF SPATIAL PLANNING, THE MUNICIPAL ASSEMBLY – SUHAREKA (2005): Municipality of Suhareka, Spatial Analysis

³²² Vgl.: SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Urban Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

³²³ Vgl.: SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Municipal Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

Jahre bei einem extremen Wasseranstieg zu Überschwemmungen im Stadtgebiet. Die letzte große Überschwemmung war im Jahre 1994.³²⁴

Technische Infrastruktur

Verkehr

Das Straßennetz der Gemeinde Suhareka umfasste im Jahr 2005 insgesamt 342,5 km. Die Durchzugsstraße, die mitten durch die Stadt Suhareka führt, zählt zu den wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen, welche die beiden wesentlichen wirtschaftlichen Zentren des Kosovo, Pristina und Prizren, miteinander verbindet. Das regionale Straßennetz schließt die Gemeinde Suhareka an die Gemeinden Rahovec, Malisheve und Shterpe an, das lokale Straßennetz verbindet die einzelnen Dörfer der Gemeinde Suhareka miteinander.

Problematisch ist vor allem die Qualität des Straßennetzes. Von den insgesamt 342,5 Straßenkilometern waren im Jahr 2005 nur 97,5 km asphaltiert, ein Großteil der Straßen befand sich in einem schlechten Zustand.³²⁵ Lediglich die Durchzugsstraße war in einem guten Zustand und im Stadtgebiet mit Gehsteig und Straßenbeleuchtung ausgestattet.³²⁶ Nach der Aufhebung des Autonomiestatus im Jahr 1989 wurde nur mehr die technische Infrastruktur der serbischen Dörfer ausgebaut und Instand gehalten, deshalb waren einzelne Zufahrtsstraßen zu diesen Dörfern in einem sehr guten Zustand und asphaltiert.³²⁷ Die schlecht erschlossenen Dörfer in den Berggebieten sind besonders von einer stagnierenden Entwicklung und einer Abwanderung der Bevölkerung betroffen. Im Rahmen des Wiederaufbaus wurden einige Straßen wie beispielsweise die Verbindung zwischen Suhareka und Vraniq oder die Verbindung Recan – Muhlan – Budakova bereits asphaltiert.³²⁸

Vor allem im Zentrum der Stadt Suhareka besteht ein Mangel an ausgewiesenen Flächen für den ruhenden Verkehr. Dementsprechend werden die Autos sehr willkürlich im gesamten Straßenraum und oftmals auf den Gehsteigen geparkt.³²⁹

Die Anbindung der Gemeinde Suhareka an den öffentlichen Verkehr wird durch städtische und regionale und internationale Buslinien sowie Taxis gewährleistet. Der Busbahnhof

³²⁴ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

³²⁵ Vgl.: SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Municipal Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

³²⁶ Vgl.: UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002–2004

³²⁷ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

³²⁸ Vgl.: UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002–2004

³²⁹ Vgl.: SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Urban Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

befindet sich im nördlichen Teil der Hauptstraße.³³⁰ 19 der umliegenden Dörfer der Gemeinde Suhareka waren im Jahr 2006 mit öffentlichen Verkehrsmitteln von der Stadt Suhareka erreichbar. Diese Busverbindungen wurden von privaten Buslinien oder Minivans angeboten und verkehrten zwischen 3 und 15 mal täglich.³³¹

Aufgrund der hohen Verkehrsbelastung im Zentrum von Suhareka und der dadurch entstehenden Verkehrsbehinderungen wird die Errichtung einer Umfahrungsstraße angedacht. Die geplante Trasse soll nördlich der Stadt von der Hauptstraße Richtung Osten abzweigen, an der Stadt vorbeiführen und nach dem Camp Casablanca wieder in die bestehende Straße einmünden.³³² Weiters wäre die Errichtung der geplanten Autobahn zwischen Pristina – Kukes – Durres für die Stadt Suhareka sowohl aufgrund der Entlastung des Stadtgebietes vom Durchzugsverkehr als auch für ihre überregionale Positionierung innerhalb des Kosovo wesentlich.³³³

Elektrizität

Die Versorgung mit Elektrizität ist in der Gemeinde Suhareka wie im gesamten Kosovo ein massiver Problempunkt. Während des Krieges 1999 kam es zu starken Beschädigungen und Zerstörungen der Kraftwerke, des Hochspannungsnetzes sowie des Versorgungsnetzes. Obwohl bereits Reparaturen vorgenommen wurden, kann keine durchgängige Stromversorgung gewährleistet werden. In der Gemeinde Suhareka gab es im Jahr 2006 durchschnittlich 4–8 Stunden pro Tag keine Stromversorgung. Auch das illegale Anzapfen der Stromleitungen führt oftmals zu Überlastungen. Lediglich größere Betriebe werden im Rahmen von Sondervereinbarungen kontinuierlich mit Strom versorgt.³³⁴

Wasser

Auch bei der Wasserversorgung stehen die Gemeinde wie auch die Stadt Suhareka vor einem elementaren Problem, insgesamt haben nur etwa 40 % der Bevölkerung Zugang zu einem Wasserversorgungsnetz. In der Stadt Suhareka verfügen etwa 90 % der Haushalte über einen Wasserleitungsanschluss. Das Wasserleitungsnetz der Stadt Suhareka wird aus vier Quellen gespeist, deren Pumpmenge jedoch nicht für die Trinkwasserversorgung der ganzen Bevölkerung ausreicht. Weitere Probleme sind die unzureichende Wasserqualität, die Schwankungen der Wassermenge im Jahreslauf, die

³³⁰ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

³³¹ Vgl.: SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Municipal Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

³³² Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung Stadtplanung Suhareka am 26.4.2002

³³³ Vgl.: HAJDARI Ramush (Stadtplaner Suhareka), mündliche und schriftliche Auskunft Juni 2002

³³⁴ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie und SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Municipal Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

massiven Verluste im Wasserleitungsnetz sowie der sehr unachtsame Umgang der Bevölkerung mit der Ressource Wasser.³³⁵

Von den 40 Dörfern der Gemeinde Suhareka verfügen nur 18 über einen Anschluss an ein Wasserleitungssystem. In den restlichen Dörfern erfolgt die Wasserversorgung mit Brunnen, die aufgrund ihrer offenen Bauweise und Verschmutzungen durch Abwasser immer wieder zu Krankheitsquellen werden.³³⁶

Abwasser

Die Stadt Suhareka verfügt über ein teilweise 40 Jahre altes, streckenweise sehr desolates Abwasserentsorgungsnetz. Problematisch ist das Fehlen einer Kläranlage, die Abwässer werden an zwölf Stellen in den Fluss Suhareka geleitet. In den Sommermonaten, wenn der Fluss sehr wenig Wasser führt, verstärkt sich die Problematik, insbesondere auch weil von der Bevölkerung sowohl der Fluss als auch die Kanalisation als „Müllentsorgungsstelle“ verwendet werden.³³⁷ In zehn Dörfern der Gemeinde gibt es ein Kanalisationssystem, in den anderen Dörfern werden die Abwässer entweder in Sickergruben oder direkt in Bäche und Flüsse entsorgt.³³⁸

Abfall

In der Gemeinde Suhareka gibt es keine normgerechte Abfallentsorgungsanlage. Der Abfall der vom Unternehmen „Komunalja“ in der Stadt Suhareka und zwölf weiteren Dörfern gesammelt wird, wurde nach dem Krieg 1999 ohne Trennung oder entsprechende Vorbehandlung in einer Deponie in der Nähe des Dorfes Biraqe, die von der KFOR betrieben wurde, verbrannt. Ende der Jahres 2004 wurde eine regionale Mülldeponie in Landovica in der Gemeinde Prizren eröffnet, die auch den Abfall der Gemeinde Suhareka aufnimmt. In den Dörfern ohne Abfallentsorgung wird der Müll entweder liegen gelassen oder auf den eigenen Grundstücken verbrannt, mit allen Gefahren, die dadurch für die Umwelt entstehen wie etwa Grundwasserverunreinigungen, Schwellbrände, hygienische Probleme und Luftverschmutzung. Ebenso bestehen keine Deponieflächen für Industriemüll, der unkontrolliert entlang von Flüssen, Weinbergen, etc. abgelagert wird.³³⁹

Soziale Infrastruktur

Bildung und Ausbildung

In der Gemeinde Suhareka stehen Ausbildungsstätten auf drei verschiedenen Ebenen zur Verfügung: Pre-school education, eine Art Vorschule und Kindergarten für Kinder unter 5

³³⁵ Vgl.: SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Mupical Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

³³⁶ Vgl.: SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Urban Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

³³⁷ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie und SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Urban Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

³³⁸ Vgl.: SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Mupical Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

³³⁹ Vgl.: UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002–2004 und SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Mupical Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

Jahren, Elementary education, entsprechend der Grundschule (6–15 Jahre) und Secondary education im Rahmen von Höher bildenden Schulen (15–18 Jahre), die auf unterschiedliche Bereiche spezialisiert sind. Im Jahr 2006 gab es in Suhareka 22 Grundschulen, 19 Satellitengrundschulen, 2 Höher bildende Schulen (1 Gymnasium und 1 technische Schule) und einen Kindergarten.

Weiters gab es eine spezielle Schule für Schüler mit speziellen Bedürfnissen, betrieben vom Verein „Handikos“. Aufgrund von Kapazitätsengpässen werden die Schüler in 2–3 Schichten unterrichtet. Teilweise gibt es auch Probleme mit der ungenügenden Qualifikation der Lehrer.³⁴⁰

Gesundheitswesen

Im Kosovo werden Gesundheitseinrichtungen in drei Ebenen unterteilt. Unter Primary Health Care wird eine medizinische Grundversorgung in Main Centers for Family Medicine (Familienmedizinische Hauptzentren), Family Care Centers (Familienmedizinische Zentren) und Healthcare Centers (Gesundheitszentren) verstanden. Die zweite Ebene wird von zwei lokalen und fünf regionalen Spitälern gebildet und die dritte und höchste Ebene von der Universitätsklinik in Pristina und privaten Einrichtungen.

Die Gemeinde Suhareka verfügt über ein Municipal Family Health Care Centre in der Stadt Suhareka und sechs Family Care Centres sowie fünf Healthcare Centers in den Dörfern der Gemeinde. Weiters gibt es 33 private Gesundheitszentren und Dentalkliniken. Das nächstgelegene Krankenhaus ist das regionale Spital in Prizren.

Insgesamt ist die Situation im Gesundheitswesen in Suhareka nicht zufriedenstellend. Zum einen ist in Teilen der Gemeinde wie auch der Stadt Suhareka keine ausreichende medizinische Versorgung gegeben und vor allem Bewohner von Dörfern, die nicht mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen sind, können das medizinische Angebot oftmals nur schwer wahrnehmen; zum anderen wird zusätzliches medizinisches Fachpersonal benötigt.³⁴¹

Kultur, Sport und Freizeiteinrichtungen

In der Gemeinde Suhareka gibt es vier Kulturzentren, die sowohl wegen ihrer insgesamt geringen Kapazität als auch aufgrund ihres schlechten Erhaltungszustandes und einer unzureichenden Finanzierung die Nachfrage in der Gemeinde nicht decken können. Die beiden Bibliotheken in der Stadt Suhareka und in Nishor verfügen über keine Leseräume. Einzig das Jugendzentrum in der Stadt Suhareka befindet sich in einem zufriedenstellenden Zustand.

³⁴⁰ Vgl.: UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002–2004 und SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Munal Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

³⁴¹ Vgl.: UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002–2004 und SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Munal Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

Die Sporthalle in der Stadt Suhareka und die Sportplätze in der Stadt und den umliegenden Dörfern werden von der Gemeindeverwaltung gemanagt. Hier besteht vor allem im nördlichen Teil der Gemeinde eine Unterversorgung. In den letzten Jahren sind vermehrt auch private Investitionen in Sporteinrichtungen zu beobachten; so gibt es in der Gemeinde Suhareka sieben privat betriebene Schwimmbäder.³⁴²

Wirtschaft

Mit der Aufhebung des Autonomiestatus im Jahre 1989 begann der wirtschaftliche Niedergang der Gemeinde Suhareka. Die massiven Entlassungen der Kosovo-Albaner aus den ansässigen Betrieben zerstörte die personelle Basis der Unternehmen. Die schweren Lebensbedingungen und der allgemein sinkende Lebensstandard führten zur Verarmung zahlreicher Familien. Durch den wachsenden Widerstand der albanisch sprechenden Kosovaren kam es zu einer Verschlechterung der Lage.

Die meisten Dörfer der Gemeinde Suhareka wurden während des Krieges 1999 größtenteils zerstört. Weitgehend verschont blieben nur die Dörfer Sallagrazhde und Gelance sowie die Stadt Suhareka. Mit der Rückkehr der Bevölkerung in ihre Häuser setzte auch die Hilfe der internationalen Organisationen ein und der wirtschaftliche Sektor begann sich langsam zu erholen.³⁴³

Die Arbeitslosigkeit betrug im Jahr 2011 gemäß der Volkszählung 46 %.³⁴⁴ Besonders alarmierend ist die Jugendarbeitslosigkeit (16- bis 24-jährige), die mit über 71 % angenommen wird.³⁴⁵

Industrie und Gewerbe

Die Industrie in Suhareka war vor dem Krieg von zwei großen Betrieben, der Gummifabrik Balkanwerke und der Getränkefirma OBI/Kosovavera, geprägt. Als vormals genossenschaftliche (socially owned) Betriebe unterlagen sie nach dem Ende des Krieges 1999 der Zuständigkeit der UNMIK.³⁴⁶

Die Gummifabrik Balkanwerke produzierte vor Ausbruch des Krieges mit etwa 1.800 Beschäftigten hauptsächlich Transportbänder für die Industrie. Obwohl die Fabrik während des Konfliktes weitgehend unzerstört blieb, kämpften die neuen Manager nach dem Krieg 1999 mit der Wiederaufnahme der Produktion, da einerseits einige wesentliche Maschinen gestohlen worden waren und andererseits die Schuldenlast sehr hoch war.

³⁴² Vgl.: SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Municipal Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

³⁴³ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

³⁴⁴ Vgl.: KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2012): Kosovo Population and Housing Census 2011, Final Results, Main Data, http://esk.rks-gov.net/rekos2011/repository/docs/Final%20Results_ENG.pdf (Stand: 18.10.2012)

³⁴⁵ Vgl.: SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Municipal Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

³⁴⁶ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

Die Fabrik wurde im Jahr 2005 von der Kosovo Trust Agency (KTA) privatisiert und unter dem Namen „New Co Balkan“ mit etwa 300 Arbeitern und 25prozentiger Kapazität betrieben.³⁴⁷

Die Getränkefirma OBI/Kosovavera produzierte einerseits Wein und andererseits im Rahmen des Konzerns Cadbury-Schweppes alkoholfreie Getränke. Probleme mit Eigentumsfragen, Marketing und Kreditvereinbarungen standen der Produktion unmittelbar nach dem Krieg 1999 im Weg.³⁴⁸ Im Jahr 2005 beschäftigte die Weinfabrik 300 Arbeiter und produzierte Brandy und Wein aus über 800 ha Weingärten, die zur Fabrik gehören. Die mögliche Verarbeitungskapazität betrug jährlich 20.000 Tonnen. Nach der Privatisierung des Unternehmens wird eine Steigerung der Beschäftigtenzahl erwartet.

Die „Schweppes-Fabrik“ mit etwa 85 Beschäftigten produzierte alkoholfreie Getränke mit einer jährlichen Produktionskapazität von 80.000 Hektolitern. Auch dieses Unternehmen wurde privatisiert und reorganisiert.³⁴⁹

Weitere wichtige Arbeitgeber waren, neben dem öffentlichen Dienst, die Schuhfabrik Solid mit etwa 100 Beschäftigten und das Unternehmen Ben-Af.³⁵⁰ In den Jahren nach dem Krieg 1999 vermehrten sich Kleinunternehmen wie Autowerkstätten, Möbelhersteller, Holz- und Metallverarbeitung sowie Restaurants sprunghaft.³⁵¹ Im Jahr 2005 waren 1594 Firmen in der Gemeinde Suhareka registriert.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist der bedeutendste Wirtschaftszweig in der Gemeinde Suhareka. Mit 54 % bzw. 19.377 ha wird mehr als die Hälfte des Gemeindegebietes von landwirtschaftlichen Flächen eingenommen, 42 % bzw. 15.074 ha sind Wälder. Das Gebiet von Suhareka weist die meisten Sonnentage auf und ist das Wärmste im Kosovo. Diese klimatischen Bedingungen und die Wasserversorgung begünstigen die Landwirtschaft und insbesondere den Weinbau und die Gemüsezuucht.

Auf den insgesamt über 12.000 ha Ackerland werden hauptsächlich Getreide (Weizen, Mais, Hafer, etc.) angebaut. Der Anteil des Getreideanbaus ist in den letzten Jahren jedoch zugunsten des Gemüseanbaus zurückgegangen, hier ist vor allem ein starker Anstieg der Glashauszuucht zu verzeichnen. Zu den am meisten kultivierten

³⁴⁷ Vgl.: OSCE (2006): Municipal Profile: Suva Reka/Suhareke und SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Municipal Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

³⁴⁸ Vgl.: OSCE (2000): Municipal Profile: Suva Reka/Suhareke und OSCE (2001): Municipal Profile: Suhareke/Suva Reka und SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Municipal Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

³⁴⁹ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie und SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Municipal Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

³⁵⁰ Vgl.: OSCE (2006): Municipal Profile: Suva Reka/Suhareke

³⁵¹ Vgl.: OSCE (2000): Municipal Profile: Suva Reka/Suhareke und OSCE (2001): Municipal Profile: Suhareke/Suva Reka

Gemüsesorten zählen Paprika, Tomaten und Zwiebel. Das Klima bietet auch sehr gute Voraussetzungen für den Obstbau, v.a. Äpfel, Zwetschken, Birnen und Nüsse.

Suhareka ist bekannt für den Weinbau, durch den Krieg 1999 wurde jedoch ein Großteil der Weingärten zerstört. Die meisten Weingärten wurden jedoch wieder revitalisiert und auch neue Flächen mit Weinstöcken bepflanzt. Der Weinbau und die Verarbeitung der Trauben werden aufgrund des milden Klimas, der guten Böden, die eine gute Qualität der Trauben mit hohem Zuckergehalt als auch eine hohe Produktivität ermöglichen, sowie des Know-hows der Bauern, als wesentliches Potenzial für die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde gesehen.

Mehr als die Hälfte des Waldes ist in öffentlichem Besitz. Der überwiegende Teil des Waldes ist Mischwald, der Rest Nadelwald. Der Großteil des Waldes ist in einem schlechten Zustand und die Hauptnutzung erfolgt durch die Dorfbewohner in Form von Brennholz und Holzkohle.

Auch im Bereich der Viehzucht gab es große Einbrüche durch den Krieg 1999. So hat sich etwa der Viehbestand von ca. 15.000 Tieren halbiert. Bei den Haustieren dominieren Rinder, Schafe, Ziegen, Pferde und Geflügel. Hühnerzucht für den Eigenbedarf wird von nahezu jeder Familie betrieben. Mit den Blumenwiesen und Akazienbäumen bietet Suhareka sehr gute Bedingungen für die Bienenzucht. Im Jahr 2001 wurde ein Bienenzuchtverein gegründet, 2004 gab es bereits 1.200 Bienenstöcke in Suhareka.³⁵²

Naturraum

Naturräumliche Gegebenheiten

Die Gemeinde Suhareka ist von einem abwechslungsreichen Landschaftsbild geprägt, da die mittlere Höhenlage und das Kontinentalklima eine gute Grundlage für eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt ermöglichen. Sie ist von hohen Bergen umgeben, im Nordwesten von den Pagarusha und Temeqina Bergen mit einer Höhe von 796 bis 828 m, im Norden von den Carraleva Bergen mit 922 bis 1048 m, im Osten von den Jezerci Bergen mit 1.677 m und im Südosten von den Sharri Bergen mit 2.092 m. Im Westen schließt die Ebene von Prizren an. Die Sharri Berge sind aufgrund der diversen Fauna und Flora als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen.³⁵³

Das Flussnetz ist relativ weitläufig, der Wasserstand variiert jedoch sehr stark mit den Jahreszeiten. Meist führen die Flüsse eine geringe Wassermenge und trocknen in den Sommermonaten nahezu aus. In Jahren mit häufigen Niederschlägen und hoher Schneeschmelze ist die Wassermenge hoch und es besteht die Gefahr von Überschwemmungen.

³⁵² Vgl.: UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002–2004 und SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Municipal Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

³⁵³ Vgl.: MINISTRY OF ENVIRONMENT AND SPATIAL PLANNING, THE INSTITUTE OF SPATIAL PLANNING, THE MUNICIPAL ASSEMBLY – SUHAREKA (2005): Municipality of Suhareka, Spatial Analysis

Zu den 12,52 % Grün- und Freiflächen in der Stadt Suhareka zählen der Park am Fluss Suhareka sowie das Uferbegleitgrün, der 1999 War Memorial Park, die zahlreichen Spiel- und Sportplätze sowie landwirtschaftliche Flächen und Weingärten.³⁵⁴

Bodengüte

Etwa ein Drittel der Böden in der Gemeinde Suhareka gehören den drei besten Bodengüteklassen (1–3) an. 20 % fallen in die Kategorien 4 und 5. Böden dieser Kategorie bedürfen intensiver Pflegemaßnahmen für eine Bewirtschaftung. Die restlichen 50 % entsprechen den Güteklassen 6, 7 und 8, bei welchen es sich vorwiegend um erosionsgefährdete Gebirgsflächen handelt.³⁵⁵

4.1.4. Kapazitäten und Strukturen der Stadtentwicklungsplanung in Suhareka

Kapazitäten der Gemeindeverwaltung und der Stadtplanung

Administrative Strukturen der Gemeinde Suhareka – Stadt- und Gemeindeverwaltung

Wie bereits im ehemaligen Jugoslawien bildeten auch nach dem Krieg 1999 wieder die Gemeinden/Verwaltungsbezirke (Municipalities) die wesentlichen Einheiten der lokalen Selbstverwaltung.³⁵⁶

Die Gemeinde Suhareka umfasst die acht Gemeinden Suhareka Stadt, Mushtisht, Studencane, Duhel, Nishor, Bukosh, Muhlan und Gijnoc und entspricht damit größtmäßig im Vergleich zu Österreich eher einem politischen Bezirk.³⁵⁷ Suhareka war unter den ersten Gemeinden in denen im Jahr 1999 regionale Administratoren der Vereinten Nationen die Kontrolle der Verwaltung übernommen haben. *„Suhareke/Suva Reka was the first Municipality in Kosovo in which the parallel structure appointed by the Thaci ‘government’ was dismantled by the UN. This occurred on 8 October 1999 when newly arrived UN Municipal Administrator (UNMA) forced out the self-styled ‘Mayor’“.*³⁵⁸

In der UNMIK Regulation 2001/9 wurden die konstitutionellen Rahmenbedingungen für die provisorische Selbstverwaltung des Kosovo festgelegt und der „Verwaltungsapparat“ mit allen Rechten und Pflichten definiert. Bei den allgemeinen Erläuterungen wurden unter Punkt 1.3 die Gemeinden als die grundlegenden räumlichen Einheiten für die lokale Selbstverwaltung eingesetzt: *“Kosovo is composed of municipalities, which are the basic*

³⁵⁴ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie und SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Urban Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

³⁵⁵ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie und SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Municipal Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

³⁵⁶ Vgl.: KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien

³⁵⁷ Vgl.: UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002–2004

³⁵⁸ OSCE (2001): Municipal Profile: Suhareke/Suva Reka, S.3

*territorial units of local self-government with responsibilities as set forth in UNMIK legislation in force on local self-government and municipalities in Kosovo.*³⁵⁹ Den Gemeinden wurden im Sinne eigenständiger Gebietskörperschaften Aufgaben und Pflichten durch die UNMIK Regulation zugesprochen.

Die rechtliche Basis für die Selbstverwaltung der Gemeinden im Kosovo bildete die UNMIK Regulation 2000/45 – Richtlinien für die Selbstverwaltung der kosovarischen Gemeinden. Den Gemeinden wurde mehr Verantwortung übertragen, es fand aber gleichzeitig auch eine Unterstützung durch die UNMIK statt, indem alle Entscheidungen einer Zustimmung der UNMIK bedurften. In Kapitel 1, Absatz 3 wurden den Gemeinden unter anderem folgende raumplanungsrelevante Zuständigkeiten zugeordnet:

- „(a) *Providing basic local conditions for sustainable economic development;*
- (b) Urban and rural planning and land use;*
- (c) Licensing of building and other development;*
- (d) Local environmental protection;*
- (e) The implementation of building regulations and building control standards;*
- (f) Service provision in relation to local public utilities and infrastructure including water supply, sewers and drains, sewage treatment, waste management, local roads, local transport, and local heating schemes;*
- (g) Public services including fire and emergency services;*
- (h) Management of municipal property;*
- (i) Pre-primary, primary and secondary education;*
- (j) Primary health care;*
- (k) Social services and housing;*³⁶⁰

Im Herbst 2000 wurde auf Basis der von der OSZE organisierten und überwachten Wahlen die Gemeindevertretung von Suhareka gebildet. Herr Uke Bytyci wurde zum Bürgermeister von Suhareka gewählt. Die Gemeindevertretung setzt sich aus der Gemeindeversammlung (Municipal Assembly) als Legislative und dem Verwaltungsrat (Administrative Board of Directors) als Exekutive zusammen.

Die Gemeindeversammlung von Suhareka bestand im Jahr 2000 aus 41 Mitgliedern. Mit 30 Mandaten lag die Mehrheit bei der LDK (Democratic League of Kosovo). Parallel zur kosovarischen Legislative agierte die UNMIK-Verwaltung, welche intern in die Zuständigkeitsbereiche Finanz- und Rechnungswesen, Buchhaltung und Gesundheit, Soziales, Kultur und Bildung, gegliedert war.

Der Verwaltungsrat bestand aus den 11 Abteilungsdirektoren (Bildung, Landwirtschaft und Viehzucht, Wirtschaft, Finanzen und Handel, Stadtplanung, Gesundheit, soziale Sicherheit und Menschenrechtsangelegenheiten, Allgemeine Administration, Aufbau, Planung und Entwicklung, Kataster und Geodäsie, Zivil- und Umweltschutz, Recht und Eigentum, Kultur, Sport und Jugend), die ebenfalls gemäß dem Wahlergebnis politisch

³⁵⁹ UNMIK/REG/2001/9 Regulation No. 2001/9 on a Constitutional Framework for Provisional Self-Government in Kosovo, S.9

³⁶⁰ UNMIK/REG/2000/45 Regulation No. 2000/45 on Self-Government of Municipalities in Kosovo, Kapitel 1, Absatz 3

besetzt wurden, und drei obligatorischen Komitees (Komitee für Politik und Finanzen, Komitee der Gemeinde, Schlichtungskomitee).³⁶¹ Bürgermeister Uke Bytyci wurde einen Tag nach den Gemeindewahlen 2002 getötet, sein Nachfolger war Herr Sali Asllanaj.³⁶²

In den Wahlen vom November 2007 verlor die LDK die absolute Mehrheit und musste eine Koalition mit der LDD (Democratic League of Dardania) eingehen. Herr Sali Asllanaj wurde als Bürgermeister wiedergewählt. Es wurden zwei legislative Komitees gebildet, das Komitee für Politik und Finanzen und das Komitee der Gemeinde. Der Verwaltungsrat bestand aus 9 Abteilungsdirektoren.³⁶³

Struktur der Stadtplanungsabteilung

„Das Direktorium für Stadtplanung ist für die Erarbeitung, Koordinierung und Umsetzung sämtlicher städtebaulicher Aufgaben und Planungen zuständig.“³⁶⁴

Der Aufgabenbereich der Stadtplanungsabteilung umfasst die Steuerung und Koordination der Stadterweiterungen in Bezug auf Wohnhäuser, Gemeindebauten und öffentliche Gebäude. Dazu gehören auch die Erstellung der städtebaulichen Rahmenbedingungen, die Überprüfung ihrer Einhaltung, die Bearbeitung von Anträgen in diesem Zusammenhang und das Vergeben von Baubewilligungen. Das Direktorium für Stadtplanung übernimmt auch die fachspezifische Koordination mit diversen Institutionen und Organisationen. Die Wahrung des kulturellen Erbes sowie des städtebaulichen Erscheinungsbildes der Stadt und der Gemeinde fallen ebenfalls in die Zuständigkeit der Stadtplanungsabteilung.³⁶⁵

In der Nachkriegszeit war das Direktorium für Stadtplanung mit großen Schwierigkeiten konfrontiert, da keine bzw. nur veraltete Planungsgrundlagen für die städtebauliche Entwicklung vorhanden waren, denen aufgrund der starken Zerstörung ein großer Siedlungsdruck in Bezug auf Neubau- und Renovierungsprojekte gegenüberstand. Obwohl die Stadtplanungsabteilung versuchte, den Stadtentwicklungsplan aus dem Jahr 1986 und die städtebaulichen Detailpläne weiterhin umzusetzen, nutzten viele Investoren die Möglichkeit, beispielsweise Tankstellen und Schwimmbäder aber auch private Wohnhäuser ohne Baubewilligung, willkürlich auch außerhalb der

³⁶¹ Vgl.: UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002–2004

³⁶² Vgl.: INSTITUTE FOR WAR & PEACE REPORTING: LDK Takes a Stand on Kosovo Violence, <http://iwpr.net/print/report-news/ldk-takes-stand-kosovo-violence> (Stand: 22.10.2012)

³⁶³ Vgl.: OSCE (2009): Suhareke/Suva Reka Municipal Profiles, <http://www.osce.org/kosovo/13131> (Stand: 5.7.2011)

³⁶⁴ INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Brief des Direktors für Stadtplanung, DI Ramush Hajdari, Mai 2002

³⁶⁵ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung Stadtplanung Suhareka am 26.4.2002

Stadtentwicklungsgebiete zu errichten.³⁶⁶ Die Standortwahl von Bauprojekten für öffentliche Zwecke wurde stark von den Spenderorganisationen beeinflusst, fachliche Kriterien spielten nur eine untergeordnete Rolle. Eine städtebauliche Konzeption bzw. Planung für den Wiederaufbau und Neubau fehlte, sodass eine massive Ausdehnung der Stadt insbesondere an den Ausfallsstraßen zu beobachten war.³⁶⁷ Eine Konsequenz daraus war, dass das tatsächliche Siedlungsgebiet im Jahr 2002 über das vom Stadtentwicklungsplan 1986 erfasste Gebiet hinausging und für diesen Bereich somit keine Entscheidungsgrundlage für Bauanträge zur Verfügung stand.³⁶⁸ Aufgrund der oftmaligen Änderungen des Stadtentwicklungsplanes 1986 hatte dieser allerdings keine durchgängige Richtlinie mehr geboten.³⁶⁹

Die Prioritäten der Stadtverwaltung lagen Anfang der 2000er Jahre im Bereich der Erschließung neuer Siedlungsgebiete und der Umfahrungsstraße.³⁷⁰ Durch das Lobbying der Stadtverwaltung hatte sich in der Öffentlichkeit zwar mittlerweile das Bewusstsein gebildet, dass Planung notwendig ist, die Verhaltensweise hatte sich dem jedoch noch nicht angepasst und etwa 40 % der Gebäude wurden ohne Genehmigung errichtet.³⁷¹

Das Ministerium für Umwelt und Raumplanung sah das größte Problem in Bezug auf die Stadtplanung im Kosovo in der illegalen Bautätigkeit, die nach Ansicht des Ministeriums auf ein Fehlen von Bebauungsplänen in den Städten zurückzuführen war.³⁷² Für den Bürgermeister von Suhareka lagen die wesentlichsten Herausforderungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Stadt und Gemeinde Suhareka in der ungeplanten

³⁶⁶ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Brief des Direktors für Stadtplanung, DI Ramush Hajdari, Mai 2002

³⁶⁷ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

³⁶⁸ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Brief des Direktors für Stadtplanung, DI Ramush Hajdari, Mai 2002

³⁶⁹ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung Municipality Suhareka am 26.4.2002

³⁷⁰ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung Stadtplanung Suhareka am 26.4.2002

³⁷¹ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung UNMIK Suhareka am 26.4.2002

³⁷² Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung Ministerium für Umwelt & Raumplanung am 30.4.2002

Entwicklung und der illegalen Siedlungstätigkeit, der mangelhaften Technischen Infrastruktur (insbesondere Abwasserentsorgung und Wasserversorgung) und den teilweise noch ungeklärten Eigentumsverhältnissen. Als Lösungsansätze bezeichnete er Entwicklungsszenarien und Richtlinien für die zukünftige Entwicklung sowie ein Enteignungs- und Entschädigungsbudget zur Lösung der Eigentumsfrage.³⁷³

Die Erstellung eines neuen Stadtentwicklungsplanes war somit eine dringend notwendige Maßnahme, um in Zukunft eine kontrollierte und gesteuerte Stadterweiterung in Suhareka umsetzen zu können. Der Stadtentwicklungsplan sollte die zukünftige Entwicklung der Stadt in allen Sachbereichen umfassen und eine Basis für die Gesamtentwicklung Suharekas in den nächsten 20–30 Jahren bilden. Die Einbeziehung der Bevölkerung in den Planungsprozess war aus der Sicht des Bürgermeisters wünschenswert und notwendig.³⁷⁴

Der Stadtplanungsdirektor sah in der kontrollierten Stadterweiterung, der Legalisierung von illegalen Bauten, der Schaffung und Instandhaltung eines funktionierenden Straßennetzes und dem Schutz und der Bewahrung historischer Monumente wesentliche Punkte für den Stadtentwicklungsplan.³⁷⁵ *„Wir hoffen, dass das Institut für Städtebau und Raumplanung der Technischen Universität Wien uns bei der Ausarbeitung und Realisierung eines derartig umfangreichen Projektes behilflich sein wird. Diese Unterstützung würde nicht nur die zukünftige Entwicklung der Stadt gewährleisten, sondern auch eine Bereicherung für uns im Sinne eines Lernprozesses anhand österreichischer Planungskultur bedeuten.“*³⁷⁶

Ausstattung und Grundlagendaten für die Stadtentwicklungsplanung

Kartengrundlagen, statistisches Material und andere Grundlagendaten sowie die entsprechende EDV-Ausstattung zur Bearbeitung dieser Daten stellen eine wichtige Basis für die Stadtentwicklungsplanung und deren Umsetzung dar.

Zu den wichtigsten Grundlagen für die örtliche Raumplanung zählt der Kataster als universelle und rechtsverbindliche Planungsgrundlage. Im Kosovo obliegt die

³⁷³ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung Municipality Suhareka am 26.4.2002

³⁷⁴ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung Municipality Suhareka am 26.4.2002

³⁷⁵ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Brief des Direktors für Stadtplanung, DI Ramush Hajdari, Mai 2002

³⁷⁶ INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Brief des Direktors für Stadtplanung, DI Ramush Hajdari, Mai 2002 (Übersetzung DI Skender Kosumi)

Katasterführung der Katasterzentrale in Pristina. In der Gemeinde Suhareka erfolgt die Bearbeitung durch das örtliche Katasteramt in Suhareka.

Suhareka verfügte über eine analoge Katastermappe mit Stand 1959. Diese wurde in gescannter Form als digitale Planungsgrundlage verwendet. Der analoge Kataster enthält unter anderem folgende Informationen: Grundstücksgrenzen, Grundstücksnummern, Gebäude, Nebengebäude, Brunnenstandorte (nicht flächendeckend), Mauern an Grundstücksgrenzen (nicht flächendeckend), Baumbestand (teilweise in öffentlichen und privaten Grün- und Freiflächen), Höhenlinien bzw. sonstige wichtige topographische Elemente (Bruchkanten, etc.). Teile des Katasterplans wurden bereits digitalisiert, die Übereinstimmung zwischen dem Planstand und der Realität beträgt jedoch nur etwa 15 %. Der tatsächliche Gebäudebestand wurde nur unzureichend und die Flächennutzung überhaupt nicht erfasst. Zudem waren die Eigentumsverhältnisse teilweise ungeklärt.³⁷⁷ In dieser Form kann der Kataster nicht brauchbar als Plangrundlage verwendet werden.

Grundlagenpläne und empirische Daten zu städtebaulich relevanten Sachbereichen, wie beispielsweise Verkehr, Grünraum und soziale und technische Infrastruktur, fehlten ebenso. Für einige Teilbereiche gab es analoge Leitungspläne, jedoch nur in unzureichender Qualität. Statistisches Datenmaterial als Grundlage für die städtische Entwicklungsplanung war nur aus der Periode vor dem Krieg 1999 vorhanden. Nach dem Krieg hat die erste Volkszählung im Jahr 2011 stattgefunden, im Zeitraum davor war man auf Schätzungen und Hochrechnungen angewiesen. Dabei bilden gerade in einer so dynamisch wachsenden Gesellschaft wie der kosovarischen beispielsweise Daten zur Bevölkerungsentwicklung und darauf aufbauende Prognosen eine wichtige Planungs- und Entscheidungsgrundlage für die kommunale Entwicklungsplanung.

Die Gemeinde verfügte nach dem Krieg 1999 weder personell noch EDV-technisch über ausreichende Kapazitäten, um diese fehlenden Grundlagendaten zu erheben bzw. soweit EDV-technisch aufzubereiten, dass sie für die Stadtplanung sinnvoll nutzbar wären. Der Einsatz von Geographischen Informationssystemen (GIS) war in der Stadtplanung Suhareka nicht möglich, da zum einen die Hardwarevoraussetzungen nicht gegeben waren und zum anderen auch für den Ankauf der dafür notwendigen Software kein Geld zur Verfügung stand.

Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau durch internationale Organisationen

Im Rahmen der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit nach dem Krieg 1999 wurden von unterschiedlichen Organisationen Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau unter anderem im Bereich der Stadtverwaltung und Stadtplanung durchgeführt.

³⁷⁷ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung Katasterzentrale Pristina am 29.4.2002

UNDP: „Strengthening Municipal Capacities in Development Management and Service Provisions“ (LoGo-1)

Im Rahmen des Entwicklungshilfeprogrammes der Vereinten Nationen (UNDP) wurde der Kapazitätsaufbau der Behörden mit dem Programm „Strengthening Municipal Capacities in Development Management and Service Provisions“ (LoGo-1) unterstützt. Ziel des Programms war das Training von Mitarbeitern der Gemeinden, die in den Planungsprozess involviert sind. Auch die Gemeinde Suhareka hat an dem Programm teilgenommen, um die bestehenden Herausforderungen in der Planung zu bewältigen. Das von der Gemeinde ernannte Planungsteam hat nach Absolvierung eines Trainings Daten und Informationen von verschiedensten kommunalen, nationalen und internationalen Organisationen als Grundlage für ein Gemeindeprofil gesammelt. Die Entwicklungskomitees der einzelnen Dörfer stellten lokale Informationen zur Verfügung und wurden so in den Erstellungsprozess miteinbezogen. Endprodukt des Programmes war das Dokument „Municipal Development Agenda 2002–2004“, das strategische Ziele für die wirtschaftliche, soziale und institutionelle Entwicklung der Gemeinde für den Zeitraum 2002–2004 festlegte und damit ein grundlegendes Planungsinstrument für die Stadtverwaltung darstellte.³⁷⁸ Die LoGo-Projekte hatten keinen längerfristigen, fortlaufenden Charakter und liefen Anfang des Jahres 2002 aus.³⁷⁹

Municipal Development Agenda:

Die „Municipal Development Agenda 2002-2004“ für die Gemeinde Suhareka war ein strategisches Dokument, welches im Rahmen des LoGo-Programmes des UNDP und der UNOPS (United Nations Office for Project Services) von der Stadtverwaltung Suhareka, gemeinsam mit der UNMIK erstellt wurde. Sie besaß keinen rechtlichen Status, wurde allerdings von der Stadtverwaltung im April 2002 beschlossen und von der UNMIK als strategisches Planungsdokument anerkannt und unterstützt. Der im Jahr 2002 amtierende Bürgermeister von Suhareka, Uke Bytyqi, fasste die Bedeutung des Dokuments wie folgt zusammen: *“This is the first time our Municipality has created a „Development Agenda“ and we hope that it will assist the overall economical, social and institutional development of the Municipality.”*³⁸⁰

Das Entwicklungsdokument formulierte mittel- und langfristige Strategien für verschiedene Sachbereiche sowie einige Ziele und Maßnahmen. Die Ziele wurden auf Basis einer sachbereichsbezogenen Grobanalyse verfasst, wobei der Konkretisierungsgrad der Aussagen und Strategien in den verschiedenen Sachbereichen sehr stark variierte. Mit der Ausarbeitung dieses Dokumentes wurde ein wichtiger Schritt zum Aufbau einer Stadtentwicklungsplanung gesetzt, da zum ersten Mal Strategien und sogar Ziele und

³⁷⁸ Vgl.: UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002-2004

³⁷⁹ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung UNMIK Suhareka am 26.4.2002

³⁸⁰ UNMIK: Municipality of Suhareka/Suva Reka – Development Agenda 2002-2004, Suva Reka, April 2002, S.3

Maßnahmen formuliert wurden. Der erste Schritt zur Umsetzung der Agenda wurde durch die Approbation von Stadtverwaltung und UNMIK getätigt.

Geplante Projekte der Municipal Development Agenda 2002-2004 der Gemeinde Suhareka:

Im Anhang der Municipal Development Agenda wurde eine Reihe von Projekten zu den Sachbereichen Industrie, Unternehmen, Landwirtschaft, Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Umwelt und soziale Sicherheit, Schulungen und Bewusstseinsbildung angeführt. Für diese Projekte existierten jedoch größtenteils weder ein konkreter Projektentwurf noch ein Finanzierungsplan. Die nachfolgende exemplarische Aufzählung konzentriert sich auf Projekte für die Stadt Suhareka.

Im industriellen Sektor wurden vor allem Sanierungen und die Wiederaufnahme des Betriebs von größeren Industriebetrieben angeführt, für die es zum Teil bereits private Interessenten gab bzw. Verhandlungen mit der EU bezüglich Finanzierung geführt wurden. Für Trainingsmaßnahmen und technische Unterstützungen für einen Betrieb bestand eine Finanzierungszusage des UNDP-Pristina. Weiters war die Entwicklung einer Industriezone unter Zuziehung von ausländischen Experten vorgesehen, wobei es hierfür noch kein Budget gab. Bezüglich der Unternehmen gab es bis auf die Hinweise, dass ein „advice center for business“ innerhalb der Stadtverwaltung gut wäre und Unternehmungsgründungen von Klein- und Mittelunternehmungen gefördert werden sollten, keine konkreten Projektvorschläge.

Im Bereich der Landwirtschaft wurde ein „Agricultural Recovery Fund“ vorgesehen, welcher von der UNOPS ins Leben gerufen wurde und für den auch entsprechende Geldgeber gefunden werden sollten.

Bezüglich Infrastruktur gab es mehrere Projektvorschläge mit Finanzierungsplan jedoch noch ohne Geldgeber, wie beispielsweise Asphaltierungsprojekte für die gesamte Gemeinde, die Errichtung bzw. die Verbesserung des Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungssystems und die Errichtung eines Stausees in Dragac.

Im Bildungsbereich wurden mehrere Projekte zur Errichtung von Grundschulen in den Dörfern angeführt, die zum Teil auch mit einem Finanzierungsplan ausgestattet waren. Im Bereich Gesundheitswesen bestanden einige allgemeine Ideen, jedoch keine konkreten Vorschläge oder potentielle Geldgeber. An weiterer sozialer Infrastruktur waren der Wiederaufbau des abgebrannten Kulturzentrums und die Errichtung einer neuen Stadtbücherei inklusive Bücherausrüstung sowie einige Projekte für die gesamte Gemeinde angeführt, Finanzierungspläne waren vorhanden, jedoch keine Geldgeber.

Im Bereich Schulungen und Bewusstseinsbildung fanden sich zwei für den Aufbau einer Stadtentwicklungsplanung sehr wesentliche Projektvorschläge, die im Rahmen von Fortbildungsmaßnahmen umgesetzt wurden:

- Das erste Projekt war ein Training für Stadtplanungsdirektoren und Direktoren der Abteilung Planung und Entwicklung. Dieses Trainingsprogramm war eine theoretische Schulung aller Direktoren des Kosovos und wurde im Rahmen des LoGo Projektes von UN-Habitat finanziert und ausgeführt.

- Der zweite Projektvorschlag behandelte ein Training im Bereich der Stadtentwicklungsplanung für Bedienstete der Kommunalverwaltung. Dieses Projekt ging Hand in Hand mit Training für die Stadtplanungsdirektoren und wurde ebenfalls von UN-Habitat im Rahmen eines „Urban Planning Project“ finanziert und durchgeführt.³⁸¹

„UN-Habitat Urban Planning and Management Programme in Kosovo“

Mit dem „UN-Habitat Urban Planning and Management Programme in Kosovo“ führte UN-Habitat ein 18monatiges Training für Stadtplaner aller 30 kosovarischen Gemeinden durch, das von den Niederlanden finanziert wurde. Der Schwerpunkt des Trainingsprogramms lag in der Unterstützung der Gemeinden beim Aufbau der Stadtplanung.³⁸² Gert Ludeking von UN-Habitat bezeichnete das Training zu diesem Zeitpunkt als die wichtigste Entwicklungsmaßnahme, da die Gesellschaft im Kosovo jener der 1960er Jahre in Mitteleuropa entsprach.³⁸³

Der erste Workshop wurde Mitte Mai 2002 abgehalten, die Teilnehmerzahl betrug etwa 80 Personen. Von der Stadtgemeinde Suhareka nahmen drei Mitarbeiter der Planungsabteilung (Ramush Hajdari, Hanife Behluli-Alimusa und Nexhmije Loshi-Durmishi) an dem Ausbildungsprogramm teil. Ziel des Trainingsprogramms war es, die Planer aus den Stadtplanungsabteilungen zu befähigen, nach bestimmten Kriterien ein eigenes Stadtentwicklungsprogramm erarbeiten zu können, wobei UN-Habitat dabei nach eigenen Aussagen einen eher theoretischen Ansatz verfolgte.

Das Training, das sich aus 11 mehrtägigen Workshops, Training on the Job in den Gemeinden und Studienreisen ins Ausland zusammensetzte, war in vier Phasen geteilt. Phase 1 beschäftigte sich mit Bestandsaufnahme und -analyse (Urban Situation Analysis). In Phase 2 ging es um nachhaltige Stadtentwicklungsplanung (Sustainable Urban Development Planning) und in Phase 3 um die nachhaltige Maßnahmenplanung (Sustainable Neighbourhood Action Planning). Die vierte Phase widmete sich der Umsetzung und dem Management von Entwicklungsprojekten (Implementation & Management of Development Projects).

Als Resultat der vier Phasen sollten – neben einer Reihe von Stadtentwicklungsplänen – in erster Linie Stadtplaner ausgebildet werden, welche die Kapazitäten und das methodische Rüstzeug für die Planung von Stadtentwicklungsmaßnahmen und deren Umsetzung haben. Damit sollte einerseits die Abhängigkeit von externer Unterstützung

³⁸¹ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

³⁸² Vgl.: UN-HABITAT (2002): Urban Planning and Management Programme in Kosovo, Training Program for Urban Planning and Management Framework, Training Manuals and Workshop Programs

³⁸³ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung EAR & HABITAT am 30.4.2002

und Expertise reduziert werden und gleichzeitig die Qualität von Projektvorschlägen für lokale und internationale Geldgeber verbessert werden.³⁸⁴

Stadtentwicklungsplanung in Suhareka seit 1999

Nothilfeprojekte im Kontext Stadtentwicklungsplanung

Nach der Beendigung des Krieges 1999 führten die unterschiedlichsten Organisationen in Suhareka wie im gesamten Kosovo eine Vielzahl von Nothilfeprojekten in verschiedenen Sektoren durch. Viele dieser Projekte – insbesondere in der Phase des Wiederaufbaus – zeigten einen starken Bezug bzw. Einfluss auf die unterschiedlichen Bereiche der Stadtentwicklungsplanung.

Eine – auch nur überblicksmäßige – vollständige Aufzählung aller Organisationen und umgesetzten Projekte ist aufgrund der Fülle an unterschiedlichen Aktivitäten an dieser Stelle nicht möglich. So waren beispielsweise gemäß den Aufzeichnungen des 1. Einsatzkontingentes KFOR CIMIC-Bataillon allein im September 2000 35 internationale NGOs in der Gemeinde Suhareka tätig. Ihre Hauptaufgaben im Kosovo umfassten überwiegend die Versorgung mit Nahrungsmitteln (Food Distribution, 5 NGOs), grundlegende medizinische und Gesundheitsversorgung (Health & Medical, 10 NGOs), Schaffung von Unterkünften (Shelter, 19 NGOs), Gemeindedienstleistungen (Community Services, 12 NGOs), Sicherheit (Protection, 2 NGOs), Wasserver- und Abwasserentsorgung (Water and Sanitation, 5 NGOs), Bildung (Education, 6 NGOs), Landwirtschaft (Agriculture, 7 NGOs), Entminung (Demining, 2 NGOs), wirtschaftlicher Wiederaufbau (Economic Revitalisation, 1 NGO), Konfliktlösung (Conflict Management, 1 NGO) und weitere Maßnahmen (Non Food, 8 NGOs).³⁸⁵

Aus diesem Grund werden hier exemplarisch die Aktivitäten von CIMIC und der European Agency for Reconstruction aufgrund ihrer besonderen Relevanz für die Stadtentwicklungsplanung in Suhareka herausgegriffen.

CIMIC:

Das CIMIC Team des österreichischen Bundesheers, das seit Oktober 1999 in Suhareka im Einsatz war, hatte aufgrund der systematischen Zerstörungsaktionen im vorangegangenen Krieg über die Sicherung des Überlebens der Bevölkerung im Rahmen von Nothilfemaßnahmen hinaus, die Unterstützung von Wiederaufbaumaßnahmen zum Auftrag. Diese Unterstützung des Wiederaufbaus im Rahmen von militärischen Hilfsaktionen sollte in engem Kontakt mit der Zivilbevölkerung, mit in- und ausländischen Hilfsorganisationen, mit der UNO und anderen militärischen Streitkräften erfolgen.³⁸⁶

³⁸⁴ Vgl.: UN-HABITAT (2002): Urban Planning and Management Programme in Kosovo, Training Program for Urban Planning and Management Framework, Training Manuals and Workshop Programs

³⁸⁵ Vgl.: 1. EINSATZKONTINGENT KFOR CIMIC-BATAILLON (2000): Berichte zur Flüchtlingsrückkehr, Municipality No. 24 Suva Reka

³⁸⁶ Vgl.: BMLV: Aktenvermerk betreffend Kosovo / Suva Reka – Notinstandsetzung kommunaler Einrichtungen: Hilfestellung für die Möglichkeit zur gezielten Vorgangsweise hinsichtlich einer städtebaulichen Konzeption vom 1.6.2001

Gemäß Oberst Graf vom deutschen CIMIC Team im Prizren umfassten die allgemeinen Operationsfelder des CIMIC-Teams im Jahr 2002:

- „Mitwirkung beim Wiederaufbau von Häusern, Schulen & der lokalen Infrastruktur
- Erkundung von Gemeinden
- Auf- und Ausbau der Wirtschaftsberatung und Existenzgründung (vor allem deswegen,
- da die rege Bautätigkeit aufhören wird). Es werden z.B. Seminare für Kleinunternehmen
- in den Gemeinden angeboten (allgemeines Steuerrecht, alternative Energien usw.).
- Zusammenarbeit mit NGOs
- Humanitäre Hilfe, welche auch weiterhin einen sehr wichtigen Bestandteil bilden wird.³⁸⁷

Insbesondere nach Beendigung der Soforthilfephase und dem Rückzug nahezu aller NGOs aus dem Kosovo bzw. der Gemeinde Suhareka wurden Hilfsersuchen der Bevölkerung von Suhareka, die zum Teil immer noch unter prekären Lebensumständen litt, überwiegend an CIMIC herangetragen. Ende des Jahres 2001 wurden allein im österreichischen Verantwortungsbereich bis zu 100 Hilfsersuchen wöchentlich beim CIMIC-Center von AUCON/KFOR in Suhareka eingebracht. Dabei handelte es sich zumeist um Problemstellungen des Wiederaufbaus, wie der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung oder der Schaffung von Perspektiven für die Jugend.³⁸⁸

Diese Aufgaben konnten vom österreichischen Bundesheer allein nicht gelöst werden. Um der Bevölkerung koordiniert helfen zu können und die teilweise chaotischen Entwicklungen in den Griff zu bekommen, war eine enge koordinierte Zusammenarbeit zwischen dem Bundesheer, den Hilfsorganisationen und dem staatlichen Krisenmanagement sowohl in Suhareka als auch in Österreich notwendig.³⁸⁹

Auf Basis der an das CIMIC-Center in Suhareka herangetragenen Hilfsersuchen definierte das österreichische Bundesheer in Kooperation mit den NGOs vor Ort und in Abstimmung mit dem Bürgermeister von Suhareka mittelfristig bis langfristig zu bearbeitende Themenbereiche. Diese umfassten in erster Linie Notsanierungen von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen (z.B. Poliklinik, Mittelschule Suhareka) sowie Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Bildung (z.B. Schulbusaktion, Studentenheim Pristina), die allgemeine Unterstützung der Jugend zur Schaffung von Perspektiven (z.B. Kinderferienaktion, Jugendzentrum) sowie die Errichtung und Aufrechterhaltung von technischer Infrastruktur (z.B. Elektrische Energie, Abfallkonzept,

³⁸⁷ INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung dt. Bataillon Prizren am 27.4.2002

³⁸⁸ Vgl.: BMLV: Einladung zur Besprechung im BMA am 12.12.2001

³⁸⁹ Vgl.: BMLV: Aktenvermerk betreffend Kosovo / Suva Reka – Notinstandsetzung kommunaler Einrichtungen: Hilfestellung für die Möglichkeit zur gezielten Vorgangsweise hinsichtlich einer städtebaulichen Konzeption vom 1.6.2001

Feuerwehr, Straßenmeisterei). Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt im Jahr 2001 war die Erstellung einer Städtebaukonzeption.³⁹⁰

In einem Aktenvermerk des damaligen BMLV vom 1.6.2001 betreffend Kosovo / Suva Reka – Notinstandsetzung kommunaler Einrichtungen: Hilfestellung für die Möglichkeit zur gezielten Vorgangsweise hinsichtlich einer städtebaulichen Konzeption hält Ministerialrat Dr. Link fest: *„Nach den bisherigen Sofortmaßnahmen in der Stadt Suva Reka wären weitere städtebauliche Notmaßnahmen sinnvoller Weise im Rahmen einer Gesamtkonzeption weiterzuführen, vor allem deshalb, weil einerseits nur sehr beschränkt Geldmittel und Personal zur Verfügung stehen können, aber andererseits selbstredend EU-Fördermittel nur für genau beschriebene Projekte zur Verfügung stehen.“*³⁹¹

Die EU und die Europäische Agentur für Wiederaufbau (EAR):

Im Rahmen der UNMIK-Struktur leitete die Europäische Union Säule IV „Wiederaufbau und wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen“, in deren Kompetenzbereich auch die Unterstützung von Projekten im Bereich Stadtentwicklung fiel. Die Europäische Agentur für Wiederaufbau (EAR) war mit 136 Mio. Euro im Jahre 2002 in diesem Zeitraum der größte Förderer im Kosovo. Die Mitteldotierung wurde in den folgenden Jahren verringert, für das Jahr 2003 wurden nur mehr etwa 50 Mio. veranschlagt. Während direkt nach dem Krieg 1999 ein starker Fokus auf infrastrukturelle Maßnahmen festzustellen war, hat sich dieser Fokus im Laufe der Jahre in Richtung Kapazitätsaufbau verschoben.³⁹²

Der Municipality Fund der EAR war mit 3 Mio. Euro pro Jahr dotiert. Dieses Geld stand im Jahr 2002 in erster Linie für Kapazitätsaufbau zur Verfügung, reine Infrastrukturprojekte wurden nach Beendigung der Soforthilfephase kaum mehr umgesetzt.

Die Projekte mussten von der jeweiligen Gemeinde getragen und kofinanziert werden. UNMIK verfasste auf Anfrage der EAR eine Projektliste mit Prioritätenreihung, die EAR entschied über die Finanzierung der Projekte. Vor allem in den ersten Jahren hat es sich hier überwiegend um den Wiederaufbau von Wohnhäusern und Straßen sowie Wasserversorgungsprojekte gehandelt.³⁹³

Projekte der Stadtverwaltung im Bereich Stadtentwicklungsplanung und in relevanten Bereichen

Geplante Projekte der Stadtverwaltung Suhareka im Jahre 2002:

Das Direktorium für Planung und Entwicklung der Stadtverwaltung Suhareka hat in dem öffentlichen Investitionsprogramm der Kommunalverwaltung Projekte für die gesamte

³⁹⁰ Vgl.: BMLV: Einladung zur Besprechung im BMA am 12.12.2001

³⁹¹ BMLV: Aktenvermerk betreffend Kosovo / Suva Reka – Notinstandsetzung kommunaler Einrichtungen: Hilfestellung für die Möglichkeit zur gezielten Vorgangsweise hinsichtlich einer städtebaulichen Konzeption vom 1.6.2001

³⁹² Vgl.: EUROPEAN AGENCY FOR RECONSTRUCTION: Kosovo, <http://ec.europa.eu/enlargement/archives/ear/kosovo/kosovo.htm> (Stand: 31.8.2009)

³⁹³ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Interview EAR & HABITAT am 30.4.2002

Gemeinde für die Jahre 2002, 2003 und 2004 inklusive Kostenschätzung und Prioritätenreihung festgelegt.

Die für das Jahr 2002 geplanten Projekte umfassten ausschließlich Investition in die technische Infrastruktur und hier mit nahezu drei Vierteln des Investitionsvolumens in erster Linie Sanierungen von Verbindungsstraßen von der Stadt Suhareka in die umliegenden Dörfer. Weitere Projekte waren die Errichtung und Verbesserung von Kanal- und Wassersystemen in Dörfern und Stadtteilen von Suhareka.³⁹⁴

Im Bereich der Wasserversorgung sollten mit drei neuen Brunnenfassungen und einem Wasserreservoir die Wasserversorgung von 12 l/s auf 20 l/s angehoben und Wasserversorgungsengpässe reduziert werden. Weiters sollten die über 30 Jahre alten Wasserleitungen aus Asbest, die einen enormen Versickerungsschwund verursachten, durch Polyethylen-Rohre ersetzt werden.³⁹⁵ In den Dörfern Javor und Nishor war die Errichtung eines neuen Wassersystems und in Kosterc eines neuen Kanalsystems vorgesehen.³⁹⁶ Die Schweizer Regierung stellte 664.679 € für das Wasserversorgungssystem in der Stadt Suhareka bereit. Die österreichische Regierung stellte für die Dörfer Bllace und Vraniq insgesamt 574.180 € zur Verfügung.³⁹⁷

Im Jahr 2003 verschob sich die Priorität der Investitionen zugunsten der sozialen Infrastruktur. In den Dörfern Samadrexhe und Bllace war die Errichtung einer Grundschule vorgesehen. Die größten Investitionssummen waren aber mit Straßen (Reshtan - Semetisht - Nishor) und Kanalsystemen in den Dörfern Mushitisht und Sopi nach wie vor der technischen Infrastruktur vorbehalten.

2004 war die Errichtung eines Kulturhauses in Suhareka geplant. Dieses Projekt wies sowohl die höchste Priorität als auch die größte Investitionssumme auf. Weiters war die Errichtung von Wasserversorgungssystemen für mehrere Dörfer (Neperbisht, Sallagrazhde, Samadrexhe, Duhel, Stravoqine, Leshan, Bukosh, Grejkoc) der Gemeinde Suhareka vorgesehen.³⁹⁸

³⁹⁴ Vgl.: KOMMUNALVERWALTUNG SUVA REKA - DIREKTORIUM FÜR PLANUNG UND ENTWICKLUNG (2002): Öffentliches Programm der Investitionen – Liste von Prioritäten der Projekte für das Jahr 2002, Suhareka

³⁹⁵ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung Stadtplanung Suhareka am 26.4.2002

³⁹⁶ Vgl.: KOMMUNALVERWALTUNG SUVA REKA - DIREKTORIUM FÜR PLANUNG UND ENTWICKLUNG (2002): Öffentliches Programm der Investitionen – Liste von Prioritäten der Projekte für das Jahr 2002, Suhareka

³⁹⁷ Vgl.: UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002–2004, Suhareka

³⁹⁸ Vgl.: KOMMUNALVERWALTUNG SUVA REKA - DIREKTORIUM FÜR PLANUNG UND ENTWICKLUNG (2002): Öffentliches Programm der Investitionen – Liste von Prioritäten der Projekte für das Jahr 2002, Suhareka

Ein strategisches Hintergrunddokument zur Steuerung der Stadtentwicklung und Koordinierung der Hilfsmittel

Nach Kriegsende standen die Stadtverwaltung und insbesondere die Stadtplanungsabteilung der Gemeinde Suhareka vor zwei großen Herausforderungen: Auf der einen Seite stand die sehr dynamische Siedlungsentwicklung, die durch den notwendigen Wiederaufbau, die erwartete Rückkehr von Flüchtlingen und nicht zuletzt durch die Hilfsprojekte verschiedener Organisationen angeheizt wurde. Demgegenüber standen schwache Strukturen der Gemeindeverwaltung und Stadtplanung, fehlende Grundlagendaten, geringe finanzielle Mittel und nicht ausreichende Kapazitäten, um dieser Entwicklung zu begegnen und steuernd einzugreifen.

Die Stadtverwaltung musste sich nach 1999 vor allem auf das Katastrophenmanagement konzentrieren. Die städtebauliche Struktur war zwar noch intakt, da die Stadt Suhareka im Krieg 1999 weitgehend von starken Zerstörungen verschont geblieben war; zahlreiche Gebäude waren jedoch leicht bis mittelschwer beschädigt. Der massive Wiederaufbau und vor allem der Neubau erfolgten ohne jegliche städtebauliche Konzeption bzw. Planung. Dies hatte eine massive Ausdehnung der Stadt, insbesondere an den Ausfallstraßen und den Siedlungsrändern zur Folge. Diese Siedlungserweiterungen erfolgten ohne einen dementsprechenden Ausbau der technischen Infrastruktur. Die neu errichteten Gebäude waren größtenteils nur durch Schotterstraßen erschlossen, Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsnetze waren in diesen Bereichen keine vorhanden. In vielen Fällen war ein provisorischer, nicht genehmigter Anschluss an das Stromnetz gegeben.³⁹⁹

Massiv verstärkt wurde das städtebauliche Chaos durch die Arbeit von Hilfsorganisationen, die im Rahmen des Wiederaufbaus eine starke Bautätigkeit in der Stadt induzierten. Insbesondere bei privaten Spendern erfolgte die Auswahl der umzusetzenden Projekte ohne fachlich fundiertes und allgemein anerkanntes städtebauliches Konzept. Die Realisierung der Bauprojekte richtete sich mehr nach den Schwerpunkten und Interessen der Spender als einer tatsächlichen Bedarfsanalyse. Die Standortauswahl orientierte sich an der einfachen Verfügbarkeit des Standortes, fachlich städtebauliche Kriterien spielten eine untergeordnete Rolle. Vielfach bestand auch eine mangelnde Koordination zwischen den Organisationen (UNMIK, UN-Habitat, LoGo, etc.) und Hilfsprojekte und wurden parallel und ohne Abstimmung durchgeführt.

Schnelle Hilfe im Kontext der Nothilfe macht ein solches Vorgehen oftmals notwendig. Im Jahr 2001 waren die ärgsten Schäden jedoch bereits beseitigt und Soforthilfeprojekte nicht mehr notwendig. Nun ging es darum, langfristige Weichen für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde zu stellen und Planungsprojekte in Angriff zu nehmen.

In dieser Situation wollte die Gemeinde mit einem strategischen Hintergrunddokument ein Instrument zur Koordination der zukünftigen Hilfsmittel und damit einen Übergang von

³⁹⁹ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“

reiner Nothilfe zu langfristiger Entwicklung und zum Aufbau von Institutionen schaffen. Die Entwicklung der Stadt sollte zukünftig nach eigenen Ideen und Vorstellungen der Gemeinde in Kooperation mit ihren Bewohnern gesteuert werden. Ebenso sollten die Aktivitäten von internationalen Organisationen mit einer akkordierten Entwicklungsstrategie für die Gemeinde effizienter koordiniert werden. Die Gemeinde dachte bei diesem Steuerungsinstrument grundsätzlich an einen „klassischen“ Flächenwidmungsplan, da eine genaue Vorstellung von Stadtentwicklungsplanung fehlte.

Zur Umsetzung dieser Entwicklungsideen wurde von der Stadtverwaltung Unterstützung durch eine „Autorität von außen“ gesucht, zum einen um die Möglichkeiten und Instrumente von Stadtentwicklungsplanung besser nutzen zu können und zum anderen weil die gesellschaftliche Akzeptanz von übergeordneter Planung zu diesem Zeitpunkt problematisch erschien. Flächenwidmungsplanung und die Obsorge für den öffentlichen Raum wurden in der kosovarischen Gesellschaft, die sozial in Clans organisiert war und außerhalb ihrer eigenen Grundstücksmauern kaum Verantwortung übernahm, zumeist nur als notwendiges Übel auf dem Weg zu mehr Eigenständigkeit akzeptiert.⁴⁰⁰ Neben der Erstellung eines Flächenwidmungsplanes für die Stadt Suhareka und in weiterer Folge auch für andere Ortschaften der Gemeinde, war die Erarbeitung von genauen Katasterplänen als Grundlage für die Einhebung der Grundsteuer ein Anliegen, da die Richtigkeit der bestehenden Katasterpläne von der Stadtverwaltung bezweifelt wurde.⁴⁰¹

Das Anliegen zur Unterstützung beim Aufbau ihrer Stadtentwicklungsplanung wurde vom Bürgermeister der Stadt Suhareka Uke Bytyqi an das österreichische CIMIC-Team herangetragen. (vgl. Kapitel 4.1.4., Abschnitt Nothilfeprojekte im Kontext Stadtentwicklungsplanung) CIMIC repräsentierte eine stabile Organisation, die über die Soforthilfephase hinaus die lokale Bevölkerung im Kosovo mittelfristig mit gezielten Maßnahmen vor Ort unterstützte. Neben dem Interesse die Sicherheit der im Kosovo stationierten Soldaten zu gewährleisten, bestand vor allem der Wille des österreichischen CIMIC Teams, die Gemeinde in ihrer zukünftigen Entwicklung zu unterstützen. Es sollte nicht nur eine geregelte und koordinierte Stadtentwicklung aufgebaut werden, sondern auch Bewusstseinsbildung bezüglich demokratischer Planungsprozesse und Vorgehensweisen betrieben werden.

Major Skalvy vom CIMIC-Center meinte dazu in einem Interview im Camp Casablanca im Juni 2002: *„Diese Stadtplanung ist allerdings nur ein Vehikel, wo die Gemeinde gezwungen wird grundsätzliche Entscheidungen zu treffen. Weil Stadtplanung bedeutet auch, grundsätzliche Entscheidungen zu treffen, in welche Richtung man sich*

⁴⁰⁰ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG (2001): Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo, Kurzresümee der „Fact Finding Mission“ vom 22.06. bis 26.06.2001

⁴⁰¹ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG (2001): Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo, Kurzresümee der „Fact Finding Mission“ vom 22.06. bis 26.06.2001

*weiterentwickeln will. Genau dieser politische Prozess ist meiner Meinung nach genau der Beitrag, der zur Weiterentwicklung der Municipality beitragen wird.*⁴⁰²

In einer Besprechung mit dem Projektteam der TU Wien im April 2002 betonten auch die Vertreter der UNMIK die Wichtigkeit des Projektes „Stadtentwicklungsplanung“ für Suhareka. Zu diesem Zeitpunkt war der Übergang von Soforthilfeprojekten zu Planungsprojekten unbedingt erforderlich. Nach Beendigung der Soforthilfephase konnten sich die Hilfsmaßnahmen auf Aus- und Weiterbildungsprogramme sowie Projekte mit lokaler Beteiligung konzentrieren. Um die Potenziale (z.B. Wirtschaft, Kultur, etc.) unterstützen zu können, war sowohl eine Bewusstseinsbildung der Bevölkerung bezüglich ihrer Stärken und Schwächen als auch die Entwicklung eines stabilen politischen Systems notwendig. Der Kapazitätsaufbau der lokalen Entscheidungsträger war somit eine wichtige Voraussetzung für die zukünftige Entwicklung des Kosovo.⁴⁰³

Da das CIMIC-Team des österreichischen Bundesheers über keine ausreichenden Kapazitäten zur Lösung einer derartigen Aufgabe verfügte, wurden zivile externe Experten hinzugezogen und das Institut für Städtebau und Raumplanung der Technischen Universität Wien vom damaligen BMLV beauftragt, dieses Vorhaben zu untersuchen.

4.2. DIE ENTWICKLUNG DES PROJEKTS

4.2.1. Projekt „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

Projektziel und Projektablauf

Ziel des Projekts war die Ausarbeitung einer Strategie zum Aufbau einer Stadtentwicklungsplanung für die Gemeinde Suhareka. Im Rahmen einer detaillierten Durchführbarkeitsstudie, die vom BMLV in Auftrag gegeben wurde, wurde ein konkreter Projektvorschlag erstellt, sowie der dafür notwendige Finanzbedarf ermittelt.⁴⁰⁴

Der Projektablauf der Durchführbarkeitsstudie war von den beiden Fact Finding Missions im Juni 2001 und im April/Mai 2002 als wichtige Meilensteine geprägt.

⁴⁰² INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie, S.9

⁴⁰³ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung UNMIK Suhareka am 26.4.2002

⁴⁰⁴ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG (2001): Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo, Kurzresümee der „Fact Finding Mission“ vom 22.06. bis 26.06.2001 und INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

Fact Finding Mission I

Die Fact Finding Mission I vom 22. bis 26. Juni 2001 stellte den „Erstkontakt“ der Expertengruppe der TU Wien mit der Gemeinde Suhareka dar. Mithilfe des CIMIC-Teams, welches – neben der Bereitstellung von Unterkunft und Transport – Gespräche mit Lokalpolitikern und wichtigen Institutionen (UNMIK, KFOR, Gemeinde Suhareka, etc.) organisierte und die Besichtigung der Stadt und der Region Suhareka ermöglicht hatte, konnte sich das Projektteam einen ersten Überblick über die Situation und die Möglichkeiten in Suhareka verschaffen.⁴⁰⁵

Im Rahmen der ersten Fact Finding Mission wurde laut Kurzfassumee der Mission ausgelotet, inwieweit *„eine Hilfestellung für eine Möglichkeit zur gezielten Vorgangsweise hinsichtlich einer städtebaulichen Konzeption im Kosovo / Suva Reka möglich ist.“*⁴⁰⁶

Dazu waren in einem ersten Schritt folgende Fragestellungen zu beantworten:

- *„Wie stellt sich die städtebauliche Situation vor Ort dar?*
- *In welcher Weise funktioniert „Stadtplanung“ momentan? Welche Grundlagen stehen für eine Planung zur Verfügung (gesetzliche Grundlagen, Plandokumente)?*
- *Was erwartet sich die Kommune Suva Reka / die Stadt Suva Reka von einem derartigen Projekt?*
- *Welche Strategie ist für den Aufbau einer Stadtplanung möglich und zielführend?“*⁴⁰⁷

Dieser erste Projektaufenthalt des Teams der TU Wien brachte das Ergebnis, dass der Aufbau einer Stadtplanung in Suhareka grundsätzlich möglich wäre und sich Suhareka darüber hinaus aufgrund der politisch relativ stabilen Situation, der Unterstützung durch CIMIC und insbesondere des Interesses der Gemeinde und Stadtverwaltung am Aufbau einer Stadtplanung sehr gut als Pilotprojekt für den Kosovo eignen würde.

Fact Finding Mission II

Nach eingehenden Vorbereitungen in Wien fand von 25. April bis 4. Mai 2002 die zweite Fact Finding Mission im Rahmen der Durchführbarkeitsstudie statt. Das erweiterte achtköpfige Team nutzte den Aufenthalt in erster Linie, um Gespräche mit dem Bürgermeister, den Stadtplanern und Politikern, ebenso wie Privatpersonen wie beispielsweise Geschäftstreibenden und Industriellen in Suhareka zu führen, sowie mit Vertretern verschiedenster Institutionen und Organisationen (UNMIK, UN-Habitat, EAR, KFOR, Ministerium für Umwelt und Raumplanung, Universität Pristina, etc.) in Kontakt zu treten.

⁴⁰⁵ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG (2001): Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo, Kurzfassumee der „Fact Finding Mission“ vom 22.06. bis 26.06.2001 und INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

⁴⁰⁶ INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG (2001): Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo, Kurzfassumee der „Fact Finding Mission“ vom 22.06. bis 26.06.2001, S.1

⁴⁰⁷ INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie, S.10

Zur Ausarbeitung eines konkreten Projektvorschlags und zur Klärung der genauen Kosten einer strategischen Beratung zur Erstellung eines Stadtentwicklungsplanes inkl. Flächenwidmungsplanung wurden folgende zentrale Fragestellungen bearbeitet:

- „Wie sieht die Quantität und Qualität der notwendigen Planungsdaten bzw. Rechtsgrundlagen aus?
- Welches technische Equipment steht vor Ort zur Verfügung bzw. müsste angeschafft werden?
- Aus welchen Institutionen/Personen setzt sich das lokale Projektteam zusammen (Zuständigkeiten, Kompetenzen)?
- Welche nationalen bzw. internationalen Aktivitäten könnten für das Projekt hilfreich sein um Synergieeffekte zu nutzen bzw. Parallelaktionen zu vermeiden?“⁴⁰⁸

Begleitend wurde eine klassische Strukturuntersuchung der Gemeinde Suhareka durchgeführt. Die Sammlung der Daten musste jedoch größtenteils auf unkonventionellen Wegen erfolgen, da beispielsweise die Erhebung von statistischen Daten (Demographie, Wohnungswesen, Wirtschaft, etc.) aufgrund der geringen Verfügbarkeit insbesondere von gesicherten Informationen – die verschiedenen vor Ort tätigen nationalen und internationalen Organisationen und Institutionen arbeiteten jeweils mit unterschiedlichen Daten – relativ bald an ihre Grenzen stieß. Ebenso waren nahezu keine Plangrundlagen verfügbar, da der Großteil der Pläne und Projekte in den Kriegswirren 1999 verschwunden war. Das Projektteam behalf sich mit eigenen Bestandsaufnahmen, wie beispielsweise Begehungen und Befliegungen des Planungsgebietes mit Unterstützung durch CIMIC und militärisches Gerät, die auch in Foto- und Videodokumentationen festgehalten wurden. Eine wichtige Informationsquelle waren persönliche Gespräche mit öffentlichen (z.B. Bürgermeister, Stadtplanung, Stadtverwaltung) und private Institutionen (z.B. Weinfabrik, Gummifabrik) in Suhareka. Eine weitere Wissensquelle waren nationale Institutionen (z.B. Universität Pristina) sowie internationale im Kosovo tätige Organisationen (z.B. UNMIK, UN-Habitat, UNHCR, EAR, KFOR).⁴⁰⁹

Projektbericht „Projekt „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie“

Die Analyse der Daten wurde in Form eines Projektberichtes zur Durchführbarkeitsstudie dokumentiert. Die Daten der Bestandsaufnahme wurden zur besseren Anschaulichkeit zum Großteil in einer interaktiven Karte verortet und mit Bildmaterial verknüpft.

Mit dem Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo – Durchführbarkeitsstudie“ des Projektteams Institut für Städtebau und Raumplanung, Institut für Stadt- und Regionalforschung, beide Technische Universität Wien, mecca

⁴⁰⁸ INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG (2001): Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo, Kurzresümee der „Fact Finding Mission“ vom 22.06. bis 26.06.2001, S.1

⁴⁰⁹ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG (2001): Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo, Kurzresümee der „Fact Finding Mission“ vom 22.06. bis 26.06.2001 und INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

environmental consulting und raum.film wurde die Durchführbarkeitsstudie im Juli 2002 formal abgeschlossen. Zusätzlich zum Projektbericht wurde auch ein sendefähiger begleitender Videobeitrag erstellt, der einen audio-visuellen Eindruck von der aktuellen Situation der Stadt Suhareka vermittelte.

Ergebnis der Durchführbarkeitsstudie war der in Kooperation mit der Gemeinde erstellte, detailliert ausformulierte Projektvorschlag „Stadtentwicklungsprogramm Suva Reka/Kosovo“, der als Grundlage für das im Jahr 2006 von der ADA finanzierte Projekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ diente.⁴¹⁰

Projektstrategie „Stadtentwicklungsprogramm Suva Reka / Kosovo“

Bereits im Rahmen der ersten Fact Finding Mission wurde deutlich, dass der Aufbau einer Stadtentwicklungsplanung in der Post-Konflikt Gemeinde Suhareka weit über die fachlich-technische Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes hinaus gehen musste. Zur Gewährleistung der mittel- bis langfristigen Umsetzung der Planung durch die Gemeinde war der Aufbau von entsprechenden Strukturen und Kapazitäten in der Stadtverwaltung und der Stadtplanungsabteilung unbedingt erforderlich. Darüber hinaus musste die Akzeptanz der Bevölkerung für Stadtentwicklungsplanung durch ihre Einbeziehung in die Planung, Bewusstseinsbildung und eine „Sichtbarmachung“ der Planung anhand konkreter Projekte erhöht werden.

Der Ansatz des Projektteams zielte auf ein konkretes, umsetzungsorientiertes und praxisrelevantes Projekt ab. Aufgrund der sich rasch ändernden Rahmenbedingungen war ein offener, dynamischer und flexibler Ansatz notwendig, um jeweils auf aktuelle Anforderungen reagieren zu können.

Die Architektur des Planungsprozesses wurde von dem Projektteam basierend auf der einjährigen Beschäftigung mit Fragen der Stadtentwicklungsplanung im Kosovo im Rahmen der Durchführbarkeitsstudie entwickelt und mit der Stadtplanungsabteilung diskutiert. Prioritäten wurden gemeinsam festgelegt.

Eine Voraussetzung für die Umsetzung dieser Projektstrategie war, dass die Gemeinde Suhareka Personen, wie beispielsweise einen Koordinator, ernannt, denen im Rahmen des Planungsprozesses konkrete Aufgabenbereiche zugewiesen werden konnten. Weiters war die Erweiterung des fachspezifischen österreichischen Projektteams um ein lokales Planungsteam notwendig, um den Planungsansatz gemäß den lokalen Problemen, Fragestellungen, Traditionen, etc. zu adaptieren. Hier wurde angedacht, Professoren und Studierende der Universität Pristina in das Projekt miteinzubeziehen, um auch im Ausbildungsbereich für Planungsstudierende eine Wissensweitergabe zu ermöglichen.

⁴¹⁰ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

Dieser Ansatz wurde auch aus Sicht des kosovarischen Ministers für Umwelt und Raumplanung als sinnvoll begrüßt.⁴¹¹

Vor Beginn des Projektes war auch der Charakter des von der Gemeinde gewünschten Stadtentwicklungs-/Flächenwidmungsplanes zu klären. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Durchführbarkeitsstudie waren noch keine gesetzlichen Grundlagen für die Stadtplanung vorhanden und somit keine rechtliche Verbindlichkeit möglich. Dem Projektteam erschien unter diesen Bedingungen ein Stadtentwicklungsplan als strategisches Konzept für die zukünftige Entwicklung mit dem Charakter einer Selbstbindung für die Stadtverwaltung sinnvoll. Sobald die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen würden, könnte der Plan die Grundlage für einen rechtlich verbindlichen Stadtentwicklungsplan bilden.⁴¹²

Die Projektstrategie zielte also über die Erstellung eines fachlich fundierten Planwerkes auf europäischem Standard hinaus vor allem auf die Ausbildung der Stadtplanungsabteilung zur Implementierung, gegebenenfalls Adaptierung und zukünftigen Weiterführung des Planes ab. Ebenso war der Bewusstseinsbildungsprozess bei den Politikern bezüglich der Bedeutung einer klaren Linie in Planungsfragen und transparenten, für die Bewohner nachvollziehbaren, Entscheidungen ein wesentlicher Faktor.

Die Projektstrategie war so angelegt, dass sie auch als „Prototyp“ für den Aufbau einer Stadtplanung in anderen Gemeinden im Kosovo eingesetzt werden könnte. Auch wenn es sicher nicht immer möglich sein würde, die Vorgehensweise eins-zu-eins zu übertragen, könnten sicherlich Grundstrukturen entwickelt werden, die dann an die jeweilige Situation adaptiert werden können.⁴¹³

⁴¹¹ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung Gemeinde Suhareka und CIMIC am 1.5.2002

⁴¹² Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG (2001): Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo, Kurzresümee der „Fact Finding Mission“ vom 22.06. bis 26.06.2001 und INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG (2001): Zusammenfassung Projekt: Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo

⁴¹³ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung Gemeinde Suhareka und CIMIC am 1.5.2002

Voraussetzung für die Implementierung der Projektstrategie waren aus Sicht des Projektteams die folgenden Punkte:

- *„Die momentan politisch relativ stabile Lage in der Region und in der Stadt Suva Reka würde ein derartiges Projekt ermöglichen (Pilotprojekt für den Kosovo).*
- *Der Prozess des Aufbaus einer Stadtplanung (inkl. Stadtentwicklungsplan, Flächenwidmungsplan) muss in der Municipality selbst erfolgen.*
- *Die Mitarbeit und Einbindung sowohl lokaler Stellen (Municipality, Stadtverwaltung) als auch der internationalen Stellen (Anm. d. Verf.: UNMIK, UN-Habitat, etc.) ist für ein derartiges Projekt unbedingt notwendig.*
- *Ein Stadtentwicklungsplan als strategisches Konzept (Stadtentwicklungskonzept) für die zukünftige Entwicklung mit dem Charakter einer Selbstbindung für die Stadtverwaltung erscheint unter den vorhandenen Bedingungen sinnvoll.*
- *Das Projekt macht nur als Trainings- und Beratungsprojekt (Institution building und Projektmonitoring) über einen Zeitraum von 3–5 Jahren Sinn.⁴¹⁴*

Diese Projektstrategie behielt in ihren wesentlichen Elementen auch für das erst vier Jahre später im Jahr 2006 gestartete Implementierungsprojekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ ihre Gültigkeit. Adaptierungen waren nur aufgrund von geänderten Rahmenbedingungen notwendig. So musste beispielsweise aufgrund von zwischenzeitlich erlassenen Raumplanungsgesetzen im Kosovo und damit einhergehenden Fristen für die verpflichtende Erstellung von Stadtentwicklungsplänen (Municipal Development Plan und Urban Development Plan) für die einzelnen Gemeinden die Laufzeit von einzelnen Komponenten und Planungsschritten verkürzt werden. Weitere Modifizierungen betrafen die Reduktion von einzelnen Aktivitäten aufgrund von Änderungen der Finanzierung.

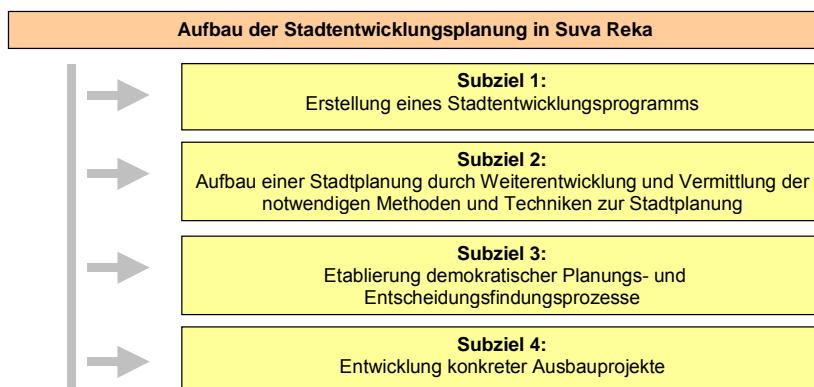
Projektvorschlag „Stadtentwicklungsprogramm Suva Reka / Kosovo“

Der Projektvorschlag zielte auf eine von der Gemeinde selbst gesteuerte Stadtentwicklung und eine zukünftige selbständige Gestaltung der laufenden Stadtentwicklungsprozesse durch die Gemeinde ab.

Zur Erreichung dieses Zieles sollte die Stadtplanung der Gemeinde im Rahmen des Projektes modernisiert und auf europäischen Standard gebracht werden. Dazu müssten, zusätzlich zu einem mit der Gemeinde erarbeiteten Stadtentwicklungsprogramm, die notwendigen Grundlagendaten für die Stadtentwicklungsplanung in einer leicht weiterführbaren Form vorliegen und die Kommunalverwaltung über geschultes Personal zur Weiterführung der laufenden Aufgaben der Stadtplanung verfügen.

⁴¹⁴ INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG (2001): Zusammenfassung Projekt: Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo

Abbildung 8: Zielsystem des Projektvorschlags „Stadtentwicklungsprogramm Suva Reka / Kosovo“



Quelle: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“, S.99

Da Stadtplanung auch immer eng mit einem politischen Entscheidungsprozess verbunden ist, ist die Erstellung eines Stadtentwicklungsprogramms gleichzeitig auch ein Beitrag zur Gestaltung und Weiterentwicklung demokratischer Entscheidungsfindungsprozesse. Mit der Entwicklung konkreter Ausbauprojekte sollten die Planungen auch für die Öffentlichkeit "sichtbar" gemacht und damit die Akzeptanz der Planungsmaßnahmen erhöht werden.

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Projektteams würde in der Initiierung, Gestaltung und fachlichen Moderierung dieses Planungs- und Entscheidungsfindungsprozesses liegen. Im Laufe des Projektzeitraumes sollte die Betreuungsintensität durch das Projektteam stufenweise reduziert werden und in der Schlussphase in eine Beratung bei spezifischen Fragen und Problemen übergehen.

Die oben formulierten Ziele zum Aufbau einer Stadtentwicklungsplanung für Suhareka sollten mit vier zum Teil parallel laufenden Aktivitätsschwerpunkten, die in einem "Vier-Säulen-Modell" zusammengefasst waren, erreicht werden. Säule 1 umfasste die Schaffung und Analyse von Planungsgrundlagen, Säule 2 die Erstellung des Stadtentwicklungsprogramms, Säule 3 die Projektvorbereitung von Kleinprojekten und Säule 4 das GIS Training für Mitarbeiter der Gemeinde Suhareka. Je nach Projektstadium würden die Projektschritte in den einzelnen Säulen mit unterschiedlicher Intensität und teilweise parallel verlaufen.⁴¹⁵

⁴¹⁵ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

4.2.2. Von der Durchführbarkeitsstudie zum Projekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“

Der im Rahmen der Durchführbarkeitsstudie erstellte Projektvorschlag wurde von der Gemeinde Suhareka ebenso wie von kosovarischen und internationalen Organisationen befürwortet. Diese Anerkennung wurde auch offiziell in Form von Unterstützungsschreiben von Bürgermeister Bytyqi und Stadtplaner Ramush Hajdari von der Gemeinde Suhareka, von Manoj Saunik, dem Municipal Administrator der UNMIK Suhareka und vom kosovarischen Minister für Umwelt und Raumplanung Et'hem Ceku ausgedrückt.⁴¹⁶

Nach Fertigstellung der Durchführbarkeitsstudie im Juli 2002 stand das Projektteam „in den Startlöchern“ für die Umsetzung des Projektes zum Aufbau einer Stadtplanung in Suhareka. Bei sichergestellter Finanzierung hätte das insgesamt auf 3 Jahre konzipierte Projekt im Herbst 2002 gestartet werden können. Doch die Übergangs- und Anlaufphase von der Fertigstellung des Projektvorschlags „Stadtentwicklungsprogramm Suva Reka / Kosovo“ bis zum tatsächlichen Start des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ dauerte wesentlich länger als von allen Beteiligten erwartet, nämlich mehr als vier Jahre.

Studienprojekt „Development Concepts for Suva Reka“ – Die weitere Aufbereitung des Bodens in Suhareka

Die Kooperation zwischen dem Projektteam und der Stadtgemeinde Suhareka wurde – unbeirrt von der Suche nach einer Finanzierung für den Aufbau einer Stadtentwicklungsplanung in Suhareka – nach Beendigung der Durchführbarkeitsstudie im Rahmen eines internationalen Universitätsprojekts weitergeführt.

Die Basis für dieses Studierendenprojekt wurde bereits in der Fact Finding Mission II der Durchführbarkeitsstudie gelegt, als der Minister für Umwelt und Raumplanung, Herr Et'hem Ceku, das Ersuchen um Unterstützung der Intensivierung der Ausbildung der Studierenden der Universität Pristina im Bereich des Fachgebietes Raumplanung an die Technische Universität Wien herantrug. Auch WUS-Austria (World University Service) und die Universität Pristina, die de facto nach dem Krieg 1999 personell und materiell wieder völlig neu aufgebaut werden musste, zeigten großes Interesse, das Thema „Stadtentwicklungsplanung in Suhareka“ interuniversitär aufzugreifen, und von kosovarischen und österreichischen Studierenden gemeinsam Ideen und Lösungsvorschläge erarbeiten zu lassen. Die Stadtverwaltung von Suhareka war ebenso

⁴¹⁶ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Appendix IV

an einer Durchführung eines Studienprojektes mit kosovarischen und österreichischen Professoren und Studierenden interessiert.⁴¹⁷

Das Studierendenprojekt "Development Concepts for Suva Reka" wurde in einer Kooperation von Lehrenden und Studierenden der Technischen Universität Wien und der Universität Pristina im Zeitraum von Oktober 2002 bis Juni 2003 in Suhareka und in Wien abgehalten.

Die Aufgabenstellung des Projektes umfasste die Erstellung von Entwicklungskonzepten für die Stadt Suhareka. Die Bearbeitung des Projektes erfolgte in 6 internationalen Studierendengruppen, die vor allem während der beiden Workshops intensiv zusammenarbeiteten. Während des ersten Workshops, der im November 2002 in Suhareka stattfand, erfolgte insbesondere eine intensive Auseinandersetzung der Studierenden mit dem Projektgebiet. Ein weiterer Workshop im Juni 2003 in Wien war der gemeinsamen Finalisierung der internationalen Projektarbeiten gewidmet. An den Workshops nahmen insgesamt 16 Studierende und 3 Lehrende der Technischen Universität Wien sowie 24 Studierende und 2 Lehrende der Universität Pristina teil. Unterstützt wurde die Lehrveranstaltung von der Gemeinde Suhareka, vom ehemaligen Leiter der Stadtplanung der Gemeinde Suhareka, Ramush Hajdari sowie vom österreichischen Bundesheer, das den Transport der Studierenden übernahm.⁴¹⁸

Die Präsentation der Arbeiten der Studierenden in Suhareka rief ein großes Echo in der Bevölkerung hervor und trug damit auch zur Bewusstseinsbildung bezüglich der Wichtigkeit von Planung in der Gemeinde bei.

Zusätzlich zum Projektbericht erstellte jede Studierendengruppe Plakate, die in einer Ausstellung in Wien der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Die Vernissage der Ausstellung fand am 28.11.2003 in der Technischen Universität Wien statt und fand großen Anklang bei Studierenden, Professoren sowie auch politischen Vertretern aus Pristina und Wien.

Auch wenn das Studierendenprojekt in finanzieller und organisatorischer Hinsicht unabhängig von dem oben erläuterten Projektvorschlag war, konnte doch eine starke Wechselwirkung mit dem Aufbau der Stadtentwicklungsplanung erzielt werden. Das Studienprojekt stellte eine Art ersten „Lernprozess“ für die an der Planung beteiligten Personen dar. Die Zusammenarbeit mit der Universität Pristina und örtlichen Planungsbüros konnte „getestet“ werden und erleichterte die lokale Partnersuche für das Stadtplanungsprojekt ganz wesentlich. Über das Kennenlernen hinaus konnte eine Vertrauensbasis zwischen der TU Wien, den lokalen Experten, der

⁴¹⁷ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV und INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

⁴¹⁸ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG (2004): Visions for Suva Reka 2015, Projekt 3

Stadtplanungsabteilung und auch den Politikern gebildet werden, die wesentlich zur Formierung eines funktionierenden Planungsteams beitrug.

Weiters erfolgte durch die Beschäftigung der Studierenden mit der Gemeinde auch eine Bewusstseinsbildung der Bevölkerung für Planungsfragen. Die Präsentation der Studierenden in Suhareka wurde von ca. 150 Zuhörern besucht, die sich an der lebhaften Diskussion sehr rege mit Fragen und Anmerkungen beteiligten. Damit konnte das Interesse der Bewohner an einer Beteiligung am „realen“ Stadtplanungsprojekt geweckt werden.

Generell sind Studierendenprojekte sehr hilfreich für die Entwicklung neuer kreativer Ideen für die Stadtentwicklung. Der größere gedankliche Freiraum in studentischen Projekten erzeugt immer wieder unkonventionelle Konzepte und Lösungsansätze. Auch österreichische Gemeinden nutzen immer wieder gerne die Möglichkeit, im Rahmen von Studierendenprojekten Probleme diskutieren zu können ohne gleich Entscheidungen treffen zu müssen.

Die Suche nach einer Finanzierung

Die Finanzierungsbemühungen wurden im Laufe der Jahre von verschiedenen Ereignissen in Suhareka und in Österreich begleitet, darunter schwerwiegende gemeindepolitische Ereignisse wie der gewaltsamen Tod des Bürgermeisters von Suhareka, wie auch Änderungen externer Rahmenbedingungen, wie die Neustrukturierung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, die zu Verzögerungen führte.

Die Ermordung des Bürgermeisters von Suhareka, Uke Bytyqi, im Herbst 2002 führte zu einer Veränderung der politischen Landschaft der Gemeinde Suhareka. Auch wenn das Projekt von seinem Nachfolger weiterverfolgt wurde, so kam es durch den Verlust des durchsetzungskräftigen und engagierten Bürgermeisters sowie starken Promotors des Projekts doch zu wesentlichen Verzögerungen. Die Statue vor dem Gemeindeamt in Suhareka sowie eine Vielzahl von Bildern in der Gemeinde sind Zeugen der Beliebtheit und immer noch bestehenden Präsenz von Uke Bytyqi. Die nach dem Tod des Bürgermeisters Uke Bytyqi durchgeführten Neuwahlen führten auch zu einer Veränderung in der Stadtverwaltung. So war etwa der Stadtplanungsdirektor Ramush Hajdari als wichtiger Unterstützer des Projekts nach den Wahlen nicht mehr in dieser Funktion tätig.

Auch in der österreichischen Förderlandschaft wurden gravierende Änderungen vollzogen. Im Jahr 2002 wurden im Entwicklungszusammenarbeitsgesetz (EZA-G) die Ziele, Prinzipien und Maßnahmen sowie die Durchführung der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit neu definiert. Mit der Novelle 2003 wurde die Voraussetzung für die Errichtung der Österreichischen Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit, der Austrian Development Agency, kurz ADA, geschaffen.⁴¹⁹ „Aufgabe der ADA ist die Erarbeitung und die Abwicklung von Maßnahmen

⁴¹⁹ Vgl.: MAIR Anton (2006): Grundlagen und Funktionsweise der österreichischen Ost- und Entwicklungszusammenarbeit, in: Fialho Gomes Beau de Abreu, Maral-Hanak Irmí, Schicho Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit, Akteure, Handlungsmuster und Interessen, mandelbaum verlag, Wien

der Entwicklungszusammenarbeit, wobei insbesondere auf deren Wirksamkeit in den Entwicklungsländern zu achten ist. Die ADA führt ihre Aufgaben in Abstimmung mit anderen Einrichtungen, die ebenfalls entwicklungspolitische Maßnahmen setzen, durch.⁴²⁰ Die längerfristige grundsätzliche Ausrichtung der österreichischen EZA obliegt auch weiterhin dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA). Die Umsetzung der Technischen Hilfe, also die Abwicklung der bilateralen Programme und Projekte erfolgt seit 1. Jänner 2004 durch die ADA. Sie stellt das Bindeglied zwischen der österreichischen EZA im BMeiA und den umsetzenden NGOs und Firmen dar und ist damit nunmehr der Ansprechpartner für die Förderung von Projekten.⁴²¹

Derartige Umstrukturierungen binden Ressourcen und führen nahezu zwangsläufig zu Zeitverzögerungen.

Neben dem BMeiA (damals noch BMAA) und der ADA bemühte sich das Projektteam auch bei anderen Geberorganisationen um eine Finanzierung. So wurde der Projektvorschlag beispielsweise im Juli 2002 beim Bundesinstitut für internationalen Bildungstransfer vorgestellt.⁴²²

In den folgenden Jahren wurde der Projektvorschlag mehrmals gemäß der aktuellen Förderlandschaft adaptiert. Im Jahr 2004 wurden seitens der ADA Verhandlungen mit der Gemeinde Suhareka bezüglich der Umsetzung des Stadtentwicklungsprojektes geführt, die jedoch zu keinem positiven Abschluss gekommen sind.

Im Herbst 2005 setzte der damals amtierende Bürgermeister von Suhareka, Dr. Sali Asllanaj, erneut eine Initiative zum Start des Umsetzungsprojektes Stadtentwicklungsplanung Suhareka. In einem Brief an die TU Wien bestätigte er das Interesse der Gemeinde an dem Projekt nochmals und drückte seinen Dank für die beständige Unterstützung durch die TU Wien aus.

Startworkshop „Nachhaltige Stadtentwicklung in Suhareka / Kosovo“ – Das Projekt läuft wieder an

Anfang des Jahres 2006 wurde von Seiten des Projektteams gemeinsam mit der Gemeinde ein erneuter Anlauf zur Umsetzung des Projektes genommen. Bei einem Projektbesuch in Suhareka im Februar 2006 wurde der Projektantrag an die mittlerweile bestehende gesetzliche Basis für die Raumplanung im Kosovo und die daraus resultierende Verpflichtung jeder Gemeinde zur Erstellung eines Municipal Development Plan (MDP) und eines Urban Development Plan (UDP) adaptiert.

⁴²⁰ EZA-G Entwicklungszusammenarbeitsgesetz inklusive EZA-Gesetz-Novelle 2003, Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit, §8 (1)

⁴²¹ Vgl.: MAIR Anton (2006): Grundlagen und Funktionsweise der österreichischen Ost- und Entwicklungszusammenarbeit, in: Fialho Gomes Beau de Abreu, Maral-Hanak Irmí, Schicho Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit, Akteure, Handlungsmuster und Interessen, mandelbaum verlag, Wien

⁴²² Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projekt „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Handout zur Präsentation am 2. Juli 2002 im Bundesinstitut für internationalen Bildungstransfer

Im Mai 2006 wurde das Projektdesign im Rahmen des 2-tägigen Startworkshops „Nachhaltige Stadtentwicklung in Suhareka / Kosovo“ in Gesprächen zwischen der TU Wien, Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung, der Universität Pristina und der Gemeinde Suhareka abgestimmt. Ein „Projekt-Fahrplan“ für das Projekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosovo“ wurde von den österreichischen und kosovarischen Projektpartnern in Kooperation mit dem Bürgermeister und Vertretern der einzelnen Direktionen der Gemeinde Suhareka ausgearbeitet und in Absprache mit dem Koordinationsbüro Pristina der ADA eine Übereinkunft über die Ausgestaltung des Projekts erzielt. Dieser wurde in Folge von der TU-Wien im Rahmen eines überarbeiteten Projektvorschlages ausdetailliert.⁴²³

Insbesondere die folgenden Änderungswünsche bzw. Ergänzungsvorschläge gegenüber dem Projektvorschlag „Stadtentwicklungsprogramm Suva Reka / Kosovo“ wurden diskutiert:

Erstellung von Bebauungsrichtlinien im Rahmen des Urban Development Plan

Das Direktorium für Stadtplanung regte – zusätzlich zur Erstellung des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan – die Ausarbeitung eines Urban Regulatory Plan (entspricht dem österreichischen Bebauungsplan) an. Der Urban Regulatory Plan enthält, aufbauend auf den Bestimmungen im Urban Development Plan, genaue Bebauungsbestimmungen, die eine wichtige Grundlage für die Erteilung von Baugenehmigungen darstellen. Die Gemeinde äußerte Bedenken, dass die Umsetzung des Urban Development Plan ohne das Vorhandensein von Bebauungsbestimmungen im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren nicht möglich sein würde, da es der Gemeinde an finanziellen Mitteln und personellen Kapazitäten zur Erstellung eines Urban Regulatory Plan im Anschluss an den Urban Development Plan fehlen könnte.

Dieser Ergänzungsvorschlag erschien, insbesondere vor dem Hintergrund der dynamischen baulichen Entwicklung, die möglichst rasch auf die aktuelle Stadtentwicklungsplanung abgestimmte Aussagen zur Gestaltung der Bebauung erforderte, sehr sinnvoll, um die tägliche Arbeit der Stadtplanung im Zuge der Erteilung von Baugenehmigungen zu erleichtern. Nichtsdestotrotz war die Erstellung eines Urban Regulatory Plan für das gesamte Stadtgebiet im Rahmen des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ aus Sicht des Projektteams und der Projektbegleitung der ADA nicht machbar. Zum einen war der Zeitraum von 1,5 Jahren für die Erstellung des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan in Anbetracht des vorgesehenen Planungsdesigns mit mehreren Rückkoppelungsschleifen bereits sehr knapp bemessen. Zum anderen war es aufgrund des Fehlens eines aktuellen Katasters nicht möglich, Überlegungen zur Bebaubarkeit

⁴²³ Vgl.: DEPARTMENT FÜR RAUMENTWICKLUNG, INFRASTRUKTUR- UND UMWELTPLANUNG (2006): Nachhaltige Stadtentwicklung in Suhareka / Kosova, Projektbericht Startworkshop und ÖIR (2006): Projektprüfung Stadtplanung Suhareka, Besprechungen in Suhareka und Pristina vom 15.05.06 - 16.05.06, Ergebnisse aus Sicht der Projektbegleitung, Wien

einzelner Parzellen in einem den Festlegungen eines Urban Regulatory Plan entsprechenden Detaillierungsgrad zu treffen.

Gemeinde und Planungsteam kamen überein, die Erstellung eines Urban Regulatory Plan nicht dezidiert in den Projektvorschlag aufzunehmen, jedoch im Rahmen der Umsetzung der Kleinprojekte die Ausarbeitung von baulichen Eckdaten bzw. eines „Muster-Urban Regulatory Plan“ für besonders dynamische Bereiche des Stadtgebietes zu diskutieren.⁴²⁴

Datenmanagement, Datenverwaltung, Datennutzung

Seitens der Projektbegleitung der ADA durch das Österreichische Institut für Raumplanung (ÖIR) wurde in Erweiterung des im Projektvorschlag „Stadtentwicklungsprogramm Suva Reka / Kosovo“ ausgeführten GIS Trainings die Einbeziehung der Thematik des Datenmanagements, der Datenverwaltung und der Datennutzung angeregt. Damit sollte die weitere Nutzung des im Rahmen des Projektes erarbeiteten Datenpaketes ausgeweitet werden. Der Vorschlag wurde bei der Überarbeitung des Projektvorschlages berücksichtigt.⁴²⁵

Im Rahmen dieses Startworkshops sicherte Bürgermeister Dr. Asllanaj dem Projekt nochmals die maximale politische Unterstützung von Seiten der Gemeinde und eine enge Zusammenarbeit der zuständigen Direktionen mit der TU Wien zu. *„Insbesondere die Ausweitung des Projektes auf die Erstellung des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan ebenso wie die intensive Einbeziehung des Planungsausschusses in den Planungsprozess finden große Zustimmung.“*⁴²⁶

4.2.3. Das Projekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“

Projektziel

Das Projekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ verfolgte – basierend auf dem Projektvorschlag aus dem Jahr 2002 – primär das Ziel, die Gemeinde Suhareka in der zukünftigen selbständigen Gestaltung der laufenden Prozesse der Stadtentwicklung zu unterstützen. (vgl. dazu Kapitel 4.2.1. Projektvorschlag „Stadtentwicklungsprogramm Suva Reka / Kosovo“)

⁴²⁴ Vgl.: DEPARTMENT FÜR RAUMENTWICKLUNG, INFRASTRUKTUR- UND UMWELTPLANUNG (2006): Nachhaltige Stadtentwicklung in Suhareka / Kosova, Projektbericht Startworkshop und ÖIR (2006): Projektprüfung Stadtplanung Suhareka, Besprechungen in Suhareka und Pristina vom 15.05.06–16.05.06, Ergebnisse aus Sicht der Projektbegleitung, Wien

⁴²⁵ Vgl.: DEPARTMENT FÜR RAUMENTWICKLUNG, INFRASTRUKTUR- UND UMWELTPLANUNG (2006): Nachhaltige Stadtentwicklung in Suhareka / Kosova, Projektbericht Startworkshop und ÖIR (2006): Projektprüfung Stadtplanung Suhareka, Besprechungen in Suhareka und Pristina vom 15.05.06–16.05.06, Ergebnisse aus Sicht der Projektbegleitung, Wien

⁴²⁶ DEPARTMENT FÜR RAUMENTWICKLUNG, INFRASTRUKTUR- UND UMWELTPLANUNG (2006): Nachhaltige Stadtentwicklung in Suhareka / Kosova, Projektbericht Startworkshop, S.6

Im Rahmen des Projektes sollte eine moderne und effiziente Stadtplanung auf europäischem Standard als wesentliche Grundvoraussetzung für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung für Suhareka aufgebaut werden.

Der Municipal Development Plan (MDP) und der Urban Development Plan (UDP) sollten die Basis für eine nachhaltige Entwicklung der Gemeinde Suhareka bilden. Nachhaltige Entwicklung bedeutet - nach Definition des Brundtland-Berichtes der Vereinten Nationen - nicht nur eine umweltschonende, die heutigen Ressourcen für kommende Generationen bewahrende Wirtschaftsentwicklung, sondern ebenso eine ausgewogene Raumentwicklung. Somit sind die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen und kulturellen Funktionen in Einklang zu bringen, um zu einer dauerhaften, ausgewogenen Raumentwicklung beizutragen.

Darüber hinaus ging das Projekt in seiner Grundkonzeption von einer Unterstützung der Ziele der internationalen Staatengemeinschaft sowie der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Kosovo aus und verfolgte folgende drei Oberziele:

- Stärkung von Planungs- und Entscheidungsfindungsstrukturen im Planungsprozess (Institution Building, Aufbau von Institutionen)
- Unterstützung der Stadtplanung als Grundlage für eine geordnete Entwicklung (Capacity Bulding, Kapazitätsaufbau)
- Weiterbildung im Bereich der Stadtentwicklungsplanung (Training, Human Resources Management)

Zielgruppe des Projektes war in erster Linie die Bevölkerung der Gemeinde Suhareka, die von einer geordneten räumlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinde Suhareka profitieren sollte. Da diese Entwicklung auf einer modernen und effizienten Entwicklungsplanung der Gemeinde Suhareka basieren sollte, bildeten die Mitarbeiter der Stadtverwaltung, deren Kapazitäten durch Ausbildungsmaßnahmen und Trainings on the Job gestärkt werden sollten, eine weitere Zielgruppe. Das Institution Building richtete sich in erster Linie an die politisch Verantwortlichen im Planungsprozess. Im Bereich der Hochschulbildung ging die Zielgruppe über Suhareka hinaus und umfasste die Lehrenden und Studierenden der Universität Pristina, die von dem Know-how Austausch mit der Technischen Universität Wien profitieren sollten.

Als Ergebnisse des Projektes wurden erwartet:

- Municipal Development Plan (beschlussreife Fassung, entsprechend einem Bezirksentwicklungsplan)
- Urban Development Plan (beschlussreife Fassung, entsprechend einem Stadtentwicklungsplan) inklusive einem generalisierten Flächenwidmungsplan (Gemäß dem kosovarischen Raumplanungsgesetz ist der Flächenwidmungsplan ein Teil des Bebauungsplanes. Die Ausarbeitung eines Bebauungsplanes war nicht im Projektvorschlag enthalten, das Projektteam sollte die Stadtplanungsabteilung im Rahmen des Planungsprozesses jedoch diesbezüglich beraten.)
- Geordnete langfristige räumliche und wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde und Stadt Suhareka auf Basis des Konzeptes

- Geschultes Personal in der Kommunalverwaltung zur Weiterführung der laufenden Aufgaben der Stadtentwicklung
- Aufbau und Weiterführung des Geodatenbestandes der Gemeinde für planungsrelevante Sachbereiche in einer für die Stadt leicht weiterführbaren Form
- Vertiefte fachspezifische ArcView / ArcGis Kenntnisse der Teilnehmer des GIS Trainingsprogrammes, selbstständige Lösungskompetenz im Bereich GIS
- Implementierung von Kleinprojekten
- Geodaten-Managementkonzept (GIS)⁴²⁷

Projektstruktur

Zur Erreichung der oben angeführten Ziele und erwarteten Ergebnisse stützte sich die Projektstruktur auf sechs zum Teil parallel laufende Projektkomponenten zum Aufbau der Stadtentwicklungsplanung:

Komponente 1: Schaffung und Analyse von Planungsgrundlagen

Komponente 2: Erstellung eines Municipal Development Plans

Komponente 3: Erstellung eines Urban Development Plans

Komponente 4: Kleinprojekt

Komponente 5: GIS Training

Komponente 6: Datenmanagementkonzept⁴²⁸

Diese sechs Komponenten entsprachen in ihrer inhaltlichen Grundkonzeption im Wesentlichen dem Vier-Säulen-Modell des Projektvorschlags „Stadtentwicklungsprogramm Suva Reka / Kosovo“ aus dem Jahr 2002 (vgl. dazu Kapitel 4.2.1. Projektvorschlag „Stadtentwicklungsprogramm Suva Reka / Kosovo“). Die erfolgten Adaptierungen der Projektstruktur basierten auf der zwischenzeitlich geschaffenen gesetzlichen Basis für die Raumplanung im Kosovo und den im Rahmen des Startworkshops „Nachhaltige Stadtentwicklung in Suhareka / Kosovo“ im Mai 2006 diskutierten Ergänzungsvorschlägen von Seiten der Gemeinde und der Projektbegleitung.

Die oben angeführten Projektkomponenten gliederten sich in die folgenden Aktivitäten:

Komponente 1 – Schaffung und Analyse von Planungsgrundlagen

Komponente 1 beschäftigte sich mit der Erfassung und EDV-technischen Aufbereitung der wichtigsten Entscheidungsgrundlagen.

Da für die Gemeinde Suhareka keine bzw. nur sehr veraltete Daten vorhanden waren, war eine umfassende fachliche Bestandsaufnahme und Analyse als Basis für die Erstellung des MDP und des UDP notwendig. Eine wesentliche Grundlage sowohl für den Planungsprozess als auch für den Aufbau des Geodatenbestandes für planungsrelevante

⁴²⁷ Vgl.: DEPARTMENT OF SPATIAL DEVELOPMENT AND INFRASTRUCTURE & ENVIRONMENTAL PLANNING (2006): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Project Document, September 2006, Wien

⁴²⁸ Vgl.: DEPARTMENT OF SPATIAL DEVELOPMENT AND INFRASTRUCTURE & ENVIRONMENTAL PLANNING (2006): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Project Document, September 2006, Wien

Sachbereiche war die Erstellung einer geeigneten digitalen Grundkarte. Diese sollte in zwei verschiedenen Maßstabsebenen die Stadt Suhareka detaillierter (inklusive eines „Schwarzplanes“ mit generalisierter Lage und Form der Gebäude) und den Bezirk in Form einer Überblickskarte darstellen.

Die Grundlagenerhebung und Analyse würde sich in der ersten Phase auf die Sachbereiche Flächennutzungserhebung, Verkehr, Soziale Infrastruktur, Technische Infrastruktur, Grün- und Freiraum und Gefahrenzonen konzentrieren. In der zweiten Phase sollte die Erhebung von spezifischen Grundlagen, die sich aus dem Projektverlauf ergeben, ausgewählt in Abstimmung mit der Stadtplanungsabteilung, erfolgen.

Die Projektkomponente 1, Schaffung und Analyse von Planungsgrundlagen, setzte sich aus folgenden Projektaktivitäten zusammen:

- Erstellung der digitalen Grundkarte
- Darstellung des aktuellen Gebäudebestandes
- Grundlagenerhebung und Analyse zu ausgewählten Sachbereichen
- Spezifische Grundlagenerhebung und Analyse zu ausgewählten Sachbereichen

Komponente 2 und 3 – Erstellung eines Municipal Development Plan und eines Urban Development Plan

Einer der wesentlichsten Punkte bei der Erstellung des MDP und des UDP war die Gestaltung und Begleitung des politischen Entscheidungsprozesses in der Gemeinde. Die Qualität dieses Prozesses hat einen starken Einfluss auf die Akzeptanz des Stadtentwicklungsprogramms, die wiederum in direktem Zusammenhang mit dem Erfolg der Implementierung steht.

Dementsprechend sollte die Ausarbeitung des MDP und des UDP in mehreren Arbeitsschritten erfolgen. Projektbegleitausschusssitzungen in denen, basierend auf den Vorbereitungsarbeiten des Projektteams, Entwicklungsstrategien formuliert, diskutiert und letztendlich beschlossen werden sollten, bildeten die Meilensteine der einzelnen Arbeitsschritte (vgl. dazu Kapitel 4.2.3. Projektablauf). Ziel der Komponenten 2 und 3 war die Ausarbeitung eines strategischen Konzeptes zur mittel- bis langfristigen Entwicklung der Stadt Suhareka als Grundlage für den MDP und den UDP sowie die Erstellung des MDP und des UDP.

Das Konzept sollte neben grundsätzlichen textlichen und planlichen Festlegungen auch Ziele und Maßnahmen sowie Implementierungsstrategien für die zukünftige Entwicklung der Stadt und Gemeinde Suhareka enthalten. Der Municipal Development Plan deckt das gesamte Gemeindegebiet ab und legt die langfristigen Ziele in Bezug auf die wirtschaftliche, soziale und räumliche Entwicklung der Gemeinde fest. Er bildet eine Grundlage für den Urban Development Plan, der sich auf geschlossene Siedlungsgebiete konzentriert und für diese detaillierte Festlegungen zu Zielen und Maßnahmen zur Entwicklung vorsieht.

Zur Einbeziehung der Bevölkerung in den Planungsprozess sollten der MDP und der UDP in einer Präsentation und Ausstellung einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden;

damit sollte die Bevölkerung angeregt werden, ihr Recht auf Beteiligung in Form von Stellungnahmen zu nutzen.

Mit der Beschlussfassung des MDP und des UDP in der Gemeindeversammlung war der eigentliche Planungsprozess abgeschlossen. Die Implementierung durch die Stadtplanungsabteilung sollte in der ersten Phase durch das Projektteam beratend begleitet werden.

Die Erstellung des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan, Projektkomponente 2 und 3, erfolgte in den Schritten:

- Erstellung des Projektdesigns
- Vorschlag zum Leitbild und Entwurf der räumlichen Entwicklung
- Vorabbeschluss des Leitbildes und Entwurfes der räumlichen Entwicklung
- Erster Entwurf des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan
- Vorabbeschluss des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan
- Öffentliche Präsentation
- Öffentliche Auflage und Bürgerbeteiligung / Behandlung der Stellungnahmen der Bewohner von Suhareka
- Beratung bei der Implementierung des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan – Beratung 1
- Beschlussfassung in der Gemeindeversammlung (Municipal Assembly)
- Beratung bei der Implementierung des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan – Beratung 2–4

Komponente 4 – Kleinprojekt

Im Rahmen der Komponente 4 sollte – zu einem möglichst frühen Zeitpunkt im Planungsprozess – zur Akzeptanzsteigerung der Planungsmaßnahmen in der Öffentlichkeit ein konkretes Kleinprojekt initiiert werden. Dazu sollten Projekte wie beispielsweise kleinere Maßnahmen im öffentlichen Raum im Planungsausschuss diskutiert und während des Planungsprozesses initiiert und begleitet werden. Diese Ausbauprojekte sollten zwar im Rahmen des Projektes MDP and UDP initiiert werden, waren jedoch kein Teil dessen und ihre Implementierung musste eigenständig, möglicherweise durch österreichische Firmen, durchgeführt werden.

Das Kleinprojekt, Komponente 4, umfasste:

- Initiierung eines Kleinprojektes
- Beratung eines Kleinprojektes
- Anfängliche Begleitung (Monitoring) eines Kleinprojektes

Komponente 5 – GIS Training

Da moderne Stadtplanung ohne den Einsatz von EDV-Technik nicht möglich ist, sollten in der Komponente 5 sowohl die EDV-technischen Grundlagen (Hard- und Software) geschaffen werden, als auch die Mitarbeiter der Kommunalverwaltung in die EDV-technische Bearbeitung von Kartengrundlagen und statistischem Material mittels eines Geographischen Informationssystems (GIS) eingeschult werden. Das Trainingsprogramm

sollte die Mitarbeiter der Gemeinde Suhareka befähigen, GIS Programme selbständig und effizient für die Verwaltung und Planungsaufgaben einsetzen zu können.

Die 5. Projektkomponente, das GIS Training, bestand aus:

- GIS Workshop
- GIS Training Teil 1 – Basistraining
- GIS Training Teil 2 – Aufbautraining
- GIS Support Teil 1–3
- GIS Training Teil 3 – Vertiefungstraining
- GIS Support Teil 4–6

Komponente 6 – Datenmanagementkonzept

Das Datenmanagementkonzept umfasste die Entwicklung und organisatorische Einbettung eines kommunalen GIS Systems in der Gemeinde Suhareka.

Das Datenmanagementkonzept, Komponente 6, unterteilte sich in:

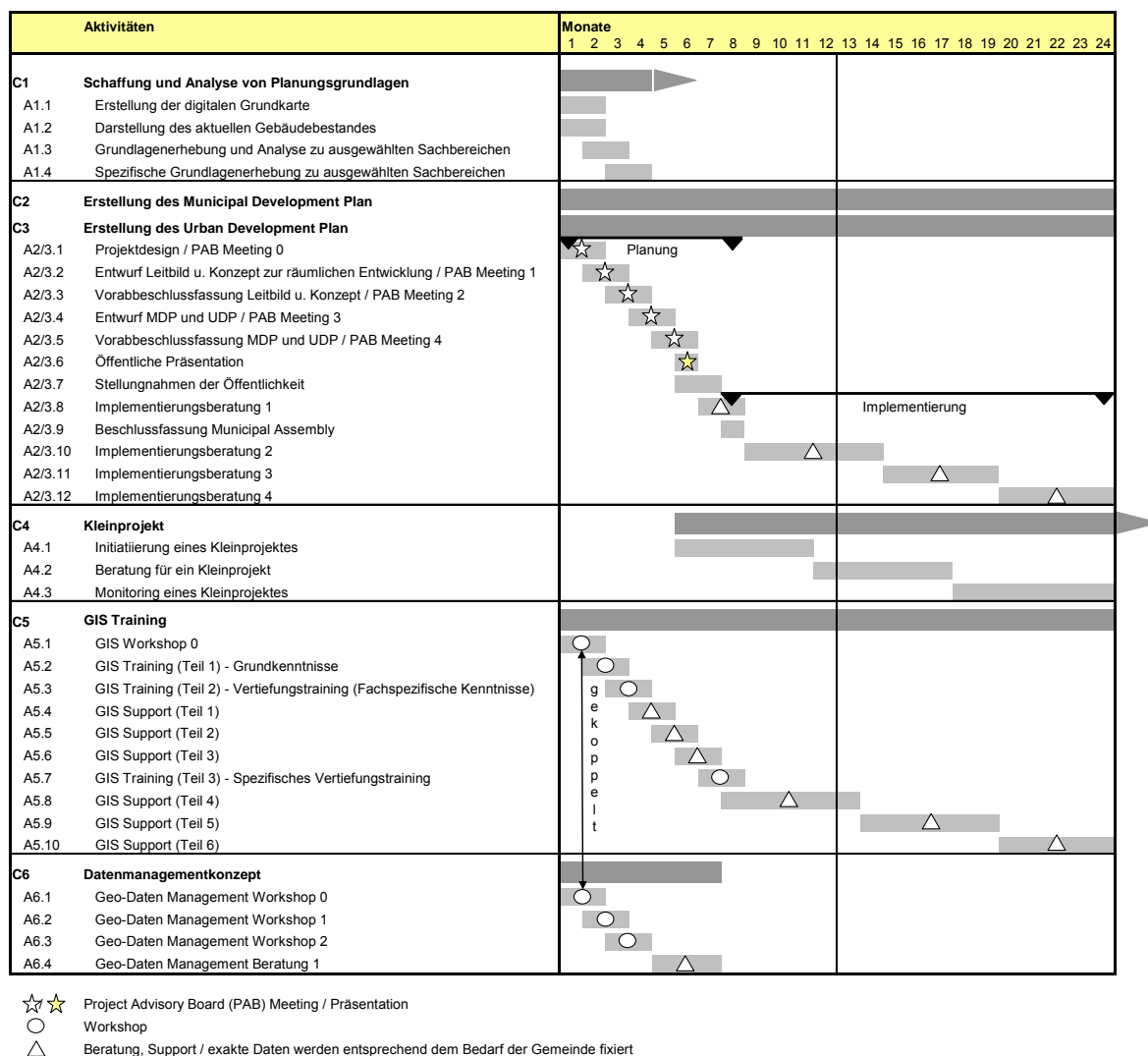
- Geodaten-Management Workshop 0
- Geodaten-Management Workshop 1
- Geodaten-Management Workshop 2
- Geodaten-Management Beratung 1⁴²⁹

Projekttablauf – Zeitraster

Die Aktivitäten in den einzelnen Komponenten sollten – je nach Projektstadium – in unterschiedlicher Intensität und teilweise parallel umgesetzt werden. Im nachfolgenden Zeitraster soll der geplante Projekttablauf verdeutlicht werden.

⁴²⁹ Vgl.: DEPARTMENT OF SPATIAL DEVELOPMENT AND INFRASTRUCTURE & ENVIRONMENTAL PLANNING (2006): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Project Document, September 2006, Wien

Abbildung 9: Zeitraster des Projektes “Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova”



Quelle: DEPARTMENT OF SPATIAL DEVELOPMENT AND INFRASTRUCTURE & ENVIRONMENTAL PLANNING (2006): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Project Document, September 2006, Wien, S.31, eigene Übersetzung

Die geplante Projektlaufzeit betrug 24 Monate, was insbesondere für ein Trainings- und Ausbildungsprojekt relativ kurz ist. Der ursprüngliche Projektvorschlag „Stadtentwicklungsprogramm Suva Reka – Kosovo“ hatte eine Laufzeit des Projektes von 36 Monaten vorgesehen, aufgrund geänderter externer Rahmenbedingungen wie der gesetzlichen Verpflichtung der Gemeinde zur Erstellung von MDPs und UDPs in einem gewissen Zeitraum, musste die Laufzeit des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ um ein Drittel verkürzt werden.

Zu Beginn des Projektes war eine intensive Erhebungs- und Analysephase vorgesehen, die nach 4 Monaten weitgehend abgeschlossen sein sollte. Parallel zu den Erhebungen und Analysen wurde die Planungsphase zur Erstellung des MDP und des UDP gestartet.

Die Planungsphase sollte mit der Beschlussfassung in der Gemeindeversammlung, die in Projektmonat 8 geplant war, in die Implementierungsphase übergehen. Gleichzeitig mit der Erhebungs- und Planungsphase sollte das GIS Training, gekoppelt mit dem Datenmanagementkonzept, begonnen werden. Die Initiierung des Kleinprojektes sollte im letzten Drittel der Planungsphase eingeleitet werden. Der mit 8 Monaten relativ kurzen Analyse- und Planungsphase, die durch die gesetzliche Deadline für die Erstellung der MDPs und der UDPs durch die Gemeinden bedingt war, stand eine vergleichsweise lange Implementierungsphase mit 16 Monaten gegenüber. In dieser Implementierungsphase sollten die Umsetzung des MDP und des UDP sowie die Anwendung des kommunalen GIS Systems durch die Gemeinde vom Projektteam beratend begleitet werden. Ebenso sollte eine Beratung bzw. Monitoring für das Kleinprojekt stattfinden.⁴³⁰

Projektstrategie

Die Projektstrategie des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ ging – wie auch in den Zielsetzungen und erwarteten Ergebnissen des Projektes ersichtlich – über die reine Erstellung eines Municipal Development Plan und eines Urban Development Plan hinaus.

Damit Stadtplanung eine Grundlage für eine geordnete zukünftige Entwicklung der Stadt und Gemeinde Suhareka sein konnte, benötigte die Gemeinde Suhareka ein umfassendes Programm, das zusätzlich zur Erstellung des MDP und des UDP vor allem auch die Bereiche Aufbau von Institutionen, Kapazitätsaufbau und Training umfasste. Ein weiteres wesentliches Element war die Prozessgestaltung des Erstellungsprozesses der Stadtentwicklungspläne. Dementsprechend wurde der partizipativ gestaltete Prozess der Erstellung des Stadtentwicklungsplanes in den Ansatz eines mittelfristigen Trainings- und Beratungsprojektes (Aufbau von Institutionen und Kapazitätsaufbau) für die Stadtgemeinde Suhareka eingebettet. Mittels des Kapazitätsaufbau und des Institutionsaufbaus sollten sowohl die Umsetzung der Pläne, die nur mit einer gut ausgebildeten Stadtplanungsabteilung und politischer Unterstützung funktionieren kann, als auch die Weiterführung und Adaptierung der Pläne an geänderte Rahmenbedingungen, die speziell in einem so dynamischen Umfeld wie Suhareka bzw. dem Kosovo ein wichtiger Faktor ist, gewährleistet werden.

Wie bereits in Kapitel 4.1. (Die Ausgangslage im Kosovo und in Suhareka) erläutert, verlief die Stadtentwicklung in den Jahren nach dem Krieg 1999 in der Gemeinde Suhareka weitgehend ungeplant. Die damit einhergehende Problematik wie beispielsweise geringe Funktionalität, hoher Flächenverbrauch, schlechte infrastrukturelle Erschließung, etc. hatte sich in den vergangenen Jahren nicht verbessert. Diese stadtstrukturellen Probleme betrafen sowohl den privaten Wohnungsbau als auch – zum Teil aus Spendengeldern oder Geldern von internationalen Investoren finanzierte – öffentliche Gebäude und Betriebsgebäude. So wurden z.B. Betriebsgebäude an

⁴³⁰ Vgl.: DEPARTMENT OF SPATIAL DEVELOPMENT AND INFRASTRUCTURE & ENVIRONMENTAL PLANNING (2006): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Project Document, September 2006, Wien

infrastrukturell schlecht erschlossenen Standorten, mit mangelhaften und aus Sicht der Verkehrssicherheit problematischen Zufahrten durch das Schulviertel errichtet. Im Jahr 2006, zu Beginn des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“, war keine wesentliche Verbesserung der Situation der Stadtverwaltung und der Stadtplanungsabteilung im Vergleich zum Jahr 2001, in dem der Erstkontakt im Rahmen der Durchführbarkeitsstudie stattgefunden hatte, festzustellen. Zusätzlich zu den personellen Kapazitätsengpässen waren nahezu keine Grundlagendaten wie statistische Daten, ein Kataster als Planungsgrundlage oder Pläne zur Infrastruktur etc. vorhanden. Darüber hinaus verfügte die Gemeinde im Bereich EDV wie in vielen anderen Bereichen über keine ausreichende Infrastruktur.

Eine selbständige Steuerung der Stadtentwicklung sowie eine Umsetzung und Weiterführung des MDP und des UDP durch die Gemeinde Suhareka war ohne einen zusätzlichen Aufbau von Institutionen und Kapazitäten nicht denkbar. Stadtentwicklungspläne sind grundlegende Instrumente für die Stadtentwicklungsplanung. Um einen größtmöglichen Nutzen aus diesen Instrumenten zu ziehen, müssen diese aber auch durch die Zuständigen in der Gemeinde sachgerecht eingesetzt und vor allem auch umgesetzt werden. Dementsprechend musste die Erstellung des MDP und des UDP mit einem politischen und fachlichen Kapazitätsaufbau, wie diese Instrumente bestmöglich zu nutzen sind, sowie einer Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit bezüglich der Sinnhaftigkeit dieser Instrumente verknüpft werden. Ein wesentliches Element dabei war die intensive Einbeziehung von Politikern, Experten und der Bevölkerung in den Planungsprozess. Die Identifikation einer Gemeinde mit Planungen, die von internationalen Expertenteams mit einer geringfügigen Einbeziehung von lokalen Strukturen auf Basis von Kurzbesuchen in der Planungsgemeinde erstellt werden, und der Umsetzungswille in Bezug auf diese Planungen durch die beplante Gemeinde sind meist gering. Beispiele dafür gibt es – international wie auch in anderen kosovarischen Gemeinden – genügend. Darüber hinaus ist es ohne die Einbeziehung der Betroffenen bzw. der für die Umsetzung zuständigen Personen in den Planungsprozess oft schwierig, die einzelnen Planungsentscheidungen im Detail nachzuvollziehen und damit auch die teilweise notwendige Interpretation des Planwerks für eine adäquate Umsetzung nicht möglich.

Aufbau von Institutionen

Die Unterstützung des Aufbaus von Institutionen durch die Stärkung demokratischer Planungs- und Entscheidungsfindungsprozesse insbesondere für politische Entscheidungsträger war ein wesentlicher Punkt im Rahmen des Projekts, da die Erstellung wie auch die Umsetzung eines Stadtentwicklungsplanes in einem engen Zusammenhang mit politischen Entscheidungsfindungsprozessen stehen.⁴³¹ Planung im räumlichen Kontext bedeutet immer ein Abwägen von unterschiedlichen Möglichkeiten, Potenzialen und Interessen. Planungsentscheidungen zu treffen und diese auch

⁴³¹ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

umzusetzen erfordert Strukturen, die trotz unterschiedlicher Interessen der Beteiligten einen Konsens ermöglichen. Die Erstellung eines Planes durch Fachleute und Experten ist ein wichtiger Schritt, ohne den politischen Willen zur Implementierung dieses Planes ist eine Umsetzung jedoch kaum möglich. Im Grunde genommen üben „die Planer“ – in diesem Fall die Mitarbeiter der Stadtplanungsabteilung und die externen Experten – nur eine beratende Funktion aus, der eigentliche Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum liegt in den Händen der Kommunalpolitiker. Im Rahmen des Projektes sollten diese Planungs- und Entscheidungsfindungsstrukturen im Prozess sowohl in fachlicher wie auch in politischer Hinsicht unter beratender Begleitung des Projektteams unterstützt werden.

Kapazitätsaufbau und Human Resources Management

Der Kapazitätsaufbau bzw. -ausbau sowohl der Stadtplanungsabteilung als auch der administrativen Strukturen der Gemeinde bildeten – als wichtige Basis für eine effiziente Stadtentwicklungsplanung – Kernelemente der Projektstrategie.

Der Kapazitätsaufbau wurde in verschiedenen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen durchgeführt. Eine wichtige Zielgruppe waren die Planungsabteilungen der Gemeinde. Ziel des Kapazitätsaufbaus war hier zum einen die Bewusstseinsbildung, Entwicklungspläne als Steuerungsinstrumente für eine positive zukünftige Entwicklung zu verstehen und zum anderen die Entwicklung von Kapazitäten in der Stadtentwicklungsplanung. Die Planungsabteilungen sollten durch einen Know-how Transfer auf europäischen Standard gebracht werden. Das Training beinhaltete eine fachliche Aus- und Weiterbildung im Bereich Stadtplanung in Form eines Trainings on the Job – sowohl in Bezug auf planungsrelevante Prozesse, Grundsätze und Methoden als auch auf technisches Instrumentarium, wie beispielsweise die Anwendung von Geographischen Informationssystemen (GIS) und das Management der erstellten Daten zur Weiterführung der Pläne.⁴³²

Der Kapazitätsaufbau der Stadtplanungsabteilung und der Stadtverwaltung im Bereich Planung wurde durch Ausbildungsprogramme von UN-Habitat und UNMIK unterstützt. In Schulungsprogrammen und Workshops der UN-Organisationen wurden Themen wie beispielsweise der Ablauf von Planungsprozessen oder die Findung von Zielen, Strategien und Maßnahmen behandelt. (vgl. Kapitel 4.1.4.) Für den Aufbau einer Stadtentwicklungsplanung in Suhareka war es notwendig, dieses Know-how konkret anzuwenden, umzusetzen und zu erweitern. Aus diesem Grund war es ein Anliegen des Projektteams, gemeinsam mit der Stadtplanungsabteilung mit dem Stadt- und Bezirksentwicklungsplan (MDP und UDP) eine „handfeste“ Planungsbasis als Entscheidungsgrundlage für die Anforderungen des Planungs-Alltags zu erarbeiten. Durch die Zusammenarbeit mit dem lokalen Projektpartner urban+, einem Planungsbüro aus Pristina, dessen Team zum Großteil aus Lehrenden und Studierenden der Universität Pristina bestand, konnte auch ein internationaler Know-how Transfer zwischen den

⁴³² Vgl.: DEPARTMENT OF SPATIAL DEVELOPMENT AND INFRASTRUCTURE & ENVIRONMENTAL PLANNING (2006): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Project Document, September 2006, Wien

Universitäten und eine Verbreitung des Know-hows unter den Studierenden erreicht werden.

Gestaltung des Prozesses (Partizipation und Öffentlichkeitsarbeit)

Die Gestaltung des Prozesses der Erstellung des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan war eines der wesentlichsten Elemente der Projektstrategie. Ein fachlich fundierter und demokratisch beschlossener Stadtentwicklungsplan ist eine wichtige Grundlage für eine effiziente und transparente Stadtentwicklungsplanung. Der Prozess der Erstellung dieser Stadtentwicklungspläne musste aus Sicht des Projektteams in der Gemeinde erfolgen, unterstützt durch die begleitende Beratung des Projektteams.⁴³³ Die Mitarbeit und Einbindung sowohl lokaler Stellen (Gemeinde, Stadtverwaltung, Stadtplanung) als auch der internationalen Stellen in den Erstellungsprozess war unbedingt notwendig, um die Akzeptanz und damit auch die Implementierung des Stadtentwicklungsplanes zu gewährleisten.⁴³⁴

Ein weiteres Kernelement war die Initiierung eines Beteiligungsprozesses mit unterschiedlichen Zielgruppen in der Bevölkerung. Die Einbeziehung der Bevölkerung in den Planungsprozess wurde auch vom Bürgermeister der Stadt Suhareka als wünschenswert und notwendig erachtet.⁴³⁵

Die Projektstrategie zielte in erster Linie darauf ab, die Eigenständigkeit der Gemeinde Suhareka im Bereich der Stadtentwicklungsplanung zu stärken. Einen Schwerpunkt der Arbeit des Projektteams bildete die Initiierung, Gestaltung und fachliche Moderierung eines nachhaltigen räumlichen Entwicklungsprozesses der Stadt und Gemeinde Suhareka.⁴³⁶ Der im Rahmen des Projektes erstellte Municipal Development Plan und Urban Development Plan sollte nicht nur die gesetzliche Pflicht der Gemeinde zur Erstellung dieser Pläne erfüllen, sondern die Basis für strategische Entscheidungen in der Gemeindeversammlung (Municipal Assembly) bilden. Darüber hinaus sollten diese Planwerke unterschiedliche Abteilungen der Stadtverwaltung in ihrer täglichen Arbeit unterstützen und zur Entscheidungsfindung bei konkreten Planungsfragen beitragen. Nicht zuletzt sollte auch die Akzeptanz der Bevölkerung in Bezug auf Stadtplanung durch eine Verbesserung der Nachvollziehbarkeit von Planungsentscheidungen erhöht werden.

⁴³³ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung Municipality Suhareka am 26.4.2002

⁴³⁴ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG (2001): Zusammenfassung Projekt: Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo

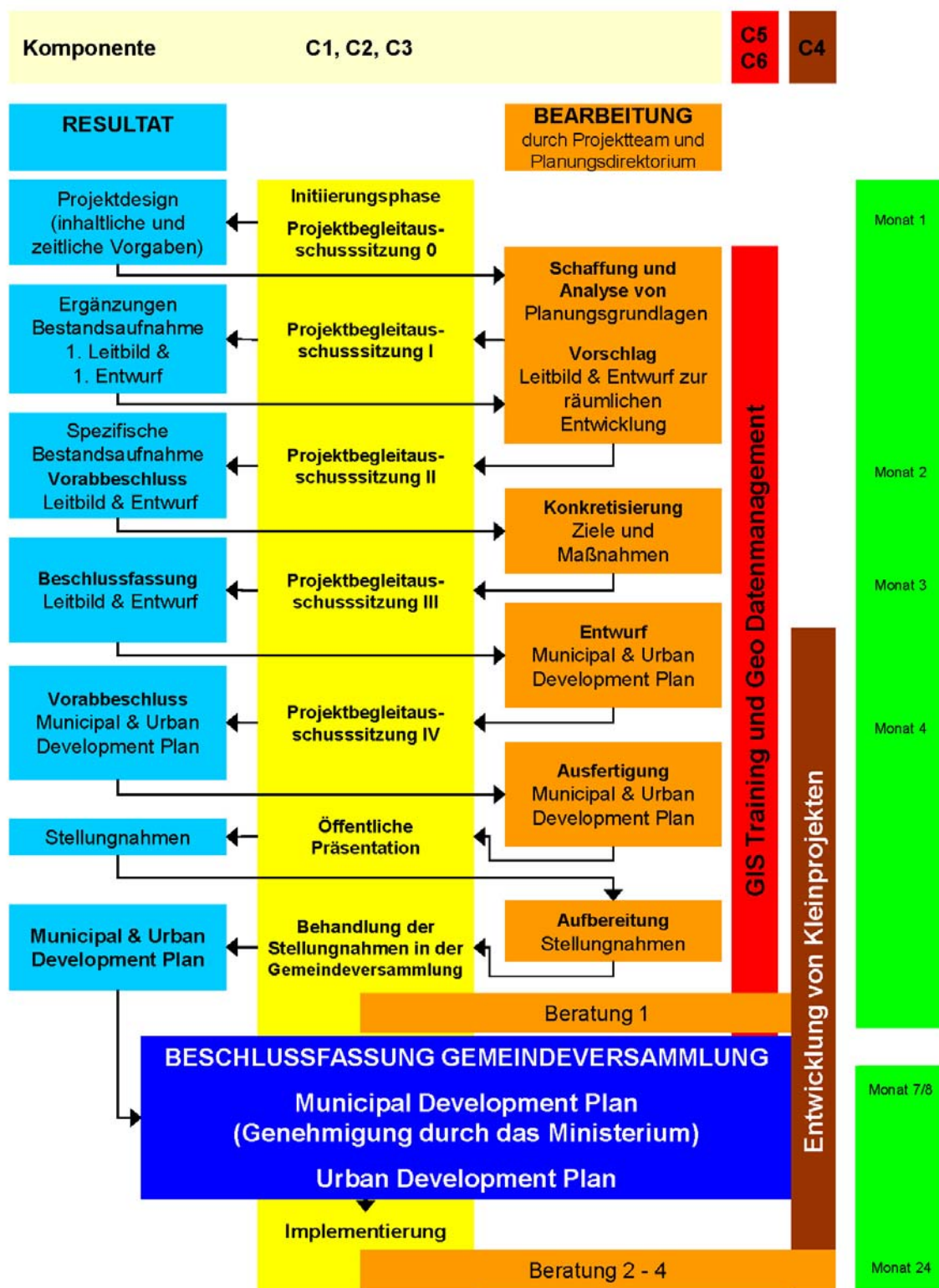
⁴³⁵ Vgl.: INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I–IV, Besprechung Municipality Suhareka am 26.4.2002

⁴³⁶ Vgl.: DEPARTMENT OF SPATIAL DEVELOPMENT AND INFRASTRUCTURE & ENVIRONMENTAL PLANNING (2006): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Project Document, September 2006, Wien

Dazu musste im Zuge des Planungsprozesses eine hohe Identifikation der einzelnen Planungsabteilungen sowie der politischen Akteure mit der Planung geschaffen werden, also die Ownership der Gemeinde sichergestellt werden. Dementsprechend war die Ausarbeitung des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan durch das österreichisch-kosovarische Projektteam in Kooperation mit den Planungsabteilungen der Gemeinde Suhareka vorgesehen. Weiters wurden die Ergebnisse der einzelnen Planungsschritte jeweils mit dem Project Advisory Board, einem politisch und fachlich besetzten Planungs- bzw. Projektbegleitausschuss, diskutiert. Die Ergebnisse dieser Projektbegleitausschusssitzungen flossen in den jeweils nächsten Bearbeitungsschritt mit ein, dessen Ergebnisse dann wiederum im Projektbegleitausschuss zur Diskussion gestellt wurden. Mit diesem permanenten Rückkoppelungsprozess zwischen der politischen Ebene und den Fachexperten des Projektteams sollte sichergestellt werden, dass der Municipal Development Plan und der Urban Development Plan sowohl dem aktuellen professionellen Planungsstandard entsprechen als auch die politischen Interessen der Gemeinde widerspiegeln. (siehe Abbildung 10: Planungsprozess und Implementierungsstruktur des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“)⁴³⁷

⁴³⁷ Vgl.: DEPARTMENT OF SPATIAL DEVELOPMENT AND INFRASTRUCTURE & ENVIRONMENTAL PLANNING (2006): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Project Document, September 2006, Wien

Abbildung 10: Planungsprozess und Implementierungsstruktur des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“



Quelle: DEPARTMENT OF SPATIAL DEVELOPMENT AND INFRASTRUCTURE & ENVIRONMENTAL PLANNING (2006): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Project Document, September 2006, Wien, S.30, eigene Übersetzung

Im Startworkshop „Nachhaltige Stadtentwicklung in Suhareka / Kosovo“ im Mai 2006 sowie in den Vorgesprächen haben die einzelnen Direktionen der Stadtverwaltung eine hohe Bereitschaft zur Unterstützung des Projektes bzw. zur Mitarbeit an der Erstellung des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan gezeigt. Trotzdem war die Intensität der Mitarbeit der Abteilungen bei der Planung zum Zeitpunkt der Erstellung des Projektdesigns nicht abschätzbar. Ebenso war der Planungsprozess stark an politische Entscheidungsfindungsprozesse gebunden. Dementsprechend war eine hohe Flexibilität in der Projektkonzeption notwendig, um auf den aktuellen, konkreten Bedarf der Gemeinde mit Schwerpunktsetzungen im Projekt reagieren zu können.

Ein weiterer wesentlicher Punkt war die Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit, um die Akzeptanz von übergeordneten Planungen in der Bevölkerung zu erhöhen. Aus diesem Grund sollten die Gemeindebewohner bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt in die Planung miteinbezogen und in regelmäßigen Abständen über die Planungsfortschritte informiert werden. Das kosovarische Raumplanungsgesetz (Law on Spatial Planning) schrieb die Einbeziehung der Öffentlichkeit erst nach Fertigstellung der Planentwürfe im Rahmen einer öffentlichen Präsentation mit der Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme durch die Gemeindebewohner vor. Dieser Zeitpunkt erschien dem Projektteam und den politischen Vertretern der Gemeinde als zu spät, um die Bevölkerung wirklich in die Planung miteinbeziehen zu können. Dementsprechend war bereits zu Beginn des Planungsprozesses die Einbindung von unterschiedlichen Zielgruppen bei der Erstellung von ersten Leitbildern und Konzepten zur räumlichen Entwicklung vorgesehen.

Darüber hinaus verfolgte das Projektteam das Ziel, die Ergebnisse der Planung möglichst frühzeitig für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen, um die Akzeptanz der Planungsmaßnahmen zu sichern. Deshalb sollten im Laufe des Planungsprozesses auch möglichst bald Kleinprojekte entwickelt und konkrete Ausbauprojekte begonnen werden.⁴³⁸

4.3. DIE UMSETZUNG VON AUSGEWÄHLTEN STRATEGISCHEN ELEMENTEN ZUR VERKNÜPFUNG VON HUMANITÄRER HILFE UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT IM RAHMEN DES PROJEKTES „MUNICIPALITY DEVELOPMENT PLAN AND URBAN DEVELOPMENT PLAN SUHAREKA / KOSOVA“

Das Projekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ enthält fünf wesentliche, aus den Elementen der ausgewählten Konzepte zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit abgeleitete, Strategieelemente (vgl. Kapitel 2.3.):

- Nachhaltige Entwicklungsplanung / sektorübergreifender Ansatz
- Stärkung und Weiterentwicklung der Strukturen und Fähigkeiten zur Selbsthilfe

⁴³⁸ Vgl.: DEPARTMENT OF SPATIAL DEVELOPMENT AND INFRASTRUCTURE & ENVIRONMENTAL PLANNING (2006): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Project Document, September 2006, Wien

- Kooperation mit lokalen Partnerorganisationen
- Partizipation und Zielgruppenorientierung
- Längerfristige systematische Hilfe

Das folgende Kapitel widmet sich der kurzen Darstellung dieser Strategieelemente und der Beschreibung ihrer Implementierung im Rahmen des Projekts „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“.

Abbildung 11: Überblick über Elemente/Forderungen aus ausgewählten Konzepten zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit und ihre Umsetzung im Projekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“

Elemente / Forderungen aus ausgewählten Konzepten zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und EZA				Strategielemente für die Stadtentwicklungsplanung	Umsetzung der Strategieelemente im Projekt MDP / UDP Suhareka
Kontinuum-/Kontiguumskonzept	Nachhaltige Humanitäre Hilfe	Entwicklungsorientierte Nothilfe	Linking Relief, Rehabilitation and Development - Konzept		
Grundstein für eine sich selbst tragende Entwicklung legen	Prinzipielle Entwicklungsorientierung als Grundstein für langfristige Entwicklungsprozesse Nachhaltige Ausrichtung der Humanitären Hilfe	Einleitung von Entwicklung Ausgangspunkt für einen anschließenden Prozess der nachhaltigen Entwicklung Projekte (insbesondere in Nachkriegssituationen) übersektoral anlegen	Grundstein für eine sich selbst tragende, nachhaltige Entwicklung legen Qualitative und nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen Integrierte Programme, die umfassende Verbesserungen der Lebensbedingungen zum Ziel haben (keine isolierten Einzelmaßnahmen)	Nachhaltige Entwicklungsplanung / Sektorübergreifender Ansatz	Stadtentwicklungsplanung – ein integriertes Programm / MDP und UDP Suhareka
Soforthilfe darf bereits erreichte Fortschritte der EZA nicht zunichte machen Strukturen zur Vorbeugung künftiger Krisen schaffen	Förderung bzw. Bewahrung der Selbstorganisation der betroffenen Bevölkerung Stabilisierung und Stärkung lokaler Ökonomien und lokaler Strukturen Qualifizierung	Stärkung der Selbsthilfekräfte Förderung des Aufbaus von funktionierenden, demokratische legitimierte, öffentlichen Institutionen, Förderung der sozialen und administrativen Strukturen Stärkung dezentraler Kompetenzen und Kapazitäten	Strukturen und Fähigkeiten zur Selbsthilfe werden einbezogen, gestärkt und weiterentwickelt Wirtschaftliche und soziale Lage stabilisieren		
	Zivilgesellschaftliche Kooperation und Partnerorientierung	Zusammenarbeit mit staatlichen und nichtstaatlichen Strukturen	Hilfe erfolgt über lokale Partnerorganisationen	Kooperation mit lokalen Partnerorganisationen	Erstellung des MDP und des UDP in Kooperation mit einem lokalen Planungsbüro Abstimmung mit regionalen und nationalen Behörden
	Förderung von Partizipation der Bevölkerung an politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen Beteiligung der Bevölkerung als wichtigstem Akteur an Planung und Ausführung der Maßnahmen	Grundsatz der Partizipation der Zielgruppen (an der Planung und Durchführung von Maßnahmen) wesentlich	Zielgruppen sind von Anfang an der Planung der Projektmaßnahmen beteiligt	Partizipation und Zielgruppenorientierung	Integration der Bevölkerung in den Planungsprozess Regelmäßige Information der Bevölkerung Öffentliche Präsentationen und Ausstellungen Broschüre Sichtbarmachung der Planung durch Kleinprojekte
Maßnahmen so anlegen, dass sie von Akteuren einer anderen Phase weitergeführt werden können		Verbindung von kurz- und langfristigen Maßnahmen / Grundlagen für spätere Maßnahmen und Interventionen schaffen	Durchführung der verschiedenen Projektphasen soll in einer Hand liegen	Längerfristige systematische Hilfe	Implementierungsberatung GIS Training Datenmanagementkonzept

Quelle: eigene Darstellung

4.3.1. Nachhaltige Entwicklungsplanung / Sektorübergreifender Ansatz

Ein Grundprinzip aller ausgewählten Konzepte zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit ist die prinzipielle Entwicklungsorientierung der Projekte der Humanitären Hilfe als Grundstein für eine sich selbst tragende Entwicklung. Die Projekte sollen ein Ausgangspunkt für einen langfristigen, nachhaltigen Entwicklungsprozess sein und zu einer qualitativen Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen.

Darüber hinaus fordern insbesondere das Konzept der Entwicklungsorientierten Nothilfe und das LRRD Konzept (Linking Relief, Rehabilitation and Development – LRRD), dass es sich um integrierte Projekte, die übersektoral angelegt sind, handelt. *„Die Komplexität vieler Notsituationen hat zur Folge, dass die Projekte typischerweise übersektoral angelegt sind und ganzheitlich ansetzen. Im Einzelfall kann es sinnvoll sein, einen politischen Transformationsprozess durch entsprechende Beratung zu begleiten.“*⁴³⁹

Speziell in Nachkriegssituationen mit multiplen Problemlagen stellen einzelne fachspezifische Projekte in ausgewählten Sektoren keinen adäquaten Ansatz dar. *„Für die mittelfristige Bewältigung einer post-konfliktiven Situation ist ein integrierter und mit nationalen wie internationalen Organisationen abgestimmter Planungsansatz notwendig, der die komplexe Ausgangssituation berücksichtigt.“*⁴⁴⁰

Stadtentwicklungsplanung – ein integriertes Programm / Municipal Development Plan und Urban Development Plan Suhareka

Stadtentwicklungsplanung hat die umfassende Verbesserung der Lebensbedingungen in einer Stadt oder Gemeinde zum Ziel. Sie ist um integriertes Handeln im sozialen, wirtschaftlichen und räumlichen Bereich bestrebt und entwickelt und verfolgt, unter Miteinbeziehung der verschiedenen Handlungsfelder einer Stadt oder Region, eine Planungsstrategie für eine langfristige Stadtentwicklung. Das Handwörterbuch der Raumplanung definiert kommunale Entwicklungsplanung nach Norbert Lenort als *„die Gesamtheit der Tätigkeiten, mit denen die Schaffung, nachhaltige Sicherung und ständige Verbesserung der materiellen und immateriellen Voraussetzungen für das Wohl der Gemeindemitglieder und für die Funktionsfähigkeit des Gemeindeorganismus unter Berücksichtigung der Dynamik des sozialen Lebens angestrebt wird.“*⁴⁴¹

Stadtentwicklungsplanung ist *„der Inbegriff aller Tätigkeiten zur bewussten Steuerung des Auf- und Ausbaus der dynamischen Gemeinde.“*⁴⁴²

⁴³⁹ BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG, Referat: „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ (Hg.) (2005): Konzept für Maßnahmen der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, Bonn, <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/konzepte/Konzept136.pdf> (Stand: 3.2.2009), S.7

⁴⁴⁰ GTZ (Hg.) (1998): Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Arbeitskonzept der GTZ, Eschborn, S.24

⁴⁴¹ AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (2005): Handwörterbuch der Raumordnung, 4. Auflage, Verlag der ARL, Hannover, S.1067

⁴⁴² AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (2005): Handwörterbuch der Raumordnung, 4. Auflage, Verlag der ARL, Hannover, S.1067

Stadtentwicklungsplanung stellt somit eine wesentliche Grundlage für eine nachhaltige geordnete Gesamtentwicklung einer Stadt oder Gemeinde dar. Dementsprechend müssen einzelne Maßnahmen immer im Kontext der Gesamtentwicklung geplant werden, eine isolierte Betrachtung von Einzelmaßnahmen ist nicht möglich.

Stadtentwicklung umfasst alle Veränderungen der Stadtstruktur. Im Allgemeinen werden fünf Dimensionen der strukturellen Entwicklung einer Stadt unterschieden: die demographische, die ökonomische, die soziale, die politische und die fiskalische Dimension, die sowohl jede für sich alleine als auch in ihren Interdependenzen strukturell wirksam sind. Die strukturelle Entwicklung steht in einem engen Zusammenhang mit der räumlichen Entwicklung, also der Verteilung der Stadtfunktionen (Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Verkehr, Kultur, Bildung, Freizeit, Erholung, Natur, Landwirtschaft, etc.) auf die Fläche, also der Flächennutzung.⁴⁴³

Bestandsaufnahme und Analyse

Im MDP und im UDP wurden folgende Sektoren in der Bestandsaufnahme und Analyse und in weiterer Folge in der Planung behandelt:

Strukturelle Entwicklung:

Im Bereich Demographie wurden Aussagen zur Bevölkerungsstruktur, der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, Wanderungsbewegungen und Migration sowie zur Prognose der Bevölkerungsentwicklung getroffen. Die Ökonomie wurden anhand der Analyse von Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung wie dem Pro-Kopf-Einkommen, dem Arbeitsmarkt, der Unternehmen und Unternehmensstruktur sowie der Analyse der Entwicklung der wirtschaftlichen Sektoren – Industrie, Landwirtschaft, Tourismus, Handel und Dienstleistung – beschrieben. Im Bereich Soziales wurden Indikatoren und eine sektorale Analyse der sozialen Entwicklung für die Teilbereiche Gesundheitseinrichtungen, Bildung und Armut herangezogen. Im Rahmen der politischen Dimension wurden territoriale Verwaltung, Gemeindeverwaltung, regionale und internationale Kooperationen sowie NGOs und Public Private Partnerships erläutert. Fiskalische Aussagen wurden zu den Themen Gemeindebudget und Kapazitäten für Investitionen getroffen.

Räumliche Entwicklung:

Die städtebauliche Entwicklung wurde anhand der Siedlungsstruktur, der Flächenwidmung und dem Wohnen analysiert. Weiters wurden öffentliche Einrichtungen aus den Bereichen Verwaltung und öffentliche Gebäude, Bildungseinrichtungen, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, Kultur-, Sport- und Erholungseinrichtungen, Kulturerbe und Industrie- und Gewerbebauten erhoben. Im Rahmen der technischen Infrastruktur wurden die Bereiche Verkehr, Wasserversorgungsnetz, Wasserentsorgungs- und Kanalnetz, Stromversorgung und Telekommunikationsinfrastruktur und Abfallmanagement untersucht. Die Analyse des Bereiches Natur und Umwelt hat sich auf Geologie, Geomorphologie, Hydrologie, Klima, Pedologie, Fauna und Flora, Landnutzung,

⁴⁴³ Vgl.: AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (2005): Handwörterbuch der Raumordnung, 4. Auflage, Verlag der ARL, Hannover

Verschmutzung und Degeneration der Umwelt, natürliche Ressourcen und Naturschutz konzentriert.

Die Ergebnisse aus den einzelnen Bereichen wurden einander in einer SWOT-Analyse gegenübergestellt und Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung analysiert.⁴⁴⁴

Planung

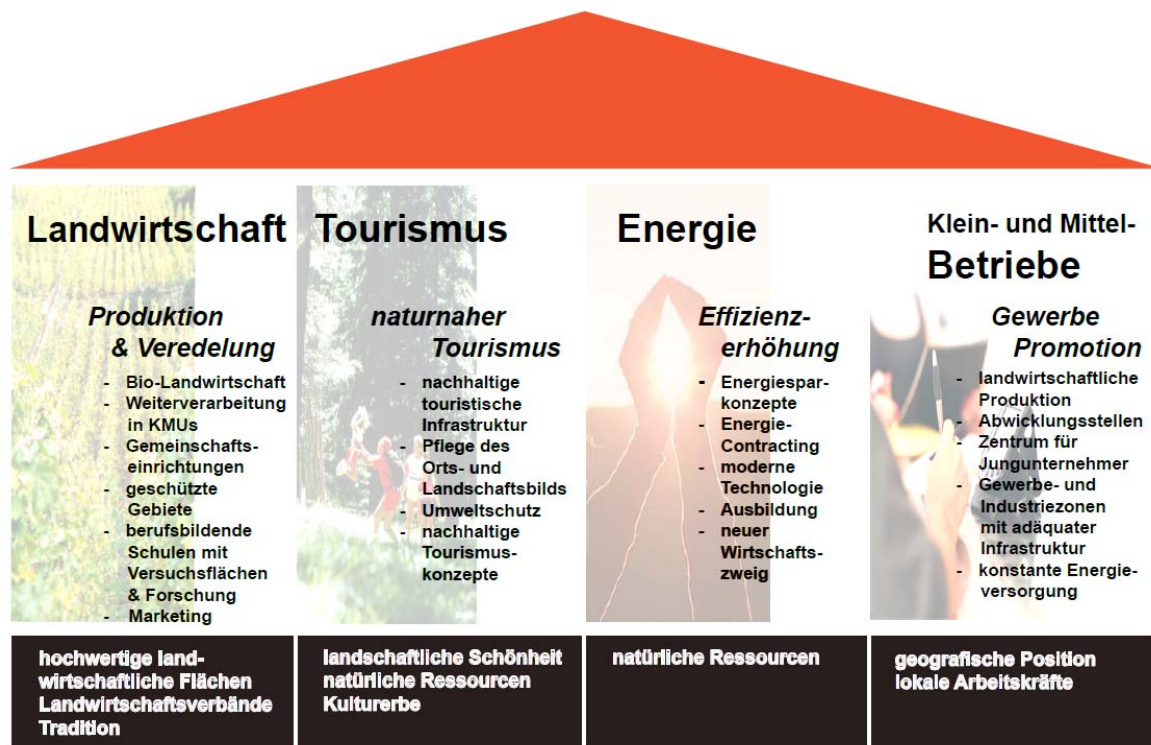
Ziel des Municipal und Urban Development Plan war es, durch die Festlegung von langfristigen Entwicklungszielen und strategischen Prioritäten einen langfristigen Rahmen für die Entwicklung der Gemeinde und der Stadt Suhareka zu definieren. Dieser Entwicklungsrahmen sollte eine gut entwickelte Wirtschaft mit mehr Beschäftigungsmöglichkeiten, eine bessere soziale Entwicklung und Chancengleichheit für alle, den Schutz und die Entwicklung der Umwelt und der natürlichen und kulturellen Ressourcen und eine integrierte Infrastruktur und effiziente Dienstleistungen für die Bürger gewährleisten. Der Municipal und der Urban Development Plan waren strategisch und multisektoral angelegt, zwischen den einzelnen Sektoren sollten Konflikte minimiert und Synergien maximiert werden.⁴⁴⁵

Ausgehend von der Analyse und basierend auf den Potenzialen und natürlichen Ressourcen der Region wurde eine Vision für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde Suhareka entwickelt: Suhareka – eine moderne landwirtschaftliche Region im Kosovo. Diese Vision gründet auf den vier in gegenseitiger Beziehung stehenden Säulen: Landwirtschaft, Tourismus, Energie und Klein- und Mittelbetriebe.

⁴⁴⁴ Vgl.: SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Municipal Development Plan 2008–2018 (Suhareka) und SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Urban Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

⁴⁴⁵ Vgl.: SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Municipal Development Plan 2008–2018 (Suhareka) und SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Urban Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

Abbildung 12: Vision für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde Suhareka



Quelle: Schimak Gerhard et al. (2008): *Municipal Development Plan 2008–2018 (Suhareka)*, Teil 2, S.20, eigene Übersetzung

Aufbauend auf dieser Vision und generellen Prinzipien für die Entwicklung, die aus nationalen und internationalen Planungsdokumenten abgeleitet wurden, wurden langfristige Entwicklungsziele und strategische Prioritäten nach dem Motto „Stärken stärken“ für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde Suhareka entwickelt. Diese langfristigen Entwicklungsziele, die jeweils in detaillierte Unterziele und Maßnahmen zur Umsetzung heruntergebrochen wurden, umfassten:

- Ziel 1: Landwirtschaft mit Primärproduktion und Veredelung von Qualitätsprodukten
- Ziel 2: Sport, Erholungstourismus und Naturerlebnis
- Ziel 3: Suhareka als Pilotregion im Kosovo für Energieeffizienz und erneuerbare Energie
- Ziel 4: Entwicklung von Klein- und Mittelbetrieben zur Unterstützung des lokalen Marktes
- Ziel 5: Ausgewogene soziale Entwicklung und Chancengleichheit für alle
- Ziel 6: Nachhaltige räumliche Entwicklung in den naturnahen Gebieten und Schutz der natürlichen und kulturellen Ressourcen der Gemeinde Suhareka und der Nachbargemeinden
- Ziel 7: Aufbau einer funktionierenden integrierten Infrastruktur und adäquater flächendeckender öffentlicher Dienstleistungen

Zu den strategischen Prioritäten zählten zum einen der Schutz der wesentlichen Ressourcen und zum anderen grundlegende Entwicklungsmaßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft, Wirtschaft, Infrastruktur und Bildung.⁴⁴⁶

Das räumliche Entwicklungskonzept legte die grundlegenden Rahmenbedingungen für die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde Suhareka in den einzelnen Bereichen fest und setzte die Rahmenbedingungen für die Förderung von Wachstum und Innovation. Es bildete den räumlichen Kontext für Entscheidungsfindungen, Aktivitäten und Implementierungsstrategien.

Basierend auf den unterschiedlichen topografischen Bedingungen, einerseits große Ebenen mit hochwertigen landwirtschaftlichen Flächen und andererseits Berggebiete mit Wald- und Weideflächen wurde die Gemeinde in die drei funktionellen Zonen: Leben und Garten, Berge und Natur und Hügel und Biodiversität, die jeweils eine spezifische Charakteristik und Entwicklungsziele aufwiesen, strukturiert. Der Bereich „Leben und Garten“, ein überwiegend flaches Gebiet im Südwesten, ist der bevölkerungsreichste Teil und bildet das wirtschaftliche Zentrum und den Motor für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde. Im Südosten der Gemeinde befindet sich der Bereich „Berge und Natur“, ein dünn besiedeltes, gebirgiges Gebiet, dessen Potenziale mit dem Nationalpark „Sharr Mountains“ im Schutz der Natur in Verbindung mit Tourismus und Landwirtschaft liegen. Das hügelige Gebiet „Hügel und Biodiversität“ im Norden der Gemeinde ist mit kleinen Dörfern besiedelt und bietet Entwicklungsmöglichkeiten in den Bereichen Natur- und Sporttourismus, Wald, Landwirtschaft und Natur.

Die Siedlungskerne wurden gemäß ihrem Angebot an administrativen, sozialen und ökonomischen Dienstleistungen kategorisiert, um die Versorgung aller Einwohner der Gemeinde mit Dienstleistungen sicherzustellen. Die Stadt Suhareka stellt das städtische Hauptzentrum für die Gemeinde dar, Mushtisht und Studencan/Samadrexhe bilden Subzentren, weiters gibt es zehn lokale Zentren. Ebenso erfolgte eine hierarchische Festlegung des Verkehrsverbundnetzes.

Im Siedlungskonzept wurden – basierend auf einer Prognose der Bevölkerungsentwicklung und der angestrebten wirtschaftlichen Entwicklung – Siedlungsentwicklungsbereiche für die zukünftige räumliche Entwicklung der Stadt und Gemeinde Suhareka ausgewiesen. In der Stadt erfolgte eine genauere Ausweisung und Festlegung gemäß den drei Hauptkategorien der Flächenwidmung in Bauland, Grünland und Verkehrsflächen. Innerhalb dieser Kategorien wurden Gebiete nach unterschiedlichen Nutzungsarten, Nutzungszeiträumen und Nutzungsintensitäten unterschieden. Zusätzlich zu den angestrebten Dichtewerten wurden auch Korridore für Bebauungshöhen in Geschößzahlen angegeben. So ist beispielsweise im Zentrumsbereich der Stadt Suhareka ein intensiver Nutzungsmix mit einer Bauhöhe von bis zu 8 Geschößen vorgesehen, wohingegen in den Randbereichen der Stadt an der Grenze zum Grünland nur eine 1–2geschoßige Bebauung mit vorwiegender (gemischter) Wohnnutzung möglich ist. Weiters wurden Aussagen zum Verkehrssystem, zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur

⁴⁴⁶ Vgl.: SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Municipal Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

Landwirtschaft und zum Tourismus sowie zur administrativen Einteilung der Gemeinde getroffen. Standorte für soziale und technische Infrastruktur sowie für Sport- und Freizeiteinrichtungen wurden geplant.

Ein wesentlicher Teil des MDP und des UDP ist die ausführliche Beschreibung der Strategien und Aktivitäten zur Umsetzung der Entwicklungsziele, die für jedes Entwicklungsziel inklusive einer Beurteilung der Bedeutung des Entwicklungszieles detailliert ausformuliert wurde.

In den Durchführungsbestimmungen wurden die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Festlegungen im MDP und im UDP in der Stadtplanung genauer definiert sowie Maßnahmen zur Umsetzung der Pläne angeführt.⁴⁴⁷

4.3.2. Stärkung und Weiterentwicklung der Strukturen und Fähigkeiten zur Selbsthilfe

Die Stärkung und Weiterentwicklung lokaler Strukturen sowie die Forderung der „Hilfe zur Selbsthilfe“ sind wesentliche Bestandteile aller ausgewählten Konzepte zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. *„Häufig sind die physischen Wiederaufbaumaßnahmen nur dann Erfolg versprechend, wenn gleichzeitig administrative und soziale Strukturen gefördert werden und eine breite Beteiligung der Bevölkerung stattfindet.“*⁴⁴⁸

Im Konzept für Maßnahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind die Stärkung der Selbsthilfekräfte und die Schaffung von funktionierenden Institutionen und Strukturen wichtige Punkte. Wesentlich beim Auf- und Ausbau von dezentralen Strukturen sind zum einen die Förderung der Zivilgesellschaft und zum anderen die Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung in staatliche und nichtstaatliche Institutionen und Strukturen und ihre Leistungsfähigkeit.⁴⁴⁹

In der Entwicklungszusammenarbeit ist die Einbindung lokaler Partner in die jeweiligen Projekte sowie ihre Förderung durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen als Instrument zur Förderung nachhaltiger Entwicklungsprozesse bereits etabliert. Nunmehr wird auch in der Humanitären Hilfe versucht, Partnerorganisationen vor Ort möglichst früh miteinzubinden und darin zu unterstützen, ihre Ziele und Projekte selbst zu definieren. Durch die Beteiligung der Zielgruppen bereits bei der Planung der Projekte und nicht erst

⁴⁴⁷ Vgl.: SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Munal Development Plan 2008–2018 (Suhareka) und SCHIMAK Gerhard et al. (2008): Urban Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

⁴⁴⁸ BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG, Referat: „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ (Hg.) (2005): Konzept für Maßnahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, Bonn, <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/konzepte/Konzept136.pdf> (Stand: 3.2.2009), S.8+9

⁴⁴⁹ Vgl.: BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG, Referat: „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ (Hg.) (2005): Konzept für Maßnahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, Bonn, <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/konzepte/Konzept136.pdf> (Stand: 3.2.2009), S.12

bei ihrer Durchführung werden zum einen die lokale Ownership und zum anderen der Kapazitätsaufbau vor Ort gestärkt.⁴⁵⁰ „Local Ownership bezeichnet die Beziehung, in der lokale Akteure zu Maßnahmen in der Humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit stehen. Insbesondere geht es dabei um den Einfluss, den sie auf die Planung von Maßnahmen ausüben und um die Verantwortung, die sie für ihre Durchführung und ihren Erfolg übernehmen.“⁴⁵¹ Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau, die zusätzlich zu fachlichen und personellen Qualifizierungsmaßnahmen auch die Errichtung einer funktionsfähigen Infrastruktur enthalten können, sollten bereits am Anfang der Notsituation ansetzen und zur Verbesserung der langfristigen Wirkung über die Notsituation hinaus weitergeführt werden.⁴⁵² Der Begriff Kapazitätsaufbau (Capacity Building) wird oftmals durch den Begriff „Capacity Development“ ersetzt. „Capacity Development bezeichnet die Festigung und Förderung von individuellen, organisatorischen und gesellschaftlichen Fähigkeiten und Kapazitäten bei der Festlegung und Erreichung eigener Entwicklungsziele.“⁴⁵³

Im Projekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ wurde die Stärkung und Weiterentwicklung der Strukturen und Fähigkeiten zur Selbsthilfe in Form von Ownership, Aufbau von Institutionen und Kapazitätsaufbau umgesetzt.

Ownership – das Projekt geht von der Gemeinde selbst aus

Der Ausgangspunkt des Projektes Stadtentwicklungsplanung Suhareka war das Anliegen des damaligen Bürgermeisters der Stadt Suhareka, Uke Bytyqi, Unterstützung beim Aufbau einer Stadtentwicklungsplanung für Suhareka zu erhalten, mit dem er sich an das österreichische CIMIC-Team wandte. (vgl. Kapitel 4.1.4., Abschnitt Stadtentwicklungsplanung in Suhareka seit 1999) Das Projekt wurde in den folgenden Jahren, in denen von den österreichisch-kosovarischen Partnern eine Projektfinanzierung gesucht wurde, beständig von der Gemeinde weiterverfolgt und nach dem Tod von Uke Bytyqi auf Initiative seines Nachfolgers Bürgermeister Sali Asllanaj vorangetrieben. (vgl. Kapitel 4.2.2.)

Das Projektdesign wurde – aufbauend auf den Informationen und Besprechungen der vorangegangenen Jahre – in dem Startworkshop „Nachhaltige Stadtentwicklung in Suhareka / Kosovo“ im Mai 2006 von der Gemeinde Suhareka gemeinsam mit dem Projektteam ausgearbeitet. In einem 2-tägigen Startworkshops in Suhareka wurde in zahlreichen Gesprächen der österreichischen und kosovarischen Projektpartner mit dem Bürgermeister und den einzelnen Direktorien der Gemeinde Suhareka ein „Projekt-

⁴⁵⁰ Vgl.: VENRO (1999): Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 8, Bonn

⁴⁵¹ RADTKE Karin (2010): Welthungerhilfe in fragilen Staaten, Standpunkt Nr. 3, http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/pdf/Standpunkt/Standpunkt_Nr.3_Fragile_Staaten.pdf (Stand: 16.8.2011), S.10

⁴⁵² Vgl.: VENRO (1999): Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 8, Bonn

⁴⁵³ RADTKE Karin (2010): Welthungerhilfe in fragilen Staaten, Standpunkt Nr. 3, http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/pdf/Standpunkt/Standpunkt_Nr.3_Fragile_Staaten.pdf (Stand: 16.8.2011), S.10

Fahrplan“ für das Projekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ erarbeitet, der in Folge von der TU-Wien zu einem Projektvorschlag zur Einreichung bei der ADA ausdetailliert wurde. Neben organisatorischen Fragen zum Planungsprozess wurden in erster Linie inhaltliche Diskussionen wie beispielsweise über konkrete Problemstellungen für den MDP und UDP aus den Arbeitsbereichen der einzelnen Direktionen geführt. (vgl. Kapitel 4.2.2., Abschnitt Startworkshop „Nachhaltige Stadtentwicklung in Suhareka / Kosovo“ – Das Projekt läuft wieder an)⁴⁵⁴

Das Project Advisory Board Meeting 0 (PAB 0) vom 28.11.–2.12.2006 war das Kick-Off Meeting des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ in der Gemeinde Suhareka bei dem der Projektansatz in Kooperation zwischen der Gemeinde Suhareka und dem Projektteam ausformuliert und das Projektdesign bezüglich Projekthinhalte und jeweiligem Zeitrahmen festgelegt wurde. Ein wesentlicher Punkt des Meetings war die Einrichtung eines Project Advisory Boards (PAB) und das Einvernehmen über dessen Rechte und Pflichten im Planungsprozess. Das Project Advisory Board erfüllte als planungspolitisches Gremium der Gemeinde – vergleichbar mit dem Planungsausschuss in einer österreichischen Gemeinde – eine wichtige Aufgabe im politischen Entscheidungsfindungsprozess und damit auch im Planungs- und Implementierungsprozess des gesamten Projektes.

Zur Koordination sowohl zwischen der Gemeinde Suhareka und dem österreichisch-kosovarischen Planungsteam als auch zwischen den einzelnen Abteilungen der Gemeinde Suhareka wurde vom Bürgermeister eine offizielle Koordinatorin aus der Reihe der Mitarbeiter der Stadtplanungsabteilung ernannt.⁴⁵⁵

Aufbau von Institutionen – Unterstützung und Stärkung von Planungs- und Entscheidungsfindungsstrukturen

Im Planungs- und Entscheidungsfindungsprozess war das Project Advisory Board (PAB), bestehend aus dem Municipal Council der Gemeinde Suhareka und in beratender Funktion vom Council of Experts (CoE) der Gemeinde Suhareka unterstützt, der Hauptkooperationspartner für das österreichisch-kosovarische Projektteam. Dem Municipal Council gehörten der Chief of the Executive Board sowie die Direktoren der Verwaltungseinheiten der Gemeinde Suhareka an. Das Council of Experts setzte sich aus Experten verschiedener Fachrichtungen, die entweder aus Suhareka stammten oder einen besonderen Bezug zu Suhareka aufweisen konnten, zusammen. Hauptaufgabe des Council of Experts war eine beratende Funktion in Bezug auf Planungsangelegenheiten basierend auf lokalem Wissen wahrzunehmen.

Das Municipal Council nahm an allen Project Advisory Board Sitzungen teil und unterstützte das Projektteam mit Informationen und Unterlagen. Das Council of Experts

⁴⁵⁴ Vgl.: DEPARTMENT FÜR RAUMENTWICKLUNG, INFRASTRUKTUR- UND UMWELTPLANUNG (2006): Nachhaltige Stadtentwicklung in Suhareka / Kosova, Projektbericht Startworkshop

⁴⁵⁵ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009):

Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

wurde auf Anfrage des Municipal Councils zu einzelnen Project Advisory Board Sitzungen eingeladen.⁴⁵⁶

In der laufenden planerischen Arbeit der Bestandsaufnahme und Analyse sowie der Ausarbeitung der Konzepte, Ziele, Planentwürfe und Umsetzungsmaßnahmen für die zukünftige Entwicklung von Suhareka waren vor allem die Mitarbeiter der unterschiedlichen Planungsabteilungen der Gemeinde Suhareka die Ansprech- und Kooperationspartner des österreichisch-kosovarischen Projektteams. Die organisatorische Abwicklung der Kooperation zwischen der Gemeinde und dem Projektteam oblag der Koordinatorin der Gemeinde Suhareka.

Der gesamte Planungs- und Projektprozess war durch die Treffen des binationalen Projektteams mit der Gemeinde Suhareka in Suhareka geprägt, die Erstellung des MDP und des UDP fand also mit der Gemeinde in der Gemeinde statt. Insgesamt gab es 19 geblockte „Meeting-sessions“ mit etwa 90 verschiedenen „Einzelmeetings“.⁴⁵⁷

Basierend auf dem Projektansatz und dem „Projektfahrplan“, der im PAB 0 Meeting von der Gemeinde beschlossen wurde, wurden im 1. PAB Meeting vom 17.–20. Dezember 2006 die ersten Resultate der Bestandsaufnahme präsentiert und diskutiert. Generelle Ziele und Prinzipien der Raumplanung sowie die Planungsinstrumente MDP und UDP wurden erörtert. Ein wesentlicher Punkt war die Formulierung eines Leitbildes und eines ersten Entwurfes zur räumlichen Entwicklung. Weiters wurde die Wichtigkeit der Beteiligung der Bevölkerung im Planungsprozess diskutiert und basierend auf einer Stakeholder- und Zielgruppenanalyse ein umfassendes Beteiligungskonzept ausgearbeitet.

Im PAB 2 Meeting vom 28.1.–2.2.2007 wurden einleitend der zweite Teil der Bestandsaufnahme sowie die Ergebnisse der Situationsanalyse der Gemeinde behandelt. Bei der Sitzung mit dem Council of Experts wurden Potenziale und Visionen für die Gemeinde diskutiert. Hauptelement des Meetings mit dem PAB war die Formulierung einer gemeinsamen Vision für die räumliche Entwicklung der Stadt und Gemeinde Suhareka durch die Mitglieder des PAB, moderiert vom Projektteam. Dazu hat – nach einer kurzen Einführung durch das Projektteam – jedes Mitglied des PAB seine persönliche Zukunftsvision für Suhareka formuliert. Diese Visionen wurden anschließend einzeln präsentiert und diskutiert und schließlich mit Unterstützung des Projektteams zu einer gemeinsamen Vision mit den Schlüsselwörtern Landwirtschaft, sanfter Tourismus, öffentliches Wohl und Klein- und Mittelbetriebe zusammengeführt. Das Leitbild und der Entwurf der räumlichen Entwicklung (Vision für Suhareka) wurden in diesem Meeting vom PAB beschlossen.

⁴⁵⁶ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009 und DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, NEFF Sabine, KOSUMI Skender (2007): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Progress report May 2007

⁴⁵⁷ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

Basierend auf dieser Vision, die vom Projektteam in der Vorbereitung insbesondere bezüglich Zielen und Prinzipien detaillierter ausformuliert wurde, hat sich das PAB 3 – Meeting vom 4.–7. 3.2007 auf erste Entwürfe von Implementierungsstrategien und Maßnahmen zur Erreichung dieser Vision konzentriert.

Da der Diskussionsprozess in der Gemeinde sehr intensiv war, wurde ein zusätzliches PAB 3a Meeting (27.–30.3.2007) arrangiert, um die Entwicklung der Vision für Suhareka zu vertiefen und die Verräumlichung des Konzeptes zu detaillieren. In diesem Meeting wurde die räumliche Komponente des Entwicklungskonzeptes von den Mitgliedern des Project Advisory Boards und des Council of Experts gemeinsam mit dem Projektteam ausgearbeitet. Dazu wurden die Teilnehmer gemäß ihrer Fachgebiete in vier Arbeitsgruppen, welche den Säulen der Vision (Landwirtschaft, Tourismus, Energie und Klein- und Mittelbetriebe) entsprachen, eingeteilt. Ziel der Arbeitsgruppen war es, Vorschläge für Maßnahmen zur Einarbeitung in die Pläne zu diskutieren und einen Entwurf für das räumliche Leitbild des MDP und des UDP zu erstellen. Die Gruppendiskussionen wurden jeweils von einem Mitglied des Projektteams moderiert. Die Beiträge der Arbeitsgruppen mit ihren spezifischen, auf die Gemeinde Suhareka abgestimmten, Vorschlägen und Informationen waren wesentlich für die Weiterentwicklung der Vision für Suhareka.⁴⁵⁸

Ziel des PAB 4 Meetings (3.–6.6.2007) war die Vorabbeschlussfassung des Entwurfes des MDP und des UDP durch das Project Advisory Board. Der Präsentation des Vorentwurfes inklusive Strategien, Zielen und Maßnahmen folgte eine intensive Diskussion, in der vor allem Infrastruktur und hier speziell das Straßennetzwerk wesentliche Themen waren. Ebenso wurden die Strategien für das Gesamtkonzept und die Maßnahmen mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen verglichen. Anmerkungen und Stellungnahmen der Mitglieder des Project Advisory Boards und des Council of Experts wurden für die Überarbeitung der Pläne während der Sommermonate gesammelt, weitere Stellungnahmen konnten in der Überarbeitungsphase vor der öffentlichen Auflage im Herbst noch schriftlich eingereicht werden.

Im Zuge des Diskussionsprozesses zeigte sich für das Projektteam, dass der Bewusstseinsbildungsprozess innerhalb des PAB bezüglich der Bedeutung und Wirkung des MDP und des UDP noch verbesserungswürdig war. Da das Hauptziel des Projekts eine selbständige Steuerung der Stadtentwicklung durch die Gemeinde Suhareka war, war eine Erweiterung des Bewusstseins und Verständnisses der Mitglieder des PAB und der Planungsabteilungen durch weiterführende Informationen und Diskussionen zur Erreichung des Projektziels notwendig.⁴⁵⁹

⁴⁵⁸ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009):

Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009 und DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, NEFF Sabine, KOSUMI Skender (2007):

Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Interim report March 2007

⁴⁵⁹ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009):

Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009 und DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, NEFF Sabine, KOSUMI Skender (2007):

Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Interim report July 2007

Das PAB 4a Meeting (9.–12.9.2007) eröffnete die Möglichkeit die Entwürfe des MDP und des UDP nochmals im Detail zu diskutieren. Themen der Diskussion waren zum einen die generelle Umsetzung der Pläne und zum anderen technische und soziale Infrastruktur, Siedlungsentwicklung und Flächenwidmungsplanung. Spezifische Themen konnten direkt mit den Vertretern der Gemeinde angesprochen und gemeinsame Lösungen für heikle Planungsentscheidungen gefunden werden. Dies war sehr wesentlich für den weiteren reibungslosen Verlauf des Planungsprozesses. (Aufgrund seines konsultativen Charakters handelte es sich beim PAB 4a Meeting um die vorgezogene Implementierungsberatung 1 gemäß Projektentwurf.)

Die beschlossenen Änderungen aus diesem Meeting sowie weitere Stellungnahmen der Gemeinde wurden vom Projektteam in die Pläne eingearbeitet. Der MDP und der UDP in ihrer Letztversion wurden im PAB 4b Meeting am 15. Oktober 2007 den Mitgliedern des Project Advisory Boards und des Council of Experts präsentiert und schließlich vom Project Advisory Board zur öffentlichen Auflage beschlossen.

Die Beschlussfassung des MDP und des UDP in der General Assembly am 4. März 2008, mit der die beiden Pläne rechtliche Verbindlichkeit erlangten, markierte das Ende des Planungsprozesses. Vorbereitet wurde die Beschlussfassung durch eine Vorabinformation der Mitglieder der Gemeindeversammlung mittels einer digitalen Version der Pläne auf CD sowie einer Präsentation des Planungsprozesses und der Hauptelemente und Festlegungen der Pläne durch das Projektteam. Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig – auch mit den Stimmen der Opposition – und ohne Verzögerungen, was als Erfolgskriterium für einen gelungenen Planungsprozess gewertet werden kann.⁴⁶⁰

Kapazitätsaufbau – Weiterbildung im Bereich der Stadtentwicklungsplanung

Die Weiterbildung im Bereich der Stadtentwicklungsplanung erfolgte, entsprechend den konkreten Aufgabenstellungen zur Erstellung des MDP und des UDP, überwiegend in Form eines Training on the Job zwischen Mitarbeitern der Gemeinde Suhareka mit dem Projektteam. Die gemeinsame Vorbereitung der PAB Meetings und die Zusammenarbeit zwischen den Meetings hätte gemäß der Intention bei der Erstellung des Projektvorschlages intensiver ausfallen sollen. So hätte beispielsweise die Bestandsaufnahme vor Ort und die Dateneingabe stärker durch die Stadtplanungsabteilung abgewickelt werden sollen. Aufgrund der geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen mit Deadlines für die Erstellung des MDP und UDP musste ein Großteil dieser Arbeiten aus Zeitgründen jedoch vom Projektteam ausgeführt werden.

Bestandsaufnahme MDP und UDP

Die Bestandsaufnahmen für den MDP und den UDP, insbesondere die Aufnahme und Darstellung des aktuellen Gebäudebestandes sowie der mit den Gebäuden verknüpften planungsrelevanten Daten, führte das vom Projektteam in Kooperation mit der Gemeinde Suhareka durch. Im November und Dezember 2006 stellten die Mitarbeiter des lokalen

⁴⁶⁰ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

kosovarischen Planungsbüros gemeinsam mit 19 Studierenden der Architekturfakultät der Universität Pristina und Mitarbeitern von unterschiedlichen Abteilungen der Gemeinde Suhareka jedes einzelne Gebäude in der städtischen Zone planlich dar, fotografierten es und erhoben mittels Fragebogen gebäudespezifische Daten. Insgesamt wurden 2.400 Fragebögen für Wohngebäude und Unternehmen ausgefüllt, die, neben Informationen zum Gebäude (Nutzung, Fläche, Alter etc.) und dessen Bewohnern (Altersstruktur, Ausbildung, etc.), Angaben zur sozialen und technischen Infrastruktur der Siedlung sowie das zukünftige Investitions- und Entwicklungsinteresse der Befragten enthielten. Diese Fragebögen bildeten die Basis für die Situationsanalyse der Stadt Suhareka.⁴⁶¹

Die Bestandsaufnahme für den ländlichen Bereich der Gemeinde startete im Jänner 2007. Die Unterstützung des Projektteams durch die Projektkoordinatorin der Gemeinde Suhareka sowie durch Vertreter der Stadtplanungsabteilung war speziell in den kleinen ländlichen Dörfern essentiell für die Durchführung der Bestandsaufnahme. Auch hier wurden wieder Fragebögen verwendet, die jedoch generalisierter waren und sich jeweils auf das gesamte Dorf und nicht auf einzelne Häuser bezogen.

Im Rahmen des PAB 4 Meetings wurden von den Mitgliedern des PAB und des CoE zahlreiche Anregungen bezüglich der konkreten räumlichen Umsetzung der Maßnahmen zur Implementierung des MDP und des UDP gegeben. Diese Standorte wurden in Begehungen vom Projektteam gemeinsam mit den Mitarbeitern der Planungsabteilung von Suhareka vor Ort nochmals detailliert aufgenommen.⁴⁶²

GIS Training

Das Konzept (Arbeits- und Zeitplan) für das GIS Training für Mitarbeiter der Gemeinde Suhareka wurde im Rahmen des ersten GIS Workshops (30.11.–1.12.2006) vom Projektteam – nach einer Vorstellung von Beispielen zu GIS Anwendungen von anderen europäischen Gemeinden und Möglichkeiten für den geplanten Zugang – mit der Gemeinde entwickelt und beschlossen. Ebenso wurde eine Teilnehmerliste fixiert. Die 13 von der Gemeinde genannten Teilnehmer stammten aus verschiedenen Abteilungen der Gemeinde Suhareka und sollten die Trainings regelmäßig besuchen.

Vorraussetzung für das GIS Training war die Ausstattung der Gemeinde mit vier dem Stand der Technik entsprechenden Computerarbeitsplätzen inklusive Softwarelizenzen aus den Projektmitteln. Ein fünfter Arbeitsplatz wurde von der Gemeinde in Eigenleistung entsprechend aufgerüstet. Weiters wurde ein A0-Plotter angekauft, um den Ausdruck der im GIS erstellten Pläne zu ermöglichen. Die Spezifikationen der neuen Hardware-Ausstattung wurden mit dem lokalen IT-Experten der Gemeinde diskutiert und vereinbart.

⁴⁶¹ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009):

Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009 und DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, NEFF Sabine, KOSUMI Skender (2007):

Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Interim report March 2007

⁴⁶² Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009):

Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

Nach der verspäteten Lieferung und Installation der Hard- und Software wurden von 19.2.–2.3.2007 die beiden ersten Trainingseinheiten (Basic Training und Advanced Training) kombiniert in einem 10tägigen Trainingsblock abgehalten. Ziel des Trainings war es, die Teilnehmer zu einem selbständigen Arbeiten mit der GIS Software auszubilden und ein Grundwissen über planungsrelevante GIS Applikationen zu vermitteln. Die Teilnehmer sollten raumrelevante Projekte von der Dateneingabe bis zur Ausgabe der Ergebnisse auf unterschiedlichen Medien bearbeiten können. Das Trainingsprogramm war in erster Linie auf die Erfordernisse der Stadtplanungsabteilung der Gemeinde Suhareka und Fragestellungen, die sich aus dem Projekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ ergeben haben, abgestimmt.

Die Trainings wurden von dem lokalen Projektpartner urban+ abgehalten um das Training möglichst effizient zu gestalten und eventuelle Sprachprobleme zwischen Trainer und Teilnehmern zu vermeiden. Die Trainees wurden in alle Stufen des Trainings aktiv involviert und der theoretische Teil des Trainings durch Übungen in Gruppenarbeit veranschaulicht. Weiters waren die Trainingsteilnehmer zur Ausarbeitung kleiner Präsentationen aufgefordert, die das Aufzeigen und Lösen von Verständnisproblemen unterstützen sollten. Gemäß des Wissensstandes der Teilnehmenden über die Verwendung von Computersoftware wurde das Trainingskonzept in einigen Teilen gekürzt, um mehr Zeit für grundlegende Erläuterungen und Arbeitspraxis für die Teilnehmer zur Verfügung zu haben.

Das Programm für den dritten Teil des GIS Trainings (Specific Advanced Training) wurde vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus den beiden ersten Trainingsteilen vom Projektteam mit der Gemeinde diskutiert und gemeinsam beschlossen, im Rahmen des Trainings das Dorf Mushtisht aus der Gemeinde Suhareka als spezielles Fallbeispiel zu bearbeiten.

Teil 3 des GIS Trainings (26.2.–11.3.2008) wurde mit den Teilen 1–3 des GIS Supports kombiniert und vom kosovarischen Projektpartner mit Unterstützung des österreichischen Projektteams abgehalten. Bedauerlicherweise hatte sich die Anzahl der Teilnehmenden gegenüber dem ersten Trainingsblock um 50 % reduziert.

Aufbauend auf einer Wiederholung der Inhalte der ersten Trainingseinheiten wurde – wieder in einer Kombination aus Theorie- und Praxiseinheiten – mit der Bearbeitung der Daten der Beispielgemeinde begonnen, die in den folgenden Monaten von den Mitarbeitern der Gemeinde Suhareka fortgesetzt wurde. Das Bewusstsein bezüglich der Wichtigkeit der erweiterten GIS Kenntnisse war hoch, da die Mitarbeiter der Gemeinde zukünftig für das weitere Management der GIS Daten als Grundlage für weitere Planungen verantwortlich sein würden.⁴⁶³

Datenmanagementkonzept

Die Ausarbeitung des Konzeptes zur Entwicklung und organisatorischen Einbettung eines kommunalen GIS Instrumentes wurde mit dem Workshop 0 zum Geodatenmanagement

⁴⁶³ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

von 30.11.–1.12.2006 in der Gemeinde Suhareka begonnen. In diesem Workshop wurden zum einen das breite Spektrum des möglichen Einsatzes von GIS Anwendungen in der Gemeindeverwaltung und Entwicklungsperspektiven vorgestellt und zum anderen Abläufe der täglichen Arbeit der Abteilungen der Gemeinde diskutiert und analysiert. Darauf aufbauend wurde ein erster Rahmen für die Struktur der Datenbank erarbeitet, der den Kriterien: leicht zu implementieren, nicht zu komplex aber stringent, selbsterklärend und passend für eine mittelfristige Perspektive, folgte.

Das Datenmanagementkonzept wurde im Workshop 1 (3.–6.7.2007) präsentiert und mit den zukünftigen Benutzern aus den unterschiedlichen Abteilungen der Gemeinde diskutiert. Die von der Gemeinde in Kooperation mit urban+ erhobenen Bestandsaufnahme- und Inventurdaten wurden adaptiert und in das Datenmodell übernommen. Um das Datenmodell leichter verständlich zu machen und damit eine effiziente Diskussion zu ermöglichen, wurde es grafisch in Form eines Posters mit detaillierten Beschreibungen der Daten dargestellt. Dieses Poster sollte auch die zukünftige Arbeit der einzelnen Abteilungen mit der Datenbank erleichtern und wurde als Basis für die stringente Verwendung der Datenbank gesehen. Basierend auf den Ergebnissen des Workshops und den Gesprächen mit den Mitarbeitern der Gemeinde wurde die Datenbank für die angegebenen Bedürfnisse der Benutzer nochmals überarbeitet. Dieses neue Design wurde bei einem Workshop in Wien vom Projektteam ausgiebig diskutiert, um eine möglichst erfolgreiche und langfristige Einbettung des GIS Systems in die Gemeindeverwaltung zu ermöglichen. Die Strategie dazu hatte sich unter anderem auch mit den Elementen „Bewusstseinsbildung und Informationsstrategie“ sowie „Rollen und Verantwortungen“ beschäftigt.⁴⁶⁴

4.3.3. Lokale Partnerorganisationen

Das Strategieelement „Lokale Partnerorganisationen“ für die Stadtentwicklungsplanung wird aus der Forderung der zivilgesellschaftlichen Kooperation und Partnerorientierung des Konzeptes der Nachhaltigen Humanitären Hilfe, dem Element der Zusammenarbeit mit staatlichen und nichtstaatlichen Strukturen aus dem Konzept der Entwicklungsorientierten Nothilfe und dem Kriterium für LRRD-Projekte (Linking Relief, Rehabilitation and Development – LRRD), dass die Hilfe wenn möglich über lokale Partnerorganisationen erfolgt, abgeleitet.

Im Rahmen von Projekten der Entwicklungsorientierten Nothilfe wird die Zusammenarbeit mit lokalen Strukturen gesucht, da nur durch die Einbringung von spezifischem regionalen Wissen gewährleistet werden kann, dass die einzelnen Maßnahmen den lokalen Gegebenheiten entsprechen. Folglich werden die Instrumente und Verfahrensweisen der Technischen Zusammenarbeit jeweils situationsspezifisch für die lokalen Rahmenbedingungen adaptiert.⁴⁶⁵

⁴⁶⁴ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009):

Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

⁴⁶⁵ Vgl.: GTZ (Hg.) (1998): Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Arbeitskonzept der GTZ, Eschborn

Im Konzept der Nachhaltigen Humanitären Hilfe wird festgestellt, dass die Zusammenarbeit mit lokalen Partnern in der Notsituation und darüber hinaus für die Nachhaltigkeit von Hilfsmaßnahmen besonders wichtig ist.⁴⁶⁶ Dabei ist auch die Art der Zusammenarbeit entscheidend: *„Partnerorientierung bedeutet auch, lokale Organisationen als gleichberechtigte und kompetente Partner zu behandeln und sie nicht als Dienstleister für die Umsetzung der eigenen Vorhaben zu instrumentalisieren.“*⁴⁶⁷

Im Rahmen des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ wurde das Strategieelement „Lokale Partnerorganisationen“ in Form der Erstellung des MDP und des UDP in Kooperation mit einem lokalen Planungsbüro und der Abstimmung mit regionalen und nationalen Behörden umgesetzt.

Erstellung des MDP und des UDP in Kooperation mit einem lokalen Planungsbüro

Stadtentwicklungsplanung ist eine komplexe Materie, die neben fachlichem Know-how in Bezug auf Planungsfragen fundiertes Wissen über lokale und regionale Besonderheiten wie beispielsweise das Funktionieren der örtlichen Strukturen voraussetzt. Darüber hinaus war es für den Planungsablauf wichtig, dass der Gemeinde Suhareka während der Projektlaufzeit ein kompetenter Ansprechpartner vor Ort und ohne eine hinderliche Sprachbarriere zur Verfügung stand. Die Erstellung des MDP und des UDP Suhareka konnte somit nur in enger Kooperation der österreichischen Projektpartner mit einem lokalen Planungsbüro erfolgen. Die Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro urban+ aus Pristina erzeugte durch die Mitarbeit von Lehrenden und Studierenden der Universität Pristina an dem Projekt noch einen weiteren Multiplikatoreffekt in Form eines internationalen universitären Know-how Transfers.

Zur Abstimmung der parallelen Arbeit des kosovarischen und des österreichischen Projektteams wurden – zusätzlich zu den Kommunikationsmedien Telefon und Email über die das Projektteam ständig in Verbindung stand – regelmäßig jeweils vor und nach den PAB Meetings in der Gemeinde Suhareka gemeinsame Planungsworkshops in Pristina abgehalten.

Weiters wurden zwei, jeweils 1wöchige, Planungsworkshops in Wien organisiert, bei denen von allen Projektpartnern des österreichisch-kosovarischen Planungsteams gemeinsam inhaltliche Schlüsselemente des MDP und des UDP diskutiert und ausgearbeitet wurden.

Im Mai 2007 (10.–15.5.2007) fand ein mehrtägiger Planungsworkshop in Wien statt, an dem sowohl der kosovarische Projektpartner urban+ als auch die österreichischen Projektpartner TU Wien und mecca teilnahmen. Ziel des Workshops war, aufbauend auf den Ergebnissen des PAB 3a Meetings und der 1. öffentlichen Präsentation, in drei Tagen gemeinsamer intensiver und konzentrierter Arbeit die Vision für die künftige Entwicklung der Stadt und Gemeinde Suhareka und ihre räumliche Dimension auszudetaillieren. Wichtige Themen waren die Formulierung der Hauptaspekte der zukünftigen Entwicklung

⁴⁶⁶ Vgl.: VENRO (1999): Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 8, Bonn

⁴⁶⁷ VENRO (1999): Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 8, Bonn, S.8

für das Gemeinde- und Stadtgebiet, die Zuordnung von Bereichen und Funktionen, die Ausarbeitung von Strategien und Inhalten des MDP und des UDP sowie die Diskussion von Konflikten und Synergien. Jedes Mitglied des Projektteams hatte die Möglichkeit, seine spezifische Erfahrung in den Planungsprozess miteinzubringen und Problemlösungen wurden in einem iterativen Prozess gemeinsam ausgearbeitet. Im Rahmen des Workshops erarbeitete das Projektteam einen vorläufigen Entwurf des MDP und des UDP.

Im 2. Planungsworkshop in Wien (24.–30.7.2007) wurden die Inhalte des MDP und des UDP durch das Planungsteam gemeinsam konkretisiert sowie die Qualität der GIS Datenbank verbessert. Dazu spaltete sich das Projektteam in die drei Arbeitsgruppen GIS, MDP und UDP auf. Aufgabe der GIS Gruppe war es unter anderem, die räumlichen Rahmenbedingungen für den MDP und den UDP durch spezifische räumliche Analysen und Karten zu beschreiben. Die Arbeitsgruppen MDP und UDP konzentrierten sich zum einen auf die räumlichen Festlegungen der Leitbilder (Festlegung von räumlichen Strukturen und Standorten für die zukünftige Entwicklung, Festlegung von bestehenden und künftigen Siedlungsgebieten, Festlegung von Standorten von wesentlichen Projekten, etc.) und zum anderen auf Implementierungsstrategien und -maßnahmen. Diese 5 Tage intensiver Zusammenarbeit ermöglichten die Ausarbeitung gemeinsamer Ergebnisse, die auf beiderseitigen Erfahrungen und Prioritäten basieren.⁴⁶⁸

Abstimmung mit regionalen und nationalen Behörden

Die Festlegungen im MDP und im UDP mussten sowohl der nationalen kosovarischen Gesetzgebung als auch übergeordneten nationalen und regionalen Planungsvorgaben, also überörtlichen Planungen des Kosovo entsprechen.

Die Abstimmung der Planung für Suhareka mit regionalen und nationalen Behörden hat bereits im Rahmen des Planungsprozesses stattgefunden. Zum einen wurden in Treffen mit den zuständigen Behörden planungsrelevante Informationen eingeholt zum anderen erfolgte eine kontinuierliche Information der Behörden über den Planungsprozess, beispielsweise in Form einer Einladung zu den öffentlichen Präsentationen.

Darüberhinaus wurden insbesondere regionale Behörden und Organisationen eingeladen ihre Expertise in ausgewählten PAB Meetings einzubringen.

Treffen mit Ministerien

Im Rahmen des PAB 3 Meetings (4.–7.3.2007) haben mehrere Treffen des Projektteams mit unterschiedlichen Behörden stattgefunden, um den MDP und den UDP mit den nationalen und regionalen Bestimmungen in Einklang zu bringen:

- Ministerium für Handel und Industrie, Department Tourismus
- Ministerium für Transport und Telekommunikation
- Ministerium für Umwelt und Raumplanung, Department Raumplanung und Institut für Raumplanung

⁴⁶⁸ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009):

Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009 und DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, NEFF Sabine, KOSUMI Skender (2007):

Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Interim report July 2007

Dabei wurden einerseits die Ministerien über das laufende Projekt in Suhareka informiert und andererseits für die Planung relevante Daten und Informationen von den Ministerien eingeholt.⁴⁶⁹

Eine wesentliche Zielsetzung im Rahmen des MDP und des UDP war die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde Suhareka. Dementsprechend wurden die Möglichkeiten der Errichtung eines Wirtschaftsparks in Suhareka sowie mögliche Standorte und die notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen von Vertretern der Gemeinde, der ADA und dem Projektteam am 30.3.2007 mit Vertretern des Ministeriums für Handel und Industrie diskutiert und geeignete Standorte in Suhareka vor Ort besichtigt.

Als eine Maßnahme zur Implementierung der Zukunftsvision für Suhareka im Rahmen des UDP war die Errichtung einer Berufsschule im Bereich Landwirtschaft vorgesehen. In einem Treffen im Rahmen der Implementierungsberatung 2 (27.–30.4.2008) des Projektteams mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie konnte ein erster Schritt zur Verwirklichung dieser Schule in den nächsten Jahren gesetzt werden.⁴⁷⁰

Genehmigung des MDP durch das Ministerium für Umwelt und Raumplanung

Der in der General Assembly am 4. März 2008 einstimmig beschlossene Municipal Development Plan wurde am 11. Februar 2008 von der Gemeinde zur Genehmigung an das Ministerium für Umwelt und Raumplanung übermittelt. Da es innerhalb des im zu diesem Zeitpunkt gültigen Raumplanungsgesetz festgelegten Zeitraumes von 15 Tagen keinen Einwand des Ministeriums gab, galt der Plan als durch das Ministerium bestätigt und damit rechtskräftig.⁴⁷¹

4.3.4. Partizipation, Zielgruppenorientierung und Öffentlichkeitsarbeit

Der Grundsatz der Beteiligung der Bevölkerung als wichtigstem Akteur und weiterer Zielgruppen von Beginn an der Planung und Durchführung der Projektmaßnahmen findet sich im Konzept der Nachhaltigen Humanitären Hilfe, dem Konzept der Entwicklungsorientierten Nothilfe und dem LRRD Konzept (Linking Relief, Rehabilitation and Development – LRRD).

„Viele Hilfsorganisationen haben erkannt, wie wichtig es ist, dass Menschen eine Idee zu ihrer eigenen machen und dass dies eine Grundvoraussetzung dafür ist, dass Hilfsmaßnahmen langfristig Wirkung zeigen können.“⁴⁷² Humanitäre Organisationen tragen oftmals das Image der reinen Güterverteiler ohne Reflexion der Nebenwirkungen ihrer Handlungen in Krisensituationen. Dieser Art von möglichem Paternalismus kann mit

⁴⁶⁹ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

⁴⁷⁰ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

⁴⁷¹ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

⁴⁷² VENRO (1999): Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 8, Bonn, S.9

partizipativen Planungsprozessen, in denen lokale Partner und die betroffene Bevölkerung bereits in der Planungsphase als Träger der durchgeführten Maßnahmen eingesetzt werden, entgegengewirkt werden. Wenn man die betroffene Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen teilhaben lässt, stärkt man sie in ihren Rechten und ihren Selbsthilfekräften. Darüber hinaus unterstützt die Förderung von Partizipation und Zielgruppenorientierung eine kontextgerechte Hilfe. Je stärker die Bevölkerung in die Hilfsaktion miteinbezogen wird, umso mehr übernimmt sie die Verantwortung für das Ergebnis und die Weiterführung über die Projektlaufzeit hinaus.

Im Kontext sogenannter „complex emergencies“ kommt als weiterer Punkt hinzu, dass bei einer Beteiligung der Bevölkerung an politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen mehr Anstrengungen in den Wiederaufbau fließen statt in weitere Gewalttaten.⁴⁷³

Die Erstellung des MDP und des UDP Suhareka wurde nicht nur auf einem intensiven Diskussionsprozess in der Gemeinde selbst, sondern auch auf einem breiten Beteiligungsprozess der Bevölkerung aufgebaut. Die Umsetzung des gesamten Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ hat das Ziel verfolgt die Bevölkerung von Anfang an in das Projekt mit einzubeziehen und den Bewohnern somit die Ownership ihres eigenen Entwicklungsplanes zu ermöglichen. Zur Erreichung dieses Zieles wurde während der gesamten Projektlaufzeit ein breit angelegter Partizipationsprozess umgesetzt. Durch die Beteiligung der Bevölkerung am Planungsprozess sollte eine höhere Akzeptanz bei den Bewohnern und damit auch eine erfolgreichere Implementierung der Planung erreicht werden. Im Rahmen des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ wurde das Strategieelement der Partizipation und Zielgruppenorientierung durch die Integration der Bevölkerung in den Planungsprozess, die regelmäßige Information der Bevölkerung, öffentliche Präsentationen und Ausstellungen, eine Broschüre und Kleinprojekte zur Sichtbarmachung der Planung umgesetzt.⁴⁷⁴

Integration der Bevölkerung in den Planungsprozess – Beteiligung von Zielgruppen an der Planung

Das Konzept zur Integration der Bevölkerung in den Planungsprozess wurde im Rahmen des PAB 0 Meetings nach einer Analyse von Stakeholdern und Zielgruppen in Suhareka vom Projektteam gemeinsam mit der Gemeinde Suhareka ausgearbeitet.⁴⁷⁵

Um den Planungsprozess auf ein möglichst breites Fundament zu stellen, fanden mehrere Treffen und Diskussionen mit Stakeholdern und unterschiedlichen Zielgruppen statt, die wesentliche Inputs für den Planungsprozess lieferten.

⁴⁷³ Vgl.: VENRO (1999): Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 8, Bonn und GTZ (Hg.) (1998): Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Arbeitskonzept der GTZ, Eschborn

⁴⁷⁴ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

⁴⁷⁵ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

Im Rahmen des PAB 2 Meetings (28.1.–2.2.2007) wurde das Projekt den vier Zielgruppen NGOs, Unternehmen/Geschäftstreibende, Dorfvorstände und landwirtschaftliche Betriebe vom Projektteam vorgestellt und spezifische Fragen über die Situation im Allgemeinen besprochen. Weiters wurden spezielle Interessengebiete und Visionen für Suhareka sowie die spezifischen Anforderungen der jeweiligen Zielgruppen diskutiert.⁴⁷⁶

Zwischen dem 2. und dem 3. PAB Meeting haben weitere Zielgruppentreffen mit dem kosovarischen Projektteam stattgefunden. Die Dorfvorstände der 40 Dörfer in der Gemeinde Suhareka, von denen 24 an den Treffen am 13. und 14. Februar 2007 teilnahmen, leisteten einen essentiellen Beitrag zur Bestandsaufnahme für die Erstellung des MDP und des UDP. Zum einen berichteten sie über die aktuelle Situation in ihren Dörfern und über Potenziale für die Zukunft, zum anderen verorteten sie in vorbereiteten Karten soziale und technische Infrastruktur sowie weitere planungsrelevante Informationen.

In dem Treffen mit den Schülern (16.2.2007), welche die Zukunft von Suhareka und damit eine der bedeutendsten Zielgruppen darstellen, wurden – neben Kommentaren zur aktuellen Situationen – vor allem die Anforderungen an die zukünftige Entwicklung diskutiert. Die Vertreter der Geschäftswelt erläuterten in dem Treffen am 23. Februar 2007 die Probleme der lokalen Wirtschaft und ihre zukünftigen Vorhaben. Die Beteiligung der Zielgruppen war ebenso wie das Interesse am Planungsprozess hoch und die Teilnehmenden sicherten eine weitere Kooperation in der Planung zu.⁴⁷⁷

In weiterer Folge wurde am 27.6.2007 der Entwurf des MDP und des UDP den Zielgruppen Geschäftstreibende, NGOs und Vereine vorgestellt und diskutiert. Die Kommentare der Teilnehmenden konzentrierten sich auf die Bereiche Transport, Bildung, Gesundheit, Umwelt und kulturelle Einrichtungen.

Am 28. Juni 2007 fand eine Präsentation der Planentwürfe für die Dorfvorstände statt. Die Diskussion drehte sich in erster Linie um den MDP und die generelle Entwicklung der Gemeinde sowie dringende Probleme wie den Schutz und die Bewässerung von landwirtschaftlichen Flächen, Umweltschutz und das illegale Fällen von Bäumen.⁴⁷⁸

Regelmäßige Information der Bevölkerung durch lokale und regionale Medien

Die Gemeinde Suhareka informierte die Bevölkerung kontinuierlich mittels unterschiedlicher Medien wie Postwurfsendungen, Aushänge, Anzeigen in Tageszeitungen, Radio und Fernsehen über den Planungsprozess, der damit möglichst

⁴⁷⁶ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

⁴⁷⁷ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009 und DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, NEFF Sabine, KOSUMI Skender (2007): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Interim Report March 2007

⁴⁷⁸ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009 und DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, NEFF Sabine, KOSUMI Skender (2007): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Interim Report July 2007

transparent und für die Bevölkerung nachvollziehbar gestaltet werden sollte. Jeder Bewohner der Gemeinde sollte wissen, dass an den Entwicklungsplänen gearbeitet wird und welche Bedeutung diese für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde haben. Dies sollte zur Bewusstseinsbildung und einer möglichst starken Identifikation der Bewohner mit den Planungen beitragen.⁴⁷⁹ Weiters wurden auf der Homepage der Gemeinde Suhareka regelmäßig aktuelle Projektaktivitäten wie beispielsweise das GIS Training der Mitarbeiter und Termine wie die Beschlussfassung des MDP und des UDP veröffentlicht.⁴⁸⁰ Über wichtige Meilensteine des Projekts wurde die Bevölkerung jeweils in Form von Pressekonferenzen detailliert informiert.

Pressekonferenzen – Zeitung, Radio und Fernsehen

Bereits über den Start-Workshop im Mai 2006 wurde in der lokalen Zeitung berichtet.⁴⁸¹ Im Rahmen des PAB 2 Meetings (18.1.–2.2.2007) wurde mit der breiteren Umsetzung des Partizipationskonzeptes begonnen und der erste Teil des Meetings von Journalisten der lokalen Radiostation, des Fernsehens und der Zeitung begleitet. Im Anschluss an das Meeting nahmen Mag. Andreas Fritz von der ADA und Dr. Thomas Dillinger von der TU Wien in einem Interview zu dem Projekt Stellung. Im Rahmen einer Dokumentation über das Projekt, die von einer regionalen Fernsehstation gesendet wurde, konnte das Publikum Fragen an die Live-Gäste Herrn Dr. Raif Fetiu, den Leiter der Stadtplanungsabteilung und an Frau DI Nexhmije Loshi-Durmishi, die Projektkoordinatorin der Gemeinde, richten.

Im Anschluss an das PAB 4b Meeting (15.–16.10.2007), in dem der MDP und der UDP für die öffentliche Auflage beschlossen wurden, wurde die Bevölkerung in einer Pressekonferenz über den aktuellen Stand der Planung informiert. In kurzen Interviews von Vertretern der Gemeinde und des Projektteams wurden die aktuellen Arbeiten zur Finalisierung der Pläne und die bevorstehende öffentliche Auflage erläutert. Auch bei der öffentlichen Präsentation des MDP und des UDP am 24.10.2007 im Kulturzentrum der Stadt Suhareka war ein Pressteam anwesend, das die Präsentation für die lokale Fernsehstation filmte.

Das zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Rahmen des Kleinprojektes umgestaltete Straßenstück vor dem Schulzentrum in Suhareka wurde in Anwesenheit von Vertretern der Gemeinde Suhareka, Schülern, interessierten Bewohnern sowie des Projektteams und der Presse im März 2009 feierlich eröffnet. Ebenso wurde die

⁴⁷⁹ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009 und DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, NEFF Sabine, KOSUMI Skender (2007): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Interim Report November 2007

⁴⁸⁰ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

⁴⁸¹ Vgl.: DEPARTMENT FÜR RAUMENTWICKLUNG, INFRASTRUKTUR- UND UMWELTPLANUNG (2006): Nachhaltige Stadtentwicklung in Suhareka / Kosova, Projektbericht Startworkshop

Broschüre, die Populärversion der Entwicklungspläne der Gemeinde, in einer Pressekonferenz präsentiert.⁴⁸²

Aussendungen und Aushänge der Gemeinde

Die Aussendungen, Einladungsflyer und Plakate, mit denen Infos zum Projekt verteilt wurden, wurden von der Gemeinde gemeinsam mit dem lokalen Projektpartner urban+ design. Die Plakate wurden an strategischen Punkten in der Gemeinde aufgehängt, um möglichst viele Bewohner zu erreichen.

Zu Beginn der Bestandsaufnahme im Herbst 2006 wurde die Bevölkerung der Stadt und der Gemeinde Suhareka mit Aussendungen über die laufende Bestandsaufnahme und den Planungsprozess informiert. Damit sollte auch die Datensammlung vor Ort und die Befragung der Bewohner erleichtert werden.⁴⁸³

Vor der öffentlichen Präsentation und Auflage des MDP und des UDP im Herbst 2007 wurde die Bevölkerung über mehrere Tage mehrmals täglich durch bezahlte Einschaltungen im lokalen Radio von der Gemeinde Suhareka eingeladen, an der Präsentation teilzunehmen und Stellungnahmen abzugeben. Ebenso wurden Pressemeldungen an lokale Zeitungen versandt, Flyer an Haushalte verschickt und Einladungsplakate aufgehängt. Dies alles erfolgte zusätzlich zum gesetzlich vorgeschriebenen Aushang an der Amtstafel.⁴⁸⁴

Öffentliche Präsentationen und Ausstellungen mit Möglichkeit zur Stellungnahme durch die Bevölkerung

Zur Stärkung der Identifikation der Bevölkerung mit dem MDP und dem UDP sowie zur Sicherung der Akzeptanz der Pläne durch die Bevölkerung wurde, zusätzlich zu der gesetzlich vorgeschriebenen, eine weitere öffentliche Präsentation am 11. April 2007 organisiert. Die Gemeinde Suhareka und das Projektteam entschlossen sich zu dieser zusätzlichen Präsentation, da die Erfahrungen aus den Treffen mit den Stakeholdern und Zielgruppen, also der Miteinbeziehung der interessierten Bevölkerung zu einem frühen Zeitpunkt in den Planungsprozess, sehr positiv für die weitere Planung waren. Die Bewohner von Suhareka sollten nicht – wie es bei der gesetzlich verankerten Präsentation der Fall gewesen wäre – bereits vor vollendete Planungstatsachen gestellt werden, sondern die Möglichkeit bekommen, bereits im Entwurfsprozess ihre Vorstellung der zukünftigen Entwicklung der Gemeinde miteinzubringen.

150 Personen aus verschiedenen Teilen der Gemeinde, mit unterschiedlichen Berufen und unterschiedlichen Alters – erfreulicherweise auch Schüler und Jugendliche – nahmen

⁴⁸² Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

⁴⁸³ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

⁴⁸⁴ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, NEFF Sabine, KOSUMI Skender (2007): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Interim Report November 2007

an der Präsentation teil. Auch Vertreter des Ministeriums für Umwelt und Raumplanung nahmen die Möglichkeit wahr, Fragen und Kommentare an das Projektteam zu richten.

Die gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Präsentation des MDP und des UDP fand am 24.10.2007 statt. Ursprünglich wäre die Präsentation gemäß dem Projektdesign und dem Projektzeitplan, bei dessen Ausarbeitung aufgrund des nicht genau bekannten Startzeitpunkts des Projekts jahreszeitliche Saisonen nicht berücksichtigt werden konnten, bereits im Sommer 2007 vorgesehen gewesen. Die Gemeinde und das Projektteam entschlossen sich jedoch die Präsentation auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, da in der Urlaubszeit Juli und August keine breite Beteiligung der Bevölkerung zu erwarten gewesen wäre. Darüber hinaus konnte in dem durch die Rückverlegung gewonnenen Zeitfenster der Diskussionsprozess in und mit der Gemeinde nochmals vertieft werden.

Die öffentliche Präsentation, organisiert von der Gemeinde in Kooperation mit dem lokalen Projektpartner und unterstützt vom österreichischen Planungsteam, fand im Kulturzentrum der Stadt Suhareka statt. Die Einladung zur Präsentation erfolgte über öffentliche Aushänge, Plakate, Anzeigen in Tageszeitungen, Radio und Fernsehen. Das Ministerium für Umwelt und Raumplanung sowie die Nachbargemeinden wurden gesondert eingeladen. Die Beteiligung war mit mehr als 130 Unterzeichnenden auf der Teilnehmerliste sehr zufriedenstellend.

Ziel der Präsentation war es, die Bewohner von Suhareka über den aktuellen Planungsstand des MDP und des UDP zu informieren und anzuregen ihr Recht auf Stellungnahme zu den Plänen auszuüben und sie dabei zu unterstützen. Im Anschluss an die Präsentationen des MDP und des UDP gab es jeweils intensive Diskussionen, die speziell bei spezifischen Fragestellungen das Interesse der Bevölkerung an der Planung zeigte. Durch die frühe Einbeziehung in den Planungsprozess war der Bevölkerung bewusst, dass ihr Engagement wesentlich zur langfristigen Wirkung der Entwicklungspläne beitragen würde. Alle Kommentare aus den Diskussionen wurden gesammelt und in einem Protokoll niedergeschrieben.⁴⁸⁵

Diese 2. öffentliche Präsentation bildete einen gelungenen Auftakt für die öffentliche Auflage, die gemäß der zu diesem Zeitpunkt gültigen Fassung des Raumplanungsgesetzes für den UDP 30 Tage und für den MDP 60 Tage betrug. Alle während der öffentlichen Auflage abgegebenen Stellungnahmen mussten in der Gemeindeversammlung behandelt werden. Die Information über Zeit und Ort der Auflage wurde an der Amtstafel, in lokalen Zeitungen, im Radio und während der Präsentation bekannt gegeben. Zusätzlich wurden die Nachbargemeinden und unterschiedliche Institutionen eingeladen am dem Prozess teilzunehmen.

⁴⁸⁵ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009 und DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, NEFF Sabine, KOSUMI Skender (2007): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Interim report November 2007

Da die Stellungnahmen im Rahmen des Beteiligungsprozesses und der öffentlichen Präsentation einen wesentlichen Beitrag zum Planungsprozess leisteten, beschlossen die Gemeinde und das Projektteam noch weitere Präsentationen für spezifische Zielgruppen, wie jene für lokale Experten am 22.11.2007 im Hotel Rozafa anzubieten. Diese Präsentationen mündeten jeweils in intensiven Diskussionen, bei denen auch angesprochen werden konnte, welche Erwartungen nicht an den MDP und den UDP gestellt werden konnten, beispielsweise weil sie nicht im Wirkungsbereich der Gemeinde liegen.⁴⁸⁶

Broschüre

Die Gemeinde und das Projektteam wollten die Bevölkerung auch nach Beendigung des Planungsprozesses über die wesentlichen Inhalte der rechtskräftigen Pläne informieren und die Planungsergebnisse in leicht zugänglicher Form in die einzelnen Haushalte bringen. Damit sollte zum einen – insbesondere auch bei den Stakeholdern und Zielgruppen – das im Laufe des Planungsprozesses geschaffene Bewusstsein für Entwicklungsplanung aufrecht erhalten bleiben und zum anderen die Implementierung transparenter gestaltet werden.

Aus diesem Grund wurde eine „populäre Version“ des MDP und des UDP in Form einer Broschüre erstellt, welche die Planung näher an die Bevölkerung bringen sollte. Die Broschüre wurde in Albanisch (600 Stück) und Englisch (400 Stück) aufgelegt und gab auf 24 Seiten einen Überblick über die Hauptideen, die Vision und die Strategien des Entwicklungskonzeptes. Eine Beschreibung der Leistungsfähigkeit von Entwicklungskonzepten wie auch der Hauptentwicklungsbereiche: Umwelt, Wirtschaft, Landwirtschaft, Bildung und Mobilität rundeten die Publikation ab.⁴⁸⁷

Sichtbarmachung der Planung durch Kleinprojekte

Die Grundidee zur Umsetzung eines Kleinprojektes im Rahmen der Erstellung des MDP und des UDP war, die Ergebnisse des Planungsprozesses in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen und damit zur Akzeptanz der Planungsmaßnahmen bei der Bevölkerung beizutragen. Dabei war die Art des Kleinprojektes völlig offen, die Inhalte und die Ausgestaltung des Projekts wurden während des Planungsprozesses des MDP und des UDP von der Gemeinde in Kooperation mit dem Projektteam und der ADA entwickelt. Ein weiterer wesentlicher Punkt war, dass bei der Implementierung des Kleinprojektes der

⁴⁸⁶ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009 und DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, NEFF Sabine, KOSUMI Skender (2007): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Interim report November 2007

⁴⁸⁷ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009 und DILLINGER Thomas, HIRSCHLER Petra, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender, NEFF Sabine, SCHIMAK Gerhard, SVANDA Nina, SCHAFFER Johannes, KALASEK Robert, REINBERG Sebastian, SCHERZ Martina, HASIMJA Dukagjin, GJINOLLI Ilir, HOXHA Eliza, SPAHIU Shqipe, RIFATI Arlinda, PERANI Vigan, KAJTAZI Bekim (Hg.) (2009): Suhareka – Environment for the future – Development Plan for Suhareka 2008–2018, TU Wien, Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung, Fachbereich Regionalplanung und Regionalentwicklung, Wien

Umsetzungsprozess von Maßnahmen aus dem MDP und UDP durch die Gemeindeverwaltung und die Stadtplanungsabteilung mit unterstützender Begleitung des Projektteams durchgespielt werden konnte.

Erste Ideen und Vorschläge bezüglich der möglichen Ausgestaltung des Kleinprojektes wurden im Jänner 2008 vom Projektteam mit dem Bürgermeister und den Mitgliedern des Project Advisory Board diskutiert. Die Ideen reichten von Projekten mit Bezug zum Businesspark bis zu Wettbewerben für Jugendliche und Zebrastreifen vor Schulen. Der Diskussionsprozess lief über mehrere Treffen bis Ende April 2008, wo das Projektteam auf Basis der diskutierten Ideen den Mitgliedern des PAB vier ausgearbeitete Vorschläge für das Kleinprojekt zu den Themen: landwirtschaftliche Messe, Neugestaltung des Stadtzentrums, Jugendwettbewerbe und Verbesserung der Verkehrssicherheit im Nahbereich von Schulen präsentierte. Während des Meetings wurden zwei neue Ideen – die Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Straße nach Reshtan (Dulje Pass) und die Neugestaltung der Straße zum Gemeindezentrum und zum Park – entwickelt. Nach einer ausgiebigen Diskussion der Vor- und Nachteile der sechs Vorschläge wurde das Projekt Verbesserung der Verkehrssicherheit vor den Schulen von den Mitgliedern des PAB in einer demokratischen Wahl zur Umsetzung gewählt.

Nach einer gemeinsamen Begehung des Planungsbereiches um die Volksschule und das Gymnasium von Suhareka wurde von den Vertretern der Gemeinde und dem Projektteam eine Projektskizze als Basis für die weitere Planung erstellt. Diese Projektskizze enthielt sowohl eine Analyse der bestehenden Situation und Problembereiche als auch einen textlichen und planlichen Projektvorschlag. Hauptziel der Planung war die Verbesserung der Situation der Fußgänger durch breitere Gehsteige und klar definierte Bereiche für den ruhenden und fließenden motorisierten Individualverkehr.

Der weiter ausgearbeitete Projektvorschlag wurde Anfang Oktober 2008 von der ADA bestätigt und zwei Wochen später von den Mitgliedern des PAB und der Stadtplanungsabteilung mit dem Projektteam diskutiert. Nach geringfügigen Änderungen auf Wunsch der Gemeinde übernahm die Gemeinde die weitere Abwicklung des Kleinprojektes. Die Stadtplanungsabteilung listete die einzelnen detaillierten Arbeitspakete für die Neugestaltung des Straßenbereiches auf und es wurde ein Ausschreibungsprozess gemäß den geltenden rechtlichen Bestimmungen gestartet. Da das Projekt das vorgesehene Projektbudget für das Kleinprojekt überschritt, wurde ein Teil des Projektes aus der Eigenleistungskomponente der Gemeinde Suhareka für das Projekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ finanziert.

Das neu gestaltete Straßenstück wurde im März 2009 von Bürgermeister Asllanaj unter Beisein der verantwortlichen Mitarbeiter der Gemeinde und des Projektteams sowie von Schülern der angrenzenden Schulen und interessierten Bewohnern feierlich eröffnet.⁴⁸⁸

⁴⁸⁸ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

4.3.5. Längerfristige systematische Hilfe

In den Konzepten zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit besteht ein breiter Konsens, dass bereits in der Phase der Humanitären Hilfe Grundlagen für spätere Maßnahmen und Interventionen geschaffen werden sollen und Maßnahmen der Humanitären Hilfe auch in nachfolgenden Phasen weitergeführt werden können.

Das Konzept der Entwicklungsorientierten Nothilfe sowie das LRRD Konzept (Linking Relief, Rehabilitation and Development – LRRD) fordern ein längerfristiges Engagement der Durchführungsorganisation als auch der Geldgeber. Die Organisationen sollen also auch nach dem Ende der Notsituation vor Ort bleiben, da nur durch eine kontinuierliche Unterstützung der Zielgruppen die Nachhaltigkeit der Maßnahmen gewährleistet werden kann. Die Durchführungszeiträume von LRRD Projekten erstrecken sich zumeist über mehrere Jahre, was ihre Finanzierung oft schwierig macht, da sich Mittel für die Soforthilfe zumeist einfacher einwerben lassen.⁴⁸⁹

In der Erstfassung des Projektantrages zum Aufbau einer Stadtentwicklungsplanung in Suhareka war eine Projektlaufzeit von 3 Jahren und davon eine „Weiterbegleitungsphase“ von etwa 1 Jahr vorgesehen. Im vorliegenden umgesetzten Projekt musste die Projektlaufzeit auf 2 Jahre gekürzt werden. Die Weiterbegleitung des Projektes über die Beschlussfassung und Genehmigung des MDP und des UDP hinaus in Form von Implementierungsberatung für den MDP und den UDP und Supports in den Bereichen GIS und Datenmanagementkonzept war trotzdem ein wesentliches Anliegen.

Implementierungsberatung

Die Ausarbeitung und der Planungsprozess des MDP und des UDP waren wichtige Schritte für eine geordnete räumliche und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und Gemeinde Suhareka. Nach der Beschlussfassung der Pläne war vor allem ihre Umsetzung auf allen Ebenen von einzelnen Baugenehmigungen bis zu langfristigen strategischen Planungsentscheidungen wesentlich. Dementsprechend war im Rahmen des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ vorgesehen, die Stadtplanungsabteilung auch nach der Fertigstellung der beiden Pläne in Form von Beratung weiter zu unterstützen.

Die erste Implementierungsberatung (27.–30.4.2008) nach der Beschlussfassung des MDP und des UDP hatte in erster Linie den weiteren Prozess der Implementierung des MDP und des UDP sowie des Kleinprojektes zum Thema. Darüber hinaus wurden auch noch einige organisatorische und technische Fragen z.B. bezüglich Katastermappen im GIS System oder digitale Planversionen geklärt.

⁴⁸⁹ Vgl.: GTZ (Hg.) (1998): Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Arbeitskonzept der GTZ, Eschborn und VENRO (2006): Linking relief, rehabilitation and development – Ansätze und Förderinstrumente zur Verbesserung des Übergangs von Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklungszusammenarbeit, VENRO Arbeitspapier Nr. 17, Bonn

Auch bei der nächsten Implementierungsberatung (12.–15.10.2008) standen Fragen zur Implementierung des MDP und des UDP in der täglichen Planungspraxis im Mittelpunkt. Weiters wurden das Konzept und die Implementierungsschritte für das Kleinprojekt besprochen. Nach einer Präsentation der Detailpläne für das Kleinprojekt durch das Projektteam und einer anschließenden lebhaften Diskussion wurde die Gestaltung des Straßenraumes vor der Schule beschlossen. Das Konzept für die Broschüre wurde ebenso vom Projektteam vorgestellt und mit Inputs der Mitglieder des PAB zum Inhalt und zum Layout beschlossen.

Im Rahmen der letzten Implementierungsberatung (21.–23.3.2009) wurde das – im Rahmen des Kleinprojektes – umgestaltete Straßenstück vor dem Schulzentrum feierlich eröffnet und damit ein bauliches Zeichen für die ersten Implementierungsschritte des UDP gesetzt. Auch die fertige Projektbroschüre wurde zur Zufriedenheit der Gemeinde präsentiert.⁴⁹⁰

GIS Training

Das GIS Training wurde nach der Beschlussfassung des MDP und des UDP noch weiter fortgesetzt, das 4. GIS Training (ein Zusammenschluss der GIS Supporte 4–6 laut Projektantrag) wurde von 26.2.–11.3.2008 in der Gemeinde abgehalten. Grundlage für die Trainingseinheit waren die Erfahrungen der Trainees mit dem Praxisbeispiel Mushtisht. Der Fokus lag auf praktischen Übungen zum selbständigen Arbeiten. Die Teilnehmer der GIS Trainings erhielten Zertifikate für die erfolgreiche Teilnahme, die am 21. Mai 2008 beim 2. Datenmanagement-Workshop ausgehändigt wurden.⁴⁹¹

Datenmanagementkonzept

Das Datenmanagementkonzept wurde – entgegen den Annahmen zu Projektbeginn, wo nur eine teilweise exemplarische Implementierung der Datenbank vorgesehen war – im 2. Geodatenmanagementworkshop (in Kombination mit der geplanten Beratung von 18.–21.5.2008) vollständig umgesetzt. Die Datenbank deckt einen Großteil der raumrelevanten potentiellen Aktivitäten und Funktionen ab, ihre Weiterführung mit zusätzlichen und laufend aktualisierten Daten obliegt nunmehr der Gemeinde. Das Geodatenmanagement wurde mit wesentlichen Inputs der Gemeinde nicht nur inhaltlich sondern auch technisch auf die spezifischen Anforderungen der Gemeinde angepasst, was in diesem Fall bedeutete, ein einfaches datenbasierendes Konzept umzusetzen, das trotz oftmaliger Stromausfälle stabil läuft.⁴⁹²

⁴⁹⁰ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009):

Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

⁴⁹¹ Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009):

Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

⁴⁹² Vgl.: DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009):

Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final report April 2009

4.4. AUSBLICK

4.4.1. Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und dem Kosovo

Der Kosovo ist eines der Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Osten. Zu Beginn der Kooperation zwischen Österreich und dem Kosovo nach dem Ende des Krieges 1999 dominierten Notmaßnahmen in den Bereichen Basisinfrastruktur (Wasser, Straßen), Bildung sowie Demokratisierung und Menschenrechte. Mittlerweile werden Ziele der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit verfolgt und der Kosovo, als immer noch fragiles Staatswesen, in seiner Transformation, die wesentlich ist für die Entwicklung demokratischer Werte, der Rechtsstaatlichkeit und einer funktionierenden Marktwirtschaft, unterstützt. Der Aufbau bzw. die Unterstützung der kosovarischen Institutionen im Sinne guter Regierungsführung ist Österreich dabei ein besonderes Anliegen.⁴⁹³

Das Landesprogramm für den Kosovo (2008–2011) legt als übergeordnetes Programmziel die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Erwerbstätigkeit unter besonderer Berücksichtigung der ländlichen Entwicklung und Chancen für die Jugend fest. Thematische Schwerpunkte bilden der Aufbau des kosovarischen Bildungssystems, die ländliche Entwicklung und die wirtschaftliche Entwicklung. Beim Aufbau des kosovarischen Bildungssystems ist vor allem die Hochschulbildung von Bedeutung, da im Kosovo, wo etwa die Hälfte der Bevölkerung jünger als 25 Jahre ist, das derzeit unzureichende Angebot der Universitäten dem sehr hohen Bedarf an universitärer Ausbildung nicht entspricht. Die ländliche Entwicklung hat ihren Fokus auf der Landwirtschaft in der Gemeinde Suhareka. Der ländlichen Entwicklung wird ein großes Potenzial für dauerhafte Armutsminderung zugeschrieben, zum einen da ein großer Anteil der ländlichen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist und zum anderen aufgrund der schwachen Ausprägung des Bereiches Agrobusiness. Der Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung konzentriert sich auf die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben.

Der geographische Fokus der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Kosovo liegt in der Gemeinde Suhareka, einerseits da durch die Stationierung der österreichischen KFOR Truppen bereits eine langjährige Tradition der Zusammenarbeit mit Suhareka besteht und andererseits weil Analysen gezeigt haben, dass die Geberaktivitäten in Suhareka geringer sind als in anderen Teilen des Kosovo, obwohl ein starker Bedarf an Unterstützung im Bereich der sozio-ökonomischen Entwicklung besteht.⁴⁹⁴

In den Jahren von 2008 bis 2009 betrug die öffentliche Entwicklungshilfeleistung Österreichs (ODA) für den Kosovo 28,97 Millionen Euro. Es wurden OEZA-Programme

⁴⁹³ Vgl.: AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2011): Länderinformation Kosovo Juni 2011, Wien

⁴⁹⁴ Vgl.: FEDERAL MINISTRY FOR EUROPEAN AND INTERNATIONAL AFFAIRS – AUSTRIAN DEVELOPMENT COOPERATION AND COOPERATION WITH EASTERN EUROPE (Hg.) (2008): Kosovo Country Programme 2008–2011, Vienna und AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2011): Länderinformation Kosovo Juni 2011, Wien

und Projekte in der Höhe von 3,5 Millionen Euro durchgeführt. 2011 waren dafür Mittel in der Höhe von 1,9 Millionen Euro vorgesehen.⁴⁹⁵

ADA Projekt: „Integrated regional development in the municipality of Suhareke/Suva Reka in the sector of agriculture“

In der Gemeinde Suhareka, die den geographischen Fokus der OEZA im Kosovo bildet, wird seit Dezember 2009 vom Vertragspartner CARE Österreich ein Projekt zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Suhareka umgesetzt. Die geplante Laufzeit des Projektes mit dem Titel „Integrated regional development in the municipality of Suhareke/Suva Reka in the sector of agriculture“ beträgt drei Jahre, der finanzielle Beitrag der ADA beläuft sich auf 2,6 Mio. Euro.

Ziel des Projektes ist die Förderung einer eigenständigen, integrierten, nachhaltigen Entwicklung durch die Nutzung der bestehenden Potenziale und die Stärkung von lokalen Strukturen. Im Rahmen des Projektes sollen Bauern und landwirtschaftsbezogene Klein- und Mittelbetriebe durch den Aufbau eines Municipal Development Centers (MDC) eines serviceorientierten Informationszentrums in der Gemeinde Suhareka, unterstützt werden. Aufgabe des MDC ist eine Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion, die Entwicklung von landwirtschaftlichen Märkten und die Unterstützung beim Aufbau von Weiterverarbeitungsbetrieben für landwirtschaftliche Produkte sowie die generelle Verbesserung der Wertschöpfungskette. Zur Stärkung der lokalen Kapazitäten werden Schulungen für Gemeindebedienstete und Akteure im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung Suharekas angeboten. Ein wesentlicher Bestandteil des Projekts ist ein mit 1,6 Mio. Euro dotierter lokaler Entwicklungsfonds, der von einer Fachjury ausgewählte Projekte in Suhareka fördert. Zu den ersten derartigen Projekten, die im Dezember 2010 gestartet wurden, zählen eine Geflügelzucht und einige Gemüsebetriebe.⁴⁹⁶

4.4.2. Stadtentwicklungsplanung im Kosovo und in Suhareka seit dem Jahr 2008

Stadtentwicklungsplanung im Kosovo

Der Municipal Development Plan und der Urban Development Plan für Suhareka gehörten zu den ersten dementsprechenden Plänen, die im Kosovo nach dem Krieg 1999 beschlossen und genehmigt wurden. Damit und aufgrund des Projektaufbaus, der sich neben der Erstellung des MDP und des UDP stark auf den Aufbau von Institutionen, Kapazitätsaufbau und Training und Human Resources Management konzentrierte, kann das Projekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ – trotz des verspäteten Projektbeginns im Jahr 2006 – als Pilotprojekt für den gesamten Kosovo angesehen werden.

⁴⁹⁵ Vgl.: AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2011): Länderinformation Kosovo Juni 2011, Wien

⁴⁹⁶ Vgl.: AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2011): Länderinformation Kosovo Juni 2011, Wien und CARE ÖSTERREICH: Kosovo: Landwirtschaftliche Entwicklung!, <http://www.care.at/de/projekte/ost-europa/kosovo.html> (Stand: 7.3.2012) und CARE ÖSTERREICH: Project Information: Integrated regional development in the municipality of Suhareke/Suva Reka in the sector of agriculture, <http://www.care.org/careswork/projects/KSV047.asp> (Stand: 7.3.2012)

Insbesondere die Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau reichten weit über die Grenzen der Gemeinde Suhareka hinaus. Die Mitglieder des lokalen Partnerbüros urban+, die größtenteils an der Universität Pristina lehrten, konnten ihre Erfahrungen aus dem Projekt auch in die Lehre einbringen und an die Studierenden weitergeben. Darüber hinaus boten sie den Studierenden auch die Möglichkeit, an dem Projekt aktiv mitzuarbeiten. Sowohl die Mitarbeiter von urban+ als auch die beteiligten Studierenden waren nach Abschluss des Projektes in Suhareka als Experten für die Erstellung von Stadtentwicklungsplänen gefragt und bekamen mehrfach Anfragen von anderen kosovarischen Gemeinden bezüglich der Erstellung von MDPs und UDPs.

Der Municipal Development Plan und der Urban Development Plan bilden die Grundlage für weitere Aktivitäten der Gemeinde Suhareka

Die beiden von der Gemeinde im Jahr 2008 beschlossenen und rechtskräftigen Pläne, der Municipal Development Plan und der Urban Development Plan bilden die Grundlage für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde Suhareka und werden von nationalen und internationalen Organisationen und Institutionen als Planungsgrundlage für unterschiedliche Projekte und Projektvorschläge verwendet.

Im Rahmen der Erstellung des MDP und des UDP wurde für die Region Suhareka die Vision: „Suhareka – eine moderne landwirtschaftliche Region im Kosovo“ entwickelt. Diese Vision wird von den vier Säulen: Landwirtschaft, Tourismus, Energie und Klein- und Mittelbetriebe getragen. Zwei dieser Säulen, nämlich die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und die Veredelung sowie die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben wurden in dem oben beschriebenen Projekt der ADA „Integrated regional development in the municipality of Suhareke/Suva Reka in the sector of agriculture“ aufgenommen und weitergeführt.

Ein weiteres Beispiel ist die Städtepartnerschaft zwischen der Stadt Korneuburg und der Gemeinde Suhareka. Im Rahmen dieser Städtepartnerschaft stellt Korneuburg der Gemeinde Suhareka unter anderem Know-how im Bereich Wasserleitungs- und Kanalbau zur Verfügung. Im Juni 2009 war eine Delegation aus Suhareka mit Bürgermeister Dr. Asllanaj in Korneuburg und besichtigte – neben vielen anderen städtischen Einrichtungen – die Ver- und Entsorgungsanlagen von Korneuburg besichtigt. Im November 2009 verschaffte sich eine Delegation der Stadt Korneuburg mit Begleitung von Dr. Link und der TU Wien einen Überblick über die Wasser- und Abwassersituation in der Gemeinde Suhareka und setzte erste Schritte für eine Machbarkeitsstudie. Als Grundlage für die Einschätzung des künftigen Bedarfs im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung dienten der MDP und der UDP.

Die Implementierung des Stadtentwicklungskonzeptes

Neben der Einbettung der Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes in eine Gesamtstrategie inklusive Aufbau von Institutionen, Kapazitätsaufbau und Training war es dem Projektteam sehr wichtig – über die Erstellung von Szenarien hinaus (wie es in vielen anderen international geplanten Gemeinden der Fall war) – mit dem MDP und dem UDP

eine im alltäglichen Gebrauch der Stadtplanung klar implementierbare Grundlage zu schaffen.

Trotz allem zeigten ein Besuch der Projektregion im November 2009 sowie Gespräche mit den lokalen Projektpartnern im Frühjahr 2013, dass die Implementierung des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan in der Gemeinde Suhareka problematisch ist. Es sind immer wieder städtebauliche Entwicklungen zu beobachten, die nicht den Vorgaben und Festlegungen des MDP und den UDP entsprechen. Die Gründe dafür liegen zum einen in der teilweise mangelhaften Umsetzung des Planes durch die Stadtplanungsabteilung und zum anderen in der Nichteinhaltung der Festlegungen durch die Bauwerber. So wurden beispielsweise von der Stadtplanungsabteilung für die Bebauung im Stadtzentrum 11 Geschosse anstatt der im UDP vorgesehenen 8 Geschosse zugelassen und in einigen Bereichen Widmungsaußengrenzen nicht eingehalten. Andererseits werden aber auch oftmals die Vorgaben des MDP und des UDP sowie von Baubewilligungen von der Bauwerbern ignoriert und z.B. vorgeschriebene Abstandsflächen zu Nachbargrundstücken nicht eingehalten oder Straßenfluchtlinien – in einem Fall um bis zu 3 m – überbaut.

Lessons Learned

Der Projektansatz und die Projektstrategie des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ folgten den Regeln der raumplanerischen und entwicklungspolitischen „State of the Art“ und trotzdem gab es Schwierigkeiten mit der Implementierung und Weiterführung des Projekts – was können wir daraus lernen?

Zum einen musste das Projekt aufgrund neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen und der Verpflichtung der Erstellung eines MDP und eines UDP bis zu einem gewissen Zeitpunkt in seinem Projektablauf sehr gestrafft werden. Die ursprünglich vorgesehene Projektlaufzeit von 36 Monaten wurde auf 24 Monate reduziert, was für ein Beratungs- und Trainingsprojekt in dieser Komplexität sehr kurz ist. Der Aufbau von Institutionen und Bewusstseinsbildung sind langwierige Prozesse und auch das Training on the job für die Mitarbeiter der Stadtplanungsabteilung konnte nicht in dem ursprünglich geplanten Umfang umgesetzt werden.

Die Fragen der Mitarbeiter der Gemeinde Suhareka an das lokale Partnerbüro nach Ende der Projektlaufzeit zeigten deutlich, dass eine längere Weiterbegleitung der Stadtplanungsabteilung durch das gesamte Projektteam in der Implementierungsphase des MDP und des UDP durch eine längere Projektlaufzeit wichtig gewesen wäre.

Zum anderen wurde vom Direktorium für Stadtplanung von Suhareka bereits im Startworkshop 2006 angemerkt, dass die Erstellung eines Urban Regulatory Plan, der aufbauend auf den Bestimmungen im Urban Development Plan genaue Bebauungsbestimmungen enthält, für die Umsetzung des Urban Development Plan wesentlich wäre, da der Urban Regulatory Plan eine wichtige Grundlage für die Erteilung von Baugenehmigungen bildet. Die Erstellung eines Urban Regulatory Plan für das gesamte Stadtgebiet konnte im Rahmen des Projektes „Municipality Development Plan

and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ aufgrund des knappen Zeitrahmens und dem Fehlen wesentlicher Planungsgrundlagen wie einem Kataster jedoch nicht geleistet werden.

Die Unterstützung der Gemeinde Suhareka bei der Erstellung eines aktuellen digitalen Katasters, der es ermöglicht, Überlegungen zur Bebaubarkeit einzelner Parzellen in einem den Festlegungen eines Urban Regulatory Plan entsprechenden Detaillierungsgrad zu treffen, sowie bei der Erstellung eines Urban Regulatory Plan könnten einen wesentlichen Beitrag zur Implementierung des MDP und des UDP leisten.

Darüber hinaus kämpft der Kosovo immer noch mit strukturellen Problemen. Der Bedarf an gut ausgebildeten Experten im Bereich Stadtplanung ist wie auch in vielen anderen Bereichen hoch. Dies führt zu Mitarbeiterfluktuation, da die Angebote von internationalen, im Kosovo tätigen, Organisationen meist besser dotiert sind.

5. Räumliche Entwicklungsplanung – ein Beitrag zum Brückenschlag zwischen Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit: Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

„Auch wenn wir das Auftreten von Katastrophen niemals ganz werden verhindern können, so steht doch völlig außer Frage, dass Vorbeugung und Vorsorge in all diesen Fällen immer weitaus kostengünstiger sein wird als jede Art von Katastrophenhilfe danach. Jeder Euro, der in nachhaltige Entwicklung investiert wird, trägt gleichzeitig dazu bei, dass Katastrophen entweder verhindert oder zumindest in ihren Auswirkungen deutlich abgeschwächt werden können. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung ist also nach wie vor die beste und die bei weitem kostengünstigste Katastrophenvorsorge überhaupt.“⁴⁹⁷

Kapitel 5 zeigt die grundlegende Problematik sowie die Herausforderungen bei der praktischen Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und langfristiger Entwicklungszusammenarbeit auf. Ausgehend von den Erfahrungen aus dem Projekt Stadtentwicklungsplanung Suhareka wird mit der „Kick-Off Planung“ eine neue Methode der räumlichen Entwicklungsplanung zugeschnitten auf den Einsatz nach Katastrophen entwickelt. Die Instrumente der „Kick-Off Planung“, die Akteure und der Planungsprozess, die Zeitplanung sowie Möglichkeiten der Implementierung werden grundlegend dargestellt

5.1. HERAUSFORDERUNGEN BEIM BRÜCKENSCHLAG ZWISCHEN HUMANITÄRER HILFE UND LANGFRISTIGER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

5.1.1. Grundlegende Problematik

Wie schon in Kapitel 2 detailliert ausgeführt, unterscheiden sich Internationale Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit nicht nur durch ihren unterschiedlichen Zeitrahmen, sondern auch durch unterschiedliche Zielsetzungen. Während Humanitäre Hilfe Opfern von Katastrophen kurzfristige Überlebenshilfe bereitstellt, verfolgt Entwicklungszusammenarbeit langfristige soziale, ökonomische und politische Ziele. Dadurch ist der Übergang zwischen diesen beiden Instrumenten eine komplexe Herausforderung, auch wenn die unterschiedlichen Akteure, Prinzipien, Strategien und Instrumente speziell in Langzeitkrisen immer wieder miteinander verschwimmen.

Katastrophen rufen oft eine große Spenden- und Hilfsbereitschaft in den Menschen hervor, besonders wenn Bilder der Katastrophen und der notleidenden Menschen durch die Medien „gejagt“ werden und an die finanzielle Hilfe von Privatpersonen appelliert wird. Das jährliche Spendenaufkommen für Katastrophenhilfe beträgt in Deutschland mehrere Hundert Millionen Euro. Leider führen diese gesteigerten Gelder für die Nothilfe auf der

⁴⁹⁷ MUNZ Richard (2007): Im Zentrum der Katastrophe, Was es wirklich bedeutet, vor Ort zu helfen, Campus Verlag, Frankfurt am Main, S.221

anderen Seite aber oft zu einer Reduktion der Finanzmittel für die Entwicklungszusammenarbeit.⁴⁹⁸

Im Rahmen dieser „Hilfswellen“ nach Katastrophen versuchen nicht nur bereits etablierte Hilfsorganisationen mit adäquaten Strukturen und ausgebildetem Personal zu helfen. Oftmals bilden sich im Umfeld von Katastrophen Zusammenschlüsse von Privatpersonen aus den unterschiedlichsten Bereichen, welche die betroffene Bevölkerung in einem ganz bestimmten Sektor unterstützen wollen. Die Arbeit dieser NGOs und privaten Initiativen, die auf ihren spezifischen Kontext zugeschnittene Interessen verfolgen, ist ein wichtiger Bestandteil der Humanitären Hilfe. Wesentlich wäre jedoch eine Koordination und Steuerung der einzelnen Aktivitäten sowohl im strukturellen als auch im räumlichen Sinn, um über die Linderung der ersten Not hinaus längerfristige Strukturen zur Verbesserung der Lebensqualität schaffen zu können.

Das Problem der notwendigen Koordination der Organisationen zur Verbesserung der Effizienz der Hilfsmaßnahmen wurde schon vor Jahren erkannt. So versuchen beispielsweise die Vereinten Nationen im Rahmen von OCHA (Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen) die Bestrebungen der Hilfsorganisationen zu koordinieren und die ausländischen Hilfsmaßnahmen mit jenen der einheimischen Behörden abzustimmen. Eine Koordination der Hilfsmaßnahmen ist jedoch nur möglich, wenn die koordinierende Stelle von allen Akteuren anerkannt wird und die Akteure gewillt und flexibel genug sind, sich koordinieren zu lassen. Zumindest die gegenseitige Information zwischen den einzelnen Organisationen über aktuelle Aktivitäten und Projekte funktioniert meistens.⁴⁹⁹

Sinnvolle Humanitäre Hilfe kann sich nicht darauf beschränken, möglichst schnell im Katastrophengebiet aktiv zu werden um zu „helfen“, sondern muss so angelegt werden, dass sie auch langfristig wirkt. Eine Voraussetzung dafür ist, dass die betroffene Bevölkerung in die Hilfsmaßnahmen miteinbezogen wird, die Hilfe also mit ihnen gemeinsam erfolgt. Nur so können die Aktivitäten nach dem Abzug der internationalen Organisationen von den Menschen vor Ort weitergeführt und aus kostenintensiven Hilfsmaßnahmen langfristige Investitionen für die lokale Bevölkerung werden.⁵⁰⁰

Ein umfassenderes gemeinsames Verständnis der Ziele des Wiederaufbaus und ein klares Bekenntnis bezüglich seiner wesentlichen Rolle als Verbindungsglied zwischen Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit wären wichtig. Konzepte zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit gibt es – wie in Kapitel 2.3. aufgezeigt wurde – bereits, die Schwachstellen liegen hier überwiegend in deren Implementierung.

⁴⁹⁸ Vgl.: MUNZ Richard (2007): Im Zentrum der Katastrophe, Was es wirklich bedeutet, vor Ort zu helfen, Campus Verlag, Frankfurt am Main

⁴⁹⁹ Vgl.: UNITED NATIONS: OCHA, United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, <http://www.unocha.org> (Stand: 30.11.2012) und MUNZ Richard (2007): Im Zentrum der Katastrophe, Was es wirklich bedeutet, vor Ort zu helfen, Campus Verlag, Frankfurt am Main

⁵⁰⁰ Vgl.: MUNZ Richard (2007): Im Zentrum der Katastrophe, Was es wirklich bedeutet, vor Ort zu helfen, Campus Verlag, Frankfurt am Main

Jede Organisation ringt vor dem Hintergrund ihrer eigenen Zielsetzungen und Konzepte, dem Management, den Fördermechanismen, etc. darum, ihre Aufgaben erfolgreich zu erfüllen. Die Koordination von Hilfsaktivitäten – speziell unterschiedlicher Organisationen – ist eine komplexe Aufgabe, findet aber, wenn überhaupt, nur auf einer Ad-hoc-Basis statt. So ist es nahezu unmöglich Konflikte bzw. Widersprüche in den einzelnen Sektoren aber speziell zwischen den Sektoren und im Bereich der Querschnittsmaterien zu lösen.

Die Herausforderung dabei sind nicht nur die Strukturen im Empfängerland und die Koordination der Arbeit der Organisationen vor Ort, sondern insbesondere auch jene in den Geberländern. Beim 1. Humanitären Kongress in Wien im Oktober 2011 wurde die Problematik der praktischen Umsetzung des Übergangs zwischen der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit „*Jeder predigt für seine eigene Kanzel*“⁵⁰¹, die entweder die Humanitäre Hilfe oder die Entwicklungszusammenarbeit ist, kommentiert. Die Verbindung zwischen der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit hat derzeit keine bzw. nur eine schwach ausgeprägte Lobby.

Für einen effektiven Brückenschlag zwischen Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit ist eine schnelle, flexible und vor allem vorhersehbare Finanzierung notwendig. Wesentlich ist, dass sich die Finanzierung von Hilfsmaßnahmen über den üblichen Zeitraum der Humanitären Hilfe hinaus bis zum Einsetzen der Finanzmittel aus der Entwicklungszusammenarbeit erstreckt. Es darf nicht passieren, dass die Betroffenen einer Katastrophe direkt nach der Katastrophe mit Geldern, die möglichst rasch und meist in Form von kurzfristigen Hilfsmaßnahmen ausgegeben werden, oftmals quasi überschüttet werden, aber mit dem Auslaufen der Humanitären Hilfe bis zum möglichen Einsetzen einer langfristigen Entwicklungszusammenarbeit keine Mittel zur Finanzierung der Weiterführung der Hilfsmaßnahmen verfügbar sind. Dies gilt speziell in Regionen, wo auf keine bestehenden Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit aus der Zeit vor dem Katastrophenereignis zurückgegriffen werden kann, wie beispielsweise teilweise in Post-Konflikt Situationen. Das soll jedoch nicht bedeuten, dass die Humanitäre Hilfe zeitlich unbegrenzt fortgesetzt werden soll, es bedarf aber einer Exit-Strategie, die eine geordnete Übergabe und lokale Weiterführung der Aktivitäten ermöglicht. Dies ist nur bei ausreichenden lokalen Kapazitäten möglich.

Die Wirksamkeitsüberprüfung der eingesetzten Mittel sowohl in der Humanitären Hilfe als auch in der Entwicklungszusammenarbeit sollte nicht nur gegenüber den Spendern und Geberorganisationen, sondern insbesondere auch gegenüber den Betroffenen erfolgen.

Die Komplexität der Humanitären Hilfe speziell im städtischen Umfeld wurde von vielen Organisationen sowohl im Bereich der Humanitären Hilfe als auch der Entwicklungszusammenarbeit erkannt. Einige Organisationen haben auch schon realisiert, dass Planungs-Know-how einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen und resilienten Stadtentwicklung leisten kann. Nichtsdestotrotz wird Stadtplanung im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau meist nur in Bezug auf ihre räumlichen

⁵⁰¹ Podiumsdiskussion beim 1. Humanitären Kongress in Wien am 21.10.2011

Auswirkungen diskutiert und ihre Bedeutung für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung sowie die zentrale Bedeutung der Stadt als Transformator der politischen und sozialen Veränderungen außer Acht gelassen.

5.1.2. Erfahrungen aus dem Projekt Stadtentwicklungsplanung Suhareka

Das Projekt Stadtentwicklungsplanung Suhareka startete nach dem Ende der Soforthilfephase im Jahr 2001 auf Basis einer Unterstützungsanfrage des damaligen Bürgermeisters von Suhareka an das CIMIC-Team des österreichischen Bundesheers mit einer Durchführbarkeitsstudie. Das Ergebnis dieser Durchführbarkeitsstudie, die im Juli 2002 fertig gestellt wurde, war ein Projektvorschlag für den Aufbau einer Stadtplanung in Suhareka. Der Start des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ erfolgte jedoch – aufgrund der fehlenden Finanzierung – erst im Jahr 2006. Der Municipal Development Plan und der Urban Development Plan wurden im März 2008 beschlossen, die Gemeinde bis März 2009 durch das internationale Projektteam weiter beratend begleitet. (vgl. Kapitel 4.2. Die Entwicklung des Projekts)

Gemäß dem ursprünglichen Zeit- und Projektplan aus dem Jahr 2002 hätte das Projekt Stadtentwicklungsplanung Suhareka genau am Übergang zwischen Humanitärer Hilfe und langfristiger Entwicklungszusammenarbeit ansetzen sollen. Mit der Ausarbeitung einer räumlichen Entwicklungsplanung zur räumlichen und zeitlichen Steuerung der Hilfsmaßnahmen in Suhareka hätte eine Brücke zwischen Humanitärer Hilfe und langfristiger Entwicklungszusammenarbeit geschlagen und damit die Effizienz des Mitteleinsatzes erhöht werden können. Diese Brückenfunktion ist jedoch überwiegend dem Finanzierungsloch zwischen den beiden unterschiedlichen Hilfsbereichen zum Opfer gefallen.

Ein Merkmal der Problematik des Übergangs zwischen der Humanitären Hilfe und der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit liegt in der Schwierigkeit der Förderung von Projekten mit einem mittel- bis langfristigen Horizont. Die räumliche Entwicklungsplanung zur Steuerung der mittel- bis langfristigen Entwicklung der Gemeinde Suhareka wurde von den potentiellen Fördergebern nicht mehr unmittelbar als Humanitäre Hilfe angesehen. Die Strukturen der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit im und mit dem Kosovo und damit auch die Fördermechanismen für mittel- bis langfristige Projekte wurden jedoch erst langsam entwickelt und aufgebaut. (vgl. Kapitel 4.4.1.)

Die Steuerungsmöglichkeiten für die Entwicklung der Gemeinde Suhareka, die bei einer Umsetzung des Projektes Stadtentwicklungsplanung Suhareka im Jahr 2002 bestanden hätten, konnten im Jahr 2006 nur mehr in Teilbereichen genutzt werden, da sich mit dem verspäteten Projektstart vier weitere Jahre dynamischer Siedlungsentwicklung vor dem Hintergrund zu geringer Steuerungskapazitäten bereits im Stadt- und Siedlungsbild manifestiert hatten. Die Anzahl der internationalen Organisationen, die ihr zweckgewidmetes Spendengeld rasch verbauen mussten, hat sich nach dem Jahr 2002 zwar nach und nach reduziert, an ihre Stelle sind jedoch in- und ausländische Investoren,

die den Wiederaufbau des Kosovo weiterfinanziert haben, getreten. Auch ihre Standortwahl für Projekte war nur untergeordnet von städteplanerischen Kriterien geleitet.

Aber auch wenn die Chance zur Steuerung der Stadtentwicklung in dem dynamischen Entwicklungszeitraum der Jahre 2002 und 2006 nicht genutzt und einige Projekte an suboptimalen Standorten verwirklicht wurden, hat die Umsetzung des Projektes in der Phase der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau einer funktionierenden Stadtentwicklungsplanung und zur langfristig geordneten räumlichen Entwicklung in Suhareka geleistet. Der Municipal Development Plan und der Urban Development Plan sowie die aufgebauten Kapazitäten in den Planungsabteilungen von Suhareka bilden aktuell eine wichtige Grundlage für längerfristige Entwicklungsprojekte.

Der Ansatz des Projektes Stadtentwicklungsplanung Suhareka, der in erster Linie auf eine zukünftige selbständige Gestaltung der Prozesse der Stadtentwicklung durch die Gemeinde Suhareka abzielte und im Rahmen des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ in den Jahren 2006–2009 umgesetzt wurde, hat auch im Jahr 2006 seine Gültigkeit behalten und einen wichtigen Beitrag für die weitere räumliche Entwicklung der Stadtgemeinde Suhareka geleistet.

Aus heutiger, rückblickender Sicht und vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Projektes Stadtentwicklungsplanung Suhareka im Rahmen der vorliegenden Dissertation hätte der Ansatz des Projektes jedoch mit einer zusätzlichen „Säule“, einem kurzfristigen Instrumentarium zur sofortigen Steuerung der Stadtentwicklung für den Zeitraum bis zur Beschlussfassung und Rechtsgültigkeit des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan ergänzt und verbessert werden können. Eine rasche Ausarbeitung und Beschlussfassung von Übergangsbestimmungen für die räumliche Entwicklung hätte der Gemeinde sehr kurzfristig eine gültige Entscheidungsgrundlage für die Erteilung von Baugenehmigungen zur Verfügung gestellt und zu einer geordneten Stadtentwicklung beigetragen. Diese Übergangsbestimmungen hätten in ihren Grundzügen bereits im Rahmen der Machbarkeitsstudie in den Jahren 2001/2002 angedacht werden können. So hätten die Treffen und Gespräche mit der Gemeinde, nationalen und internationalen öffentlichen Organisationen, der Universität Pristina, Wirtschaftstreibenden aus Suhareka, etc. im Rahmen der beiden Fact Finding Missions bereits für die Informationssammlung bzw. die Abstimmung eines Entwurfs der Übergangsbestimmungen genutzt werden können. Damit wären die Übergangsbestimmungen bereits in der Übergangsphase von der Humanitären Hilfe zur Entwicklungszusammenarbeit als einfaches Steuerungsinstrument für die grundlegende Entwicklung der Stadt und Gemeinde zur Verfügung gestanden. Für die Implementierung der Übergangsbestimmungen wäre – aufgrund der massiven Engpässe beim Humankapital sowie der erst im Aufbau befindlichen Institutionen – eine institutionelle sowie eine fachliche Unterstützung der Gemeinde wesentlich gewesen. Die institutionelle Hilfestellung hätte im Rahmen der UNMIK-Verwaltung von den Vereinten Nationen geleistet werden können. Für die fachliche Unterstützung wäre es – zumindest in der Anfangsphase – wahrscheinlich notwendig gewesen einen Planer als externen

Fachexperten in der Gemeinde einzusetzen, welcher für Fragen bei der Umsetzung zur Diskussion bereit steht.

Auch zu Beginn des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ im Jahr 2006 hätten beispielsweise im Rahmen des Startworkshops neben dem Projektdesign bereits räumliche und inhaltliche Grundlagen für die Erteilung von Baugenehmigungen diskutiert werden können. Darauf aufbauend hätte in Kooperation zwischen der Gemeinde und dem Planerteam unter Beteiligung der Bevölkerung ein vereinfachtes Instrumentarium zur Erteilung von Baugenehmigungen, z.B. in Form eines Leitfadens für die Mitarbeiter der Stadtplanungsabteilung erstellt und im Laufe der Projektlaufzeit gemäß dem Projektfortschritt und den Erfahrungen der Stadtplanungsabteilung ausdifferenziert werden können. Derartige Übergangsbestimmungen hätten die Implementierung des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan wahrscheinlich schon im Vorfeld seiner Beschlussfassung erleichtert.

Die Diskussionsergebnisse hätten auch als ein Grundbaustein für die Erstellung des räumlichen Entwicklungskonzeptes sowie des Entwurfes des Municipal Development Plan und des Urban Development Plan herangezogen werden können. Der Municipal Development Plan und der Urban Development Plan in Kombination mit einem Leitfaden zur Erteilung von Baubewilligungen würden eine gute Grundlage für den Urban Regulatory Plan bilden.

Mit dem Wunsch nach der Erstellung eines Urban Regulatory Plan, der einem Bebauungsplan entspricht, welche im Rahmen des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ aufgrund fehlender Grundlagendaten wie dem Kataster und einem knappen Zeit- und Finanzbudget nicht möglich war, hat die Gemeinde Suhareka ihren konkreten Bedarf an einem Instrument als Grundlage für die Erteilung von Baubewilligungen mehrmals artikuliert. Aus Sicht der Gemeinde wären speziell für die Stadt Suhareka und die Subzentren Bebauungspläne wichtig gewesen, um eine nachhaltige Entwicklung und die Umsetzung der Pläne zu garantieren.

5.2. „KICK-OFF PLANUNG“ – POST-KASTASTROPHEN STRATEGIE RÄUMLICHE ENTWICKLUNGSPLANUNG

Speziell in Post-Konflikt Situationen sind die Beziehungen zwischen internationalen Organisationen, nationaler und lokaler Politik und Verwaltung sowie der lokalen Bevölkerung oftmals nicht konfliktfrei und eine echte Kooperation schwierig. Die Arbeit der Vielzahl an nationalen und internationalen Hilfsorganisationen nach einer Katastrophe ist geprägt von einem starken Zeitdruck zur Umsetzung der Spendengelder und Projekte und einem meist weitgehend rechtsfreien Umfeld. In dieser Situation findet zum einen kaum eine Koordinierung der Projekte von unterschiedlichen Organisationen statt und zum

anderen werden die – zumeist im Aufbau befindlichen nationalen und kommunalen Institutionen – nur geringfügig miteinbezogen.⁵⁰²

Ein sinnvoller Wiederaufbau kann nur stattfinden, wenn die vielfältigen Projektaktivitäten der unterschiedlichen Organisationen koordiniert werden und das im besten Fall von nationalen Stellen. Eine Kooperation zwischen den nationalen und kommunalen Institutionen und den internationalen Organisationen sowie eine Definition der Schnittstellen sind unbedingt erforderlich. Dabei kommt der lokalen Verwaltung besondere Bedeutung zu, *„schließlich ist es die lokale Verwaltung, die sich diesen neuen Zusammenhängen stellen muss, denn in der Stadt materialisiert sich das neue Raumgefüge“*⁵⁰³. Die lokalen Kommunalverwaltungen sollen die Möglichkeit erhalten, den gesamten Wiederaufbauprozess – mit Unterstützung internationaler Organisationen und Fachexperten – selbständig zu steuern.⁵⁰⁴

Wie in Kapitel 4.3.1. bereits ausgeführt eignet sich das Instrument Stadtentwicklungsplanung bzw. räumliche Entwicklungsplanung sehr gut zur Steuerung und Koordinierung von kurz- bis langfristigen Maßnahmen auf Basis einer langfristigen, sektorübergreifenden Strategie zur Gesamtentwicklung eines Raumes. Darüber hinaus kann sie in ihrer Grundkonzeption die Anforderungen, die nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft an den Übergang von Humanitärer Hilfe zu langfristiger Entwicklungszusammenarbeit gestellt werden, vollinhaltlich erfüllen und erscheint als geeignetes Instrument zur Unterstützung einer effizienten Überleitung zwischen diesen beiden Formen der internationalen Hilfe. (vgl. Kapitel 4.3.)

Dementsprechend sollten räumliche Entwicklungsplanung und Stadtentwicklungsplanung zu einem integrierten Element in Wiederaufbauprogrammen werden. Damit könnte nicht nur eine Verbesserung der Qualität von Wiederaufbauaktivitäten an sich erreicht werden, sondern durch die Verbindung von kurzfristig realisierbaren Katastrophenhilfemaßnahmen und Entwicklungsplanung mit einem mittel- bis langfristigen Zeithorizont der Brückenschlag zwischen Wiederaufbau und nachhaltiger Stadtentwicklung unterstützt werden.

Ziel der Entwicklungsplanung nach einer Katastrophe sollte nicht nur eine Wiederherstellung des Status quo ante sondern – sowohl in der Humanitären Hilfe als auch insbesondere in der Entwicklungszusammenarbeit – eine langfristige und nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen sein. Sie sollte Perspektiven für eine bessere Zukunft beinhalten und Raum für vernünftige Entwicklung erhalten.

In diesem Sinne ist die Entwicklung eines Konzeptes zum Aufbau einer nachhaltigen und zukunftsweisenden Stadtstruktur in ihren groben Grundzügen wie räumliche Verteilung

⁵⁰² Vgl.: VÖCKLER Kai (2008): Prishtina is Everywhere – Turbo-Urbanismus als Resultat einer Krise, Parthas Verlag, Berlin

⁵⁰³ VÖCKLER Kai (2008): Prishtina is Everywhere – Turbo-Urbanismus als Resultat einer Krise, Parthas Verlag, Berlin, S.171

⁵⁰⁴ Vgl.: VÖCKLER Kai (2008): Prishtina is Everywhere – Turbo-Urbanismus als Resultat einer Krise, Parthas Verlag, Berlin

von Funktionen und Nutzungen, entsprechende Erschließung der Entwicklungsbereiche, grobe Festlegung der Baudichten, etc. als Basis für die räumliche Steuerung von Hilfsmaßnahmen notwendig. Neben dem baulichen und infrastrukturellen Wiederaufbau ist dabei auch die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen und des sozialen Gefüges wesentlich. Insbesondere in Post-Konflikt Situationen ist die Planung mit einem kontinuierlich zu lenkenden Veränderungsprozess konfrontiert. Die Bedeutung und Dringlichkeit der Erstellung dieses Konzeptes hängt dabei weniger vom Zerstörungsgrad als vielmehr von der Entwicklungsdynamik ab. Eine unkontrollierte Stadtentwicklung, die von Einzelinteressen geleitet wird, verschlechtert die städtebauliche Gesamtsituation der Stadt und in Folge die Lebensqualität der Bewohner. Beispiele dafür sind überlastete oder nicht vorhandene Einrichtungen der technischen und sozialen Infrastruktur, wie beispielsweise Wasserver- und Abwasserentsorgung bzw. Kindergärten und Schulen, wie auch die Reduzierung von Verkehrsflächen und öffentlichen Räumen auf die Restflächen zwischen der Bebauung.

Derzeit konzentrieren sich die Aktivitäten des Wiederaufbaus oftmals nur auf einen Sektor, wie z.B. den Wohnbau, oder bevorzugen diesen vor anderen Sektoren. Damit werden die weiteren Bedürfnisse der zukünftigen Bewohner dieser neu errichteten oder wiederaufgebauten Siedlungen, wie beispielsweise die Ausstattung mit sozialer Infrastruktur oder die Unterstützung der Wirtschaftsentwicklung, in die Planung nicht ausreichend miteinbezogen. Anstatt von dörflichen oder städtischen Gefüges entstehen reine Wohn- oder „Schlafsiedlungen“, die disfunktional bleiben, weil die anderen Belange der Wiederaufbaumühungen nicht adäquat umgesetzt werden.

Des Weiteren ist die Standortwahl für die geplanten Siedlungsentwicklungsbereiche ein wesentlicher Aspekt im Rahmen des Wiederaufbaus. Speziell beim Wiederaufbau nach Naturkatastrophen ist die räumliche Komponente auch als Beitrag zur zukünftigen Reduktion des Risikopotenzials sehr wichtig. Oftmals kann der Wiederaufbau von Siedlungen nach einer Zerstörung durch eine Naturkatastrophe aufgrund eines Gefährdungspotenzials im früheren Siedlungsbereich und einer dementsprechenden Neuausweisung von Gefahrenzonen nicht am früheren Siedlungsstandort stattfinden. In solchen Fällen ist die Wahl des neuen Standortes wesentlich für das Funktionieren des wiederaufgebauten Stadtteiles bzw. des gesamten städtischen Gefüges.

Eine Untersuchung von unterschiedlichen Wiederaufbauprojekten nach der Tsunami-Katastrophe im Dezember 2004 in Sri Lanka hat gezeigt, dass der Standort des Wiederaufbauprojektes für eine erfolgreiche Besiedelung der Wohnbauten entscheidend war. Je näher der neue Wohnstandort beim ursprünglichen Wohnort der Betroffenen lag, desto erfolgreicher verlief die mittelfristige Entwicklung der Wiederaufbauprojekte. Ebenso wesentlich für das Gelingen der Projekte war die soziale Zusammenstellung der wiederaufgebauten Nachbarschaften. *„Die Akzeptanz eines neuen Wohnstandortes hängt hierbei deutlich mit Erwerbsmöglichkeiten und einer Ähnlichkeit im sozialen Status des neuen nachbarschaftlichen Umfelds zusammen.“*⁵⁰⁵ So ist beispielsweise insbesondere in

⁵⁰⁵ RUTZMOSER Maria (2010): Wiederaufbau nach der Tsunamikatastrophe 2004 in Sri Lanka – ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung?, Masterarbeit, Technische Universität Wien, S.6

Regionen mit einer mangelhaften Erschließung durch den öffentlichen Verkehr bzw. einem niedrigen Motorisierungsgrad die Nähe der Wohnstätte zum Arbeitsplatz von grundlegender Bedeutung. Auch wenn z.B. nach einem Tsunami der Wiederaufbau eines Fischerdorfes direkt an der Küste nicht mehr möglich ist, ist eine Neuansiedlung der Fischer im Landesinneren mehrere Kilometer von der Küste entfernt problematisch. In diesem Fall muss dann gleichzeitig eine alternative wirtschaftliche Grundlage für die Bewohner dieser neuen Siedlung geschaffen werden. Das ist nur ein Beispiel für die Komplexität der Standortwahl, ähnliches gilt für die soziale Infrastruktur. Oft wird ein bestehender Mangel an sozialer Infrastruktur durch den Zusammenhalt der Dorfgemeinschaften und Nachbarschaftshilfe weitgehend zu kompensieren versucht. Wo infolge des Wiederaufbaus an unterschiedlichen Standorten bzw. durch unterschiedliche Zugehörigkeiten zu Benefizientengruppen in Wiederaufbauprogrammen Dorfgemeinschaften auseinandergerissen werden, ist das ungleich schwieriger. In vielen Fällen – insbesondere in Post-Konflikt Situationen – ist auch Kapazitätsaufbau in den unterschiedlichsten Bereichen wesentlich für die Wiederbelebung der Gemeinschaften.

Die im Rahmen des Wiederaufbaus tätigen Organisationen und Institutionen sind sich grundsätzlich der Bedeutung jedes einzelnen dieser Elemente mehr oder weniger bewusst, es fehlt jedoch oft eine sektorübergreifende Sicht- und Vorgehensweise. Diese kann im Rahmen der räumlichen Entwicklungsplanung und Stadtentwicklungsplanung geleistet werden. Dazu gehört auch eine zeitliche Koordinierung der Komponenten. Eine teilweise parallele Entwicklung der einzelnen Komponenten des Wiederaufbaus mit Prioritätenreihung trägt langfristig zumeist zu einem besseren Funktionieren bei als ein Nacheinanderentwickeln der Komponenten, wie z.B. zuerst Wohnbau, dann Infrastruktur, dann Wirtschaft etc..

5.2.1. Die „Kick-Off Planung“

Ziel der Methode der „Kick-Off Planung“ ist es, kurzfristig eine grundlegende Steuerung der Stadtentwicklung zu ermöglichen. Dazu muss sie eine Reihe von Grundanforderungen erfüllen:

- Die „Kick-Off Planung“ als urbane Post-Katastrophen Strategie muss eine Schnittstelle zwischen der lokalen, der nationalen und der internationalen Ebene bilden und zwischen diesen drei Ebenen vermitteln. Die lokale Ebene muss mit nationalem und internationalem Fachwissen beratend begleitet werden. Erfahrungen und Pilotprojekte auf lokaler Ebene können zur Verfeinerung und Entwicklung neuer Planungsstrategien beitragen.
- Weiters muss die „Kick-Off Planung“ nach Katastrophen kooperativ, transparent und – trotz ihrer kurzfristigen Einsatzmöglichkeit – langfristig ausgerichtet sein. Wesentlich ist die Ausarbeitung einer langfristigen Strategie und eines Leitbildes zur räumlichen Entwicklung. Diese sollen von lokalen Institutionen – bei Bedarf mit Unterstützung internationaler Experten.

- Unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung entwickelt werden und auf realistischen Zielen für die Entwicklung der Stadt basieren. Die Koordinierung von unterschiedlichen Wiederaufbaustrategien und die Abstimmung von langfristigen Zielen erfolgt entsprechend dieser Strategie und dem Leitbild. Die Umsetzung des Leitbildes erfolgt im Rahmen von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen und Leitprojekten.
- Räumliche Entwicklungsplanung in einer Post-Katastrophen Situation braucht den „Mut zur Lücke“ auch ohne eine vollständige Bestandsaufnahme und -analyse der Grundlagendaten grundlegende Leitvorstellungen zur Entwicklung einer Gemeinde zu erstellen. Deshalb muss die „Kick-Off Planung“ flexibel sein, um sich auf rasch ändernde Rahmenbedingungen wie beispielsweise ein dynamisches Siedlungswachstum oder überarbeitete gesetzliche Festlegungen einstellen zu können.

Wesentlich für die Umsetzung der „Kick-Off Planung“ als räumliche Entwicklungsstrategie nach Katastrophen ist, dass ihr Einsatz direkt nach der Katastrophe parallel zu den Soforthilfemaßnahmen beginnt, damit die räumliche Entwicklung frühzeitig strukturiert und Hilfsmaßnahmen koordiniert werden können. Eine stufenweise in strukturierten Modulen realisierbare Entwicklungsstrategie erhöht dabei die Flexibilität und erleichtert die Anpassung an die örtlichen Kapazitäten sowie die Finanzierung.

Die Stadtentwicklung und der zumeist im Rahmen des Wiederaufbaus entstehende „Bauboom“ warten – wie auch das Beispiel Suhareka gezeigt hat – nicht darauf, dass Planungsstrukturen aufgebaut sind und Grundlagendaten aktuell und vollständig vorliegen. Wenn die politisch-administrative Planung und Regulierung auf Ebene der Gemeinde oder einer übergeordneten z.B. der staatlichen Ebene ausbleibt, ist das Resultat eine ungeplante, von Einzelinteressen und ökonomischen Faktoren geleitete Stadtentwicklung.

Die Entwicklung der „Kick-Off Planung“ als eine Sonderform der räumlichen Entwicklungsplanung nach Katastrophen wurde unter anderem von der Aktionsplanung zur Behandlung komplexer Schwerpunktaufgaben in der Raumplanung nach Bernd Scholl inspiriert. Ebenso wie die Aktionsplanung übernimmt auch die „Kick-Off Planung“ keine Routineaufgaben, sondern befasst sich mit komplexen Schwerpunktaufgaben, das *„sind umfassende raumbedeutsame Aufgaben, bei denen nicht klar ist, mit welchen Projekten sie gelöst werden können. Sie können auch nicht sektoral gelöst werden, sondern bedürfen der übergreifenden fachlichen und organisatorischen Zusammenarbeit, häufig zudem zwischen verschiedenen staatlichen Ebenen“*⁵⁰⁶.

⁵⁰⁶ SCHOLL Bernd (1995): Aktionsplanung – Zur Behandlung komplexer Schwerpunktaufgaben in der Raumplanung, ORL – Bericht 98/1995, vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich, Zürich, S.36

5.2.2. Instrumente der „Kick-Off Planung“

Die „Kick-Off Planung“ basiert auf zwei spezifischen Instrumenten, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit für die räumliche Entwicklungsplanung nach Katastrophen entwickelt wurden.

Zum einen sollen im Rahmen der „Kick-Off Planung“, der räumlichen Entwicklungsplanung nach Katastrophen „vereinfachte räumliche Entwicklungskonzepte“, welche die grundlegende Siedlungsstruktur mit einer groben Zuordnung von Funktionen, Nutzungen und Dichten festlegen, ausgearbeitet werden. Das zweite Instrument ist ein „Leitfaden für die Erteilung von Baugenehmigungen“, der beispielsweise Richtlinien zur Form und Größe der Grundstücke oder zur Anordnung der baulichen Anlagen enthält. Beide Instrumente werden in jeweils zwei Phasen untergliedert, um eine schrittweise Entwicklung der Instrumente zu ermöglichen und in sich schlüssige und zeitlich überschaubare Verfahrenselemente einzuführen.

In Kombination bilden das „vereinfachte räumliche Entwicklungskonzept“ und der „Leitfaden für die Erteilung von Baugenehmigungen“ eine kurzfristig verfügbare Entscheidungsgrundlage für die Frage, wo und in welcher Form Baugenehmigungen erteilt werden können. Im weiteren Planungsprozess sollen diese beiden Instrumente in die Ausarbeitung der langfristig ausgelegten räumlichen Planungsinstrumente gemäß den jeweiligen rechtlichen Standards einfließen.

Übergangsregelungen im kosovarischen Raumplanungsgesetz

Ein Beispiel für Übergangsregelungen zur kurz- bis mittelfristigen Steuerung der Stadtentwicklungsplanung vor der Beschlussfassung von Stadt- und Bezirksentwicklungsplänen bzw. Bebauungsplänen findet sich im Raumplanungsgesetz des Kosovo aus dem Jahr 2003 bzw. dessen Novelle aus dem Jahr 2008.

Das Gesetz aus dem Jahr 2003 hat den Gemeinden einen Zeitraum von 18 Monaten ab Erlassung des Gesetzes zur Beschlussfassung von „Urban and Spatial Plans“ vorgegeben. Im Artikel 24, der vorläufige Festlegungen für räumliche Regulationen („Provisional Requirements for Spatial Regulation“) regelt, hat das Raumplanungsgesetz dem Gemeinderat die Möglichkeit eingeräumt, vor der Beschlussfassung des Municipal Development Plan und des Municipal Regulatory Plan (Bebauungsplan) vorläufige Anforderungen für Bauvorhaben zu erlassen. Gebäude und andere Bauten, die vor der Beschlussfassung des Urban Development Plan und des Urban Regulatory Plan bereits existierten, mussten die Festlegungen in diesen Plänen – außer im Fall von Neu- und Umbauten – nicht einhalten. Änderungen der grundlegenden Nutzung der Gebäude waren nur mit Bewilligung der für Stadtentwicklung zuständigen Verwaltung und in Übereinstimmung mit den geltenden Stadtplänen möglich.⁵⁰⁷

Die Gesetzesnovelle aus dem Jahr 2008 beschäftigt sich – wohl auch aufgrund der Tatsache, dass zu diesem Zeitpunkt eine Vielzahl der Gemeinden noch immer nicht über einen gültigen Municipal Development Plan und Urban Development Plan verfügte –

⁵⁰⁷ Vgl.: Law No. 2003/14 Law on Spatial Planning

detaillierter mit den Übergangsregelungen („temporary conditions“). Wenn bisher kein Municipal Development Plan und/oder Urban Development Plan beschlossen wurde und eine weitere Verzögerung der Ausarbeitung des Urban Development Plan in einer ungeordneten Entwicklung entgegen dem öffentlichen Interesse resultieren würde, wird dem Gemeinderat wiederum die Möglichkeit eingeräumt, Übergangsbestimmungen für die räumliche Entwicklung zu erlassen. Die Gesetzesnovelle 2008 zum Raumplanungsgesetz des Kosovo definiert jedoch sowohl die Rahmenbedingungen als auch die Inhalte der Übergangsbestimmungen wesentlich genauer.

Die Erlassung von Übergangsbestimmungen ist demnach unter folgenden Bedingungen möglich:

- der für die städtebauliche Entwicklung vorgesehene Bereich steht nicht aufgrund eines anderen Gesetzes und/oder in Bezug auf seine Umwelt, seinen kulturellen, historischen und/oder sozialen Wert unter Schutz
- der Bedarf für eine Entwicklung des Gebietes entspricht in erster Linie den ökonomischen, sozialen und kulturellen Interessen der lokalen Gemeinde
- die Übergangsbestimmungen für die städtebauliche Entwicklung sind vor der Fertigstellung und Beschlussfassung durch den Gemeinderat Gegenstand einer öffentlichen Auflage inklusive der Möglichkeit der Stellungnahme durch die Allgemeinheit
- die Rahmenbedingungen für die öffentliche Auflage und die Stellungnahmen für die Übergangsbestimmungen entsprechen jenen für die anderen Raumordnungspläne.

Bauliche Anlagen, die gemäß den Übergangsbestimmungen errichtet werden, sollen in die jeweiligen Bebauungspläne übernommen werden. Änderungen der Flächenwidmung von bestehenden Objekten können nur mit Genehmigung der für Stadtplanung zuständigen Behörde gemäß dem jeweiligen Plan mit dem Vorschlag der für Stadtplanung zuständigen Stelle und genehmigt durch den Gemeinderat gemacht werden.⁵⁰⁸

Vereinfachte räumliche Entwicklungskonzepte

Für einen schnellen Einsatz von räumlichen Entwicklungskonzepten als planerische Entscheidungsgrundlage nach einer Katastrophe muss die räumliche Entwicklungsplanung rasch und strategisch erfolgen. Kurz- bis mittelfristig geht es nicht um die Erstellung von komplexen Planwerken, die alle sektoralen Planungsebenen flächendeckend erfassen („comprehensive planning“), sondern um eine prozessorientierte, partizipative Planungsform. Die aufeinander aufbauende und zeitlich zumeist nacheinander stattfindende Erstellung von örtlichen Entwicklungskonzepten, Flächenwidmungsplänen und in weiterer Folge Bebauungsplänen basierend auf überörtlichen Planungen und Vorgaben ist aufgrund der langwierigen Verfahren bei den einzelnen Planerstellungen insbesondere in einer Post-Konflikt Situation mit einer starken Entwicklungsdynamik nicht zielführend, da die Pläne meist schon vor ihrem Inkrafttreten von der Realität weit überholt werden.

⁵⁰⁸ Vgl.: Law No. 03/L-106 2008 Amending Law on Spatial Planning No. 2003/14

Im Rahmen der Methode der „Kick-Off Planung“ soll deshalb – statt dem üblichen komplexen Planungsverfahren zur Erstellung eines räumlichen Entwicklungskonzeptes – ein „vereinfachtes räumliches Entwicklungskonzept“ entwickelt werden, das Bereiche für grundsätzliche bauliche Nutzungen festlegt und somit eine geregelte Bebauung ermöglicht, ohne diese bereits bis ins kleinste Detail zu bestimmen.

Der erste Schritt bei der Ausarbeitung des „vereinfachten räumlichen Entwicklungskonzeptes“ ist die Ausarbeitung eines sogenannten Weißplanes. Inhalt des Weißplanes sind „weiße Flächen“, in denen keine grundsätzlichen Restriktionen für eine bauliche Entwicklung bestehen. Diese weißen Flächen werden mithilfe der Erstellung einer Negativkarte ausgearbeitet, die Bereiche abgrenzt, in denen keine bauliche Entwicklung stattfinden soll. Diese Vorgehensweise wird gewählt, da es zumeist einfacher und damit auch schneller möglich ist Bereiche zu identifizieren, die von Bebauung freigehalten werden sollen, als sich auf Bereiche, die für eine Bebauung geeignet sind, zu einigen. Darüber hinaus ist es optional möglich, mit einer ersten Skizze der Entwicklungszellen für bauliche Entwicklung Überlegungen zu den zukünftigen Zentren der Entwicklung in den Weißplan miteinfließen zu lassen.

Inhalt des Weißplanes sind:

- „Weiße Flächen“ in denen keine grundsätzlichen Restriktionen für eine bauliche Entwicklung bestehen
- Abgrenzung von Flächen in denen keine bauliche Entwicklung stattfinden soll (Negativkarte):
 - Naturgefahrenbereiche (Hochwasser, Lawinen, etc.)
 - Freihaltebereiche für bauliche Schutzmaßnahmen
 - Naturschutz
 - Schutz landwirtschaftlicher Flächen
 - Schutz religiös und kulturell bedeutender Bereiche
 - Planungskorridore für hochrangige technische Infrastruktur, z.B.: Autobahnen
 - Flächensicherung für Sonderbauten, z.B.: Kläranlagen
 - Archäologische Grabungsgebiete
 - Abbaugelände (Schotter, Erze, Kohle, etc.)
 - etc.
- erste Skizze der Entwicklungszellen für die weitere Entwicklung (optional)

Diese Liste der Flächen, in denen keine bauliche Entwicklung stattfinden soll, stellt nur eine beispielhafte Auflistung von möglichen Abgrenzungsbereichen dar, die sowohl entsprechend dem aktuellen Informations- und Datenstand als auch in Bezug auf die lokalen Anforderungen jeweils an die aktuelle Situation vor Ort anzupassen und gegebenenfalls zu erweitern sind.

Mit Hilfe der Negativkarte können Bereiche, in denen beispielsweise aufgrund eines Gefahrenbereiches (z.B.: Hochwasser), einer besonderen Schutzwürdigkeit (z.B.: Naturschutz) oder einer Sicherung von Flächen für eine zukünftige Entwicklung (z.B.: Kläranlagenbau), keine bauliche Entwicklung stattfinden soll, von Bautätigkeiten freigehalten werden. In diesem ersten Schritt geht es vor allem darum, zukünftige

Möglichkeiten der Gemeindeentwicklung „nicht zu verbauen“ und die entsprechenden Flächen zu sichern.

In einer zweiten Stufe ist eine weitere Ausdifferenzierung der Inhalte des „vereinfachten räumlichen Entwicklungskonzeptes“ auf eine grobe Festlegung von Bereichen, die für eine bauliche Entwicklung geeignet sind (inklusive bereits bebauter Bereiche), ihre Versorgung mit technischer und sozialer Infrastruktur sowie grundlegende Vorgaben für die Entwicklung der einzelnen Zonen vorgesehen. Mithilfe der Festlegung von Zeitzonen kann eine vorrangige Bebauung innerhalb von bestehenden Siedlungsbereichen (Wiederaufbau, Verdichtung) unterstützt werden.

Das „vereinfachte räumliche Entwicklungskonzept“ soll folgende Aussagen enthalten:

- Abgrenzung von Flächen, in denen keine bauliche Entwicklung stattfinden soll (Übernahme der Negativkarte aus dem Weißplan)
- Abgrenzung von Eignungszonen für die bauliche Entwicklung inklusive bestehender Siedlungsbereiche (auf Basis der weißen Flächen und der ersten Skizzen der Entwicklungszellen aus dem Weißplan)
- grundsätzliche Festlegungen für die einzelnen baulichen Entwicklungszonen:
 - vorwiegende Nutzung: z.B. Wohngebiet, Gewerbegebiet, öffentliche Gebäude
 - Vorgaben zur verkehrstechnischen Erschließung
 - Dichtevorgaben
 - Zeitzonen
- Versorgung mit technischer und sozialer Infrastruktur

Die Abgrenzung von Eignungszonen für die bauliche Entwicklung sowie die grundsätzlichen Festlegungen für die baulichen Entwicklungszonen sollen einer akkordierten langfristigen Strategie und einem Leitbild für die räumliche Entwicklung der Gemeinde folgen.

Wesentlich ist, dass Planung als andauernder Prozess verstanden wird, der von einer laufenden Verdichtung der Informationen geleitet wird und eine flexible Anpassung an sich verändernde Umstände ermöglicht.

Wenn ein fachlich dem aktuellen Stand der Raumplanung entsprechender und politisch akzeptierter bestehender Plan verfügbar ist, ist es sinnvoll, diesen als Grundlage für das „vereinfachte räumliche Entwicklungskonzept“ zu verwenden und gemäß den veränderten Rahmenbedingungen zu adaptieren.

Leitfaden für die Erteilung von Baugenehmigungen

Mit der Erstellung eines „Leitfadens für die Erteilung von Baugenehmigungen“ soll eine Entscheidungsgrundlage für die Stadtverwaltung zur Erteilung von Baugenehmigungen sowie eine transparente Richtlinie für die Bauwerber geschaffen werden.

Die Umsetzung dieses „Leitfadens für die Erteilung von Baugenehmigungen“ soll eine deutliche Verbesserung der architektonischen und städtebaulichen Qualität der Bauwerke und der Stadtstruktur ermöglichen. Wenn kein Antrag auf eine Baugenehmigung gestellt

werden muss oder kann, entfällt auch ein wichtiger Grund, einen Baumeister oder Architekten mit der Planung zu beauftragen. Es ist dann viel leichter „einfach zu bauen zu beginnen“. Die dadurch möglicherweise entstehenden Probleme sind vielfältig und reichen beispielsweise im Bereich der technischen Infrastruktur von einer Verengung der Straßenquerschnitte durch illegale Zu- und Ausbauten auf öffentlichen Flächen (z.B. Verbauung des Gehsteiges) bis zu einer Unterdimensionierung des Kanalsystems, wenn anstatt eingeschossiger achtgeschossige Wohnbauten errichtet werden. Oftmals entstehen dadurch aber auch Sicherheitsmängel, wenn beispielsweise Bauhöhen nicht eingehalten werden oder die Statik nicht beachtet wird. In vielen Fällen werden die Entscheidungen über den Bauplan des Hauses letztendlich von den Handwerkern getroffen, der Personengruppe mit der größten Erfahrung.⁵⁰⁹

Die legale Errichtung bzw. Legalisierung von Gebäuden bietet den Bauträgern und Investoren Rechtssicherheit und damit eine Wertsicherung bzw. Wertsteigerung gegenüber Bauwerken, die ohne Rechtsgrundlage errichtet wurden. Speziell für ausländische Investoren und größere Investitionen im wirtschaftlichen Bereich ist das oftmals wesentlich. Für die Gemeinde und den Staat bedeutet die legale Errichtung eines Gebäudes die Möglichkeit, Steuern sowie Anschlussgebühren und Abgaben z.B. für technische Infrastruktureinrichtungen einheben zu können.

In einer ersten Stufe sollen in dem „Leitfaden für die Erteilung von Baugenehmigungen“ grundlegende Richtlinien für die bauliche Entwicklung in der jeweiligen Gemeinde formuliert werden. Beispiele hierfür sind:

- Bauliche Entwicklung für Wohnzwecke soll nur in Bereichen mit einer maximalen Entfernung von beispielsweise
 - 100 m zu bestehenden Siedlungen
 - 150 m zu bestehender technischer Infrastruktur (Wasser, Kanal, Strom)
 - etc. stattfinden
- Zur Vermeidung von Nutzungskonflikten sind Abstandsflächen einzuhalten (z.B.: zu Autobahnen, emittierender Industrie...)
- Verkehrstechnische Erschließung muss gesichert sein
- Bauhöhen sollen sich an der Umgebungsbebauung orientieren und diese um maximal 1 Geschöß überragen
- Baudichten sollen sich an der Umgebungsbebauung orientieren und eine ausreichende Belichtung und Belüftung der benachbarten Bauten ermöglichen
- etc.

Solche grundlegenden Festlegungen für die Bebauung können auch bei einer schlechten Verfügbarkeit von planerischen Grundlagendaten erstellt werden und sollten aufgrund ihrer Orientierung an der bestehenden Siedlungsstruktur bzw. deren Fortführung einen breiten Konsens ermöglichen.

⁵⁰⁹ Vgl.: VÖCKLER Kai (2008): Prishtina is Everywhere – Turbo-Urbanismus als Resultat einer Krise, Parthas Verlag, Berlin

In weiterer Folge kann der „Leitfaden für die Erteilung von Baugenehmigungen“ in einem zweiten Arbeitsschritt ausdetailliert werden und die folgenden Festlegungen beinhalten:

- Form und Größe von Grundstücken für bauliche Anlagen
- Vorgaben für die Konzeption der Erschließung (Straßenfluchtlinien)
- Anordnung baulicher Anlagen gegenüber den Bauplatzgrenzen (Baufluchtlinien, Bauweisen)
- Baudichten
- Bauhöhen

Die verbindlichen Richtlinien sollen sich dabei auf die wesentlichen Aspekte beschränken und auch Platz für Kompromisslösungen bieten. Der „Leitfaden für die Erteilung von Baugenehmigungen“ bildet die Basis für die Verhandlungen zwischen den privaten Bauwerbern und der Verwaltung und Politik.

Wie oben ausgeführt, grenzt das „vereinfachte räumliche Entwicklungskonzept“ Bereiche ab, in denen die Erteilung von Baugenehmigungen für unterschiedliche Nutzungen grundsätzlich möglich ist. Damit bildet es in Kombination mit dem „Leitfaden für die Erteilung von Baugenehmigungen“ die Basis für Baugenehmigungsverfahren, in denen die Details der Baugenehmigung geklärt werden. Das „vereinfachte räumliche Entwicklungskonzept“ legt somit jedenfalls die grundsätzliche Möglichkeit der Erteilung einer Baugenehmigung fest, während die grundlegenden Anforderungen an die Erteilung einer Baugenehmigung – wie beispielsweise die Möglichkeit einer geregelten verkehrstechnischen Erschließung – im „Leitfaden für die Erteilung von Baugenehmigungen“ geregelt sind.

Damit bilden diese beiden Instrumente in Kombination eine flexible und pragmatische Lösung des Problems, dass speziell in größeren Städten für die Erteilung von Baugenehmigungen grundsätzlich ein Planwerk mit dem Detaillierungsgrad eines Bebauungsplanes notwendig wäre, in den meisten Fällen aber kein Bebauungsplan vorliegt, da dessen Erstellung sich – insbesondere wenn die Grundlagendaten nur mangelhaft sind – über einen langen Zeitraum hinziehen kann.

5.2.3. Planungsprozess „Kick-Off Planung“

Akteure der „Kick-Off Planung“

In Post-Konflikt Situationen treffen im Bereich der Stadtentwicklung vielfältige Intentionen aufeinander, lokale und internationale Interessen stehen einander ebenso gegenüber wie institutionalisierte Kräfte in Form von politisch-administrativer Planung und informellen Bestrebungen, getragen von Netzwerken aus Familienverbänden, Freunden und Geschäftspartnern. Es entsteht eine neue Form der gesellschaftlichen Regulierung von Stadtentwicklung, ein gesellschaftlicher Verhandlungsprozess.⁵¹⁰

⁵¹⁰ Vgl.: VÖCKLER Kai (2008): Prishtina is Everywhere – Turbo-Urbanismus als Resultat einer Krise, Parthas Verlag, Berlin

Im Rahmen des Wiederaufbaus ist eine Verknüpfung von internationalem und nationalem Wissen im Bereich der räumlichen Entwicklungsplanung wesentlich. Dabei geht es nicht nur um einen Know-how Austausch, die „Unterstützung von außen“ kann auch durch ihre Überparteilichkeit für die Kommunen im politischen Prozess hilfreich sein.

Die Ausarbeitung der beiden im vorigen Kapitel beschriebenen Instrumente der „Kick-Off Planung“, des „vereinfachten räumlichen Entwicklungskonzeptes“ und des „Leitfadens für die Erteilung von Baugenehmigungen“ ist nur in Kooperation von internationalen Experten mit lokalen Partnerorganisationen, wie beispielsweise Planungsbüros und den lokalen und nationalen Behörden, möglich. Ein generelles Verständnis des Kontextes und der Kultur ist insbesondere auf der lokalen Planungsebene wesentlich für den Wiederaufbau und eine langfristige Entwicklung. Dieses „in den Kontext bringen“ der Planung kann von internationalen Planern in der Kürze der Zeit nicht geleistet werden.

Die Einbeziehung der Gemeinde in den Planungsprozess zählt zu den wichtigsten Punkten auch in Bezug auf die spätere Umsetzung der Planung, da zum einen die selbstbestimmte Entwicklung der Gemeinde unterstützt werden soll und zum anderen die Gemeinde die Verantwortung für die zukünftige Implementierung der Planung trägt. Weiters ist die Koordination der Entwicklungsplanung mit den betroffenen Behörden und weiteren vor Ort tätigen Organisationen wesentlich. Bei der Entwicklung von mittel- bis langfristigen Strategien in Kooperation mit lokalen Verantwortlichen, mit der kommunalen Politik und Verwaltung und der lokalen Bevölkerung ist auch die Einbeziehung von Universitäten und Studierenden aus dem Zielland wünschenswert.

Bei der Entwicklung von Strategien für die räumliche Entwicklung fungiert der Planer als Impulsgeber und Mediator, der sich zum einen mit Vorschlägen zu Leitbildern und Entwürfen zu räumlichen Entwicklungskonzepten aktiv in den Stadtentwicklungsprozess einbringt und zum anderen vor dem Hintergrund seines fachlichen Wissens zwischen den einzelnen Interessensgruppen vermittelt. Dazu ist die Entwicklung und Anwendung von, den spezifischen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen entsprechenden, Kooperations- und Partizipationsformen mit den unterschiedlichen öffentlichen und privaten Akteuren notwendig, welche die Herstellung und Mediation von Kommunikation zwischen Politik und Verwaltung und den privaten Eigentümern und Investoren sowie einen Konsens ermöglichen.

Für die Erstellung des „vereinfachten räumlichen Entwicklungskonzeptes“ und des „Leitfadens für die Erteilung von Baugenehmigungen“ sollten zum einen fachlich besetzte Arbeitsgruppen und zum anderen politisch und fachlich besetzte, mit Entscheidungsgewalt ausgestattete Entscheidungsgremium eingesetzt werden.

Die Arbeitsgruppen sollten aus lokalen und internationalen Fachexperten, wie Raumplanern und Architekten, Mitarbeitern der kommunalen Planungsabteilungen und lokalen Interessensgruppen wie Bauern oder Wirtschaftstreibenden zusammengesetzt werden. Weiters ist die Teilnahme von interessierten Geberorganisationen bzw. eines Koordinators der Geberorganisationen zu überlegen. Darüber hinaus wäre eine Einbeziehung der Universitäten wünschenswert.

Das Entscheidungsgremium sollte sowohl einen fachlichen Hintergrund haben als auch politisch so weit legitimiert sein, dass es im Rahmen des Ausarbeitungsprozesses der beiden Instrumente verbindliche Entscheidungen treffen sowie nach deren Beschlussfassung für die Umsetzung verantwortlich zeichnen kann. Das bedeutet, dass dieses Entscheidungsgremium beispielsweise die Zuständigkeit für die Erteilung von Baugenehmigungen gemäß den ausgearbeiteten Richtlinien erhalten sollte.

In Anlehnung an die raumplanerischen Ad-Hoc-Organisationen nach Bernd Scholl bilden sowohl die Arbeitsgruppen als auch das Entscheidungsgremium eine Ergänzung der bestehenden Planungsstrukturen. Sie werden nur für einen begrenzten Zeitraum eingesetzt, bis ihre Schwerpunktaufgaben von bestehenden oder neu geschaffenen „Routineorganisationen“ der Planung übernommen und mit gewohnten Verfahren umgesetzt werden können. Die Erfahrung mit raumplanerischen Ad-Hoc-Organisationen hat gezeigt, dass ihre Einrichtung im Vergleich zu den mit ihrer Hilfe umsetzbaren Investitionsvolumina nur geringe Kosten verursacht.⁵¹¹

Im Rahmen des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ wurde die Arbeitsgruppe in erster Linie aus dem österreichisch-kosovarischen Planungsteam, unterstützt von Studierenden der Universität Pristina, sowie den Mitarbeitern der Stadtplanungsabteilung Suhareka gebildet. Lokale Interessensgruppen wurden in Form von Besprechungen und Workshops in die Arbeit miteinbezogen.

Für die Besetzung des Entscheidungsgremiums konnte auf ein bereits bestehendes Gremium zurückgegriffen werden, das unter dem Titel „Project Advisory Board“ als politisch und fachlich besetzter Planungs- und Projektbegleitausschuss eingesetzt wurde. Es bestand zum einen aus dem politisch besetzten „Municipal Council“ der Gemeinde Suhareka, dem der „Chief of the Executive Board“ sowie die Verwaltungsdirektoren der Gemeinde angehörten, sowie zum anderen dem „Council of Experts“, das aus Experten verschiedener Fachrichtungen mit einem besonderen Bezug zu Suhareka zusammengesetzt war und eine beratende Funktion in Planungsangelegenheiten innehatte. (vgl. Kapitel 4.3.2.)

Wenn die Gemeindeentwicklung direkt nach dem Konflikt noch nicht so weit institutionalisiert ist, dass bereits Gremien eingerichtet sind, ist die Zusammensetzung und In-Kraft-Setzung eines derartigen Gremiums selbst noch Gegenstand eines Verhandlungsprozesses. Wesentlich ist, dass das Gremium den entsprechenden politischen Rückhalt hat um Entscheidungen treffen zu können.

Im Kosovo war die in diesem Abschnitt beschriebene Akteurslandschaft für die räumliche Entwicklungsplanung unmittelbar nach dem Ende des Krieges 1999 nicht vorhanden. Die Post-Konflikt Situation wurde durch die vorangegangene, 10 Jahre andauernde Krise, die mit der Aufhebung der Autonomie des Kosovo im Jahr 1989 begonnen und im Krieg 1999 ihren Höhepunkt gefunden hat, nochmals spezifisch verschärft. Während der Krise hat

⁵¹¹ Vgl.: SCHOLL Bernd (1995): Aktionsplanung – Zur Behandlung komplexer Schwerpunktaufgaben in der Raumplanung, ORL– Bericht 98/1995, vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich, Zürich

sich die kosovo-albanische Bevölkerung parallel zu den serbischen Strukturen in einem „Schattenstaat“ mit eigenständigen Verwaltungsstrukturen, Bildungseinrichtungen, etc. organisiert. Nach dem Krieg 1999 waren weder administrative Strukturen noch ausreichendes Humankapital zum Aufbau entsprechender Strukturen vorhanden. Der administrative und personelle Wiederaufbau der lokalen Strukturen im Kosovo wurde durch den starken Mangel an Humankapital massiv verzögert. (vgl. Kapitel 4.1.)

Dementsprechend hätte die Umsetzung der „Kick-Off Planung“ im Kosovo direkt nach dem Krieg an diese spezifischen Gegebenheiten adaptiert und das Verfahren und die Ergebnisse situationsgerecht gestaltet werden müssen. Die oben beschriebenen Akteure der räumlichen Entwicklungsplanung waren noch nicht „institutionalisiert“, an ihrer Stelle hätten Stakeholder mit entsprechendem fachlichen Know-how und Autorität und Umsetzungskraft in der Gemeinde als relevante Akteure im Planungsprozess gesucht und gefunden werden müssen. Schlüsselpersonen dabei wären lokale Führungspersönlichkeiten, die über weitgehendes Vertrauen in der Bevölkerung verfügen.

Besondere Bedeutung wäre auch der Zusammenstellung des Entscheidungsgremiums, das die Aufgaben eines Planungsausschusses übernehmen sollte, zugekommen. Aufgabe dieses Gremiums für die räumliche Entwicklungsplanung nach Katastrophen wäre, eine räumliche Entwicklungsplanung zu erstellen, die obwohl sie rechtlich nicht verbindlich ist, in weiterer Folge implementiert werden sollte. *„Das Entstehen einer entsprechenden Bindungskraft setzt die Beteiligungsbereitschaft der jeweils relevanten Akteure, aber auch entsprechende Verfahrensgestaltungen voraus.“*⁵¹² Sowohl für die Besetzung des Entscheidungsgremiums mit relevanten Akteuren als auch für die Erstellung von Verfahrensregeln für den Planungsprozess und die Begleitung des Planungs- und Implementierungsprozesses wäre eine Unterstützung der Gemeinde „von außen“ durch internationalen Experten unbedingt erforderlich gewesen.

In der Gemeinde Suhareka stand mit Uke Bytyci, der im Herbst des Jahres 2000 zum Bürgermeister von Suhareka gewählt wurde, ein lokaler Partner mit einer weitreichend anerkannten Autorität zur Verfügung. In Ramush Hajdari hatte die Gemeinde Suhareka einen engagierten und fachlich kompetenten Direktor für Stadtplanung. Mit Unterstützung dieser beiden Persönlichkeiten wäre es – nach Ansicht der Planungsteams der „Durchführbarkeitsstudie Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ (vgl. Kapitel 4.2.1.) – möglich gewesen, Arbeitsgruppen und ein Entscheidungsgremium für die „Kick-Off Planung“ aus lokalen Stakeholdern zu bilden und in Kooperation mit den Stakeholdern ein „vereinfachtes räumliches Entwicklungskonzept“ und einen „Leitfaden für die Erteilung von Baugenehmigungen“ zu erstellen.

Die Umsetzung der räumlichen Entwicklungsplanung hätte entweder durch eine in der Gemeinde anerkannte Autorität wie Bürgermeister Bytyci oder durch eine internationale Organisation wie die Vereinten Nationen im Rahmen des Aufbaus und der Entwicklung von lokalen Institutionen des Kosovo erfolgen können.

⁵¹² AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (2005): Handwörterbuch der Raumordnung, 4. Auflage, Verlag der ARL, Hannover, S.466

Zu den wichtigsten Akteuren im Planungsprozess sowie im gesamten Wiederaufbauprozess zählt die lokale Bevölkerung. Erfahrungen haben gezeigt, dass der Wiederaufbau dort am effektivsten war, wo die betroffene Bevölkerung direkt miteinbezogen wurde und damit das Gefühl hatte, die Kontrolle über die eigene Zukunft zu haben.

Planungsprozess und Kommunikation

Für den Aufbau einer Vertrauensbasis für eine langfristige positive Entwicklung sind ein transparenter Planungsprozess und die kontinuierliche Verfügbarkeit von Informationen für die von der Katastrophe betroffene Bevölkerung sowie die direkte Miteinbeziehung der Bevölkerung in die Planung des Wiederaufbaus wesentlich. Der Prozess sollte auf Grundlage eines owner-driven Ansatzes von den Gemeinden selbst gesteuert und partizipativ gestaltet werden. Wenn in der Gemeinde, so wie es im Kosovo direkt nach dem Krieg 1999 der Fall war, keine ausreichenden Kapazitäten für die Steuerung des Planungsprozesses vorhanden sind, ist eine umfassende Unterstützung durch internationale Planungsexperten bei der Prozessgestaltung und der Prozessdurchführung unerlässlich.

Der Planungsprozess des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ wurde als permanenter Rückkoppelungsprozess zwischen der politischen Ebene und der fachlichen Ebene unter Einbeziehung von Interessensgruppen und Beteiligung der Bevölkerung strukturiert. Aufgabe des österreichisch-kosovarischen Planungsteams waren neben der Bereitstellung der fachlichen Expertise und lokalem Kapazitätsaufbau das Monitoring und die Qualitätssicherung dieses Prozesses. (vgl. Kapitel 4.2.3. Abschnitt Projektstrategie)

Die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung und auch der Politik bezüglich der Probleme, die durch eine ungesteuerte Stadtentwicklung entstehen können, ist ein wesentlicher Grundstein sowohl für den Planungsprozess als auch insbesondere für die Implementierung der räumlichen Entwicklungsplanung. Einen wichtigen Beitrag zur Bewusstseinsbildung leistet Kommunikation.

Im Rahmen des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ hat sich die frühe und weitreichende Einbeziehung unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen in den Planungsprozess bewährt. Als Kommunikationsmedien für die Kommunikation mit der Bevölkerung, v.a. auch in peripheren Gebieten wurden – neben den gesetzlich vorgesehenen wie beispielsweise Aushängen auf der Gemeindetafel – Massenmedien wie Zeitung, Radio und Fernsehen sowie das Internet eingesetzt. (vgl. Kapitel 4.3.4.) Damit sollten nicht nur die Informationen zum Planungsprozess einer weiten Bevölkerungsgruppe zugänglich gemacht, sondern auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der verantwortlichen Behörden gestärkt werden. Im Fall von Naturkatastrophen ist auch eine Bewusstseinsbildung bezüglich Gefahrenbereichen wesentlich, beispielsweise um einen Wiederaufbau in stark gefährdeten Bereichen zu verhindern. Wichtig ist jedoch nicht nur die Information, sondern auch die Möglichkeit für die Bevölkerung zur aktiven Teilnahme

an den Prozessen. Eine Aktivierung und Unterstützung von Interessensgruppen trägt zur Stärkung der Zivilgesellschaft und damit auch von demokratischen Strukturen bei.

Ein wichtiger Meilenstein im Planungsprozess – sowohl des „vereinfachten räumlichen Entwicklungskonzeptes“ als auch des „Leitfadens für die Erteilung von Baugenehmigungen – ist die öffentliche Präsentation und Auflage mit der Möglichkeit zur Stellungnahme für die lokale Bevölkerung. Diese sollte zu einem verpflichtenden Element vor der Beschlussfassung der Instrumente der „Kick-Off Planung“ durch das Entscheidungsgremium werden.

Die Einbeziehung von Prominenten kann den Kommunikationsprozess mit der Bevölkerung unterstützen. Die öffentliche Präsentation des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“ in Suhareka wurde von einer über die Grenzen des Kosovo hinaus bekannten Sängerin, die Teil des lokalen Planungsteams war, moderiert. Bei dieser Präsentation wurden ein großes öffentliches Interesse und eine rege Anteilnahme an der Diskussion verzeichnet.

Wesentlich für die Umsetzung der räumlichen Entwicklungsplanung nach Katastrophen ist die umfassende Information der Bevölkerung und der vor Ort tätigen Geberorganisationen über die im Rahmen des Planungsprozesses ausgearbeiteten Richtlinien, speziell wenn diese rechtlich noch nicht verbindlich sind und ihre Einhaltung im Grunde genommen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit basiert. Das „vereinfachte räumliche Entwicklungskonzept“ wie auch der „Leitfaden für die Erteilung von Baugenehmigungen“ sollten in einer für die Bevölkerung leicht verständlichen Form aufbereitet und der Öffentlichkeit umfassend kommuniziert werden. Neben Aushängen und Flugblättern für jeden Haushalt sollten auch Medien wie Zeitung, Radio und Fernsehen sowie das Internet zur Verbreitung der Information genutzt werden. Weiters sollten regelmäßige „Sprechstunden für Bauwerber“ eingeführt werden, bei denen ein Vertreter der Gemeinde – bei Bedarf mit Unterstützung durch Vertreter des Entscheidungsgremiums oder eines internationalen Planers – Bauwillige über die Festlegungen der beiden Planungsinstrumente informiert bzw. für Rückfragen zur Verfügung steht. Zusätzlich wäre die Erstellung einer bebilderten Broschüre mit Anwendungsbeispielen möglich.

Damit könnten potentielle Bauherren – sowohl die lokale Bevölkerung als auch internationale Geberorganisationen – in ihren Standort- und Bauentscheidungen unterstützt und somit ein Beitrag zur Steuerung der Stadtentwicklungsplanung geleistet werden. Darüber hinaus könnten auch Entscheidungsprozesse z.B. für die Vergabe von Baugenehmigungen transparent und nachvollziehbar gemacht werden, womit auch zum Institutionsaufbau beigetragen wird.

5.2.4. Zeitplanung der „Kick-Off Planung“

Idealerweise sollten die räumliche Entwicklungsplanung und die Stadtentwicklungsplanung bereits vor dem Eintreten der Katastrophe erfolgen. Speziell im Bereich von Naturgefahren ist im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung beispielsweise durch die Ausweisung von Gefahrenzonen oder Auflagen für die Siedlungsentwicklung in potentiell gefährdeten Bereichen ein Beitrag zur Katastrophenprävention möglich. Auch

Notfallpläne für Naturkatastrophen und technische Katastrophen fließen mit ihren räumlichen Auswirkungen wie Sammelpunkten, Notquartieren, etc. in die Stadtentwicklungsplanung mit ein.

Damit stünde zum Zeitpunkt des Eintretens der Katastrophe bereits eine Grundlage zur Koordinierung der Maßnahmen der Humanitären Hilfe im Sinne einer langfristigen Entwicklung zur Verfügung, die gegebenenfalls gemäß den aktuellen spezifischen Anforderungen an die räumliche Entwicklungsplanung adaptiert werden kann. So kann ein deutlicher Zeitvorsprung gewonnen werden, insbesondere da Nothilfemaßnahmen nicht erst mit dem – naturgemäß zeitverzögerten – Eintreffen des internationalen Nothilfetrosses einsetzen, sondern die Betroffenen selbst sofort im Rahmen von Selbsthilfeaktivitäten mit den Hilfsmaßnahmen beginnen.

Ganz anders stellt sich die Situation im Fall von bewaffneten Konflikten und Kriegen dar. Hier ist aufgrund von politischen Instabilitäten etc. die Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes bzw. eines räumlichen Entwicklungskonzeptes auf demokratischer Basis und in einem partizipativen Prozess im Vorfeld der Katastrophe zumeist unmöglich. Auch in Gebieten, wo schon vor Ausbruch des Konfliktes ein rechtskräftiger Stadtentwicklungsplan bestanden hat, wie z.B. im Kosovo, kommt dieser nach Beendigung des Konfliktes zumeist nicht zum Einsatz, da er oftmals den Stempel einer ungeliebten „Besatzungsmacht“ oder Konfliktpartei trägt. Bei länger andauernden Krisen sind die Stadtentwicklungspläne in den meisten Fällen schon so veraltet, dass sie auf die aktuelle Situation nicht mehr anwendbar sind. Darüber hinaus sind oft auch keine Kapazitäten und institutionellen Strukturen zur Entwicklung und Umsetzung von traditionellen Planungsinstrumenten wie einem Flächenwidmungsplan oder Bau- und Raumplanungsgesetzen vorhanden.

Grundsätzlich sollte die räumliche Entwicklungsplanung nach einem Katastrophenereignis so früh wie möglich einsetzen. Der Einsatz des Instrumentes bereits am Beginn der Hilfsmaßnahmen entspricht auch den Forderungen des Kontiguumskonzeptes, dass Aktivitäten der Soforthilfe und der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit einander ergänzen sollen.

In der Praxis konzentrieren sich die Hilfsmaßnahmen in den ersten Wochen und Monaten nach einer Katastrophe auf die Bereitstellung von Nahrung, Unterkunft, medizinischer Versorgung und grundlegender technischer Infrastruktur. Räumliche Entwicklungsplanung, die einen wesentlichen Beitrag zur Steuerung dieser Aktivitäten und Koordinierung der Stadtentwicklung leisten kann, wird zumeist hinangestellt, da es keine adäquaten Grundlagendaten und keine funktionierenden Planungsabteilungen auf lokaler und nationaler Ebene gibt.

Im Sinne der „Kick-Off Planung“ sollte der Planungsprozess möglichst rasch mit der Schaffung eines Überblicks über die räumliche Situation, der Suche nach Stakeholdern, der Vernetzung mit Behörden, Institutionen und Organisationen, der Information der Bevölkerung, etc. gestartet werden. So können bereits in der Nothilfephase erste wesentliche Eckpunkte der räumlichen Entwicklungsvorstellungen entwickelt und angewendet werden. Diese bilden eine wichtige Grundlage für die Erstellung des

„vereinfachten räumlichen Entwicklungskonzeptes“ und des „Leitfadens für die Erteilung von Baugenehmigungen“.

Unmittelbar nach einer Katastrophe ist die Spendenbereitschaft der Zivilgesellschaft zumeist am größten. In vielen Fällen müssen die Spendenmittel für einen bestimmten Zweck (z.B.: Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, etc.) eingesetzt werden und in relativer kurzer Zeit umgesetzt werden. Diese „Tyrannei der Dringlichkeit“ sollte nicht dazu führen, dass räumliche Entwicklung ohne Plan erfolgt und die un gelenkte Verfolgung von Einzelinteressen zu einer langfristigen Verschlechterung der Gesamtsituation führt, sondern ein Appell sein, die räumliche Entwicklungsplanung möglichst früh zu starten und mit dem „Mut zur Lücke“ auch umzusetzen.

Speziell in Post-Konflikt Situationen ist man oft mit einer stark steigenden Bevölkerungsentwicklung insbesondere in Städten konfrontiert. Diese resultiert zum einen aus einer Rückkehr von Flüchtlingen, die entweder freiwillig beispielsweise aufgrund verbesserter Sicherheitsbedingungen aber auch unfreiwillig, wie z.B. speziell bei länger andauernden Krisen durch eine Beendigung des Asylantenstatus in den Gastländern, nach Beendigung des Konflikts erfolgen kann. Zum anderen ist oftmals ein verstärkter Zuzug aus dem ländlichen Raum zu verzeichnen, da die Stadt eine neue Zukunftsperspektive bietet oder sich mit dem Ende des Konflikts neue Möglichkeiten der Niederlassungsfreiheit ergeben haben. In Verbindung mit dem Wiederaufbau führen diese Migrationsströme zu einer starken Bautätigkeit, die – wenn keine adäquaten Strukturen zu deren Lenkung vorhanden sind – informell abläuft. Dabei können Veränderungen in der städtischen Struktur entstehen, die oftmals nur mehr mit sehr großem Aufwand in ein funktionierendes städtisches Gefüge umgewandelt werden können. *„Das Beispiel Pristina zeigt, dass ein ungesteuerter und ungehemmter Städtebau das Resultat einer politischen und gesellschaftlichen Krise ist, wie sie für Post-Konflikt Situationen typisch ist.“⁵¹³*

Auf der anderen Seite bieten Katastrophen aber auch die einzigartige Möglichkeit, Fehler in der räumlichen Entwicklung aus der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Dazu muss die räumliche Entwicklungsplanung nach Katastrophen jedoch bereits im Rahmen der Soforthilfe bzw. in der Übergangsphase von Soforthilfe zu langfristiger Entwicklungszusammenarbeit einsetzen, um zum einen die Wiederherstellung der Lebensräume und Aktivitäten nicht zu behindern und zum anderen Möglichkeiten für zukünftige Entwicklung offen zu halten.

Dementsprechend sollten spätestens in der Phase des Wiederaufbaus ein „vereinfachtes räumliches Entwicklungskonzept“ und ein „Leitfaden für die Erteilung von Baugenehmigungen“ als Grundlagen für die Koordination eines geordneten Wiederaufbaus vorliegen. Die Erstellung dieser Planungsinstrumente sollte bei Bedarf in Kombination mit Kapazitätsaufbau Maßnahmen für die lokalen Verantwortlichen im Bereich Stadtplanung erfolgen, da eine entsprechende Aktualisierung, Weiterführung und

⁵¹³ VÖCKLER Kai (2008): Prishtina is Everywhere – Turbo-Urbanismus als Resultat einer Krise, Parthas Verlag, Berlin, S.24

Umsetzung der Planungsinstrumente nur mit einer ausreichenden Anzahl fachlich entsprechend ausgebildeter Mitarbeiter in der Stadtplanung vor Ort möglich ist.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass die Phase des Wiederaufbaus zumeist Monate bis Jahre dauert. Wenn der Wiederaufbau eine mittel- bis langfristige Verbesserung des Lebensstandards, also eine Verbesserung des Status quo ante bedeuteten soll, muss die Phase des Wiederaufbaus bis zum Einsetzen der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit verlängert werden. Dabei besteht ein Unterschied zwischen Ländern, wo zum Zeitpunkt der Katastrophe bereits Strukturen der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit vorhanden sind und jenen Ländern, wo diese Projektstrukturen – aufgrund politischer Verhältnisse, Bürgerkriege, etc. – nicht oder nur schwach ausgeprägt sind. Wo bereits EZA-Strukturen in den Geber- wie auch den Empfängerländern vorhanden sind, wird ein rascheres Wiedereinsetzen der Entwicklungszusammenarbeit möglich sein.

Im Rahmen der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit sollte eine Detaillierung und Überleitung des „vereinfachten räumlichen Entwicklungskonzeptes“ und des „Leitfadens für die Erteilung von Baugenehmigungen“ in ein verbindliches Planungsinstrumentarium gemäß den geltenden rechtlichen Bestimmungen (Raumplanungs- und Baugesetzen) stattfinden. Parallel zur Ausarbeitung dieser Planwerke ist auch in der Phase der Entwicklungszusammenarbeit eine Weiterführung des Kapazitätsaufbaus und der beratenden Begleitung der Gemeinden bei der Umsetzung der Planungen notwendig.

5.2.5. Rechtliche Verbindlichkeit und Umsetzung der „Kick-Off Planung“

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind – nicht nur im Bereich der Raumplanung – insbesondere in Post-Konflikt Situationen zumeist unzulänglich bzw. unvollständig. Dies kann aber auch nach Natur- oder technischen Katastrophen der Fall sein, wenn z.B. das Katastrophenereignis eine Überarbeitung wesentlicher Gesetzes- und Planungsgrundlagen wie z.B. Bauvorschriften oder Gefahrenzonenpläne notwendig macht.

Wenn sich die staatlichen Organisationen nach einer Katastrophe noch im Aufbau bzw. im Umbau befinden und die politischen Verantwortungen noch nicht klar zugeordnet sind, ist die Umsetzung und speziell die Neuerstellung von Gesetzen und Vorschriften oftmals langwierig und schwierig. Darüber hinaus ist bei unsicheren Rahmenbedingungen und schwachen Strukturen oftmals auch Korruption ein großes Thema.

Auch im Kosovo wurde nach dem Ende des Krieges im Jahr 1999 die Gesetzgebung auf völlig neuen Grundlagen aufgebaut. Dazu wurden in einem ersten Schritt Rahmengesetze wie beispielsweise das Raumplanungsgesetz („Law on Spatial Planning“) im Jahr 2003 erlassen. Detailliertere Festlegungen wurden – aufbauend auf den Rahmengesetzen – in einem zweiten Schritt in Form von Ausführungsrichtlinien („Administrative Guidelines“) getroffen. Beispiele hierfür sind die Detailregelungen zum Municipal Spatial Development Plan („Administrative Guideline on the Implementation of the Law on Spatial Planning on the main elements of the Municipal Spatial Development Plan“) und zum Urban Development Plan („Administrative Guideline on the Implementation of the Law on Spatial

Planning on the main elements of the Urban Development Plan”) die Ende des Jahres 2003 erlassen wurden. (vgl. Kapitel 4.1.1.)

Rechtssicherheit ist sowohl für private als auch unternehmerische Investoren von großer Bedeutung, bietet sie doch eine wesentliche Sicherheit für „große Investitionen“, die Bauten jedenfalls sind und steigert damit auch den Wert der Immobilie. Für Gebietskörperschaften und Gemeinden bedeutet sie über die städtebauliche Lenkungsfunction hinaus eine wichtige Grundlage für das Einheben von Steuern und Gebühren, wodurch wiederum Investitionen in die soziale und technische Infrastruktur möglich sind.

Solange das gesetzliche Regelwerk noch nicht so weit ausdifferenziert ist, dass eine rechtliche Verbindlichkeit erzeugt werden kann, ist nur eine Selbstbindung der beteiligten Akteure und der (Hilfs)Organisationen zur grundsätzlichen Umsetzung der „Kick-Off Planung“ möglich. Beim Beispiel des Projektes Stadtentwicklungsplanung Suhareka wären in erster Linie die Vereinten Nationen im Rahmen der UNMIK-Verwaltung für die Implementierung der räumlichen Entwicklungsplanung zuständig gewesen.

Wesentlich für die Umsetzung der „Kick-Off Planung“ ist – speziell wenn es sich dabei aufgrund der fehlenden rechtlichen Regulierung um eine informelle Planung handelt – eine umfassende Information der Bevölkerung über die Inhalte des „vereinfachten räumlichen Entwicklungskonzeptes“ und des „Leitfadens für die Erteilung von Baugenehmigungen“. Für große Teile der Bevölkerung stellt der Bau eines Hauses eine Lebensinvestition dar. Dementsprechend versucht man auch den bestmöglichen Standort – also jenen der unter Bedachtnahme von ökonomischen Restriktionen das höchste Maß an Lebensqualität verspricht – für die Errichtung eines Bauwerkes zu finden. Bei dieser Standortsuche sind Informationen zur geplanten räumlichen Entwicklung der Gemeinde und deren Auswirkungen auf den vorgesehenen Baustandort sehr hilfreich. So ist beispielsweise neben einer geplanten Autobahn zukünftig mit einer starken Lärm- und Emissionsbelastung zu rechnen, ebenso kann es in der direkten Nachbarschaft zu neuen Industriegebieten zu Nutzungskonflikten mit den Bewohnern kommen. Im Extremfall – beispielsweise wenn der Hausbau direkt auf der geplanten Autobahntrasse realisiert wird – ist sogar eine Absiedlung der Bewohner zu befürchten. Ähnliches gilt für die Inhalte des „Leitfadens für die Erteilung von Baugenehmigungen“, welche den Bauwilligen eine wichtige Unterstützung bei der Erstellung der Baupläne bieten können.

So kann alleine mit der Information der Bevölkerung bezüglich der zukünftigen Attraktivität der Standorte für Wohnnutzung bzw. möglichen Nutzungskonflikten gemäß den Vorgaben der räumlichen Entwicklungsplanung ein weitreichender Lenkungseffekt für die Siedlungsentwicklung erzielt werden.

Nichtsdestotrotz sollte möglichst rasch ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden, der verbindlich festlegt, dass Gebäude, die gemäß den Bestimmungen der Instrumente der „Kick-Off Planung“ errichtet wurden, in ihrem Bestand in den Flächenwidmungsplan und den Bebauungsplan übernommen werden. Es sollte also rechtlich verankert werden, dass das „vereinfachte räumliche Entwicklungskonzept“ und der „Leitfaden für die Erteilung von

Baugenehmigungen“ die inhaltliche Grundlage für die Erstellung des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes bilden.

Die Umsetzung der Instrumente der „Kick-Off Planung“, der räumlichen Entwicklungsplanung nach Katastrophen, sollte grundsätzlich durch die betroffene Gebietskörperschaft bzw. Gemeinde selbst erfolgen. Dementsprechend sind sowohl der Aufbau und die Stärkung der Institutionen als auch eine umfassende lokale Kapazitätsentwicklung im Bereich räumliche Entwicklungsplanung ein wesentlicher Faktor für die Anwendung und Umsetzung dieser Instrumente. So sollte beispielsweise die Erteilung von Baugenehmigungen – nach Vorbereitung der Entscheidungsgrundlagen von fachlich entsprechend ausgebildeten Mitarbeitern der Stadtplanungsabteilung – durch einen politisch autorisierten Vertreter der Gemeinde erfolgen. Ist dies – abhängig vom Stand des Institutionen- und Kapazitätsaufbaus bzw. der Ausdifferenzierung der Instrumente – nicht möglich, muss diese Aufgabe entweder von den Mitgliedern des für die „Kick-Off Planung“ eingerichteten Entscheidungsgremiums (vgl. Kapitel 5.2.3. Abschnitt Akteure) übernommen oder die Stadtplanungsabteilung vom Entscheidungsgremium in diesen Belangen unterstützt werden. Dem Entscheidungsgremium kommt bei der Umsetzung der Instrumente der räumlichen Entwicklungsplanung nach Katastrophen eine ebenso wichtige Rolle zu wie der umfassenden Information der Bevölkerung.

Wenn aufgrund von institutionellen und personellen Engpässen die eigenständige Umsetzung der Instrumente der räumlichen Entwicklungsplanung nach Katastrophen durch die Gemeinde selbst noch nicht möglich ist, muss die Gemeinde dabei von internationalen Organisationen sowohl institutionell als auch fachlich unterstützt werden.

„Katastrophenhilfe, die nicht nur im grellen Licht der Scheinwerfer glänzen, sondern nachhaltig und langfristig wirken soll, muss vom ersten Tag an einen entsprechenden Entwicklungsansatz anstreben, der die Mitarbeit lokaler Helfer vorsieht. Es reicht nicht aus, nur zu fragen, was direkt nach der Katastrophe dringend gebraucht wird. Viel wichtiger ist die Frage, was nach der Abreise der ausländischen Helfer zurückbleibt und ob die geleistete Hilfe dazu beigetragen hat, die Bewältigung zukünftiger Katastrophen durch die einheimischen Kollegen auch für die Zukunft zu verbessern.“⁵¹⁴

⁵¹⁴ MUNZ Richard (2007): Im Zentrum der Katastrophe, Was es wirklich bedeutet, vor Ort zu helfen, Campus Verlag, Frankfurt am Main, S.197f

6. Verzeichnisse

6.1. ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Phasen und Definitionen der internationalen Humanitären Hilfe in der OEZA ..31	31
Abbildung 2: Übergang von der Nothilfe zur Entwicklungszusammenarbeit	35
Abbildung 3: Die vier Säulen („Pillars“) der UNMIK-Verwaltung	78
Abbildung 4: The Gardens of Kosova (the Orange Area) – cultural, tourism, agricultural industry, light and trade industry – Prizren	94
Abbildung 5: Kosovo	95
Abbildung 6: Die Lage der Gemeinde Suhareka	101
Abbildung 7: Neues Siedlungsgebiet an der Ausfallstraße Suhareka-Recane.....	105
Abbildung 8: Zielsystem des Projektvorschlags „Stadtentwicklungsprogramm Suva Reka / Kosovo“	134
Abbildung 9: Zeitraster des Projektes “Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova”	146
Abbildung 10: Planungsprozess und Implementierungsstruktur des Projektes „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“	152
Abbildung 11: Überblick über Elemente/Forderungen aus ausgewählten Konzepten zur Verknüpfung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit und ihre Umsetzung im Projekt „Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova“	154
Abbildung 12: Vision für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde Suhareka	158

6.2. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AA	Auswärtiges Amt (Deutschland)
ADA	Austrian Development Agency / Österreichische Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit mit beschränkter Haftung
ADC	Austrian Development Cooperation
Anm. d. Verf.	Anmerkung des Verfassers
AUCON/KFOR	Austrian Contingent / Kosovo Force
Bgm.	Bürgermeister
BKA	Bundeskanzleramt
BMaA	Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
BMeiA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, vormals Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (BMAA)
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Deutschland)
BR Jugoslawien	Bundesrepublik Jugoslawien
bzw.	beziehungsweise
CEECs	Central and Eastern European Countries / Mittel- und Osteuropäische Staaten
CMCO	Civil Military Coordination, Zivil-militärische Koordinierung (EU)
CMCoord	Civil Military Coordination, Zivil-militärische Zusammenarbeit (UN)
CIMIC	Civil Military Cooperation
CoE	Council of Experts
DAC	Development Assistance Committee (OECD) / Entwicklungshilfekomitee der OECD
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit des eidgenössischen Departments für Auswärtige Angelegenheiten der Schweiz
DLK	Democratic League of Kosovo
DWHH	Deutsche Welthungerhilfe
EAR	European Agency for Reconstruction / Europäische Agentur für Wiederaufbau
EC	European Commission / Europäische Kommission
EC TAFKO	European Commission Task Force for Kosovo

ECHO	European Commission Humanitarian Aid Department / Generaldirektion für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EULEX	European Union Rule of Law Mission in Kosovo
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GHD	Good Humanitarian Donorship
GIS	Geographische Informationssysteme
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
G-8	Gruppe der Acht (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland, Vereinigten Staaten von Amerika)
ICO	International Civilian Office / Internationales Zivilbüro
ICR	International Community Representative
IDP	Internally Displaced Persons / Intern Vertriebene
IFRC	International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies
IFRK	Internationale Föderation des Roten Kreuzes und Roten Halbmonds
IGH	Internationaler Gerichtshofs
IHKH	Internationale Humanitäre- und Katastrophenhilfe
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz (engl. ICRC)
IWF	Internationaler Währungsfonds
KFOR	Kosovo Forces
KTA	Kosovo Trust Agency
KTC	Know-How-Transfer-Center
LDK	Lidhja Demokratike e Kosoves / Demokratische Liga Kosovo
LRRD	Linking Relief, Rehabilitation and Development
MDC	Municipal Development Center
MDGs	Millennium Development Goals
MDP	Municipal Development Plan
MinRat	Ministerialrat
MOE-Staaten	Mittel- und Osteuropäische Staaten
MOEL	Mittel- und Osteuropäische Länder
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NGO	Non-Governmental Organisation
NIS	Newly Independent States / Nachfolgestaaten der UdSSR
NRO	Nicht-Regierungsorganisation

NUS	Neue Unabhängige Staaten
OCHA	United Nations Office for the Co-ordination of Humanitarian Affairs / Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen
ODA	Official Development Assistance (definiert nach Kriterien des DAC)/ Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development / Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OEZA	Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
ÖIR	Österreichisches Institut für Raumplanung
OMIK	OSZE Mission in Kosovo
OSCE	Organisation for Security and Co-operation in Europe
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OZA	Ostzusammenarbeit
PAB	Project Advisory Board
SAP	Stabilisation and Association Process
SKFÜKdo	Streitkräfteführungskommando
SRSG	Special Representative of the Secretary-General /Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen
SWOT-Analyse	Analyse der Strengths (Stärken), Weaknesses (Schwächen), Opportunities (Chancen) und Threats (Bedrohungen)
TU Wien	Technische Universität Wien
TZ	Technische Zusammenarbeit
UCK	Ustria Climitare e Kosoves / Kosovarische Befreiungsarmee
UDP	Urban Development Plan
UN	United Nations / Vereinte Nationen
UNDG	UN-Development Group / Entwicklungsgruppe der Vereinten Nationen
UNDP	United Nations Development Programme / Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen
UNEP	United Nations Environment Programme / Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UN-Habitat	United Nations Human Settlements Programme / Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees / Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund / Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization / Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung
UNMA	UN Municipal Administrator

UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo
UNOPS	United Nations Office for Project Services / Büro für Projektdienste der Vereinten Nationen
UNSCR	UN Security Council Resolution
USAID	United States Agency for International Development
VENRO	Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen
VN	Vereinte Nationen
WHO	World Health Organization / Weltgesundheitsorganisation
WUS-Austria	World University Service Austria

6.3. QUELLENVERZEICHNIS

6.3.1. Zitierte Literatur

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (2005): Handwörterbuch der Raumordnung, 4. Auflage, Verlag der ARL, Hannover

ANDERSON Mary (1999): Die Kritik an der Nothilfe soll sie verbessern, in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Nr. 1/99, Verlag Dienste in Übersee, Hamburg

ANDERSON Uwe (2005): Entwicklungspolitik unter veränderten Rahmenbedingungen in: Informationen zur politischen Bildung, Heft 286, http://www.bpb.de/publikationen/3VZ4QJ,0,Entwicklungspolitik_unter_veraenderten_Rahm-enbedingungen.html (Stand: 24.8.2010)

AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (Hg.) (2009): Unternehmenskonzept 2010

AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2010): Evaluierung der Humanitären Hilfe der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Zeitraum 2004–2008, Wien

AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2011): Länderinformation Kosovo Juni 2011, Wien

AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (2012): Kosovo Länderinformation – November 2012, Wien

AUSWÄRTIGES AMT: Die humanitäre Hilfe der Bundesregierung, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/HumanitaereHilfe/downloads/HumitaereHilfederBundesregierung.pdf> (Stand: 3.2.2009)

BIERMANN Rafael (2008): Der Weg in Krise und Krieg (1989–1998); in Chiari Bernhard, Kesselring Agilolf (Hg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn

BITTNER Gerhard (2000): Die EZA Österreichs 1960 bis 1999 – ein Überblick, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Wien, <http://www.oefse.at/publikationen/oeepol.htm/oeepol99.pdf> (Stand: 5.2.2007)

BMEIA/ADA (2006): Friedenssicherung und Konfliktprävention, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien

BMEIA/ADA (2007): Internationale humanitäre Hilfe, Leitlinie der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien

BMLV (2008): Konzept „Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ)“, Anlage zum Militärstrategischen Konzept, unveröffentlichter Bericht

BORTON John (1999): Die Zeit des humanitären Aufbruchs ist vorbei in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Nr. 1/99, Verlag Dienste in Übersee, Hamburg

BOSCHMANN Nina (2003): Wiederaufbauprogramme und „Complex Emergencies“, EZ-relevante Erfahrungen und Lessons learned, Hg: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn

BRANDT Willy (1982): Das Überleben sichern – Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Kiepenheuer & Witsch GmbH, Köln

BRAUNE Sibylle (2006): Schnittstellen zwischen humanitärer Hilfe und EZ, in: Förderungswerk für rückkehrende Fachkräfte der Entwicklungsdienste (Hg.): transfer Nr. 2/2006, Bonn

BRENNER Brigitte (2008): Zivil-militärische Zusammenarbeit: Probleme und Perspektiven für humanitäre Hilfe und EZA, in: Freudenschuß-Reichl Irene, Bayer Kurt (Hg.): Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, Manz, Wien

BRUMLIK Micha (2007): Aus Katastrophen lernen? Humanitäre Hilfe als Bildungsaufgabe, in: Treptow Rainer (Hg.): Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe, Ernst Reinhardt Verlag, München

BÜRKLE Erika, PALENBERG Markus (2009): ADA Fallstudie WiPas: Molkereigenossenschaft Kosovo, Berlin/München/Duschambe, http://www.developmentstrategy.org/6_Fallstudie_Molkereigenossenschaft_Kosovo.pdf (Stand: 14.3.2012)

BUNDESMINISTERIUM FÜR EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ANGELEGENHEITEN SEKTION VII – ÖSTERREICHISCHE OST- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK (Hg.) (2008): Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2008–2010 Fortschreibung, Wien

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG, Referat: „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ (Hg.) (2004): Zum Verhältnis von entwicklungspolitischen und militärischen Antworten auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen – Ein Diskussionspapier des BMZ, <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/diskurs/diskurs001.pdf> (Stand: 3.2.2009)

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG, Referat: „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ (Hg.) (2004): Katastrophenvorsorge – Beiträge der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Bonn, <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/materialien/ansicht135gesamt.pdf> (Stand: 3.2.2009)

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG, Referat: „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ (Hg.) (2005): Konzept für Maßnahmen der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, Bonn, <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/konzepte/Konzept136.pdf> (Stand: 3.2.2009)

CHIARI Bernhard, KESSELRING Agilolf (2008): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn

CHOMSKY Noam (2006): Der neue militärische Humanismus, Lektionen aus dem Kosovo, edition 8, Zürich

DAUDERSTÄDT Michael (Hg.) (2002): EU-Osterweiterung und Entwicklungspolitik, Die „neuen“ Geberländer Polen, Tschechien, Ungarn, Friedrich-Ebert-Foundation, Bonn, http://ec.europa.eu/development/body/organisation/docs/eastern_enlargement_de.pdf (Stand: 24.8.2010)

DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE (Hg.) (2007): Orientierungsrahmen – Rehabilitation in der Auslandsarbeit, Bonn

DIREKTION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT (DEZA) (2004): Humanitäre Hilfe der Schweiz in der Region der Grossen Seen, Fact Sheet, http://www.deza.admin.ch/ressources/resource_de_24246.pdf (Stand: 11.2.2009)

DZIHIC Vedran, KRAMER Helmut (2008): Der Kosovo nach der Unabhängigkeit, Hehre Ziele, enttäuschte Hoffnungen und die Rolle der internationalen Gemeinschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

DZIHIC Vedran, KRAMER Helmut (2009): Der unabhängige Kosovo im Herbst 2009 – kann die EULEX-Mission ihre Aufgaben erfüllen?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

ECHO: Von der Nothilfe zur Entwicklung: Der Weg zu einem erfolgreichen Wiederaufbau nach Katastrophen, http://ec.europa.eu/echo/files/media/publications/LRRD_de.pdf (Stand: 8.4.2010)

EUROPÄISCHE KOMMISSION: Der lange Schatten vergessener Krisen

EUROPÄISCHE KOMMISSION: Europäischer Konsens über die Humanitäre Hilfe, Humanitäre Hilfe als Herausforderung, http://ec.europa.eu/echo/files/media/publications/consensus_de.pdf (Stand: 2.1.2009)

FAHRENHORST Brigitte (2008): Entwicklungszusammenarbeit mit fragilen Staaten, in: Freudenschuß-Reichl Irene, Bayer Kurt (Hg.): Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, Manz, Wien

FEDERAL MINISTRY FOR EUROPEAN AND INTERNATIONAL AFFAIRS – AUSTRIAN DEVELOPMENT COOPERATION AND COOPERATION WITH EASTERN EUROPE (Hg.) (2008): Kosovo Country Programme 2008–2011, Vienna

FISCHER Karin, HÖDL Gerald, PARNREITER Christof (2003): 50 Jahre „Entwicklung“: Ein uneingelöstes Versprechen, in: Fischer Karin, Hanak Irmtraud, Parnreiter Christoph (Hg.): Internationale Entwicklung, Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt a. M.

FREISITZER Kurt, MAURER Jakob (Hg.) (1985): Das Wiener Modell – Erfahrungen mit innovativer Stadtplanung – Empirische Befunde aus einem Großprojekt, Compress-Verlag, Wien

FREUDENSCHUß-REICHL Irene (2008): Die EZA eines EU-Mitgliedsstaates – am Beispiel Österreichs, in: Freudenschuß-Reichl Irene, Bayer Kurt (Hg.): Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, Manz, Wien

GD HUMANITÄRE HILFE (ECHO) DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION: Europäischer Konsens über die Humanitäre Hilfe – Humanitäre Hilfe als Herausforderung, Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission, Brüssel, http://ec.europa.eu/echo/files/media/publications/consensus_de.pdf (Stand: 2.2.2009)

GD HUMANITÄRE HILFE (ECHO) DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION: Von der Nothilfe zur Entwicklung: Der Weg zu einem erfolgreichen Wiederaufbau nach Katastrophen, Brüssel
http://ec.europa.eu/echo/files/media/publications/LRRD_de.pdf (Stand: 22.1.2009)

GEBHART Carmen (2007): Zivil-militärische Koordinierung und Zusammenarbeit CMCO vs. CIMIC, Info Aktuell 01/2007, Landesverteidigungsakademie, Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, Wien,
http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/info_aktuell_01-007cmco_cimic_c_gebhard.pdf (Stand: 28.5.2010)

GLOBALE VERANTWORTUNG, ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ENTWICKLUNG UND HUMANITÄRE HILFE (2009): Zivil-militärische Beziehungen (ZMB), Hintergrundpapier, http://www.globaleverantwortung.at/images/doku/aggv_hintergrund_zmb_211009.pdf (Stand: 4.6.2010)

GTZ (Hg.) (1998): Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Arbeitskonzept der GTZ, Eschborn

GTZ (Hg.) (2000): Technische Zusammenarbeit im Kontext von Krisen, Konflikten und Katastrophen – Entwicklungsorientierte Nothilfe (EON), Glossar, Eschborn

HEINTZE Hans Joachim (2007): Die Stellung der Humanitären Hilfe im Völkerrecht, in: Treptow Rainer (Hg.): Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe, Ernst Reinhardt Verlag, München

HENNING Ortwin (2007): Krisenprävention, Konfliktlösung, Friedenskonsolidierung: der deutsche Ansatz, in: Treptow Rainer (Hg.): Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe, Ernst Reinhardt Verlag, München

HÖDL Gerald (2006): In der Endlosschleife. Leitmotive der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, in: Fialho Gomes Beau de Abreu, Maral-Hanak Irmi, Schicho Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit, Akteure, Handlungsmuster und Interessen, mandelbaum verlag, Wien

HOFBAUER Hannes (2008): Experiment Kosovo – Die Rückkehr des Kolonialismus, Promedia Verlag, Wien

IHNE Hartmut, WILHELM Jürgen (2006): Grundlagen der Entwicklungspolitik, in: Ihne Hartmut, Wilhelm Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, LIT Verlag, Hamburg

JOHANNSEN Agneta (1999): Die Kräfte der Selbsthilfe stärken, in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Nr. 1/99, Verlag Dienste in Übersee, Hamburg

KATSELI Louka (2008): Historischer Überblick zur Geschichte der EZA, Schwerpunktsetzungen in der EZA – Ein Überblick über ein entstehendes Paradigma, in: Freudenschuß-Reichl Irene, Bayer Kurt (Hg.): Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, Manz, Wien

KEEN David (1999): Wo Raub zum Kriegsziel wird, ist Nothilfe nicht neutral in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Nr. 1/99, Verlag Dienste in Übersee, Hamburg

KLEIN Thomas (2007): Performance Management in der humanitären Hilfe und internationalen Entwicklungszusammenarbeit, ÖFSE Forum Nr. 33, Diplomarbeit, Wien

KLOKE-LESCH Adolf, Von OPPELN-BRONIKOWSKI Constanze (2006): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und militärische Intervention, in: Ihne Hartmut, Wilhelm Jürgen (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, LIT Verlag, Hamburg

KOMITEE FÜR GRUNDRECHTE UND DEMOKRATIE (2007): Jahrbuch 2007, Menschenrechte und Völkerrecht, Westfälisches Dampfboot, Münster

KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (2001): Verknüpfung von Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung – Eine Bewertung, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Brüssel, 23.04.2001 KOM (2001) 153 endgültig, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0153:FIN:DE:PDF> (Stand: 2.2.2009)

KOMMUNALVERWALTUNG SUVA REKA – DIREKTORIUM FÜR PLANUNG UND ENTWICKLUNG (2002): Öffentliches Programm der Investitionen – Liste von Prioritäten der Projekte für das Jahr 2002, Suhareka

KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2012): Kosovo Population and Housing Census 2011, Final Results, Main Data, http://esk.rks-gov.net/rekos2011/repository/docs/Final%20Results_ENG.pdf (Stand:18.10.2012)

KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Scheitert die internationale Gemeinschaft?, LIT Verlag, Wien

KRAMER Helmut, DZIHIC Vedran (2008): Der Kosovo nach der Unabhängigkeit, Hehre Ziele, enttäuschte Hoffnungen und die Rolle der internationalen Gemeinschaft, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin

KÜBLBÖCK Karin (1996?): OECD-Studie: NGOs – Interessensvertreter für die Entwicklungszusammenarbeit, in: Helmich Henny, Bittner Gerhard (Hg.): Der dritte Sektor in der Entwicklungspolitik – Zusammenarbeit zwischen Staat und Nicht-Regierungsorganisationen – NROs (Dokumentation zur ÖFSE-Studientagung April 1996 in Wien), OEFSE Edition Nr. 4, OEFSE, Wien

LEHMANN Kai (2008): Der Luftkrieg der NATO und die deutsche Beteiligung am Einmarsch in das Kosovo 1999, in: Chiari Bernhard, Kesselring Agilolf (Hg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn

LENNK Georg (1998): Neue Tendenzen und Überlegungen in der Entwicklungszusammenarbeit – ihre Bedeutung für Österreich, in: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten (Hg.): Journal für Entwicklungspolitik, Nr. 1/98, Schwerpunkt: Veränderungen in der österreichischen EZA, Brandes & Apsel / Südwind, Frankfurt a. M.

LIEBMANN Andreas (1994): Handbuch der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Verlag Österreich, Edition Juristische Literatur, Wien

LIESER Jürgen (2007): Zwischen Macht und Moral. Humanitäre Hilfe der Nichtregierungsorganisationen, in: Treptow Rainer (Hg.): Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe, Ernst Reinhardt Verlag, München

LINHART Michael (2008): Bessere EZA: Neue Vorgangsweisen und Organisationsformen, in: Freudenschuß-Reichl Irene, Bayer Kurt (Hg.): Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, Manz, Wien

LORETZ Andreas (2000): Die Osthilfe Österreichs im Jahr 1999, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Wien, <http://www.oefse.at/publikationen/oepol.htm/oepol99.pdf> (Stand: 5.2.2007)

LORETZ Andreas (2004): Die öffentliche Ostförderung Österreichs 2003, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Entwicklung + Wirtschaft – Wirtschaft und Entwicklung, Wien, <http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/oepol/oepol2004.pdf> (Stand: 5.2.2007)

LORETZ Andreas (2006): Die öffentliche Ostförderung Österreichs, in: Fialho Gomes Beau de Abreu, Maral-Hanak Irmi, Schicho Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit, Akteure, Handlungsmuster und Interessen, mandelbaum verlag, Wien

LUDERMANN Bernd (1995): Die Katastrophenhilfe wächst. Kann sie Entwicklung fördern? in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Nr. 1/99, Verlag Dienste in Übersee, Hamburg

LUDERMANN Bernd (1999): Südsudan: Aufbauen, während andere zerstören, in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Nr. 1/99, Verlag Dienste in Übersee, Hamburg

LUDERMANN Bernd (1999): Operation Lebenslinie: In die Politik verstrickt, in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Nr. 1/99, Verlag Dienste in Übersee, Hamburg

LUTZ Dieter (2003): Moral statt Recht, Gefühl statt Gewissheit, Täuschung statt Wahrheit, Der Kosovo Krieg – Manipulation der NATO und strategische Meisterleistung der UCK in: Beestermüller Gerhard (Hg.) Die humanitäre Intervention – Imperativ der Menschenrechtsidee? Rechtsethische Reflexionen am Beispiel des Kosovo-Krieges, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

MACRAE Joanna (1999): Wie politische Kräfte die humanitäre Hilfe zur Disposition stellen, in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Nr. 1/99, Verlag Dienste in Übersee, Hamburg

MAIR Anton (2006): Grundlagen und Funktionsweise der österreichischen Ost- und Entwicklungszusammenarbeit, in: Fialho Gomes Beau de Abreu, Maral-Hanak Irm, Schicho Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit, Akteure, Handlungsmuster und Interessen, mandelbaum verlag, Wien

MATTERN Rainer (2006): Kosovo: Sicherheit und Gerechtigkeit für die Minderheiten, Effektivität von Sicherheitsorganen und Justiz, Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern

MATTHIES Volker (1995): Der Transformationsprozess vom Krieg zum Frieden – ein vernachlässigtes Forschungsfeld in: Matthies Volker (Hg.): Vom Krieg zum Frieden, Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung, Edition Temmen, Bremen

MEGGLE Georg (Hrsg.) (2004): Humanitäre Interventionsethik, Was lehrt uns der Kosovo-Krieg, mentis Verlag GmbH, Paderborn

MINISTRY OF ENVIRONMENT AND SPATIAL PLANNING, INSTITUTE FOR SPATIAL PLANNING (2004): Kosovo Profile, Kosovo Spatial Development

MINISTRY OF ENVIRONMENT AND SPATIAL PLANNING, INSTITUTE FOR SPATIAL PLANNING, THE MUNICIPAL ASSEMBLY – SUHAREKA (2005): Municipality of Suhareka, Spatial Analysis

MINISTRY OF ENVIRONMENT AND SPATIAL PLANNING (2006): Kosova – Our home, Kosova Spatial Plan, Draft, Working paper prepared from: The Institute of Spatial Planning in collaboration with other sectors in Government of Kosova, Pristina

MINISTRY OF ENVIRONMENT AND SPATIAL PLANNING (2009): Spatial Plan of Kosova – Spatial Development Strategy 2010–2020+, prepared from: The Institute of Spatial Planning in collaboration with other sectors in Government of Kosova, Pristina

MUNZ Richard (2007): Im Zentrum der Katastrophe, Was es wirklich bedeutet, vor Ort zu helfen, Campus Verlag, Frankfurt am Main

NIGGLI Peter (2008): Der Streit um die Entwicklungshilfe, Mehr tun – aber das Richtige!, Rotpunktverlag, Zürich

NOEL Malcolm (1998): Kosovo, a Short History, Edition 2002, Pan Books, London

NOHLEN Dieter (Hg.) (2002): Lexikon Dritte Welt, vollständig überarbeitete Neuauflage, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg

NOHLEN Dieter, NUSCHELER Franz (Hg.) (1993): Handbuch der Dritten Welt, Band 1, Grundprobleme, Theorien, Strategien, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn

NUSCHELER Franz (2005): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 6.unveränderte Auflage, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn

OBRECHT Andreas J. (2007): Partizipative Entwicklungsforschung zwischen Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, in: Kolland Franz, Gächter August (Hg.): Einführung in die Entwicklungssoziologie – Themen, Methoden, Analysen, Mandelbaum Verlag, Wien

OBROVSKY Michael, WENDLIK Jasmin (2003): Die öffentliche österreichische Osthilfe 2002, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Armutsbekämpfung – zur Umsetzung der Millennium Development Goals, Wien

OCHA Humanitarian Community Information Centre (2001): Kosovo Encyclopedia II, CD-Rom Version

OECD (1996): Shaping the 21st Century: The Contribution of Development Co-operation <http://www.oecd.org/dataoecd/23/35/2508761.pdf> (Stand: 22.5.2009)

OECD (2001): The DAC Guidelines, Strategies for Sustainable Development: Guidance for Development Co-operation, <http://www.oecd.org/dataoecd/34/10/2669958.pdf> (Stand: 22.5.2009)

OECD (2007): 2006 Survey on Monitoring the Paris Declaration, Overview of the Results, Pre-publication copy

OSCE (2000): Municipal Profile: Suva Reka/Suhareke

OSCE (2001): Municipal Profile: Suhareke/Suva Reka

OSCE (2005): Municipal Profile: Suhareke/Suva Reka

ÖSTERREICHISCHE EU-PLATTFORM ENTWICKLUNGSPOLITISCHER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN (Hg.) (2007): EU-Entwicklungszusammenarbeit verstehen – Die EZA der Europäischen Gemeinschaft Institutionen – Strukturen – Prozesse, Wien, http://www.eduhi.at/dl/eu_eza_verstehen.pdf (Stand: 11.2.2013)

PICHLER Robert (2008): Serben und Albaner im 20. Jahrhundert, in: Chiari Bernhard, Kesselring Agilolf (Hg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn

PREINDL Thomas (2009): Zivil-militärische Beziehungen im Rahmen humanitärer Auslandseinsätze, in: vidc Newsletter Nr. 10 vom Dezember 2009, <http://www.vidc.org/index.php?id=908#c1752> (Stand: 4.6.2010)

PROJEKTGRUPPE ZUR ERSTELLUNG EINES „GESAMTSTAATLICHEN CIMIC-KONZEPTES“ (2006): Rahmenplan für die Erarbeitung eines Regelwerkes über die zivil-militärische Zusammenarbeit Österreichs im Ausland, Bericht der von der Bundesregierung am 30. März 2006 eingesetzten Projektgruppe zur Erstellung eines „Gesamtstaatlichen CIMIC-Konzeptes“, unveröffentlichter Bericht inklusive Stellungnahmen, Wien

- RADTKE Karin (2010): Welthungerhilfe in fragilen Staaten, Standpunkt Nr. 3, http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/media/pdf/Standpunkt/Standpunkt_Nr.3_Fragile_Staaten.pdf (Stand: 16.8.2011)
- RATHFELDER Erich (2010): Kosovo – Geschichte eines Konflikts, edition suhrkamp, Berlin
- RATTAT Erik (2007): Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit der deutschen Streitkräfte mit nichtstaatlichen Organisationen bei Friedensmissionen, in: Treptow Rainer (Hg.): Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe, Ernst Reinhardt Verlag, München
- REHSE Peter (2004): CIMIC: Concepts, Definitions and Practice, Heft 136 Hamburg, <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/hb/hb136.pdf> (Stand: 8.4.2009)
- REINHARDT Dieter (1999): Regierungen ziehen die Fäden bei der humanitären Hilfe, in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Nr. 1/99, Verlag Dienste in Übersee, Hamburg
- REKOS 2011 (2011): Population and Housing Census in Kosovo – Preliminary Results – June 2011, <http://esk.rks.gov.net/rekos2011/repository/docs/REKOS/LEAFLET/ALB/FINAL.pdf> (Stand: 27.3.2012)
- RICHTER Ingo (2007): Die Aufgaben des Militärs und die Humanitäre Hilfe, in: Treptow Rainer (Hg.): Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe, Ernst Reinhardt Verlag, München
- ROSSBACHER Dina (2008): Die Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) und die Rechtsstaatsmission EULEX der Europäischen Union, in: Chiari Bernhard, Kesselring Agilolf (Hg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn
- RÜB Matthias (1999): Kosovo, Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa, Deutscher Taschenbuch Verlag, München
- RUTZMOSER Maria (2010): Wiederaufbau nach der Tsunamikatastrophe 2004 in Sri Lanka – ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung?, Masterarbeit, Technische Universität Wien
- RYLE John (1999): In Kriegen hat die Wahrheit keinen Anwalt, in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Nr. 1/99, Verlag Dienste in Übersee, Hamburg
- SANGMEISTER Hartmut (2009): Entwicklung und internationale Zusammenarbeit, Band 5 der Reihe Weltwirtschaft und internationale Zusammenarbeit, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden
- SCHICHO Walter, NÖST Barbara (2006): Entwicklungsdiskurs und Praxis der EZA: Konzepte, Akteure und Widersprüche in: Fialho Gomes Beau de Abreu, Maral-Hanak Irmi, Schicho Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit, Akteure, Handlungsmuster und Interessen, mandelbaum verlag, Wien
- SCHLEICHER Elisabeth (2010): The International Engagement in Kosovo – Achieving Positive Peace?, Dissertation Universität Wien

SCHMIDL Erwin A. (2001): Im Dienste der Friedens – Die österreichische Teilnahme an Friedensoperationen seit 1960, Military specials – Verlag und Agentur, Graz

SCHMIDT Annette (2007): Zur Verbindung von Armutsbekämpfung und Katastrophenvorsorge in der Entwicklungszusammenarbeit, in: Treptow Rainer (Hg.): Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe, Ernst Reinhardt Verlag, München

SCHOLDAN Bettina (2000): Die Auswirkungen der Kosovo/a-Flüchtlingskrise 1999 auf die österreichische EZA, in: ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik. Berichte, Analysen, Informationen, Wien, <http://www.oefse.at/publikationen/oepol.htm/oepol99.pdf> (Stand: 5.2.2007)

SCHOLL Bernd (1995): Aktionsplanung – Zur Behandlung komplexer Schwerpunktaufgaben in der Raumplanung, ORL-Bericht 98/1995, vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich, Zürich

SMILLIE Ian, HELMICH Henny (1996?): NGOs und Regierungen – Interessensvertreter für die Entwicklungszusammenarbeit, in: Helmich Henny, Bittner Gerhard (Hg.): Der dritte Sektor in der Entwicklungspolitik – Zusammenarbeit zwischen Staat und Nicht-Regierungsorganisationen – NROs (Dokumentation zur ÖFSE-Studientagung April 1996 in Wien), OEFSE Edition Nr. 4, OEFSE, Wien

SIX Clemens, Langthaler Margarita, Obrovsky Michael (2007): Die Pariser Erklärung und ihre bisherige Umsetzung, (Irr-)Wege zu mehr Wirksamkeit in der EZA, OEFSE Working Paper Nr.17, http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/WP_Pariser_Erklaerung.pdf (Stand: 10.9.2010)

STATISTIK AUSTRIA (2011): Wohnen – Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus, Jahresdurchschnitt 2010

STEINVORTH Ulrich (2004): Zur Legitimität der Kosovo Intervention, in: Meggle Georg (Hg.): Humanitäre Interventionsethik, Was lehrt uns der Kosovo-Krieg, mentis Verlag GmbH, Paderborn

STUDIENKREIS FÜR TOURISMUS UND ENTWICKLUNG (Hg.) (2002): Entwicklung verstehen, Sympathie Magazin Nr. 52, Gotteswinter, München

SUNDHAUSSEN Holm (2008): Der serbische Kosovo-Mythos, in: Chiari Bernhard, Kesselring Agilolf (Hg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn

TREPTOW Rainer (2007): Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe – zur Einführung, in: Treptow Rainer (Hg.): Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe, Ernst Reinhardt Verlag, München

UN-HABITAT (2002): Urban Planning and Management Programme in Kosovo, Training Program for Urban Planning and Management Framework, Training Manuals and Workshop Programs

UNITED NATIONS (2002): OCHA Orientation Handbook, New York, [http://www.reliefweb.int/rw/lib.nsf/db900sid/LGEL-5R8DWY/\\$file/ocha-orient-2002.pdf?openelement](http://www.reliefweb.int/rw/lib.nsf/db900sid/LGEL-5R8DWY/$file/ocha-orient-2002.pdf?openelement) (Stand: 8.7.2009)

UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002–2004

UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002–2004, Annex I: List of Projects by Sector

UNMIK, MUNICIPAL ASSEMBLY OF SUHAREKA (2002): Municipality of Suhareka/Suva Reka, Municipal Development Agenda 2002–2004, Annex II: Strategic objectives mission visions and goals, Action plan

VENRO (1999): Nachhaltigkeit in der Humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 8, Bonn

VENRO (2000): Humanitäre Hilfe von Staats wegen?, VENRO-Diskussionspapier, Bonn

VENRO (2003): Streitkräfte als humanitäre Helfer? Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen und Streitkräften in der humanitären Hilfe, VENRO Positionspapier, Bonn

VENRO (2005): Humanitäre Hilfe auf dem Prüfstand – Prinzipien, Kriterien und Indikatoren zur Sicherstellung und Überprüfung der Qualität in der humanitären Hilfe, VENRO Arbeitspapier Nr. 14, Bonn

VENRO (2006): Linking relief, rehabilitation and development – Ansätze und Förderinstrumente zur Verbesserung des Übergangs von Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklungszusammenarbeit, VENRO Arbeitspapier Nr. 17, Bonn

VEREINTE NATIONEN (2000): Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen

VIEIRA DE MELLO Sergio (1999): Die humanitäre Täuschung, in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Nr. 1/99, Verlag Dienste in Übersee, Hamburg

Gespräch mit VIEIRA DE MELLO Sergio (1999): Die Regierungen nicht aus ihrer Pflicht entlassen, in: der überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Nr. 1/99, Verlag Dienste in Übersee, Hamburg

VÖCKLER Kai (2008): Prishtina is Everywhere – Turbo-Urbanismus als Resultat einer Krise, Parthas Verlag, Berlin

VON PILAR Ulrike (2007): Von Ärzten und Grenzen. Dilemmata der Humanitären Hilfe, in: Treptow Rainer (Hg.): Katastrophenhilfe und Humanitäre Hilfe, Ernst Reinhardt Verlag, München

WENZEL Andreas (1999): Die Kosovo-Krise: Humanitäre Hilfe am Scheideweg? Die Rolle von Nichtregierungsorganisationen in kriegerischen Konflikten, Hintergrundpapier zur VENRO Fachtagung am 7. Juni in Bonn

1. EINSATZKONTINGENT KFOR CIMIC-BATAILLON (2000): Berichte zur Flüchtlingsrückkehr, Municipality No. 24 Suva Reka

6.3.2. Projektmaterial

Projekt "Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova"

DEPARTMENT FÜR RAUMENTWICKLUNG, INFRASTRUKTUR- UND UMWELTPLANUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING (2004): „Nachhaltige Stadtentwicklung in Suhareka – Kosovo“ Projektantrag Stand: 10. Dezember 2004

DEPARTMENT OF SPATIAL DEVELOPMENT AND INFRASTRUCTURE & ENVIRONMENTAL PLANNING (2006): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosovo, Project Document

DEPARTMENT FÜR RAUMENTWICKLUNG, INFRASTRUKTUR- UND UMWELTPLANUNG (2006): Nachhaltige Stadtentwicklung in Suhareka / Kosova, Projektbericht Startworkshop

DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, NEFF Sabine, KOSUMI Skender (2007): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Interim Report March 2007

DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, NEFF Sabine, KOSUMI Skender (2007): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Progress Report May 2007

DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, NEFF Sabine, KOSUMI Skender (2007): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Interim Report July 2007

DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, NEFF Sabine, KOSUMI Skender (2007): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Interim Report November 2007

DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2008): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Progress Report February 2008

DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2008): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Interim Report May 2008

DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2008): "Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Progress Report August 2008

DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender (2009): Municipality Development Plan and Urban Development Plan Suhareka / Kosova, Final Report April 2009

DILLINGER Thomas, HIRSCHLER Petra, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender, NEFF Sabine, SCHIMAK Gerhard, SVANDA Nina, SCHAFFER Johannes, KALASEK Robert, REINBERG Sebastian, SCHERZ Martina, HASIMJA Dukagjin, GJINOLLI Ilir, HOXHA Eliza, SPAHIU Shqipe, RIFATI Arlinda, PERANI Vigan, KAJTAZI Bekim (Hg.) (2009): Suhareka - Environment for the future – Development Plan for Suhareka 2008–2018, TU Wien, Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung, Fachbereich Regionalplanung und Regionalentwicklung, Wien

DILLINGER Thomas, HIRSCHLER Petra, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender, NEFF Sabine, SCHIMAK Gerhard, SVANDA Nina, SCHAFFER Johannes, KALASEK Robert, REINBERG Sebastian, SCHERZ Martina, HASIMJA Dukagjin, GJINOLLI Ilir, HOXHA Eliza, SPAHIU Shqipe, RIFATI Arlinda, PERANI Vigan, KAJTAZI Bekim (Hg.) (2009): Suhareka - Mjedis për t'ardhmën – Plani Zhvillimor i Suharekës 2008–2018, TU Wien, Department für Raumentwicklung, Infrastruktur- und Umweltplanung, Fachbereich Regionalplanung und Regionalentwicklung, Wien

ÖIR (2006): Projektprüfung Stadtplanung Suhareka, Besprechungen in Suhareka und Pristina vom 15.05.06–16.05.06, Ergebnisse aus Sicht der Projektbegleitung, Wien

ÖIR (2006): Projektprüfung Stadtplanung Suhareka, Anmerkung zur Projekteinreichung, Wien

SCHIMAK Gerhard, DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, HIRSCHLER Petra, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender, NEFF Sabine, SCHAFFER Johannes, KALASEK Robert, HASIMJA Dukagjin, GJINOLLI Ilir, HOXHA Eliza, SPAHIU Shqipe, RIFATI Arlinda, PERANI Vigan et al. (2008): Munal Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

SCHIMAK Gerhard, DILLINGER Thomas, SVANDA Nina, HIRSCHLER Petra, KOSCHER Raffael, KOSUMI Skender, NEFF Sabine, SCHAFFER Johannes, KALASEK Robert, HASIMJA Dukagjin, GJINOLLI Ilir, HOXHA Eliza, SPAHIU Shqipe, RIFATI Arlinda, PERANI Vigan et al. (2008): Urban Development Plan 2008–2018 (Suhareka)

Email-Schriftverkehr zwischen Dr. Thomas Dillinger and Dr. Sali Asslanaj vom 4. August 2006

Projekt „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie
BMLV: Aktenvermerk betreffend Kosovo / Suva Reka – Notinstandsetzung kommunaler Einrichtungen: Hilfestellung für die Möglichkeit zur gezielten Vorgangsweise hinsichtlich einer städtebaulichen Konzeption vom 1.6.2001

BMLV: Einladung zur Besprechung im BMA am 12.12.2001

BMLV: Resümeeprotokoll: Kosovo: Zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC), vom 12.12.2001

DILLINGER Thomas, SCHIMAK Gerhard, HIRSCHLER Petra, SCHAFFER Johannes (2002): Stadtplanung Suva Reka/Kosovo, Bericht für Bundesministerium für Landesverteidigung

HAJDARI Ramush (Stadtplaner Suhareka), mündliche und schriftliche Auskunft Juni 2002

INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG (2001): Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo, Kurzresümee der „Fact Finding Mission“ vom 22.06. bis 26.06.2001

INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG (2001): Zusammenfassung Projekt: Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo

INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie

INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projektbericht „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Durchführbarkeitsstudie – Appendix I – IV

INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG, INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALFORSCHUNG, MECCA ENVIRONMENTAL CONSULTING, RAUM.FILM (2002): Projekt „Stadtentwicklungsplanung Suva Reka – Kosovo“ Handout zur Präsentation am 2. Juli 2002 im Bundesinstitut für internationalen Bildungstransfer

INSTITUT FÜR STÄDTEBAU UND RAUMPLANUNG (2004): Visions for Suva Reka 2015, Projekt 3

6.3.3. Gesetze

UN-Resolutionen

S/RES/1160 (1998) Security Council Resolution 1160 (1998) on the letters from the United Kingdom (S/1998/223) and the United States (S/1998/272), Adopted by the Security Council at its 3868th meeting, on 31 March 1998

S/RES/1199 (1998) Security Council Resolution 1199 (1998) Kosovo (FRY), Adopted by the Security Council at its 3930th meeting, on 23 September 1998

S/RES/1244 (1999) Security Council Resolution 1244 (1999) on the situation relating Kosovo, Adopted by the Security Council at its 4011th meeting, on 10 June 1999

S/RES/1244 (1999) Friedensplan für das Kosovo, vom 10. Juni 1999

Kosovo

Law No. 2003/14 Law on Spatial Planning

Law No. 03/L-106 2008 Amending Law on Spatial Planning No. 2003/14

No. 02 / 89 Ligji per planifikimin dhe rregullimin e hapsires (Gesetz für Raumplanung und -regulierung)

No. 13 / 74 Ligji mbi hartimin e planeve regjionale hapsirore ne krahinen socialiste autonome te Kosoves, (Regionale Raumpläne in der KSA Kosovo)

No. 29 Prot. 25/03 Administrative Guideline on the Implementation of the Law on Spatial Planning on the main elements composing the content of the Spatial Plan of Kosova

No. 33 Pro. No. 29/03 Administrative Guideline on the Implementation of the Law on Spatial Planning on the main elements of the Municipal Spatial Development Plan

No. 34 Pro. No. 30/03 Administrative Guideline on the Implementation of the Law on Spatial Planning on the main elements of the Urban Development Plan

UNMIK/REG/2000/45 Regulation No. 2000/45 on Self-Government of Municipalities in Kosovo

UNMIK/REG/2001/9 Regulation No. 2001/9 on a Constitutional Framework for Provisional Self-Government in Kosovo

UNMIK/REG/2003/30 Regulation No. 2003/30 on the Promulgation of the Law adopted by the Assembly of Kosovo on Spatial Planning

Österreich

EZA-G Entwicklungszusammenarbeitsgesetz inklusive EZA-Gesetz-Novelle 2003, Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit

6.3.4. Internetquellen

AACHENER STIFTUNG KATHY BEYS: Lexikon der Nachhaltigkeit, Brundtland Bericht 1987, http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/brundtland_report_563.htm (Stand: 6.11.2012)

AKTION DEUTSCHLAND HILFT e.V.: Die Phasen der Humanitären Hilfe, http://www.aktion-deutschland-hilft.de/adh_artikel_14/schlaglichter_der_woche_237/was_meint_humanitaere_hilfe_328/3_phasen_der_humanitaeren_hilfe_6230.php (Stand: 2.1.2009)

AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY – ADA: Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, Kosovo, <http://www.entwicklung.at/laender-und-regionen/suedosteuropawestbalkan/kosovo> (Stand: 5.8.2011)

AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY – ADA: Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, Milleniumsziele, <http://www.entwicklung.at/entwicklungspolitik/international/millenniumsziele.html> (Stand: 7.11.2012)

AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY – ADA: Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, Südosteuropa und Westbalkan, <http://www.entwicklung.at/laender-und-regionen/suedosteuropawestbalkan.html> (Stand: 5.8.2011)

BEQIRAJ Valdet: Wo liegt Kosovo überhaupt?, <http://kosova.org/maps/region/index.asp> (Stand: 29.7.2009)

BEQIRAJ Valdet: Liste der Staaten, die Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt haben (Updated), <http://kosova.org/post/Staaten-die-Kosovo-als-unabhaengigen-Staat-erkannt-haben.aspx> (Stand: 14.5.2013)

BMAA: Die österreichische Ostzusammenarbeit, Grundlagen, www.aussenministerium.at/oeza

BUNDESMINISTERIUM FÜR LANDESVERTEIDIGUNG UND SPORT: Bundesheer 2010, Bericht der Bundesheerreformkommission, http://www.bmlv.gv.at/facts/management_2010/pdf/endbericht.pdf (Stand: 15.2.2013)

BUNDESMINISTERIUM FÜR LANDESVERTEIDIGUNG UND SPORT: CIMIC (civil-military cooperation): Hilfe aus Österreich, <http://www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=2710> (Stand: 7.8.2007)

BÜSCHEL Hubertus: Geschichte der Entwicklungspolitik, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, http://docupedia.de/zg/Geschichte_der_Entwicklungspolitik (Stand: 14.11.2012)

CARE ÖSTERREICH: Kosovo: Landwirtschaftliche Entwicklung!, <http://www.care.at/de/projekte/ost-europa/kosovo.html> (Stand: 7.3.2012)

CARE ÖSTERREICH: Project Information: Integrated regional development in the municipality of Suhareke/Suva Reka in the sector of agriculture, <http://www.care.org/careswork/projects/KSV047.asp> (Stand: 7.3.2012)

CENTER FOR EXCELLENCE IN DISASTER MANAGEMENT & HUMANITARIAN ASSISTANCE: Guidelines On The Use of Military and Civil Defence Assets To Support United Nations Humanitarian Activities in Complex Emergencies, March 2003, <http://coe-dmha.org/Media/Guidance/3MCDAGuidelines.pdf> (Stand: 16.4.2009)

DERSTANDARD.AT: Supervision des Kosovo beendet, <http://derstandard.at/1339639584653/Volle-Souveraenitaet-Supervision-des-Kosovo-beendet> (Stand: 3.7.2012)

D.M.A.T. CONSULTING KG: Wer rasch und koordiniert hilft,..., http://www.dmat.at/wp-content/uploads/0602_krisenmanagement_dt.pdf (Stand: 30.12.2008)

DEUTSCHE WELTHUNGERHILFE E.V.: LRRD, <http://www.welthungerhilfe.de/1415.html> (Stand: 1.7.2008)

„DIE PRESSE“ DIGITAL GMBH & CO KG: Kosovo: Parlament feiert "vollständige Unabhängigkeit", http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/1288670/Kosovo_Parlament-feiert-vollstaendige-Unabhaengigkeit (Stand: 8.10.2012)

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2005): European Humanitarian Aid – values and principles, <http://europa.eu.int/comm/echo> (Stand: 27.1.2009)

EULEX KOSOVO HEADQUARTERS: <http://www.eulex-kosovo.eu> (Stand: 29.7.2011)

EUROPEAN AGENCY FOR RECONSTRUCTION: Kosovo, <http://ec.europa.eu/enlargement/archives/ear/kosovo/kosovo.htm> (Stand: 31.8.2009)

GOOD HUMANITARIAN DONORSHIP: Good Humanitarian Donorship – at country level, <http://www.goodhumanitariandonorship.org/Danish-paper-GHD-country-level.pdf> (Stand: 27.1.2009)

INSTITUTE FOR WAR & PEACE REPORTING: LDK Takes a Stand on Kosovo Violence, <http://iwpr.net/print/report-news/ldk-takes-stand-kosovo-violence> (Stand: 22.10.2012)

KOSOVA-AKTUELL: Kosova aktuell, <http://kosova-aktuell.de> (Stand: 15.3.2012)

KOSOVO AGENCY OF STATISTICS (2011): Kosovo in Figures 2010, esk.rks-gov.net/.../942-kosovo-in-figures-2010 (Stand: 16.3.2012)

OECD: <http://www.oecd.org> (Stand: 30.8.2010)

OSCE (2009): Suhareke/Suva Reka Municipal Profiles, <http://www.osce.org/kosovo/13131> (Stand: 5.7.2011)

RELIEFWEB: UNMIK Transition Information Sheet: March 2000, <http://reliefweb.int/node/63349> (Stand: 29.5.2012)

SCADPLUS: Europäischer Konsens zur humanitären Hilfe, <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/r13008.htm> (Stand: 7.8.2008)

SPIEGEL ONLINE GMBH: Historische Entscheidung: Kosovo erhält volle Souveränität, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/entscheidung-kosovo-erhaelt-volle-souveraenitaet-a-842148.html> (Stand: 11.10.2012)

THE INTERNATIONAL FEDERATION OF RED CROSS AND RED CRESCENT SOCIETIES: Code of Conduct, <http://www.ifrc.org/publicat/conduct/index.asp> (Stand: 13.4.2010)

THE SPHERE PROJECT: Humanitarian Charta and Minimum Standards in Disaster Response, <http://www.sphereproject.org/> (Stand: 13.4.2010)

UNITED NATIONS: Guidelines On The Use of Foreign Military and Civil Defence Assets In Disaster Relief - "Oslo Guidelines" Updated November 2006 (Revision 1.1 November 2007), www.ochaonline.un.org (Stand: 16.4.2009)

UNITED NATIONS: Kosovo Region, <http://www.un.org/Depts/Cartographic/map/profile/kosovo.pdf> (Stand: 15.2.2013)

UNITED NATIONS: List of Peacekeeping Operations, <http://www.un.org/Depts/dpko/list/list.pdf> (Stand: 8.4.2009)

UNITED NATIONS: We can end poverty 2015, Millenium Development Goals, <http://www.un.org/millenniumgoals> (Stand: 14.11.2012)

UNITED NATIONS: OCHA, United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, <http://www.unocha.org> (Stand: 30.11.2012)

UNITED NATIONS: UN-HABITAT, for a better urban future, <http://www.unchs.org> (Stand: 8.2.2013)

UNOSEK: United Nations Office of the Special Envoy for Kosovo, The Comprehensive proposal for Kosovo Status Settlement, <http://www.unosek.org/unosek/statusproposal.html> (Stand: 28.7.2011)

UNMIK Headquarters: UNMIK, <http://www.unmikonline.org> (Stand: 8.10.2012)